Heft 2 Februar 2002 €4,10/8,02 DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

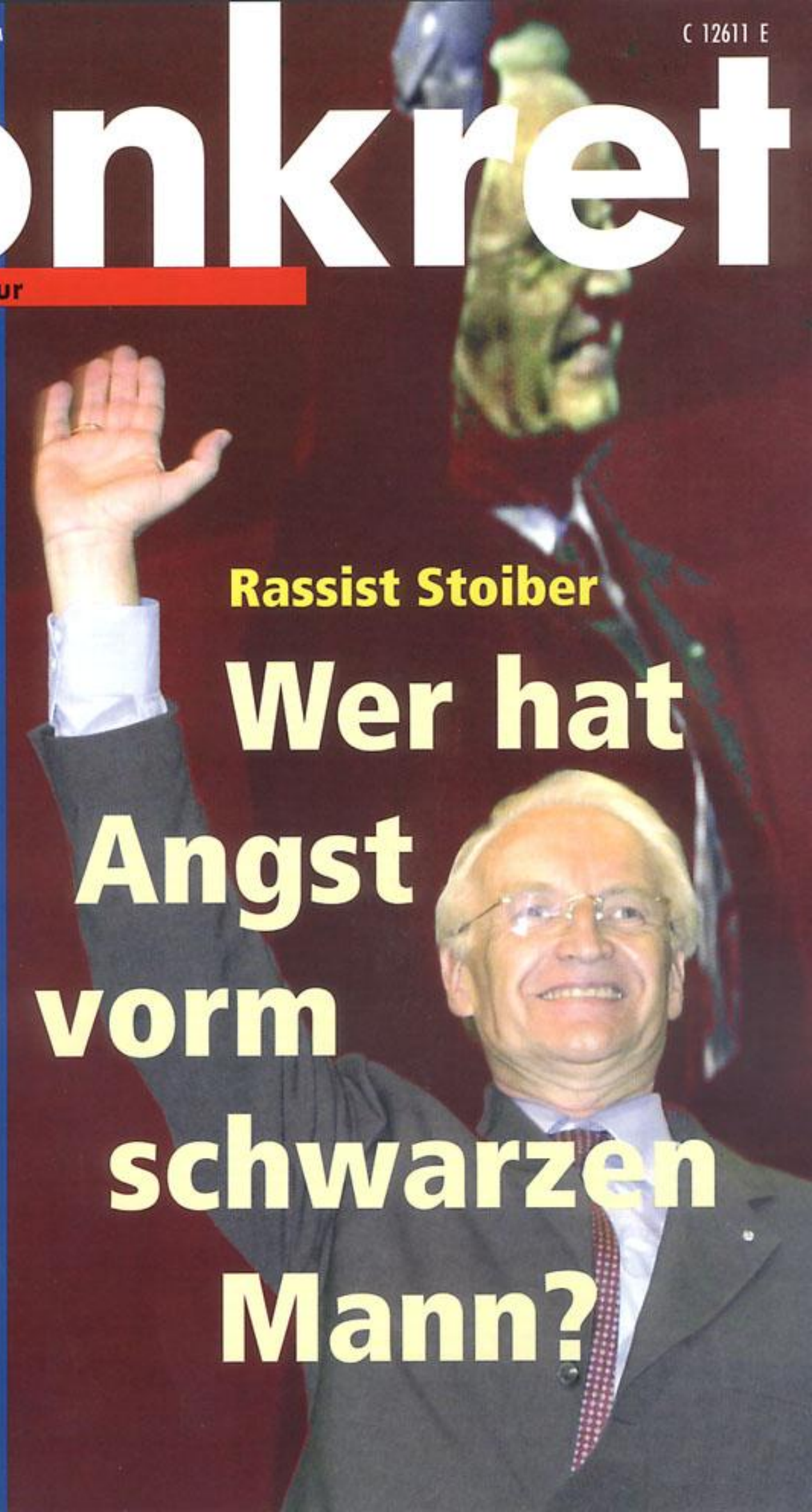
A € 4,95/65 68,11 · L € 4,95/lfr 193 · CH sfr. 8,–

Die Kriegsverbrechen der USA in Afghanistan

Terroristen: Von Francis Drake bis Bin Laden

Die Liebe der Angelika Beer zu dem Mann vom Heer

PLO: Interview Hanan Ashrawi



Rassist Stoiber

Wer hat Angst vorm schwarzen Mann?

4 191202 704103 02

in konkret Februar 2002

hier konkret von Gabi Zimmer
Alarm bei Wilmersdorfer Witwen, Rot-Rot regiert die Hauptstadt. Wird nun Berlin neben Havanna, Peking und Pjöngjang die vierte kommunistische Millionenmetropole der Welt, wie der geschlagene CDU-Spitzenkandidat Frank Steffel befürchtet? Gabi Zimmer, Bundesvorsitzende der PDS, gibt Entwarnung

von Konkret

an Konkret

Wer hat Angst vorm schwarzen Mann? von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Der Terrorkrieg von Conrad Schuhler
»Enduring Freedom« nannten die USA ihren Feldzug gegen Afghanistan. Dauerhafte Freiheit brachte er nicht. Aber Kriegsverbrechen ohne Zahl

Auswärtige Angelegenheiten von Georg Fülberth
Kurzer Lehrgang für angewandte Realpolitik, 10. Folge

Bauchfrei in Kabul von Jürgen Elsässer
Sex & Fanta & Rock ‘n’ Roll: Wie die neueste Linke die Reize Amerikas und seiner Kriege entdeckt

Smoke gets in your eyes von Knut Mellenthin
Der Hauptbeweis der US-Regierung gegen Bin Laden beweist gar nichts

»Das Problem ist Sharon« von Hanan Ashrawi, Thomas von der Osten-Sacken
Hanan Ashrawi ist seit 2001 Sprecherin der Arabischen Liga. Sie wurde 1947 in Ramallah geboren und lehrt englische Literatur an der palästinensischen Bir-Zeit-Universität. Ashrawi gilt als Kritikerin der AutonomiebehördeKONKRET-Interview

Links & Rights von Thomas Uwer, Thomas von der Osten-Sacken

Das Problem ist Arafat von Michael Schilling
Fußnote zum Interview mit Hanan Ashrawi

Wo die Politik denken läßt von Marco Tullney
Wo kommen eigentlich die kleinen Strategien her, auf die der Schröder, die Merkel, der Westerwelle, die Roth und der Gysi so stolz sind?

Peter und das Schaf im Wolfspelz von Joachim Rohloff
Schon wieder hat eine grüne Friedensfrau ihr Herz an einen Berufssoldaten verloren. Ob es diesmal gutgeht?

Aufstand der Eiständigen von Heinz-Jürgen Schneider

Souveräne Diplomatie von Klaus Thörner
Die Auswertung des Kosovofeldzuges durch zwei Insider bestätigt die federführende Rolle Berlins

Verbote retten die Freiheit von Konrad Ege
Die Anti-Terror-Maßnahmen der Bush-Regierung sind einschneidend – und finden breite Unterstützung

Statt Geld viel Moral von Rolf Surmann
Der Skandal geht weiter. Nach den NS-Zwangsarbeitern führt Berlin jetzt andere Naziopfer vor

Eine Allianz fürs Sterben von Kurt Pätzold
Jetzt hat auch Deutschlands größter Versicherungskonzern seine braune Geschichte entsorgen lassen. Von einer kundigen Kraft

Arischer Volkszorn von Günther Jacob
Die Wiener können jetzt nachlesen, welcher Volksgenosse wo zugegriffen hat, wenn sein jüdischer Nachbar verschwand

Frau von Stauffenberg von Fritz Tietz

»Bereit für den Zweitschlag« von Brigitte Voykowitsch
Islamistische Fundamentalisten betreiben von Pakistan aus die Destabilisierung des Vielvölkerstaates Indien

Die Logik der Fernbedienung von Rayk Wieland
Kultur-Kolumne

Kunst & Gewerbe von Marit Hofmann

Anonyme Absichten von Ludwig Seyfarth
Fotoserien, Fotobücher, Künstler, Täter und Fahnder

Hagere Männer mit schwarzem Bart von Hermann Peter Piwitt
Hochverrat, sagt Talleyrand, ist eine Frage des Datums. Terrorismus ist eine Frage der Legalität

FilmTheater von Margret Gsella
Unterwegs in die nächste Dimension

FilmTheater von Marit Hofmann
Heiko R. Blum: Meine zweite Heimat Hollywood. Deutschsprachige Filmkünstler in den USA. Henschel, Berlin 2001, 164 Seiten, 19,90 EuroWas tun, wenn’s brennt

FilmTheater von René Martens
Hehler für Hitler

Film des Monats von Margret Gsella
Paragraph 175

»Im Arsch der Dinge« von Jan Pehrke
Im Kino grassiert ein neuer Primitivismus. Immer mehr Regisseure bekennen sich zum Authentizitätssiegel »Nur echt mit Wackelkamera«

Geschlecht? Keins von Connie Uschtrin
Ein Film über Intersexuelle kritisiert medizinische und juristische Praktiken, Geschlechter herzustellen

Der Jargon der Eingeweihten von Christoph Hesse
Eine medienwissenschaftliche Untersuchung der »Simpsons« soll verboten werden, obwohl sie den kommerziellen Erfolg der auch bei Linken beliebten TV-Serie alles andere als gefährdet

Buch & Deckel von Verena Sarah Diehl
Renate Bitzan: Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antisexismus und völkischem Denken. Edition Diskord, Tübingen 2000, 544 Seiten, 24 Euro

Buch & Deckel von Gerd Fittkau

Gazi Caglar: Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen. Der Westen gegen den Rest der Welt. Eine Replik auf Samuel P. Huntingtons »Kampf der Kulturen«. Unrast, Münster 2001, 190 Seiten, 14 Euro

Buch & Deckel von Stephan Grigat

Klaus Werner/Hans Weiss: Schwarzbuch Markenfirmen. Die Machenschaften der Weltkonzerne. Deuticke, Wien/ Frankfurt a. M. 2001, 350 Seiten, 21,15 Euro

Buch des Monats von Jan Pehrke

Yehuda Bauer: Die dunkle Seite der Geschichte. Jüdischer Verlag, Frankfurt a. M. 2001, 383 Seiten, 32,80 Euro

»Türken-Tüv« von Martin Büsser

Über Feridun Zaimoglus »Kanak-Kultur-Kompendium«

Kehrt das Imperium zurück? von Volker Weiß

Nichts kehrt als das wieder, was es war. Der Staatsstreich Napoleons III. jährt sich zum 150. Mal. Und mit ihm das Erscheinen des »Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte« von Karl Marx

Springers Springer von Rayk Wieland

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Eine deutsche Rechtslehre von Gerhard Scheit

Ein neues Buch zeigt zum ersten Mal das ganze Ausmaß des Antisemitismus im politischen Denken des Staatsrechtlers Carl Schmitt

Melodie & Rhythmus von Marc Fabian Erdl

Platte des Monats von Tobias Nagl

Femi Kuti: Fight to win; Barclay/Universal

KEIN SCHÖNER LAND - Sprit for fun von Michael Rudolf

Identitätsstiftender Denunziantenfunk, Durchhaltesender, Feuerwehrstammtisch, Frontberichterstattung, Heimatmusik – das Vogtlandradio und seine Hörer

Deutsches Reich von Chris Wahl

Es heißt, das Deutsche Reich sei untergegangen. Das stimmt nicht. Es ist bloß verzogen – an den Stadtrand von Bochum

Im Dissidentenstadl von Michael Rudolf

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 02/02, S. 3

Gabi Zimmer

hier konkret

Alarm bei Wilmersdorfer Witwen, Rot-Rot regiert die Hauptstadt. Wird nun Berlin neben Havanna, Peking und Pjöngjang die vierte kommunistische Millionenmetropole der Welt, wie der geschlagene CDU-Spitzenkandidat Frank Steffel befürchtet? Gabi Zimmer, Bundesvorsitzende der PDS, gibt Entwarnung

konkret: Ihr Parteitag zur Beschlußfassung über die Berliner Koalition mit der SPD konnte nur unter Polizeischutz stattfinden. Die Beamten mußten Sie und andere PDS-Politiker durch mehrere hundert wütende Demonstranten in den Saal eskortieren. Hat Sie das nachdenklich gemacht?

Zimmer: Natürlich macht es nachdenklich, wenn man erlebt, daß Menschen auf der Straße stehen und gegen eine Politik demonstrieren, für die die PDS in die Mitverantwortung gehen muß. Die PDS muß aber deutlich machen, daß sie die Begegnung mit Demonstranten nicht scheut, sondern sucht und mit den Betroffenen um bessere Alternativen ringt. Allerdings mache ich eine klare Unterscheidung bei den Demonstranten. Diejenigen, die uns ins Gedränge gebracht haben, waren alte Kalte Krieger, die nichts anderes riefen als »Rote Schweine raus!« und ähnliches.

konkret: Man kann nicht alle Demonstranten in die rechte Ecke stellen.

Zimmer: Auf keinen Fall. Es war ein kleiner Teil.

konkret: Der Vorsitzende der Berliner GEW, Ulrich Thöne, sagte über die Koalitionsvereinbarung: »Es bleibt im Bildungsbereich bei Kürzungen, und das, ich kann es nicht ändern, ist Wahlbetrug.«

Zimmer: Bildung und Kultur haben in der Koalitionsvereinbarung Priorität. Ich halte aber auch für wichtig, daß die Vertreter der Universitätsklinik, die ab 2006 ihren Status verlieren soll, bis zum Schluß auf dem Parteitag geblieben sind und sehr genau zugehört haben, was PDS-Vertreter aus der Verhandlungskommission, aber auch von der Basis dazu gesagt haben. Ich hatte den Eindruck, daß man jetzt gemeinsam nach Alternativen suchen will. Gregor Gysi hat darauf hingewiesen, daß wir bereit sind, uns zu korrigieren, falls es eine bessere Lösung gibt.

konkret: Unterm Strich bleibt stehen, daß Rot-Rot das rigideste Sparprogramm in der Geschichte Berlins nach 1945 beschlossen hat.

Zimmer: Das sehe ich nicht so. Nicht Rot-Rot hat das Sparprogramm beschlossen, sondern die Notwendigkeit ...

konkret: ... die Sachzwänge, ...

Zimmer: ... erst mal ein finanzielles Defizit zu bewältigen, das von der Großen Koalition in den letzten Jahren geschaffen worden ist. Es gibt nun einmal einen finanziellen Rahmen, mit dem eine Stadt klarkommen muß, vor allem wenn sie sich am Rande des finanziellen Notstandes bewegt.

konkret: Die PDS löffelt die Suppe aus, die die bisherigen Regierungen eingebrockt haben. Welchen Vorteil soll das haben?

Zimmer: Es gibt keinen Vorteil für die PDS. Darum geht es auch gar nicht.

konkret: Worum dann?

Zimmer: Es gibt nichts außer einem knallharten Auftrag für die PDS, in dieser Situation nach Wegen zu suchen, wie die Stadt wieder Zukunft und Gestaltungsmöglichkeiten erlangen kann. Im Moment hat sie so gut wie keine.

konkret: Sie wollen mitregieren, obwohl Sie wissen, daß Sie keine Gestaltungsmöglichkeiten haben?

Zimmer: Wir tun es, um uns nicht dem Auftrag zu entziehen, den die Wähler der PDS gegeben haben. Viele haben nur der PDS zugetraut, mit Verantwortungsbewußtsein, Solidität und sozialem Blick zu handeln. Wir dürfen dieses Vertrauen nicht enttäuschen. Ein reines Gewissen ist nicht wichtiger als die Verantwortung für Menschen, die ansonsten völlig durch das Raster fallen. Bei den Koalitionsverhandlungen konnte etwa durchgesetzt werden, daß nicht bei Sozialhilfeempfängern gespart wird und daß der Mietzuschuß nicht gestrichen oder gekürzt wird. Da sieht man, daß die PDS wichtig ist.

konkret: Gregor Gysi hat zur Verteidigung vor allem der Präambel der Koalitionsvereinbarung gesagt: »Alles, was mit Gefängnis, Tod, Verfolgung zu tun hat, ist nicht in der Verantwortung der SPD passiert.« Sehen Sie das auch so?

Zimmer: Ich würde das in Bezug auf die Schüsse an der Mauer und auf das, was in Ostberlin geschehen ist, so sehen. Dafür war die SED verantwortlich. Aber ich glaube nicht, daß man diesen Satz ausweiten kann auf die gesamte deutsche Geschichte, zu der auch 1918 gehört.

konkret: Also ist Gysis »alles« falsch?

Zimmer: Gregor Gysi bezog dies auf die Übernahme und Ausübung von Macht. Ich hatte ihn so verstanden, daß er vor allem die Zeit ab 1946, die Zeit nach dem SED-Vereinigungsparteitag, meinte.

konkret: Ab 1946? Bis heute? In dieser Zeit hat die SPD sehr wohl »Verantwortung für Tod und Verfolgung«, etwa bei der Kriegführung gegen Jugoslawien.

Zimmer: Sicher. Deshalb kritisieren wir ja auch die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland.

konkret: Wen hätten Sie lieber als Kanzler – Schröder oder Stoiber?

Zimmer: Stoiber bestimmt nicht, ich bin nicht für bayrische Verhältnisse auf Bundesebene. Ich habe aber auch sehr viel Kritik an Kanzler Schröder. Ich lasse mich einfach nicht auf eine »Wer ist mir lieber«-Entscheidung ein. Ich habe Kritik an beiden, meine innerliche Ablehnung gilt aber insbesondere Stoiber, weil ich ihn für den Vertreter eines rechtspopulistischen Kurses halte.

konkret: Sehen Sie also, wie PDS-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch, eine Perspektive für Rot-Rot auch im Bund?

Zimmer: Irgendwann sicher einmal. Wenn ich eine Veränderung der Gesellschaft will und weiß, daß die PDS auch in zwanzig Jahren nicht die absolute Mehrheit haben wird, muß ich mit anderen kooperieren. Ich sehe aber keine Chance für 2002, vor allem wegen der Differenzen in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Konkret 02/02, S. 4

von Konkret

Als Jux zum Jahreswechsel wählt die Illustrierte »Max« die »Deutschen des Jahres«. Auf »Vorauswahl« bedeutender »Experten« reiht sie die jeweils besten/

schönsten/dicksten zehn eines Berufs in einer Hitliste auf. Experte für die »Max«-Kategorie »Autor/Denker« war diesmal Maxim Biller, und so kam auf Platz 1 einer unserer aufgeregtesten Liberalen ein, der »Vordenker Heribert Prantl« von der »Süddeutschen Zeitung«, noch vor einem Christian Kracht und dem Gustav Seibt. Den Platz vier des Biller-Boards ziert »die Rosa Luxemburg des Feuilletons«. Und wen, glaubt man, nennt Biller so? Einen Mann. Und zwar einen, den er vor einem knappen Jahrzehnt den »KONKRET-Mielke« genannt hat: den KONKRET-Herausgeber Gremliza. Und nun? Was gilt? Wir fürchten, die Wahrheit liegt in der Neuen Mitte.

Der Berliner »Tagesspiegel« fragt jeden Sonntag einen Zeitgenossen, was ihn die Woche über in den Medien besonders geärgert und worüber er sich gefreut habe. Am 13. Januar antwortete Gremliza:

Von Herzen gefreut habe ich mich über den Tod des letzten noch lesenden NSDAP-Mitglieds. Denn solange es lebte und also die »Frankfurter Allgemeine« abonniert hielt, wäre dort nicht möglich gewesen, was am 8. Januar Ereignis wurde: die Hinrichtung eines alten Gecken (es war der Instituts-Goethe Hilmar Hoffmann) zur Strafe für seine seitenlange Verehrung der filmenden Nazischnalle Riefenstahl. Sehr schön.

Einiges von dem, was sie in der alten Zeit gelernt hat, nämlich beim Verfassen von Lebensläufen, in denen die Währungsreform von 1948 direkt an das Abitur von 1932 anschloß, kann die so gelobte »Frankfurter Allgemeine« aber auch heute noch. Unter einem Vierspalter, der die Herren Henkel (Kapital), Zwickel (Arbeit), Schröder (VW) und dessen Sprecher Uwe-Karsten Heye zeigt, schreibt sie die Biographie des Presseamts-Chefs wie folgt:

Mit zwanzig begann er ein Volontariat bei der »Mainzer Allgemeinen Zeitung«. Das war 1960. Später ging er dann als Korrespondent der Nachrichtenagentur Upi nach Bonn. Dann wechselte er zur »Süddeutschen Zeitung«. 1974 ging er als Redenschreiber und Berater zum SPD-Vorsitzenden Willy Brandt. In den achtziger Jahren war er freier Korrespondent für Hörfunk und Fernsehen. Als Schröder 1990 ...

Was da fehlt, steht im Impressum von KONKRET 1982:

Bonner Büro: Uwe-Karsten Heye, Dahlmannstraße 22, 53 Bonn ...

Peinlich? Vielleicht. Aber peinlicher für wen?

»Die schöne Halbsudanesin oder SOS Fellatio« heißt das Programm, mit dem das sehr gemischte Doppel Horst Tomayer und Hermann L. Gremliza dieses Jahr auf Reisen geht. Am 26. Februar treten die beiden um 20 Uhr im Kulturzentrum Zakk in Düsseldorf auf. Es könnte wieder zu Zugaben kommen.

Jürgen Elsässer liest aus seinem neuen Buch *Make Love and War. Wie Grüne und Achtundsechziger die Republik verändern* (Pahl-Rugenstein, 180 Seiten, 14,50 Euro) am 6. Februar in Berlin (19.30 Uhr, Urania); am 13. Februar in Potsdam (19.30 Uhr, Al Globe, Charlottenstr. 31); am 16. Februar in Hannover (16 Uhr, Gleisdreieck, Borriestr. 28); und am 19. Februar in Koblenz (19.30 Uhr, Circus Maximus, Stegemannstr. 30).

Die Gewinnerin der Kuba-Reise, die bei der Aboaktion des letzten Jahres ausgelost wurde, ist Lilian Dekrell aus Hamburg. Glückwunsch!

Konkret 02/02, S. 6

an Konkret

Mangel an Umsicht

KONKRET 1/02: »Der Feind des Feindes: ein Feind« von Hermann L. Gremliza

Nehmen wir an, der Herausgeber hat recht und zwei mal zwei ist vier und Bush ein Barbar in Zivil. Die »Junge Freiheit« sagt es, der Volksmund raunt es, Schröder und Fischer sagen es manchmal offen, manchmal hinter vorgehaltener Hand. Warum muß eine kommunistische Zeitung solch eine Platitüde auf ihre Titelseite setzen, und was werden die Deutschen lernen, wenn sie solch einen Titel im Kiosk finden? Der Antiamerikanismus ist eine Pest und in Deutschland gibt es eine Epidemie. Warum ist Anti-Antiamerikanismus die Cholera? Es hat der Herausgeber schon umsichtiger formuliert.

Ulrich Hallunski

Berlin

Mangel an Weitblick

KONKRET 12/01: »Dabeisein ist alles« von Hermann L. Gremliza

Bomben, die auf die wehrlose Zivilbevölkerung geworfen werden, haben zu keiner Zeit und an keinem Ort gute Gründe. Sie sind und bleiben Kriegsverbrechen. Über Dresden, Hiroshima, Belgrad, Washington. Hinterher sind die »guten Gründe« für z. B. abgerissene Kinderarme und -beine Befehlsnotstand, Vaterlandsliebe, Fanatismus der anerkannten Art. Schuld haben immer allein Hitler, Milosevic, Bin Laden und – mal sehen, wer in Zukunft.

Herward Eylers

Bad Driburg

Mangel an Konkurrenz?

KONKRET 1/02: »Unter Bauern« von Justus Wertmüller

Ein Linker macht sich Sorgen um den Weltmarkt. Der sei bedroht durch Globalisierungskritiker, Bauernmobs, die McDonald’s-Läden hochgehen lassen, moralische Kapitalismuskritiker und andere Feinde Israels: die islamisch orientierten Staaten. Warum findet Justus Weltmarkt so toll? Der Text legt die Antwort nahe: Justus ist geil auf Konkurrenz. Sich als einzelner mit anderen einzelnen auf dem Weltmarkt nach Gesetzen der Konkurrenz vergleichen zu müssen, mache den Kapitalismus so erfolgreich, meint er. Für wen, fragt er nicht. Heute gilt es, dem bedrohten Wertekanon der bürgerlichen Gesellschaftsformationen weltweit zum Sieg zu verhelfen. Und wer das nicht einsieht, verstockt bleibt, dem muß notfalls ein B-52-Geschwader die Augen öffnen bzw. schließen, »in Afghanistan und anderswo«.

Volker Meudt

Bremen

Mangel an Durchblick

KONKRET 1/02: »Joschka Bin Laden« von Jürgen Elsässer

Der publizistische Dauerbeschuß, unter den KONKRET die Oliv-Grünen genommen hat, ist durchaus zu begrüßen. Allerdings ist ein Querschläger dazwischen geraten: Die Abgeordnete Antje Vollmer gehörte nicht zu den acht, die vorher gemeinsam erklärt hatten, sie würden im Bundestag gegen den Afghanistankrieg stimmen und dann eins von den kürzeren Streichhölzchen zog. Frau Vollmer hat nur mit sich selbst Hölzchen gezogen. Die vier Grünen-Abgeordneten, die erst sagten, sie seien dagegen, dann aber dafür stimmten, waren Steffi Lemke, Monika Knoche, Irmingard Schewe-Gerigk und Sylvia Voß.

Robert Fuß

Frankfurt a. M.

Mangel an Präzision

KONKRET 1/02: »Weiches Thema« von Georg Fülberth

Von links bis neoliberal wird immer wieder die Vorstellung gehegt, daß »die Unternehmer« per se dieselben Interessen hegen. Richtig ist diese Vorstellung trotzdem nicht! Ich habe, obwohl Unternehmer, weder Interesse an weiteren Steuersenkungen noch an einer weiteren pauschalen Lockerung des Kündigungsschutzes und auch nicht an einem Abbau der Sozialstandards.

Nehmen wir zum Beispiel uns: Wir planen, verkaufen und bauen Häuser. Wird nun von unten nach oben umverteilt, wie unter Kohl und Schröder, haben die Leut' kein Geld mehr zu bauen. Also setzen wir kaum noch was um. Wenn wir Pech haben, wenn die Umverteilung so weiter geht, vielleicht in so manchem Jahr gar nichts mehr. Was aber nützen uns die niedrigsten Steuersätze bei Null-Einkommen? Was nützt uns eine weitere pauschale Lockerung des Kündigungsschutzes, wenn die Leut' durch die berechtigte Angst, jeden Tag jederzeit gefeuert werden zu können, derart verunsichert werden, daß sie nicht mehr riskieren ein Haus zu bauen, das über 20, 30 Jahre finanziert werden muß? Dafür arbeiten wir seit 3 Jahren von 10 Uhr morgens bis 2 Uhr nachts und das auch am Wochenende; bei Selbstentnahmen von 1.100 Mark netto pro Monat während der ersten 3 bis 5 Jahre; um uns dann von eindimensional denkenden, sogenannten Linken in die Pfanne hauen zu lassen.

Markus Klein

The white house / American homes

Geschäftsleitung / Per E-Mail

Lieber Markus Klein, Sie haben insofern unrecht, als Sie sich zu den Unternehmern in dem von mir beschriebenen Sinne rechnen. Unternehmer der »Wirtschaft« – wie ich sie ausdrücklich definiere – ziehen Profit, Sie aber nicht. Sie sind ein Selbständiger, aber offenbar kein Kapitalist. Sie beziehen nicht Mehrwert, sondern das, was Marx den »Unternehmerlohn« nannte – eine Art (wie Sie schreiben, sehr kleines) Angestelltengehalt in einem von Ihnen besessenen Betrieb.

In der Debatte um die Wiederbewaffnung 1949-1955 gab es Unternehmer, die dagegen, und andere, die dafür waren. Letztere hofften auf Gewinne aus der Rüstung, erstere fürchteten Kreditknappheit, Zinserhöhung, Abwanderung von Arbeitskräften. Den Ausschlag gab die zweite Richtung: Der BDI war für die Wiederbewaffnung und vertrat damit a) die Interessen der ausschlaggebenden Unternehmer, b) das aggregierte Klasseninteresse.

Sie, lieber Markus Klein, hätten zu keiner der beiden Sorten gehört – ebensowenig wie damals mein Schwiegervater mit seinem kleinen Elektroladen, in dem er sich selbst, seine Frau und einen Aushilfsmann ausbeutete. Er war gegen die Wiederbewaffung – nicht in seiner Eigenschaft als Selbständiger, sondern weil er 1939-1945 im Krieg gewesen war und sich Gedanken gemacht hatte. Recht gebe ich Ihnen darin, daß ich so präzise hätte schreiben sollen, daß das bei Ihnen aufgetretene Mißverständnis nicht hätte auftreten können. Jeder Autor ist dafür verantwortlich, wie sein Artikel bei einem intelligenten Leser aufgenommen wird. Also muß ich es besser machen, und für diesen Rüffel bedanke ich mich hiermit bei Ihnen.

Georg Fülberth

Marburg

Mangel an Gerechtigkeit

KONKRET 11/01: »Allah ist ein Albaner« von Jürgen Elsässer u.a.

Leider verhärtet sich der Verdacht, daß einige Ihrer Mitarbeiter antiislamisch motiviert sind. Ich wünsche eine gerechtere Berichterstattung und verweise darauf, daß demnächst nicht die Gefühle der Moslems verletzt werden sollten.

Rehad Arkian

Düsseldorf

Mangel an Ahnung

KONKRET 1/02: Gremlizas Express

Daß Sie Theo Parrish nicht kennen, wundert mich nicht. Daß Sie seinen Namen nicht richtig übertragen haben, allerdings schon.

Tobias Rapp

»Jungle World«, Berlin

Hermann L. Gremliza ist zweifellos ein kluger Mensch, der aber halt auch nicht alles wissen kann. Daß er nach eigenem Bekunden keinen blassen Dunst hat, wer Marvin Gaye ist, darf ihm deshalb getrost nachgesehen werden, zumal diese Wissenslücke leicht zu schließen ist: Gaye war ein Soulsänger, und zwar einer der bedeutendsten. Mit Wolfgang Niedecken oder Roberto Blanco hat er übrigens – entgegen Gremlizas Vermutung – ebenso wenig gemein wie, sagen wir: Frank Sinatra.

Uwe Lenhardt

Berlin

Mangel an Gefahr

KONKRET 12/01: Gespräch mit Dan Shueftan

Der israelische Staat ist zwar, wie jeder andere imperialistische Staat auch, ein Übel, aber eben ein notwendiges Übel, solange die Welt antisemitisch ist, also bis zur Revolution. Daher sollten Linke für die Existenz Israels streiten, wenn diese bedroht ist. An diesem Argument finde ich nichts auszusetzen; ich bin allerdings nicht der Meinung, daß dieser Notfall aktuell eingetreten ist.

Michael Lindenthal

Mannheim

Konkret 02/02, S. 9

Hermann L. Gremliza

Wer hat Angst vorm schwarzen Mann?

Gregor Gysi, um an dem einen Ende zu beginnen, sagt, er habe Berliner Wirtschaftssenator gerade deshalb werden wollen, weil die Wirtschaftsleute noch Vorurteile gegenüber der PDS hätten. Was also sagt Gregor Gysi? Er sagt, daß Kapitalisten, wenn sie vom Demokratischen Sozialismus eine Minderung ihrer Macht und ihrer Profite befürchteten, ganz schön blöd seien.

Weil nämlich, und nichts anderes will Gysi die Kapitaleigner wissen lassen, ohne daß es die Wähler gleich zu kapieren brauchen, der Sozialismus der Partei des Demokratischen Sozialismus kein Sozialismus ist, sondern eine Lüge. Oder ein Witz, den Gysis Parteivorsitzende Gabi Zimmer dieser Zeitschrift (siehe Seite 3) in aller Unschuld zu Ende erzählt: Mit einer Regierungsbeteiligung der PDS im Bund werde es noch etwas dauern, sagt sie, wegen der Differenz zur SPD in der Außenpolitik. Die Differenz besteht darin, daß die SPD bereit ist, Kriege zu führen, die PDS nicht, noch nicht. Worauf vertröstet Genossin Zimmer das Publikum? Doch nicht darauf, daß die SPD zum ersten Mal in ihrer Geschichte demnächst einem deutschen Krieg den Dienst verweigern wird. Auf was die Vorsitzende des Demokratischen Sozialismus noch eine Legislaturperiode zu warten bittet, ist die Wehrertüchtigung der PDS.

Es unterscheidet, darin hat Gysi recht, den Senator, den Minister oder den Kanzler der einen »demokratischen« Partei von dem einer anderen nichts als sorgsam genährte Vorurteile der Wähler. Wer sich in anderem unterscheidet, muß in der Opposition reifen, bis er sich selber nicht wiedererkennt. Wolfram Adolphi, außenpolitischer Berater des Vorsitzenden der PDS-Bundestagsfraktion, macht es vor. »Darf ein Linker die USA verstehen?« fragt er verschmockt, um sich die Antwort zu geben, der 11. September erzwinge »an ganz vorrangiger Stelle eine Prüfung meines USA-Bildes«. Man müsse »aus Denk-Sackgassen« herauskommen. Auf die vierspurige Autobahn.

Gysi, der seinem Koalitionspartner als Morgengabe ein Lied auf die zivilisatorische Funktion des Marktes gespielt hat, wird also in zwei, drei Jahren ähnlich Schönes über die deutschen Militäreinsätze in aller Welt sagen können. Im Innern hat deshalb sogar die Union schon ihren Widerstand gegen die Aufnahme der PDS in die Gemeinsamkeit der Demokraten aufgegeben. Wenn ein paar ihrer Redenschreiber Gysis Wahlverein immer mal wieder »Nachfolgeorganisation der SED« nennen, tun sie das nur, um die allzu wendigen Wendesozialisten auf Kosten der SPD interessant zu halten.

Ernster scheint die Lage am anderen Ende. Edmund Stoiber sei, sagt der Generalsekretär der SPD, »ein Spalter«. Der Vorsitzende der CSU stehe, sagt der Kanzler, »für eine Radikalisierung der demokratischen Rechten«. Der Vorsitzende der Jungsozialisten träumt schon von einem Wahlkampf wie dem gegen Franz Josef Strauß Anno 1980: Gemeinsam gegen rechts!

Edmund Stoiber hat, das ist wahr, vieles gesagt, was ihn als einen veritablen Stammtischfaschisten ausweist. Die deutsche Gesellschaft werde, klagte er, »durchmischt und durchraßt«, ein andermal sprach er von der Notwendigkeit, die »Homogenität des deutschen Volkes« wiederherzustellen, was den Zuhörer Moshe Zimmermann, Historiker aus Jerusalem, zu der Bemerkung alarmierte: »Rassismus war nie rational zu begründen. Entscheidend ist aber, daß der Ministerpräsident eines deutschen Landes, dazu inzwischen auch Vorsitzender einer demokratischen Partei, diese erstaunliche Wortkombination auch 53 Jahre nach Kriegsende benutzen kann und dafür noch Applaus erntet.«

Erstaunlich ist aber nicht, daß Stoiber diese Worte benutzt, erstaunlich ist, daß er es reinsten Gewissens tut. Der bayerische Ministerpräsident ist gerissen, ehrgeizig, intrigant, gewiß. Aber er ist auch ziemlich dumm. Manchmal, wenn ein frecher Artfremder zuhört und es meldet, erweist sich Stoibers Dummheit als eine Schwäche. Meistens, im Bierzelt oder im Landtag, ist Dummheit seine größte Stärke. Sie erlaubt ihm (wie manch anderem, ich sage nur: Westerwelle), albernste Sätze mit einer Überzeugungskraft vorzutragen, die von keines Gedankens Blässe angekränkelt ist. Ein Beispiel von unzähligen: »Hier kann man nur noch ganz konkret den Bürger darauf aufmerksam machen, daß hier der Beginn der Mundtotmachung zu Ende geführt wird« (weitere bereits in KONKRET 4/80 unter »Stoiber ist doof«).

An Stoiber Merkmale des deutschen Spießers zu identifizieren, ist leicht. Sozialdemokratische Wahlkämpfer werden sich dennoch schwer damit tun. Vorsorglich hat die »Bildzeitung« die entsprechenden Ansichten des Kandidaten und des Kanzlers noch einmal aufgelistet. Wenn Stoiber sagt: »Ausländische Straftäter sind grundsätzlich unverzüglich und konsequent abzuschieben«, sagt Schröder: »Bei Ausländern, die ihr Gastrecht mißbrauchen, gibt es nur eins: Raus, aber schnell.« Wenn Stoiber meint: »Europa ist eine Kopfgeburt – die Leute sind da nicht mehr mitgekommen«, meint Schröder: »Die überhastete Währungsunion hat zu einer kränkelnden Frühgeburt geführt.« Wenn Stoibers droht: »Wer angebotene Arbeit verweigert, der soll keine Sozial- oder Arbeitslosenhilfe mehr erhalten«, droht Schröder: »Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft. Wer arbeiten kann, aber nicht will, der kann nicht mit Solidarität rechnen.« Und

wenn Stoiber, Sexualstraftäter betreffend, »Opferschutz vor Täterschutz« verlangt, fordert Schröder: »Wegschließen – und zwar für immer.«

Piëch sei Dank, kommt es auf den miesen Charakter des Kanzlers so wenig an wie, Quandt sei Dank, auf den des Kandidaten, dessen zartere Gefühle für Haider und Berlusconi seine Privatsache bleiben wie anderer Männer Neigung zu Gummihosen die ihre. Wenn's um die Interessen der exportabhängigen deutschen Industrie geht, und um die geht's immer, in der Außen-, in der Sozial- wie in der Innenpolitik, der das Ansehen im Ausland die Grenzen setzt, wird Schröder von VW so eng geführt wie Stoiber von BMW. In beiden Kinos läuft derselbe Film. Hatte man von draußen zuerst nur die unterschiedlichen Soundtracks gehört, darf man jetzt, beim Nähertreten, staunen: Stoiber will, als Kanzler, die Ökosteuer behalten, den sogenannten Atomausstieg nicht widerrufen, sondern nur »überprüfen«, die perverse »Homo-Ehe« nicht abschaffen. Was er sonst noch gewollt haben könnte, haben Schröder, Schily, Fischer, Riester und Scharping mit ihren Kriegen, Sicherheitspaketen und Sozialschikanen eh schon erledigt.

Noch bevor Stoiber ankündigen konnte, er werde zugunsten der Konjunktur höhere Staatsschulden machen als Schröders Finanzminister, beschrieb der Präsident des Hamburger Welt-Wirtschafts-Archivs die Lage so: »Für mich steht fest: Wer das Modell Bayern in Berlin will, der kann auch Schröder wählen.« Bei Stoiber fänden sich »genügend entlarvende Stellen, wo er starke staatliche Interventionen fordert, nicht anders als jeder Sozialdemokrat«. Das »Modell Bayern« entspreche »klassischer sozialdemokratischer Politik«. Ich gehe einen kleinen Schritt weiter und nenne Stoibers CSU eine Partei des demokratischen Sozialismus.

Mit Stoiber würde es, Durchrassung hin oder her, eine für Millionen Rassisten böse Überraschung geben. Das Wahlversprechen, weniger Ausländer ins Land zu lassen, wäre so schnell gebrochen, wie jedes gebrochen wird, das anderes verspricht, als sich das Kapital von einer Wahl versprochen hat. Unter Stoiber dürfte kein einziger EDV-Inder weniger einreisen, als IBM bestellt. Bei Schröder wäre es kein einziger mehr.

Es lebe der keine Unterschied! Oder, mit den zwei Welt- und Automännern gesprochen: Vive le differential!

Konkret 02/02, S. 10

Herrschafts□ eiten

My sweet lords

13. Dezember, »Frankfurter Allgemeine«:

Das britische Anti-Terror-Gesetz, das Innenminister Blunkett nach dem 11. September rasch entworfen hatte, ist Gegenstand eines Machtkampfs zwischen Unterhaus und Oberhaus geworden. Der entschiedenste Widerstand des Oberhauses richtet sich gegen die Maßgabe, daß das Innenministerium verdächtige Ausländer ohne Gerichtsverfah-ren unbegrenzte Zeit festnehmen kann.

Wenn SPD und PDS zusammen regieren, wird Berlin nach Peking und Havanna zur dritten kommunistischen Metropole

---

Frank Steffel, Berliner CDU-Spitzenkandidat

Hauptsache: gesund

15. Dezember, »Junge Welt«:

Wie das Gutachten (des DIW – Deutsches Institut der Wirtschaft) belegt, ist der Anteil der Gesundheitsausgaben am Volkseinkommen mit den Jahren weitgehend konstant geblieben. 1970 lag er bei 13,08 Prozent, 1998 bei 13,46 Prozent. Es verhält sich also ganz so wie bei den Rentenbeiträgen: von »Explosion« keine Spur. Steil angestiegen freilich sind die anteilig zum Bruttoeinkommen abhängig Beschäftigter berechneten Beitragssätze, die 1970 noch bei 8,2 Prozent lagen und 1998 13,6 Prozent erreichten. Wer wissen will, in welchem Winkel der Volkswirtschaft sein persönliches Beitragssoll als »Haben« auftaucht, findet unter der Rubrik Anlage-Empfehlung im »Handelsblatt« folgende Denkhilfe: »Als Gewinn- und Cash-Generatoren werden die großen Pharma-Konzerne derzeit wohl nur noch von der Ölindustrie übertroffen. Die führenden 20 Arzneimittelhersteller erwirtschafteten im vergangenen Jahr einen Betriebsgewinn von zusammen fast 70 Milliarden Dollar.«

Hauptsache: normal

19. Dezember, »Süddeutsche Zeitung«:

Es war zweifellos ein guter Abend, dieser 11. Januar 2000, und die bei Leeds United angestellten Profi-Fußballer Lee Bowyer, 24, und Jonathan Woodgate, 21, taten zusammen mit ein paar Freunden das, was junge englische Männer abends eben tun: Sie ließen sich richtig vollaufen. Als die Türsteher der Disco »Majestyk« sie schließlich vor die Tür gesetzt hatten, lief ihnen der 21jährige Student Safraz Najeib über den Weg. Nach ein paar rassistischen Beleidigungen und einer Hetzjagd durch die Straßen wurde der Asiate von der Gruppe brutal zusammengeschlagen. Safraz erlitt Brüche des Beins, der Nase und des Kiefers; jemand hatte ihn sogar ins Gesicht gebissen.

Während (Leeds-Trainer) O□Leary seine angeklagten Spieler weiterhin einsetzte, suspendierte (der englische Verband) Bowyer und Woodgate für die Spiele der Nationalmannschaft – für O□Leary »eine Konzessionsentscheidung« und »mal wieder ein Akt der political correctness«. Woodgate habe »ein Herz aus Gold, nur leider kein Hirn« und der noch sehr viel talentiertere Bowyer sei sowieso ein unschuldiger Junge. Bis heute hat Najeib von Leeds United keine Entschuldigung erhalten.

Hauptsache: brav

20. Dezember, Staatsanwaltschaft Berlin:

Sehr geehrter Herr ...,

das auf Ihre Strafanzeige vom 12. Dezember 2001 gegen Bundeskanzler Schröder wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitete Ermittlungsverfahren habe ich eingestellt, weil keine hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für eine verfolgbare Straftat vorliegen. Auf der Abbildung der Zeitschrift sind zwei auf einem Arbeitstisch aufgestellte Fotos zu sehen. Auf dem größeren Foto ist die Ehefrau des Bundeskanzlers abgebildet, auf dem kleineren sein Vater als Soldat in Uniform und Helm, auf dem sich der Reichsadler mit Hakenkreuz befindet. Das Aufstellen dieses Erinnerungsfotos auf dem Arbeitstisch läuft dem Schutzzweck des § 86a Strafgesetzbuch erkennbar nicht zuwider, denn der Zweck des Aufstellens ... dient ganz offensichtlich nicht der Zurschaustellung des Hakenkreuzes, sondern der

Erinnerung an den Vater des Bundeskanzlers in eindeutig unpolitischem Zusammenhang. Das Verfahren war daher einzustellen.

Eisenbach, Staatsanwalt

Die Deutschen haben nach dem Ersten Weltkrieg die Eingeborenen im Polizeidienst unterwiesen

---

Josef Joffe, Chefredakteur der »Zeit«, über deutsch-afghanische Beziehungen

Ein Volk, ein Reich, ein Herausgeber

20. Dezember, »Allgemeine Jüdische Wochenzeitung«:

Israels Botschafter in Deutschland, Shimon Stein, hat einen Kommentar des »Spiegel«-Herausgebers Rudolf Augstein energisch zurückgewiesen. Jede »historische Analogie zwischen dem Premierminister des jüdischen Staates (Ariel Sharon) und der Unperson, die dieses Volk vernichten wollte (Adolf Hitler), ist eine Beleidigung für jeden Holocaustüberlebenden und für das gesamte jüdische Volk«, schrieb Stein in einem offenen Brief an Augstein. In seinem Kommentar hatte Augstein zur Offensive Sharons gegen den PLO-Vorsitzenden Jassir Arafat geschrieben: »In der Geschichte hat es unter anderen Vorzeichen ähnliche Vorgänge gegeben. Nachdem Hitler seinen Teufelspakt mit Stalin geschlossen hatte, erwartete er mit äußerster Ungeduld den Sturz der Regierung Chamberlain.«

Ein Volk, ein Reich, einige Herausgeber

20. Dezember, »Allgemeine Jüdische Wochenzeitung«:

Zu einem »Protest gegen antijüdische und antiisraelische Artikel« in der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« haben der Judaist Karl Grözinger und seine Frau aufgerufen. In der Ausgabe vom 9. Dezember habe die »FAZ« eine Reihe von gegen das Judentum und gegen Israel gerichteten Artikeln veröffentlicht, die an »die finstersten Zeiten des Antisemitismus erinnern ... Die Artikelserie ist eine Schmach für die FAZ und beschämend für Deutschland«, heißt es in dem Aufruf. Zu den Erstunterzeichnern gehören der Sprecher der Rabbinerkonferenz Deutschlands, Landesrabbiner Joel Berger, der Publizist Ralph Giordano sowie der Frankfurter Rechtsanwalt Hermann Alter.

Ein folgenreicher Herausgeber

23. Dezember, »Welt am Sonntag«:

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, wirft »Spiegel«-Herausgeber Rudolf Augstein antisemitische Polemik und Populismus vor. »Augsteins Ausführung ist eine Aneinanderreihung antiisraelischer und antisemitischer Polemik ohne jede sachliche Auseinandersetzung mit dem Konflikt. Indem er sich zu einem Vergleich zwischen Hitlers Kriegspolitik und Scharons Antiterrorkampf einläßt und zu einem positiven Ergebnis versteigt, überschreitet er Grenzen sachlicher Kritik hin zur antisemitischen Propaganda«, sagte Spiegel. Er relativiere vorsätzlich die Verbrechen Hitlers und damit die Leiden der Opfer.

Vatis Träume

29. Dezember, Mitherausgeber Jürgen Jeske in der »Frankfurter Allgemeinen«:

Im November (1942) war der größte Teil Europas erobert und besetzt. Große Teile Nordafrikas waren gefallen. In der Sowjetunion war Leningrad eingenommen ...

Friedensdividende

7. Januar, »Frankfurter Allgemeine«:

Das amerikanische Verteidigungsministerium möchte seinen Haushalt im kommenden Jahr deutlich erhöht sehen. In Washington wurde bekannt, daß das Pentagon für 2003 eine Anhebung seiner Mittel um 20 Milliarden Dollar fordert, was inflationsbereinigt einer Steigerung von sechs Prozent entspräche. Eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts für 2003 um 20 Milliarden Dollar wäre geringer als die Erhöhung für 2002, die 33 Milliarden Dollar betragen hatte. Dies war die größte Anhebung der amerikanischen Militärausgaben seit der Präsidentschaft Ronald Reagans gewesen. Mit den jetzt geforderten Mitteln würde das Pentagon jedoch nicht den Afghanistan-Krieg finanzieren. Für den Kampf gegen den Terrorismus hatte der Kongreß ein Notstandspaket in Höhe von 17,5 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt. Aus dem Pentagon hieß es aber, auch hier benötige man mehr Geld.

Wosama denn?

8. Januar, AP:

Ein CSU-Kommunalpolitiker in Geogenberg (Oberpfalz) hat einen Anschlag auf sich selbst vorgetäuscht, um sich vor einer politischen Karriere zu drücken. Bei der Polizei gab er an, ein Motorradfahrer habe ihn überfallen. Dies wie auch mit »Bin Laden« unterzeichnete Drohbriefe waren Ausreden, um dem Drängen seiner Parteifreunde, als Bürgermeister zu kandidieren, nicht nachkommen zu müssen.

Rotgrün ist gesund

8. Januar, »Hamburger Abendblatt«:

Der Krankenstand in Deutschland sinkt weiter. Nach vorläufigen Berechnungen waren 2001 im Schnitt 4,19 Prozent der Beschäftigten krankgemeldet. Experten führen dies auf die Angst um den Arbeitsplatz zurück.

Hurrah

8. Januar, »Frankfurter Allgemeine«:

Die Erfolge im Krieg gegen das Taliban-Regime und Osama Bin Ladens Netzwerk Al Quaida haben nach den Worten des britischen Premierministers Blair alle Erwartungen übertroffen. Amerikanische Kampfflugzeuge bombardierten am Montag Ziele in der Nähe der pakistanischen Grenze, die Al-Quaida-Kämpfern als Unterschlupf dienen könnten. Möglicherweise flüchteten sich Al-Quaida-Kämpfer nach dem Fall der Bergfestung Tora Bora dorthin. In Kabul informierte sich der UN-Beauftragte für Afghanistan ... über die zivilen Opfer des Krieges.

Kriegsziel erreicht

9. Januar, »Frankfurter Allgemeine«:

Auch das gehört zum Ende einer Ära: Die Beobanka existiert nicht mehr, ebenso wie die Jugobanka, die Investbanka und die Beogradska Banka. Die von den Reformkräften um den serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjic kontrollierte staatliche Agentur zur Sanierung des serbischen Bankwesens entschied am vergangenen Donnerstag, die vier zahlungsunfähigen Banken zu schließen. In den 13 Jahren der Milosevic-Herrschaft hatten diese Banken durch »faule Kredite« an defizitäre Staatsbetriebe immer höhere Schulden angehäuft. Von der Schließung der bankrotten Banken sind mehr als 8.500 Beschäftigte betroffen. Die Bankenschließung, die von den Vertretern der internationalen Finanzinstitutionen in Belgrad einhellig begrüßt wird, ist einer der bisher mutigsten und wichtigsten Schritte der Reformpolitik von Djindjic und seiner Regierungsmannschaft junger Experten. In diesem Jahr soll durch die Privatisierung zahlreicher Staatsbetriebe die Sanierung der maroden serbischen Wirtschaft fortgesetzt werden.

Deutschland braucht Glamour und demokratisches Selbstverständnis

---

Schlagersänger Herbert Grönemeyer

Fußballgott

11. Januar, »Süddeutsche Zeitung«:

Der englische Fußball-Drittligist Oxford United hat nach einer Niederlagenserie göttlichen Beistand gesucht. Der anglikanische Bischof von Oxford, Richard Harries, sprach einen speziellen Segen über das neue Stadion. Der Grund: Roma und Sinti, die auf dem Gelände vor dem rund 50 Millionen Mark teuren Neubau gelebt hatten, hätten bei ihrer Vertreibung das Stadion verflucht. Die Tageszeitung »The Sun« berichtete nun sogar von Exorzismus, was Harries gegenüber der BBC relativierte: »Wir nennen das heute nicht mehr Exorzismus. Es war ein ernstes Gebet, Gott möge das Spielfeld segnen und von den Mächten des Bösen befreien.« Oxford verlor nach Bezug des Stadions 13 von 17 Heimspielen und fiel auf Rang 19 der Tabelle. Nach dem Gebet, Gott möge Böses von dem Ort fernhalten, erzielte Oxford gegen York City zumindest ein 2:2.

Kapitalistischer Sozialismus

11. Januar, Reuters:

Der designierte Berliner Wirtschaftssenator Gregor Gysi hat sich klar zur sozialen Marktwirtschaft bekannt. »In der Wirtschaft ist der Markt eine zivilisatorische Errungenschaft.« Aus den Fehlern der Planwirtschaft habe die PDS gelernt.

Konkret 02/02, S. 12

Conrad Schuhler

Der Terrorkrieg

»Enduring Freedom« nannten die USA ihren Feldzug gegen Afghanistan. Dauerhafte Freiheit brachte er nicht. Aber Kriegsverbrechen ohne Zahl

Konfrontiert mit ständig neuen Meldungen von zivilen Opfern des US-Bombenkriegs in Afghanistan sagte US-Verteidigungsminister Rumsfeld, nachdem er den Inhalt der Meldungen nur noch schwach dementieren konnte: »Die Verantwortung für jedes einzelne Opfer in diesem Krieg, mögen es unschuldige Afghanen oder unschuldige Amerikaner sein, liegt in den Händen von Taliban und Al-Qaida.« Hinterbliebene und überlebende Opfer, sollte das heißen, hätten sich an ihre Führung zu halten, die einen so schrecklichen Terrorismus in die Welt gesetzt hätten.

In Wahrheit hat die afghanische Bevölkerung mit der Herrschaft von Taliban und Al-Qaida wenig, die USA aber alles zu tun. Es waren die USA und ihr Geheimdienst CIA, die Al-Qaida mit Bin Laden an der Spitze gegründet und finanziert haben. Es waren die USA, die 1996 den Taliban in den Sattel halfen, weil sie sich davon staatlichen Schutz für ihre Erdölpipelines versprachen. Opfer war damals wie heute die afghanische Bevölkerung, die nun dafür zu büßen hat, daß die Pläne der USA nicht aufgegangen sind.

Truppenaufmarsch – Waffeneinsatz – Einsatzbefehle: Die Strategie des

Bombenterrors

Die vielen toten Zivilisten und die weitgehende Zerstörung der zivilen Infrastruktur sind nicht Kollateralschäden einer auf Terroristengruppen gezielten Strategie, sondern logische und angestrebte Folge eines umfassenden Bombenkrieges gegen die afghanische Bevölkerung. Schon die von den USA und Großbritannien aufgebotenen Truppenverbände und Waffen beweisen dies.

Nach Angaben des Weißen Hauses wurden bereits in den ersten beiden Wochen des Krieges rund 29.000 US-Soldaten, 349 Flugzeuge, eine Marinelandeeinheit (2.200 Mann) und zwei Flugzeugträger-Flottenverbände aktiviert. Dazu kamen schon zu diesem Zeitpunkt 23.000 abrufbereite britische Soldaten sowie britische See- und Luftstreitkräfte. In den nächsten Tagen wurde das Arsenal im engeren Aufmarschgebiet schnell aufgestockt auf 4 Flugzeugträger-Verbände mit 20 Bomberstaffeln, 24 Kriegsschiffen über und unter Wasser mit über 1.700 abschußbereiten Marschflugkörpern und drei Marinelandeeinheiten zu je 2.200 Mann.

Die USA erprobten zahlreiche neue Geräte wie das Landungsboot LSD 41 und die Global Hawk, einen unbemannten Aufklärer, der über 40 Stunden lang aus großer Höhe auch durch Wolken und bei Nacht gestochen scharfe Videoaufnahmen in Echtzeit auf die Bildschirme der Bomber und Kampfeinheiten senden kann. Truppen und Truppenführung waren also über die jeweiligen Bedingungen und Bewegungen am Boden exakt informiert. Zur Lenkung der Bodenkämpfe und der Lufteinsätze waren überdies mindestens 2000 Mann der US-Spezialeinheiten Delta Force, Rangers, Seals, Green Berets, der 5. Spezialeinsatzgruppe (die afghanische Sprachen beherrscht) und der Air-Force-Spezialoperationen sowie der britischen Sondereinheiten von SAS, Parachutists, Gurkhas und Royal Marines vor Ort im Einsatz.

Die Hauptlast an Bomben aber trugen die US-Langstreckenbomber B-2, B-1B und B-52 ins Ziel, die von den USA und von der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean aus operierten. Diese Riesenbomber – die B-52 hat eine Flügelspannweite von 56 Metern – hatten Mammutbomben im Ziel unterzubringen, vor allem Clusterbomben, von denen jede einzelne ein Gebiet von der Größe von einem Dutzend Fußballfelder mit Streubomben zerfetzt, sowie sogenannte Joint Direct Attack Munitions (JDAM), tonnenschwere Bomben, die, als »Teppich« abgeworfen, Land und Leute im Umkreis von Kilometern umpflügen. Solche Bomben können gar nicht mit »chirurgischer Präzision« abgeworfen werden, es sei denn, der Chirurgie ginge es präzise um den Tod von Zivilisten und um Massenterror.

Daß es eben darum ging, bewies schon der erste Tag der Bombardements, der 7. Oktober. Aus dem Persischen Golf setzten vier Überwasserschiffe und zwei U-Boote insgesamt 50 Marschflugkörper auf die Provinz Kabul in Gang. Vier Zerstörer feuerten aus demselben Gebiet eine Vielzahl von Raketen auf Ostafghanistan. 15 Bomber setzten aus großer Höhe »ungelenkte« 500-Pfund-Bomben ab. Mindestens 10 B-2-Superbomber entluden mindestens 160 2000-Pfund-JDAM-Bomben. Alle Ziele, meldete das Pentagon, wurden getroffen.

Wie bei den ausgewählten Waffen und Waffenträgern – es überwiegen nicht-gelenkte Bomben aus großer Höhe beziehungsweise schwer zu lenkende Raketen aus großer Entfernung – nicht anders zu erwarten, wurden vor allem auch zivile Ziele getroffen. In Qasba Khan und Bibi Mahru schlugen zwei Marschflugkörper in Wohngebiete und töteten 20 Menschen. Eine Bombe fiel auf das Frauenkrankenhaus in Wazir Akbar Khan und tötete 19 Frauen. Weitere tote Zivilisten gab es in Kandahar, Jalalabad, Herat und der Provinz Nangarhar.

Dieses Muster, neben militärischen Zielen immer auch die Zivilbevölkerung ins Visier zu nehmen, wird im Laufe der Zeit noch perfektioniert. Schon am vierten Kriegstag, dem 10. Oktober, kommen neben B-1-, B-2- und B-52-Langstreckenbombern mit 1000-Pfund-Clusterbomben zehn Jagdbomber der Flugzeugträger »Enterprise« und »Carl Vinson« zum Einsatz, denen statt konkreter Ziele das Kommando »seek and destroy« mitgegeben wird.

Jetzt geht es um »targets on opportunitiy«, Ziele, die den Flugzeugkommandanten geeignet erscheinen. Da im ganzen Krieg kein einziges Flugzeug der Taliban aufgestiegen und nach wenigen Tagen auch die geringe Luftabwehr ausgeschaltet ist, kommen auf US-Seite immer mehr niedrig fliegende »Kanonenboote« (AC-130) zum Einsatz. Für die Piloten dieser »fliegenden Artillerie« gilt ab dem 16. Oktober, daß sie ihre Ziele frei wählen können.

Ab diesem Termin gehen den Bomberpiloten nach Einschätzung von US-Experten die militärischen Ziele aus. Das Pentagon teilt offenbar diese Auffassung, denn ab dem 17. Oktober gibt es für Kampfbomber und »Kanonenboote« die Zuteilung allgemeiner »engagement zones«, wo sie nach eigenem Gutdünken ihre Feuerkraft entfalten können; für Bomber wird zusätzlich die »flex-target«-Strategie ausgegeben – wer das vorgesehene Ziel nicht findet, soll seine Bombenlast woanders abladen.

Während den US-Strategen die militärischen Ziele ausgehen, nimmt die Zahl der Flugzeuge und Einsätze ständig zu. Am 30. und 31. Oktober praktizieren B-52-Bomber erstmals offiziell die »carpet bombing strategy« – mit 510 500-Pfund-Bomben werden Bombenteppiche vor allem um Kabul und Kandahar gelegt. Der Erfolg ist groß, allein in Kandahar kommen 55 Zivilisten ums Leben. Ab Anfang November werden verstärkt »Daisy Cutters« eingesetzt, PKW-große 15.000-Pfund-Bomben, die an Fallschirmen zu Boden gelassen werden, drei Meter über dem Erdboden explodieren und einen Zerstörungsradius von 500 Metern aufweisen. Als Ziel dieser Einsätze wird angegeben, »den Feind in die Kapitulation zu terrorisieren« (»terrorize the enemy into surrender«).

Für Massenvernichtungsmittel, die aus großer Höhe an Fallschirmen herabgelassen werden, ist »der Feind« nicht eine präzise Frontlinie oder ein Munitionsdepot, sondern die Bevölkerung in den »engagement zones«, von den Pentagonspezialisten auch »killing zone« oder »kill box« genannt. Ihren Terror gegen die Bevölkerung verbreiteten die US-Truppen auch gezielt mit Hilfe kleinerer, punktgenauer Waffen. In der Nacht vom 22. auf den 23. Oktober legten AC-130-»Kanonenboote« das Dorf Chowkar Kariz, 40 Kilometer nördlich von Kandahar, in Schutt und Asche. Dabei töteten sie 93 Bewohner, die weder Waffen noch irgend etwas mit den bewaffneten Auseinandersetzungen zu tun hatten. Auf Anfrage erklärte der Pentagonsprecher: »Diese Leute sind tot, weil wir sie tot haben wollten.«

Die Bombardierung von Städten,

Dörfern und zivilen Einrichtungen

Die US-Regierung hat versucht, die Informationen über ihre Kriegführung und insbesondere über zivile Opfer möglichst vollständig zu kontrollieren. Satellitenfotos der Firma Space Imaging, die Angriffe auf Zivilisten und zivile Ziele dokumentierten, hat das Pentagon (laut »Spiegel«) aufgekauft und verschwinden lassen. Das Kabuler Büro des arabischen TV-Senders Al Jazeera, der wiederholt US-kritische Beiträge gesendet hatte, wurde ebenso zerbombt wie das Büro von CNN in Kandahar.

Als gemeldet wurde, daß im Zusammenhang mit den Flächenbombardements um Tora Bora am 1. Dezember die Dörfer Kama Ado und Khan-e-Mairjuddin zerstört und Hunderte der Bewohner getötet worden waren, behauptete der Sprecher des Oberkommandos: »Dies ist einfach nicht geschehen.« Ein Reporter des Londoner »Independent« fand indes die Krater, wo früher eines der Dörfer stand, frische Gräber mit Leichenteilen sowie Bombenfragmente mit der Aufschrift »Surface Attack Guided Missile AGM 114«.

Trotz der Unterdrückung und Manipulation der Medien durch die US-Regierung wurden allein für die Zeit vom 7. Oktober bis zum 6. Dezember mindestens 336 Bombardierungen von Zivilisten und zivilen Einrichtungen gemeldet. Mindestens 3.767 Menschen kamen dabei ums Leben. Bis zum Ende des Jahres wurden nach diesen Berichten noch einmal mehr als 200 Zivilpersonen getötet.

Anfang Januar, als die letzten Al-Qaida-Einheiten nach Angaben des Pentagon entweder in den Bergen eingekesselt sind oder sich in wilder Flucht absetzen wollen, bombardieren die USA das Dorf Qalaye Niazi in Ostafghanistan und töten 107 Bewohner. Der US-Sprecher erklärt, es habe sich um ein legitimes Ziel gehandelt, weil sich in dem Dorf ein Munitionslager der Al-Qaida-Kämpfer befunden habe.

Der Autor des Dossiers über die zivilen Toten, Marc W. Herold, hält die von ihm addierte Zahl von knapp 4.000 »für eine ernsthafte Unterschätzung der tatsächlichen zivilen Verluste«. Selbstverständlich konnten die Medien unter den vom Pentagon geschaffenen Bedingungen nur einen Bruchteil der Wahrheit erfassen, zudem verzichteten die großen Medien der USA auf jeden Versuch einer kritischen Berichterstattung und gaben sich einer »uneingeschränkten Solidarität« mit der Kriegführung und der Propaganda des Weißen Hauses hin. Thomas Friedman, von deutschen Medien gern zitierter

außenpolitischer Kommentator der »New York Times«, übertraf sogar die Pentagon-PR: »Es erweist sich, daß viele dieser afghanischen ›Zivilisten‹ darum beten, noch eine Ladung von B-52ern abzubekommen, damit sie von den Taliban befreit werden, Verluste oder nicht.« Das Beten wurde erhört. Der Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Dieter Lutz, vermutet »Zehntausende von toten Zivilisten in Afghanistan.«

Zu den bevorzugten Zielen, die von den US-Bombardements ebenso »versehentlich« wie regelmäßig getroffen wurden, zählten Moscheen und Krankenhäuser. Die Sultanpur Moschee in Jalalabad wurde am 10. Oktober verheerend getroffen, 70 Menschen fanden den Tod. Noch während der Rettungsarbeiten wurde die Moschee ein zweites Mal angegriffen; diesmal wurden 120 Menschen getötet. Auch die Moscheen in Kunduz (23 Tote), Herat (100 Tote), Paktia (»unspezifizierte Anzahl von zivilen Opfern«), Kala Shah Pir (45 Tote), West-Herat (9 bis 20 Tote), Ost-Jalalabad und Khost wurden bombardiert. Bomben fielen auf Krankenhäuser und Kliniken in Kabul (19 Tote), Kandahar (13 Tote), Daman-Kandahar (5 Tote), Herat, Uruzgan (18 Tote) und Paktia.

In vielen Fällen erübrigte sich der spezielle Angriff auf Moscheen, Kliniken oder Schulen, da der ganze Ort zerstört wurde. So in Karam, wo das Dorf nebst Schafherde und 200 Bewohnern vernichtet wurde. Die Dörfer Shah Aga und Asmanze (Provinz Kandahar) wurden dem Erdboden gleichgemacht, 300 Bewohner getötet. Unter den Bombenteppichen auf Kunduz und die umliegenden Dörfer wurden weit über tausend Menschen begraben.

Bei dem wochenlangen »carpet bombing« von Tora Bora kommen die Medienbeobachter mit dem Zählen der Toten nicht mehr nach und begnügen sich in der Regel mit dem Registrieren des nicht endenwollenden Bombenregens, den laut Bericht des Center for Defense Information »B-1B, B-52-Bomber aus Diego Garcia; AC-130H und F-15Es aus Oman; F-14, F/A-18 und AV-8B Kampfbomber von Schiffen im Persischen Golf« ablassen. Die Militärexperten geben auch bekannt, daß drei Angehörige der US-Spezialeinheiten getötet und 19 verletzt wurden – durch einen fehlgeleiteten US-Luftschlag. Denn längst bewegen sich Tausende dieser Spezialkräfte im Land, Taliban und Al-Qaida sind bis auf eine kleinere Region in der Provinz Nangarhar besiegt.

Doch die USA intensivieren noch ihre Bombenangriffe. Wenn Zivilisten versuchen, dem Inferno auf Traktoren oder mit Privatwagen zu entkommen, werden sie von Flugzeugen oder Spezialeinheiten erbarmungslos aufs Korn genommen. Wer sich bewegt, ist für die US-Flieger ein Feind. So wird auch Ende Dezember ein Konvoi beschossen, der sich auf dem Weg nach Kabul zur Inauguration der neuen, vom Westen eingesetzten Regierung befindet. 65 Menschen werden getötet. Das Pentagon behauptet, die offiziellen Regierungsgäste und Stammesältesten hätten das Feuer auf die Flugzeuge eröffnet.

Neben gezielten Schlägen gegen die Infrastruktur des Landes – Staudämme, Kraftwerke, Telefonstationen, Stromleitungen werden regelmäßig in allen Gegenden des Landes zerstört – richten die USA ihre Angriffe auf Einrichtungen der internationalen Organisationen in Afghanistan. Bombardiert werden:

· das Gebäude der Technischen Beratung der UN in einem Vorort Kabuls (6 Tote);

· die Warenhäuser des Roten Kreuzes in Kabul, wobei der Großteil der gelagerten, dringend benötigten Waren vernichtet wird;

· das Warenhaus der Welternährungshilfe in Herat;

· die Klinik des Roten Kreuzes in der Provinz Kandahar;

· die Gebäude der Entminungskommission der UN in Kandahar;

· das Gebäude der UN-Entminungskommission in Gardez;

· fünf Lastwagen der Welternährungshilfe in Kandahar.

Der Bombenterror der USA treibt NGOs und UN-Organisationen aus dem Land, so daß die ohnehin miserable Versorgungssituation hoffnungslos wird. Ohne Zweifel der von den US-Strategen beabsichtigte Effekt. Auf die Bombenkampagne angesprochen, erläuterte Admiral Michael Boyce, der Chef des britischen Militärstabs, schon Anfang November: »Das Volk des Landes wird so lange ausgequetscht, bis es selbst begreift, daß dies anhalten wird, bis die Führung gewechselt hat.« Bomben auf Zivilisten und zivile Einrichtungen waren und sind Teil der Militärstrategie.

Die Massaker von Mazar-i-Sharif und im Süden von Kabul

Als nach wochenlangen Bombardements Mazar-i-Sharif am 9. November in die Hände der Nordallianz fiel, veranstalteten deren Truppen ein Massaker unter Gefangenen und Bewohnern der Stadt, dem »mehrere hundert« Menschen zum Opfer fielen (James Ridgeway in »Village Voice«). Nach Berichten des Roten Kreuzes wurden zwischen 400 und 600 Leichen gefunden. Offenbar waren viele der Talibankämpfer exekutiert worden. Der Sprecher des Internationalen Roten Kreuzes in Kabul, Bernard Barrett, sah sich genötigt, darauf hinzuweisen, daß »standrechtliche Erschießungen durch die Genfer Konvention verboten (sind)«.

Der Massenmord geschah unter der Ägide US-amerikanischer und britischer Truppen, deren Spezialkommandos längst die militärische Führung der »Nordallianz« übernommen hatten. Ihre aktive Rolle erwies sich unmittelbar darauf bei der Niederschlagung des Aufstandes im Festungsgefängnis Kalai Dschanghi im Westen von Mazar-i-Shari. Film- und Tonaufnahmen belegen, daß US-Agenten dort Gefangene unter Foltermethoden verhörten. Einer der US-Agenten wurde bei dem Gefangenenaufstand nach Informationen des Pentagon der erste »KIA« der US-Truppen – »killed in action«. Als seine Einheit wurde angegeben: »CIA Directorate of Operations«. Im Verbund mit rund 40 Mann britischer Spezialkräfte organisierten die CIA-Agenten die blutige Niederschlagung des Aufstandes vom Boden aus, den Rest besorgten US-Kampfflieger und -hubschrauber aus der Luft. Nach Auskunft der »Nordallianz« wurden fast alle der 700 Gefangenen getötet.

Massaker waren beim Vormarsch der »Nordallianz« in allen Gebieten Afghanistans an der Tagesordnung. »Sie feierten sich mit Exekutionen«, überschrieb ein Reporter der »New York Times« seinen Augenzeugenbericht aus der Umgebung Kabuls. Südlich von Kabul schlachtete der US-Bündnispartner unter dem Kommando des damals von der »Nordallianz« als neuer Präsident vorgesehenen Burhanuddin Rabbani 1.700 Gefangene ab. Rabbanis Verbände »wurden auch von britischen und amerikanischen Militäreinheiten in Kabul beraten«. (James Ridgeway).

Langzeitfolgen: Hungertode, Flüchtlingselend, Minenopfer

»Global Exchange«, ein US-amerikanischer gemeinnütziger Verein, schickte im Dezember 2001 eine Frauendelegation nach Afghanistan, um die Ergebnisse des US-Kriegs vor Ort zu studieren. Der Befund: »Die US-Bombenkampagne hat zwar geholfen, das Unterdrückerregime der Taliban zu besiegen, aber sie hat die humanitäre Krise in zwei Richtungen extrem zugespitzt. Erstens sind Hunderttausende aus Angst vor den Bomben aus ihren Dörfern geflohen und haben die Massen der Flüchtlinge noch verstärkt. Zweitens haben die humanitären Organisationen ihre Belegschaften aus dem Land abgezogen und haben ihre Programme eingestellt oder erheblich reduziert.«

Die Forschungsdirektorin des »Center for Economic and Social Rights« stellte nach einer Inspektionsreise zur selben Zeit fest, daß sich die Ernährungskrise nach dem Sieg der USA enorm verschärft hat. Die Organisation beklagt, daß »etwas falsch sein muß, wenn die US-Regierung Afghanistan und seine Nachbarn so unter Druck setzt, daß sie die Einrichtung größerer neuer US-Militärstützpunkte erlauben, aber nicht freies Geleit für humanitäre Hilfe für hungernde Zivilisten«.

Über fünf Millionen Flüchtlinge existierten bereits als Folge der vorangegangenen beiden Afghanistankriege. Der US-Krieg hat weitere zwei Millionen in die Flüchtlingslager Pakistans getrieben, wo sie am Rande des Hungertods vegetieren. In Afghanistan litten nach Einschätzung der UN zu Beginn des US-Feldzugs fünf bis sieben Millionen Menschen Hunger.

Ihre Lage wurde drastisch verschärft: Im Bombenhagel war an die Bestellung der Wintersaat nicht zu denken, landwirtschaftliche Arbeit war lebensgefährlich und die Hilfsorganisationen stellten ihre Arbeit ein. Wenn die Propagandanebel gelichtet werden können, wird sich herausstellen, daß Hunderttausende Afghanen zu Langzeitopfern des US-Kriegs wurden.

Viele Hungernde werden vorher erlöst, denn die Flächenbombardierungen haben Afghanistan in weiten Gebieten zu einem Minenfeld gemacht. Jeder B-52-Bomber kann bis zu 30 Clusterbomben tragen, in jeder stecken statistisch 303 Blindgänger. Vorsorglich haben die USA die Entminungseinheiten der UN bombardiert, so daß Gewähr besteht, daß die Millionen Blindgänger aus US-Bomben noch auf Jahre hinaus die afghanische Bevölkerung dezimieren werden. Allein in Laos, weniger zerbombt als Vietnam oder Kambodscha oder jetzt Afghanistan, sind seit dem Ende der US-Agression vor 30 Jahren mehr als 12.000 Menschen durch Blindgänger von US-Clusterbomben getötet worden.

Zu den politischen und ökonomischen Hintergründen des »Kriegs gegen den Terror« siehe die neusten Publikationen des ISW – Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München:

ISW-Report 49: Krise und Krieg (Weltwirtschaftskrise – Globaler Imperialismus – »Krieg gegen den Terror«); ISW-Spezial 15: Krieg ums Erdöl (Zwischen Kaspischem Meer und Nahem Osten entscheidet sich die Zukunft des globalen Imperialismus) ISW – Johann-von-Werth-Str. 3, 80639 München. Fon: 089/130041; Fax: 1689415; isw_muenchen@t-online.de

---

Conrad Schuhler schrieb in KONKRET 12/01 eine Chronik der US-Außenpolitik

Konkret 02/02, S. 16

Georg Fülberth

Auswärtige Angelegenheiten

Kurzer Lehrgang für angewandte Realpolitik, 10. Folge

Peinliche Empfindungen

Wenn Sie, durch wen auch immer, dazu veranlaßt werden, sich zu Fragen der Außenpolitik zu äußern, werden Sie, falls Sie ein Mensch von Geschmack sind, von peinlichen Empfindungen heimgesucht. Sie fühlen sich gewaltsam an einen Stammtisch versetzt und in einer Bierlache festgehalten, von der man Ihnen auch noch erzählt, es handele sich um Champagner.

Außenpolitik sei, so lehrt – zum Beispiel in seinem Buch »Kritik der Außenpolitik«, Frankfurt/Main 2000 – Ekkehart Krippendorff, einfach, ja primitiv (wissenschaftlich ausgedrückt: unterkomplex) und könne in vier Semestern völlig ausreichend studiert werden. Im wirklichen Leben gehe das noch viel schneller.

Als der ehemalige Industrie-Geschäftsführer und Minister für Entwicklungshilfe Walter Scheel 1969 seine erste Bundestagsdebatte als Chef des Auswärtigen Amtes zu bestreiten hatte, war das eine Lachnummer: Der Mann schien keine Ahnung zu haben. Kurz darauf galt er als Meister seines Fachs.

Scheels Nachfolger Genscher war zunächst als Berufsverbotsminister hervorgetreten. Als er 1974 das Auswärtige Amt übernahm, schrieb irgendwo ein feinsinniger Mensch, der plumpe Mann werde auf dem internationalen Parkett notwendigerweise ausrutschen und den deutschen Belangen Schaden zufügen. Das Weitere ist bekannt.

Was wollte uns eigentlich der Dichter Hacks damit sagen, als er, in diesem Blatte 1999 zitiert, bereits 1988 feststellte: »Die Außenpolitik ist an der Politik das Geistlose«? Dieses:

Der Staat ist ein Kunstwerk, geschaffen – das wissen wir seit Thomas Hobbes – , um den Krieg aller gegen alle zu bändigen. Die Kämpfe der Klassen werden so durch seine Institutionen (die damit erst entstehen: Dialektik!) hindurchgetrieben, daß letztlich, wenngleich notwendig in Form von Herrschaft, eine sinnreich erscheinende Struktur und Infrastruktur entsteht, an der im nachhinein das Wirken des Weltgeists sich ablesen läßt.

Draußen, nicht in, sondern zwischen den Staaten, aber besteht der Naturzustand fort, und gerade deshalb herrscht dort, wenn nicht gerade Krieg ist, jener feine Ton, den der Stammtisch an der Diplomatie so sehr bewundert.

Dies folgt der Regel, wonach früher in gewissen Kneipen im Wedding sorgfältig vermieden worden ist, daß irgendwo aus Versehen ein Bierglas umgeworfen wurde: Eine solche Unbeherrschtheit, obgleich nicht aus bösem Willen geschehen, hätte leicht eine fatale Keilerei auslösen können.

Auch ist Diplomatie dem Zustand in einem Mietshaus vergleichbar, dessen Bewohner gegensätzlichen, von ihnen leidenschaftlich vertretenen Meinungen anhängen. Es ist noch nicht zu einer klaren Mehrheitsbildung – bedeutsam gesprochen: Hegemonie – gekommen, so daß Mobben sich verbietet. In solchen Gebäuden wird die Kehrwoche sorgfältig eingehalten, und im Treppenhaus gilt ein kompletter Grüßkomment.

Das ist der Grund, weshalb der Außenminister zum Beispiel bei uns immer der beliebteste Politiker ist und Willy Brandt sehr verehrt wird, obwohl man ihm nachsagt, er habe in der Innen- und Wirtschaftspolitik nicht gewußt, wie viele Nullen eine Milliarde hat.

So könnte weitergescherzt werden, aber es hilft nicht voran. Denn mag der Stammtisch auch eine subalterne Interpretation von Welt bieten, so gewinnt er doch an Statur, wenn er mit staatlichem Potential, ja sogar mit Militär ausgestattet und sein Personal in einen feinen Anzug gesteckt wird. Er befindet sich dann auf einem Feld, an dessen einem Ende der Krieg und an dessen anderem vielleicht dessen Verhinderung steht.

Nachdem dies gesagt ist, ist der Rest schnell erklärt. Bringen wir es hinter uns.

Sinn und Tat

Die Zahl der Opfer des Anschlags auf das World Trade Center, zunächst auf 6.700 geschätzt, wird jetzt mit 2.992 angegeben. Nicht nur aus humanitären Gründen wären null viel besser gewesen. Man stelle sich vor, der Angriff wäre bei Nacht erfolgt, in einem Moment, als Hausmeister und Sicherheitsleute der bedrohten Häuser diese gerade mal für einen Moment verlassen hätten, um sich in der nächsten Imbißbude einen Snack zu holen – dann wäre voll zutage getreten, was George W. Bush vor allem aufregt: die Panne. Insofern haben die Herren Terroristen nicht das richtige Timing gewählt.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika betreibt eine Militäraktion, obwohl, streng geurteilt, ein Versagen des FBI, also einer fürs Innere zuständigen Behörde, vorlag. (Die Frage, wo sich denn vor dem 11. September der CIA

herumgetrieben haben mag, gehört in die Außenpolitik und ist deshalb – siehe oben – wissenschaftlich nicht zu beantworten.) Bush bezeichnet seine Veranstaltung als Krieg. Es handelt sich aber eher um eine Expedition mit kolonialen Zügen. Hierzu paßt, daß die UNO-Armee für Afghanistan als »Schutztruppe« bezeichnet wird.

Es ist in der Geschichte recht häufig, daß einer bereits stattgehabten Aktion erst im nachhinein ein Sinn untergeschoben wird.

Zum Beispiel könnte man es vernünftig nennen, daß Bush einen Konflikt, der immerhin auch mit innerer Sicherheit zu tun hat, einige tausend Kilometer weiter weg, am Hindukusch, austrägt. Wollte er das Problem im eigenen Land lösen, würden die USA zum Polizeistaat, in dem zum Beispiel jedes Flugzeug, das von der Route abkommt, abgeschossen wird. Tatsächlich ist dies schon vorgeschlagen worden, ebenso wie jetzt erwogen wird, von der Folter Gebrauch zu machen. Auch in letzterem Fall ist aber von einem Publizisten eine Außenverlagerung angeregt worden: Da die Tortur dem Selbstverständnis der Vereinigten Staaten widerspreche, empfehle es sich, Verdächtige, die ihr unterzogen werden sollen, an eine befreundete Macht auszuliefern, die in diesem Punkt weniger Skrupel habe.

Sinnsucher haben auch darauf verwiesen, daß das militärische Vorgehen der USA der Befestigung einer unilateralen Neuen Weltordnung dienen solle. Die Allianz gegen den Terror sei nicht partnerschaftlich, sondern eine Art Gefolgschaftsverhältnis. Nicht nur die UNO sei ausgehebelt, sondern de facto auch die NATO.

Dankbar wären wir, könnte eine geplante Pipeline von Baku nach Ceyhan oder das Projekt einer Leitung durch Afghanistan als Grund des Bombens angeführt werden. Das wäre dann wenigstens eine Art ökonomischer Vernunft.

Nun steckte mir ein gründlicher Zeitungsleser aber eine Notiz vom Dezember 2001 zu, wonach diese Röhren neuerdings doch nicht gelegt werden sollen. Statt dessen finde Bush plötzlich eine Strecke durch Kasachstan und Rußland deshalb akzeptabel, weil Putin sich ja, wie gerade jetzt bei der Terrorabwehr, als zuverlässig herausstelle.

Es mag aber auch sein, daß der Sinn des Ganzen nicht allein im Ökonomischen und Politischen gefunden werden kann, sondern auch im Militärischen selbst. Denn in technischer Hinsicht ist das Ziel gut gewählt. Afghanistan hat mit dem Bombenobjekt von 1999, Jugoslawien, zweierlei gemeinsam: Beide Länder sind schwächer als die Angreifer, und sie gehören keinem Pakt an. Dort ließen und lassen sich – gefahrlos für die Sieger – neue Waffensysteme testen.

Groschen fürs nickende Negerlein

Man hört immer wieder die Meinung, nicht Bomben seien das richtige Mittel gegen den Terrorismus, sondern Entwicklungshilfe. Ähnlich ließ sich die Ministerin Wieczorek-Zeul vernehmen, als der Bundestag über den Bundeswehreinsatz befand. Allerdings kam sie zugleich zu dem Ergebnis, auf das Militär könne dabei nicht verzichtet werden.

Sie hat das Wesen der Entwicklungshilfe gut erfaßt.

Diese kam bekanntlich mit dem Ost-West-Konflikt erst so richtig in Schwung. Kennedy hatte verkündet, die Entscheidung müsse auch in der Dritten Welt gesucht werden, hatte Truppen nach Vietnam geschickt und zugleich Entwicklungshilfe gefordert. In der BRD wurde damals zum letzteren Zweck das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gegründet.

Krieg und Entwicklungshilfe schließen einander also nicht aus, sondern gehören zusammen. Fördermittel müssen den Gebern etwas bringen, wenn nicht monetären Gewinn, so doch Sicherheit vor Flüchtlingen und Anschlägen. Also brauchen sie – wie alle Investoren – institutionelle Garantien. Finden diese sich nicht vorab vor Ort, müssen sie mit militärischer Gewalt erst hergestellt werden.

So viel zu dem – nicht nur kirchlichen – Argument, man solle nicht bomben, sondern ausschließlich Entwicklungshilfe leisten.

Europäische Fata Morgana

Josef Joffe von der freisinnigen »Zeit« findet den US-amerikanischen Unilateralismus und das neue Zeitalter von Blut und Eisen ganz hervorragend. (Für Stilkritiker: Es sollte aufgefallen sein, daß dieser Außenpolitiker ebenso satirewürdig schreibt wie einst Theo Sommer. Das liegt nicht am Mann, sondern an der Sache.)

Erstaunlicherweise liest man gerade auch in den Kolumnen der Provinzpresse Einwände: So könne es nicht weitergehen mit den Amis. Ein Gegengewicht müsse her, nämlich Europa. Dann folgt die Nachbemerkung: natürlich nur friedlich!

Hier haben wir den Widerspruch. Wenn Bush jetzt ausschließlich auf sein hervorragendes schweres Material setzt – wie sollte ein waffenärmeres Europa ihm imponieren?

Dies ist allerdings ein Argument nur gegen die besonders einfachen Denker. Es gibt kompliziertere.

Der Friedensforscher Ernst-Otto Czempiel war bereits 1999 so verzweifelt über die Jugoslawienintervention, die er als eine US-amerikanische Kraftmeierei verstand, daß er sich, liest man ihn genau, eine Art europäischer Monroedoktrin wünschte.

Der hiesige Kontinent hat eine zunehmende Bedeutung auch im Denken von Jürgen Habermas. Dies hilft auch einen der sonst rätselhaftesten Texte der neueren Literaturgeschichte zu entschlüsseln: seinen »Zeit«-Aufsatz »Bestialität und Humanität«, in dem der Angriff auf Jugoslawien gebilligt wird. Habermas begrüßt dort zwar das Menschenrechtsengagement der USA, argwöhnt aber, daß es zu eng mit nationalen Interessen verknüpft sei. Europa traut er eher universalistische Beweggründe zu.

Da er aber einmal schon die Waffen gesegnet hat, kann er sie anschließend dem Kontinent der Hoffnung schlecht verweigern. Vielleicht ist die Chance schon wieder vorbei: Die Schaffung einer EU-Eingreiftruppe gilt seit dem imponierenden Vorgehen der USA in Afghanistan als belanglos.

Überdies ist unerfindlich, wer in der EU (außer ein paar Predigern) ein Interesse – und zwar welches? – an einem solchen Kraftakt – Herstellung einer politischen und militärischen Machtbalance mit den USA – haben könnte; ganz zu schweigen von Blair, dessen Diplomaten seit 1917 wissen, welche Variante für Großbritannien billiger und sicherer ist.

Dänemark im Krieg

Deutschland, so liest man, ist im Krieg. Dänemark aber auch. Ein Freund mailt mir aus Kopenhagen, was ich in den hiesigen Zeitungen übersah: daß die dortige sozialdemokratische Regierung vor ihrer Abwahl ein Kriegsschiff gegen den Terror losgeschickt hat.

Margarethe II. wurden bisher noch niemals Weltherrschaftspläne nachgesagt. Deutschland aber hat seinen entscheidenden Krieg schon gewonnen: den Kalten. Es ist nicht ersichtlich, wie es seiner wirtschaftlichen Hegemonie und unangefochtenen Stellung in Europa durch weltweite Überdehnung noch etwas hinzufügen könnte. Natürlich muß das Gewonnene auch militärisch gesichert werden: durch eigene Truppen, Allianzen in Europa und mit den USA – letzteres vor allem, um keinen Argwohn zu wecken. Eine Kosten-Nutzen-Rechnung ergibt, daß man dann allerdings auch einmal bereit sein muß, ein – letztlich ja gefahrloses – Abenteuer mitzumachen, in dem Deutschland in Afghanistan im Krieg einen Teil dessen wieder drangeben muß, was es ohne Kumpanei mit den Vereinigten Staaten dort hätte gewinnen können.

Es gibt positive Mitnahmeeffekte: die Sinnkrise der Bundeswehr ist vorbei, die Produzenten und Exporteure von Kriegsgerät verdienen. Als Scharping den Militär-Airbus ohne Deckung im Haushalt bestellte, war die Empörung nur kurz. CDU/CSU und FDP müssen bei Kriegskurs mitziehen. Abstinenz vom Krieg wäre für die Regierung stressig. Auch mag es sinnvoll sein, gemeinsam mit den anderen Metropolenstaaten Militär an sogenannte Krisenherde zu schicken, von denen aus sonst vielleicht Transportwege gefährdet oder Kommandounternehmen vorbereitet werden könnten. Willy Brandts Wort von der »Weltinnenpolitik« hätte dann einen anderen Sinn, als der Urheber es sich einst dachte.

Nichts von alledem berührt ausschließliche Interessen der BRD. Man kann mühelos über den gegenwärtigen Weltkonflikt reden, ohne Deutschland besonders erwähnen zu müssen.

So wollen wir es bitte in Zukunft auch halten. Schließlich sind wir das Land der Dichter und Denker.

Georg Fülberth rezensierte in KONKRET 1/02 Christopher Hitchens' »Akte Kissinger«

Konkret 02/02, S. 18

Jürgen Elsässer

Bauchfrei in Kabul

Sex & Fanta & Rock 'n' Roll: Wie die neueste Linke die Reize Amerikas und seiner Kriege entdeckt

Über Kolumbus weiß die Geschichte, daß er eigentlich den Seeweg nach Indien suchte und nach strapaziöser Reise glücklich am vermeintlichen Ziel seiner Wünsche ankam. Die dortigen Ureinwohner wurden flugs Indianer getauft, das Unheil nahm seinen Lauf.

Auch die deutsche Linke ist mit den besten Absichten aufgebrochen und hat eine große Reise gewagt. Ob die Geisterfahrer und Fliegenden Deutschländer so berühmt werden wie die Idole der christlichen Seefahrt, mag dahingestellt bleiben. Ähnlich wie Kolumbus und Magellan wollen immerhin auch Cohn-Bendit und Fischer den Wilden die Zivilisation bringen, und auf dem Weg nach Afghanistan kann man so leicht auf Amerika stoßen wie vor 500 Jahren auf dem Weg nach Indien.

Seit 1968 haben mehrere Generationen den Aufbruch in die Ferne gewagt: In den siebziger Jahren die K-Gruppen und die Frauenbewegung, in den achtziger Jahren die Autonomen und die Ökopaxe. In den neunziger Jahren kam der dritte Schub: die Antinationalen respektive Antideutschen. Man könnte sie die Neunundachtziger nennen, denn ihre Sammlung war eine Reaktion auf den Fall der Mauer und die anschließende Wiedervereinigung sowie auf deren linke Trittbrettfahrer in allen Parteien und Parteichen. Man las Jean Améry, Hannah Arendt und Theodor W. Adorno, von Günter Grass klaute man den Slogan »Deutschland denken heißt Auschwitz denken«, von Marlene Dietrich »Nie wieder Deutschland«. In der ersten Reihe der 20.000, die unter diesem Motto im Mai 1990 gegen die Wiedervereinigung demonstrierten, war übrigens eine gewisse Angelika Beer, die sich mittlerweile nicht nur metaphorisch in den deutschen Landser verliebt hat (siehe Seite 26).

1994 luden die verschiedenen antinationalen und antideutschen Strömungen zu einer gemeinsamen Konferenz unter dem Titel »Links ist da, wo keine Heimat ist« nach Dresden ein. Der Veranstalterkreis war größer als jemals zuvor oder jemals danach: Neben KONKRET und der Tageszeitung »junge Welt« gehörten auch die poplinken Redaktionen von »17 Grad« und »Beute« sowie das antideutsche Flaggschiff »Bahamas« dazu.

Die meisten dieser Leute sollten als Kriegsbefürworter und geifernde Ankläger der Friedensbewegung enden. Die Antinationalen und Poplinken waren schon 1999 bei der Bombardierung Jugoslawiens dabei, die »Bahamas« macht jetzt den Feldzug gegen Afghanistan mit. Das Zentralorgan der frischgewendeten Zivilgesellschaftler ist die Wochenzeitung »Jungle World«, die nach Meinung der »FAZ« die »aufgeklärte, poststrukturalistische Linke« von der »jungen Welt« übernommen hat und für die Bankrotteure von »Beute« und andere eine Zwischenstation auf dem Weg zur Hauptstadtpresse bildet. Aus dem Kreis der 94er-Konferenz ist nur KONKRET übriggeblieben und, Ironie der Geschichte, die von Antinationalen gesäuberte »junge Welt«. Beide verteidigen das kleine ABC jeder oppositionellen Bewegung: Keinen Mann, keine Frau, keinen Groschen, keinen Cent diesem Militär, diesem Staat, diesem System.

Der Rest feiert den barbarischen Krieg der westlichen Welt im Mittleren Osten. Die Verlautbarungen vieler Neunundachtziger sind von denen der Achtundsechziger kaum zu unterscheiden: »Bauchfrei ist besser als Burka!« konnte man in der »Zeit« lesen, »Fanta statt Fatwa«, kommandierte die »Jungle World«. Die »Bahamas«-Redaktion ruft »zur Verteidigung der Zivilisation« auf, und dagegen wäre eigentlich nichts einzuwenden, würde sie darunter nicht die Unterstützung der US-Kriegführung verstehen: »Nicht weil der Feind meines Feindes mein Freund ist, sondern weil die USA selbst in Gestalt eines Präsidenten Bush im Vergleich zu islamischer Herrschaft oder deutschem Antiimperialismus noch fast ein Menschheitsversprechen darstellen.« Und der Fanta-Freund der »Jungle World« ergänzt: »Die USA, die von Linken oft und zu Recht wegen ihrer Interessenspolitik angegriffen wurden, sind die einzige Macht dieser Welt, die zu einem Gegenangriff im Moment in der Lage ist. Für Linke bleibt, am Traum von individueller Freiheit und schönem Leben für alle festzuhalten: Sherry statt Sharia!«

Pursuit of Happiness

Die meisten Neunundachtziger machen denselben Fehler wie die Achtundsechziger, und zwar sowohl die Befürworter des Kriegs wie die Gegner: Sie setzen Zivilisation und US-Gesellschaft gleich. Den Beginn der Zivilisation markiert aber nicht die amerikanische, sondern die französische Revolution. 1789, und nicht 1776, endet das Mittelalter, beginnt der Austritt des Menschen aus selbstverschuldeter Unmündigkeit.

In diesem Sinn bezeichnete Hegel die französische Revolution als »herrlichen Sonnenaufgang«, und Goethe sprach von der »neuen Sonne«, vom »Rechte der Menschen, das Allen gemein sei, von der begeisternden Freiheit und von der löblichen Gleichheit«. Daß Alltagsverstand und Halbbildung mittlerweile mit Aufklärung und Zivilisation die amerikanische Revolution assoziieren, ist Folge einer jahrzehntelangen Diskreditierung der französischen Revolution in der westlichen Welt, für die Hannah Arendts Standardwerk *Über die Revolution* nur ein Beispiel ist. Zwar muß auch sie die überragende

Bedeutung von 1789 im Vergleich zu 1776 einräumen: »Schließlich war es die französische und nicht die amerikanische Revolution, die die Welt in Brand setzte, und so hat denn auch das Wort ›Revolution‹ von den Ereignissen in Frankreich ohne jede Beziehung zu dem, was die ›gründenden Väter‹ in Amerika taten und erreichten, seine Assoziationen und Bedeutungsqualitäten bezogen.« Aber zugleich kritisiert sie »die große Verlockung, dem Beispiel der französischen Revolution zu folgen und die Lehren der amerikanischen Revolution außer acht zu lassen«. Was hatten Goethe und Hegel an 1776 nicht beachtet, das Hannah Arendt und ihren neolinken Epigonen so wichtig scheint?

Das Interesse an einer Neuschreibung der Geschichte der bürgerlichen Zivilisation, die der amerikanischen Revolution die dominierende Stellung einräumt, verdankt sich der Tatsache, daß in ihr die Trias Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit zerrissen ist: An deren Stelle steht beim Abfall der dreizehn Kolonien von der englischen Krone das Begriffspaar »freedom and pursuit of happiness«. Hannah Arendt ist aufgefallen, daß in der amerikanischen Diskussion vor der Unabhängigkeitserklärung immer von »public happiness« die Rede gewesen war. Das Adjektiv »public«, etymologisch vom lateinischen Wort für Republik (res publica) stammend, verwies darauf, daß die europäischen Siedler ursprünglich »nicht primär nach Amerika kamen, um ihr Glück, sondern um ihr öffentliches Glück zu machen ..., nach Jeffersons eigenen Worten in der ›Anteilnahme an der Regierung und Leitung öffentlicher Angelegenheiten‹«.

Arendt kommentiert: »Historisch bleibt natürlich bestehen, daß die Unabhängigkeitserklärung nur von Glück und nicht von dem Glück in der Öffentlichkeit spricht ...« Das habe »einer Verwechslung von privatem Wohlergehen und öffentlichem Glück« Vorschub geleistet. Sie beklagt, daß »ein unqualifiziertes ›Streben nach Glück‹ sich sehr bald im Selbstverständnis des Landes vor alle anderen Errungenschaften der Revolution setzen und schließlich wesentlich die spezifisch amerikanische Ideologie bestimmen« sollte.

Mit »pursuit of happiness« ist also gerade nicht der »Traum von individueller Freiheit und schönem Leben für *alle*« gemeint, wie etwa der Fanta-Freund in der »Jungle World« meint, sondern das individuelle Streben nach dem eigenen Vorteil ohne Rücksicht auf die Interessen anderer. Anders als die Begriffe »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«, die als klassische Ideale jeder Zivilisation betrachtet werden können, ist der »Verfolg des Glücks« bereits eine kapitalistische Deformation dieser Ideale unter der Prämisse gegeneinander konkurrierender Marktsubjekte und Konsummonaden. Die amerikanische Revolution, sagt Arendt, sei »die einzige geblieben, in der gerade das Mitleid keine Rolle spielte«.

In der französischen Revolution war es genau umgekehrt, Gleichheit und Brüderlichkeit standen im Mittelpunkt. Die Hoffnung auf Beseitigung der Armut erlebte 1789 ihre weltgeschichtliche Premiere. »Die Vorstellung, daß gerade die Armen, weil sie ›nichts zu verlieren haben als ihre Ketten‹, imstande sein könnten, die Fesseln der Unterdrückung ein für allemal zu sprengen, ist uns durch Marx' Lehre so geläufig geworden, daß wir versucht sind zu vergessen, daß niemand vor der französischen Revolution je auf diesen Gedanken gekommen ist.« Arendt weist darauf hin, daß zum ersten Mal in der Geschichte (und ganz anders als in Deutschland bis heute) die Worte »das Volk« und »die Unglücklichen« synonym gebraucht wurden, etwa in Robespierres Formulierung »le peuple, les malheureux qui m'applaudissent«. Arendt spricht für die jakobinische Phase der Revolution von der »Verwandlung der Menschenrechte in die Rechte der Sansculotten«.

Interessant ist, wie Arendt das schreckliche Morden der weißen Nordamerikaner an den Indianern abhebt vom schrecklichen Morden der Jakobiner. »Die Verbrechen und die Unmenschlichkeiten, die aus der Geschichte der amerikanischen Revolution so reichlich zu berichten sind, blieben doch immer die Taten von einzelnen, und die Verallgemeinerungen und Reflexionen, zu denen sie Anlaß gaben, betrafen die Möglichkeiten der Menschennatur, nicht aber das politische Verhalten organisierter Gruppen und noch weniger das Walten irgendeiner historischen Notwendigkeit.«

Voilà, das ist die Exkulpierung des Kapitalismus, wie wir sie seither in tausend Variationen gelesen haben. Verbrechen, die Kommunisten, Jakobiner oder andere Vertreter der Egalité begehen, sind Verbrechen, die sich aus der egalitären Ideologie oder dem egalitären System ergeben. Verbrechen, die Kapitalisten oder andere in the pursuit of happiness begehen, haben hingegen mit dem System oder der Ideologie nichts zu tun, sondern sind Ausfluß der Menschennatur und gehen auf das Konto von Einzeltätern. Daß es gerade das Wesen der von der Gleichheit nicht gezähmten Freiheit ist, die Stärkeren in die Lage zu versetzen und zu ermutigen, in der Konkurrenz die Schwächeren zu zerstampfen und zu fressen, liegt jenseits des Horizonts der Arendtschen Denkschule.

1917 oder die Verteidigung der Zivilisation

Der Niedergang von Aufklärung und Zivilisation, der für Georg Lukacs schon mit der Ablösung der Klassik durch die Romantik einsetzt und mit dem Eintritt der kapitalistischen Welt in die imperialistische Phase manifest wurde, ist nur deswegen noch nicht abgeschlossen, weil er durch die Entstehung der sozialistischen Welt verzögert wurde. 1917 rettete 1789.

Es war die Sowjetunion, die die Hauptlast im Kampf gegen Nazi-Deutschland trug. Und es waren die sozialistischen Staaten, die nach 1945 die Revolution in alle Welt exportierten – und zwar nicht die Revolution des bolschewistischen,

sondern die des französischen Typs. Die weltweit von der UdSSR unterstützten Befreiungsbewegungen setzten nirgends die Herrschaft der Produzenten und eine gebrauchswertorientierte Wirtschaft durch, erreichten aber von Angola über Vietnam bis Kuba wenigstens eine Balance von Arbeit und (Staats)kapital, den medizinischen und juristischen Schutz der Proletarier im Ausbeutungsprozeß und die annähernde Gleichberechtigung der Geschlechter.

Demgegenüber oktroyierten die kapitalistischen Staaten der Dritten Welt in der Systemkonkurrenz gerade nicht die universalistischen Werte der Aufklärung, wie der Vorwurf des Eurozentrismus unterstellt. Vielmehr wurden von Reza Pahlevi bis zu Pinochet bedenkenlos die blutigsten Feinde der westlichen Demokratie inthronisiert, sofern sie nur die Gewähr boten, die westlichen Wirtschaftsinteressen zu schützen. Als auch das nichts mehr nützte, wurden zur Bekämpfung der roten Teufel jene Geister gerufen, die sich heute gegen ihre früheren Auftraggeber wenden: Mullahs, Hamas, Hisbollah, Mudjahedin.

Die Stelle der Sowjetunion als Verteidigerin von Aufklärung und Zivilisation nehmen bei den Achtundsechzigern und vielen Neunundachtzigern mittlerweile die USA ein – der Bock ist zum Gärtner geworden. Von der Geschichte der Vereinigten Staaten zählen nur die dreieinhalb Jahre, in denen sie gegen die Nazis kämpften. Haben US-amerikanische Konzerne nicht an Hitlers Aufstieg mitgewirkt? Hat Washington nicht wider besseres Wissen die Bombardierung der Schienen nach Auschwitz verweigert? Wurde die Landung in der Normandie nicht absichtlich lange hinausgezögert, bis die Sowjetbevölkerung fast verblutet war? Wer hat nach 1945 den Nazimördern eine Rattenlinie nach Südamerika geöffnet, ihnen neue Betätigungsfelder erschlossen? Wer installierte den Faschismus in Griechenland und Chile, bombte Vietnam in die Steinzeit zurück? Schließlich: Wer hat, gegen den Widerstand von Thatcher und Mitterand, die Wiedervereinigung ermöglicht, wenn nicht Bush senior?

Zur Verteidigung ihrer Positionen verweisen die linken Proamerikaner gerne auf den Golfkrieg 1991 – damals hatte auch der KONKRET-Herausgeber den Krieg gegen Saddam Hussein unterstützt. Selbst wer, wie ich, Gremlizas Position damals nicht teilte, konnte ihr eine gewisse Plausibilität zubilligen. Damals schien es tatsächlich so, als bedrohe ein von Deutschland hochgerüsteter Irak den jüdischen Staat mit Giftgas-Raketen, das militärische Eingreifen der Alliierten versprach Schutz, das deutsche Desinteresse an einer Unterstützung der USA war bezeichnend.

Analogien zu heute aber gibt es nicht: Von Afghanistan droht Israel keine Gefahr, und Deutschland hält sich beim Kriegführen nicht zurück, sondern drängelt an die Front, auch ohne von den USA gerufen worden zu sein. Niemand kommt auf die Idee – die 1991, auch wenn sie nicht richtig war, doch nahe lag – , daß der Krieg der Alliierten neben dem angegriffenen Schurkenstaat auch seine deutschen Paten schwäche. Das Gegenteil ist der Fall: Die Bundeswehrmacht hat den Krieg zur Ausweitung ihrer Operationsbasis in einem Ausmaß genutzt, die in diesem Tempo selbst nach dem Sieg über Jugoslawien nicht vorstellbar schien. Deutsche Truppen stehen jetzt nicht nur auf dem Balkan, sondern auch am Hindukusch, eine Flugstunde von der russischen Grenze entfernt. Die Kriegsmarine kreuzt vor Somalia, ABC-waffentaugliche »Fuchs«-Panzer sind auf dem Weg an die irakische Front.

Da die Bellizisten nicht auf eine Gefährdung Israels verweisen können, haben sie einen anderen Dreh gefunden: Der Terroranschlag am 11. September sei ein Akt des Antisemitismus gewesen, die neuen Eichmänner müßten zur Strecke gebracht werden. Bevor man nun mit Gregor Gysi räsonniert, ob dafür eine Polizeiaktion nicht ausgereicht hätte, muß eine andere Frage gestellt werden: Woraus wird eigentlich der Schluß gezogen, die Attentäter hätten aus Antisemitismus gemordet? Eine Kommandoerklärung oder ein Bekennerschreiben gibt es nicht, die Schuldigen sind nicht gefaßt. Hilfsweise wird auf das Objekt des Terrors verwiesen: Das World Trade Center sei für den Antisemitismus das Symbol der Finanzwelt, des raffenden und also jüdischen Kapitals.

Das ist ein ziemlich verwickelter Gedankengang, der den Nachteil hat, daß er den Angriff auf das Pentagon nicht erklären kann, und auch für die vierte gekaperte Maschine wurde bis dato kein »typisch jüdisches« Ziel gefunden. Liegt nicht näher, daß es die Terroristen – statt um drei Ecken herum auf die Juden – ganz direkt auf die Supermacht USA abgesehen hatten und zu diesem Zweck deren finanzkapitalistische und militärstrategische Zentren treffen wollten? Das macht die Ermordung einiger tausend Zivilisten nicht zu einem kleineren Verbrechen. Der Bellizist aber muß auf dem Antisemitismus als zentralem Tatmotiv bestehen, weil nur so eine Assoziierung des 11. September mit dem Holocaust möglich ist. Wie Hitler, so kann er dann weiterspinnen, könne auch Osama Bin Laden nur mit Krieg gestoppt werden – und wer das anders sieht, ist Antisemit. Fällt keinem auf, daß er damit Auschwitz ebenso instrumentalisiert wie Scharping und Fischer im Kosovofeldzug?

Im Troß der US-Armee sind auch viele Neunundachtziger bereits auf dem Weg an die nächste Front. »Ausgerechnet die Kommunistische Partei des Irak (ICP), die in einer vollständigen politischen Paralyse versunken war, weil sie sich zugleich gegen Saddam Hussein und die USA aussprach, sieht jetzt in einem Militärschlag die Möglichkeit, den Irak von der Diktatur zu befreien«, schreibt die »Jungle World«. »Die Option der Friedensbewegung dagegen ... ist die Fortsetzung der Herrschaft Saddam Husseins ... So bleibt als Hoffnung nur, das Engagement der ›Kein Blut‹-Bewegung für billiges Öl möge daran scheitern, daß sich im US-Establishment jene durchsetzen, die wissen, daß mit Saddam Hussein auf Dauer kein Vertrag zu machen ist.«

In der nächsten Nummer mußte dementiert werden, daß die irakischen Kommunisten sich jemals für einen US-Krieg gegen Saddam ausgesprochen hätten. Aber das Pentagon braucht sie auch gar nicht, denn mittlerweile hat Teheran angeboten, für die USA eine Art Nordallianz gegen den Irak zu formieren, befreundete kurdische Guerillas sollen die Drecksarbeit machen. Man darf gespannt sein, mit welcher Kapriole unsere Neunundachtziger das Bündnis mit den Judenfressern in Teheran als Schutz Israels verkaufen werden.

Von Jürgen Elsässer ist gerade das Buch »Make Love and War. Wie Grüne und Achtundsechziger die Republik verändern« (Pahl-Rugenstein Verlag) erschienen

Konkret 02/02, S. 21

Knut Mellenthin

Smoke gets in your eyes

Der Hauptbeweis der US-Regierung gegen Bin Laden beweist gar nichts

Als »smoking gun« feierten die Medien der USA schon tagelang im voraus das Video, das Bin Laden im gemütlich-makabren Geplauder mit Freunden und Anhängern zeigt. Hier sei nun endlich der Täter mit der rauchenden Knarre in der Hand erwischt worden. »Wer dieses Band sieht, erkennt nicht nur, daß Bin Laden sich unbeschreiblicher Morde schuldig gemacht hat. Sondern auch, daß er kein Gewissen und keine Seele hat« (Filmkritiker George W. Bush, zitiert in »Bild«).

Das Video wurde angeblich unter nicht näher geschilderten Umständen Ende November in einem Privathaus in der ostafghanischen Stadt Djalalabad gefunden. Bis zur öffentlichen Präsentation am 13. Dezember vergingen mehr als zwei Wochen. Diese Zeit sei nötig gewesen, um die in miserabler Ton- und Bildqualität produzierten 40 Filmminuten »technisch aufzubereiten« und von mehreren hochkarätigen Experten aus dem Arabischen übersetzen zu lassen, hieß es offiziell.

Vielleicht war es aber auch umgekehrt: Vielleicht brauchten die Techniker so lange, um ein normales, stümperhaftes Amateurvideo bis zur weitgehenden Unverständlichkeit und Unkenntlichkeit zu frisieren. An der Unverständlichkeit jedenfalls besteht kein Zweifel: Araber in den USA ebenso wie in aller Welt kritisierten, daß sie auf die fragwürdigen englischen Untertitel angewiesen seien, da das arabisch geführte Gespräch, und insbesondere die Äußerungen Bin Ladens, kaum zu verstehen seien. Als sich die US-Regierung einige Tage später entschloß, einigen arabischen Regierungen und Fernsehsendern eine Version des Videos zur Verfügung zu stellen, erhielten die Empfänger es gleich mit arabischen Untertiteln made in USA geliefert.

Auch die offizielle amerikanische Übersetzung des Filmchens wurde kritisiert. Im deutschen Fernsehmagazin »Monitor« erklärte der Arabist Husseini, die englischen Untertitel seien »an den wichtigsten Stellen, die die Täterschaft Bin Ladens beweisen sollten, nicht identisch mit dem arabischen Ton«. In der Sendung wurden von Experten für die arabische Sprache mehrere konkrete Beispiele für diese Behauptung angeführt. An der wichtigsten der beanstandeten Stellen sagt Bin Laden laut offizieller Übersetzung: »... we asked each of them to go to America« – »wir forderten jeden von ihnen – den 19 Entführern der vier US-Maschinen – auf, nach Amerika zu gehen«. Dies ist der einzige Satz des Videos, in dem Bin Laden sich explizit als Auftraggeber der Anschläge bezeichnet. Nur schade, daß er vermutlich falsch übersetzt wurde. Der Diplomübersetzer Dr. Alami erklärte jedenfalls in der Monitorsendung, der Satz laute richtig übersetzt: »Man forderte jeden von ihnen auf ...«

Al-Ahmed, ein saudiarabischer Dissident, der ein Menschenrechtsinstitut leitet, behauptete gar, die amerikanischen Übersetzer hätten aus politischer Rücksichtnahme auf das fundamentalistische Regime in Riad größere Teile des Gesprächs einfach weggelassen. So habe Bin Laden nicht nur Mohamed Atta, sondern auch die Namen von acht weiteren Flugzeugentführern genannt. Die Erwähnung dreier saudiarabischer islamischer Würdenträger, die sich positiv zu den Anschlägen vom 11. September geäußert hätten, sei gleichfalls getilgt worden. (Drei andere werden allerdings auch in der offiziellen Übersetzung genannt.) Und schließlich sei, behauptete Al-Ahmed, ein entscheidender Satz völlig ausgelassen worden, der die Rolle Bin Ladens bei der Planung der Anschläge beweise. Diese in den US-Medien ernsthaft kolportierte Behauptung macht zwar unter der Prämisse, die US-Regierung habe ihren Freunden in Riad einen Gefallen tun wollen, wenig Sinn. Sie unterstreicht aber die anscheinend am Rande der Beliebigkeit befindliche Tonqualität des Videos.

An einer Stelle der offiziellen Übersetzung wurde überdies eine eindeutige Manipulation vorgenommen. Laut Untertiteln sagte Bin Laden: »Muhammad from the Egyptian family was in charge of the group«, sei also der Chef der Flugzeugentführer gewesen. Die offizielle Übersetzung hat nicht nur – vermutlich zutreffend, aber dennoch spekulativ – an dieser Stelle einfach den Nachnamen Atta in Klammern hinzugefügt, sondern hinter die Worte »from the Egyptian family« eine eigenmächtige »Erläuterung« gesetzt: »meaning the Al Qa'ida Egyptian group« – gemeint sei die ägyptische Gruppe von Al-Qaida, dem sagenhaften »Terrornetzwerk« Bin Ladens. Diese eigenmächtige »Erläuterung« der Übersetzer oder Editoren des Videos fällt umso mehr auf, als es in der offiziellen Version ansonsten an erforderlichen Wort- und Sinnerklärungen mangelt. So blieben die Begriffe Hadith (Sammlung von nichtkoranischen Sprüchen und Episoden aus dem Leben des Propheten Mohammed) und fiqh (Rechtsprechung, Gesetz) unerklärt.

Und was würde uns alles dies beweisen, selbst wenn die technische Qualität des Videos erstklassig und die offizielle Übersetzung über jeden Zweifel erhaben wäre? Nach der unisonen Meinung der Medien der USA und der gesamten Anti-Terror-Koalition hat Bin Laden in dem gefilmten Gespräch offenbart, daß er nicht nur in zahlreiche Details der Anschläge eingeweiht, sondern auch unmittelbar an der Planung beteiligt war. Tatsächlich aber gab er nur Banalitäten von sich, die sogar jedem regelmäßigen Leser der »Bild-Zeitung« geläufig sind: Daß Atta der »Kopf« der Flugzeugentführer gewesen sei, stand für Polizei und Medien schon wenige Tage nach dem 11. September fest. Ob's stimmt, ist ungewiß. Daß die meisten der Entführer nicht in die Planung eingeweiht waren, oder auch, daß die einzelnen Gruppen einander nicht

kannten, war auch vor Bin Ladens Video Gegenstand allgemeiner Mutmaßung. An keiner einzigen Stelle des Gesprächs verriet Bin Laden exklusives Täterwissen.

Auch seine angebliche Äußerung im Video: »Wir berechneten im voraus die Zahl der Verluste des Feindes« und das Ausmaß der Zerstörung an den beiden Türmen des World Trade Centers, weist nicht zwingend auf eine Drahtzieherrolle hin, sondern läßt ebenso plausibel die Deutung zu, daß es sich lediglich um makabre Spekulationen vor dem Fernseher während der Live-Übertragung aus New York handelte.

Vor Gericht, soviel steht selbst für US-amerikanische Medien fest, wäre mit diesem Video nicht viel anzufangen. Einen qualifizierten Beweis für eine Tatbeteiligung in irgendeiner Form stellt es nicht dar, seine technischen Mängel machen es außerdem als Beweismittel sehr zweifelhaft. Da müßte schon der Druck der öffentlichen Meinung hinzukommen. Brian O'Neill, Rechtsanwalt und ehemaliger Chef für »Sonderfälle« (special prosecutions) bei der Staatsanwaltschaft in Los Angeles, drückt es so aus: Die Möglichkeit, daß ein Richter das Video als Beweismittel ablehnen würde, stehe eins zu tausend. »Sonst würde niemand in seiner Nachbarschaft jemals wieder mit ihm sprechen.«

Darüber hinaus gibt es noch die wahrscheinliche Option eines Militärtribunals. »There, the rules of evidence are relaxed«, erläutert der kalifornische Professor Scott L. Silliman, der als Experte für Militärrecht gilt.

Knut Mellenthin lebt und arbeitet in Hamburg

Konkret 02/02, S. 22

Hanan Ashrawi, Thomas von der Osten-Sacken

»Das Problem ist Sharon«

Hanan Ashrawi ist seit 2001 Sprecherin der Arabischen Liga. Sie wurde 1947 in Ramallah geboren und lehrt englische Literatur an der palästinensischen Bir-Zeit-Universität. Ashrawi gilt als Kritikerin der Autonomiebehörde
KONKRET-Interview

KONKRET: Was sagen Sie zur Aufbringung des mit 50 Tonnen Waffen beladenen Schiffes »Karin-A«?

Ashrawi: Erstens gibt es überhaupt keinen konkreten oder überzeugenden Beweis. Die Israelis haben einen Piratenakt auf hoher See begangen, indem sie dort dieses Schiff kaperten. Sie behaupten, dessen Ziel seien die palästinensischen Gebiete gewesen. Das ist unwahr und wurde von den palästinensischen Behörden bestritten. Für das Schiff hätte es keine Möglichkeit gegeben, durch den Suezkanal zu kommen, und schon gar nicht, Gaza zu erreichen, weil Israel das Meer und die Küste vor dem Gazastreifen kontrolliert. Außerdem war das Schiff mit einer multinationalen Crew bestückt. Es gibt also keine Beweise außer den israelischen Erklärungen, und natürlich beuten die Israelis das Ganze öffentlichkeitswirksam aus, um die Palästinenser zu beschuldigen und ihre eigenen Pläne zu rechtfertigen, die auf die Zerstörung der palästinensischen Behörden und deren Infrastruktur hinauslaufen. Israel will so alle Versuche der Palästinenser unterlaufen, einen eigenen Staat aufzubauen und einen gerechten Frieden zu schließen.

Die israelische Version des Vorfalls wird von den USA für glaubwürdig gehalten.

Ich wäre überrascht, wenn die USA irgendwann einmal nicht die israelische Sichtweise übernehmen würden, aber immerhin versuchen sie eine gewisse Distanz zu halten, weil die US-Regierung keinen Beweis sieht, daß es eine direkte Verbindung mit den palästinensischen Behörden gibt. Es gab da einen Mann, der für die palästinensische Autonomiebehörde gearbeitet und diese vor 18 Monaten verlassen hat. Man macht aber nicht eine Regierung für die Handlung jedes Bürgers verantwortlich. Ich wehre mich also gegen Urteile, die ohne klare Beweise gefällt werden. Die USA sagen, daß es keine Beweise gibt, die Arafat mit der Karin-A in Verbindung bringen.

Und doch scheint das Ereignis die Haltung der USA gegenüber Israel und den Palästinensern zu verändern. Sie selbst hatten es in einem Artikel begrüßt, daß die USA nach dem 11. September verstärkt Druck auf Sharon ausübten.

Wir haben versucht, den USA eindringlich klarzumachen, daß sie nicht mit den Problemen in der Region in einer derart oberflächlichen Weise umgehen können, sondern die Ursachen des Konflikts verstehen müssen. Wir haben sie aufgefordert, endlich ihrer Verantwortung gerecht zu werden und ihre Rolle ernst zu nehmen. Bislang aber haben wir nur gesehen, daß sie die israelische Sichtweise übernommen haben. Und diese israelische Regierung ist gegen den Frieden eingestellt und nicht hilfreich, irgendeine stabile Ordnung zu errichten.

Sie sehen also doch keine Veränderung der US-Politik gegenüber Israel nach dem 11. September?

Im Augenblick bewegen sich die USA mehr und mehr in Richtung Israel und dessen simplifizierendes Weltbild, das die Welt in »good guys« und »bad guys« aufteilt. Das heißt, sie haben den israelischen Narrativ übernommen, der selbst die Ursache für viele Probleme in der Region ist.

Arafat wurde doch nach dem 11. September die Chance geboten, selbst Teil der Anti-Terror-Koalition zu werden. Schließlich war der Druck der USA auf Israel, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen, zum Erstaunen der israelischen Regierung damals sehr groß.

An einem Punkt ja: Sie forderten sie auf, die A-Zonen zu verlassen. Aber Israel hat das nicht getan, sondern im Gegenteil die Besatzung intensiviert. Und die USA haben das akzeptiert. Insofern fällt es schwer zu sagen, daß die USA ihr politisches Gewicht genutzt hätten, um das israelische Verhalten zu beeinflussen. Sie haben es eine Zeitlang versucht, aber Israel hat sich dem widersetzt, obwohl dies Verhalten langfristig den US-amerikanischen Interessen in der Region widerspricht.

Der Druck der USA hat nach der Reihe islamistischer Anschläge und Selbstmordattentate im Dezember nachgelassen.

Das ist richtig. Die Selbstmordattentate haben in Sharons Hände gespielt, und er hat sie ausgenutzt, um alle Palästinenser als Terroristen zu denunzieren und den Inhalt der palästinensischen Frage völlig zu verdrehen. Er will sich so selbst als jemand präsentieren, der in einer Position der Selbstverteidigung ist, während wir wissen, daß die Besatzung das Problem und Israel der Aggressor ist.

Die Anschläge fanden statt, obwohl es eine Art innerpalästinensiches Übereinkommen gegeben hat, keine Attentate in Israel mehr durchzuführen.

Ja, das stimmt, und diese Selbstmordattentate hatten eine katastrophale Wirkung. Wir habe das öffentlich gesagt.

Seit längerem wird heftig diskutiert, ob die Autonomiebehörde und Yassir Arafat die Lage in den palästinensischen Gebieten noch unter Kontrolle haben oder nicht.

Es ist keine Frage der Kontrolle. Die Frage ist, ob man sich der Realität stellen will. Keine Regierung kann für das Verhalten all ihrer Bürger verantwortlich gemacht werden. Es gibt immer Leute, die Gesetze brechen, aber die Tatsache muß klargestellt werden, daß Israel Machtmißbrauch betreibt, die Lage dauernd eskaliert und bewußt provozierende Handlungen durchführt. Vor diesem Hintergrund muß man sehen, daß es Leute gibt, die reagieren, auch wenn es ein Abkommen gibt zwischen allen politischen Gruppierungen in Palästina, nicht einmal auf israelische Aggression zu antworten und ruhig zu bleiben und so den Waffenstillstand einzuhalten. Aber Israel hat sich bislang an keinen Waffenstillstand gehalten und weiter provoziert, damit Reaktionen entstehen, mit denen es seine eigene Politik rechtfertigen kann.

Die Aktionen der palästinensischen Autonomiebehörde, die damals gegen Organisationen wie Hamas und Djihad Islami vorgegangen ist, sprechen aber eine andere Sprache.

Die haben den Notstand ausgerufen und begonnen, Mitglieder dieser Organisationen zu verhaften. Der Unterschied aber ist, daß Ereignisse wie die im Dezember von palästinensischen Einzelpersonen oder Gruppen durchgeführt werden, während es sich bei Israel um Akte des Staatsterrorismus handelt.

Warum ist die Autonomiebehörde erst dann gegen Hamas und Djihad vorgegangen, als Sharon Arafat für »inexistent« erklärt hatte und internationaler Druck auf ihn ausgeübt wurde?

Weil es nicht leicht ist, gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen. Das bedeutet einen Autoritätsverlust und hat eine enorme Einbuße an Unterstützung und Autorität bedeutet, da es so aussieht, als würde die Autonomiebehörde unter dem Druck der Israelis handeln. Natürlich gibt es innerhalb unseres politischen Spektrums Parteien, die sich unterschieden. Und man bestraft keine Menschen für ihre politischen Einstellungen. Es gibt Rechtsverletzungen, und natürlich werden Leute bestraft, die das Gesetz übertreten, aber sie werden nicht für ihre Überzeugung oder Parteizugehörigkeit bestraft.

Wie reagierte die palästinensische Bevölkerung auf die Maßnahmen Arafats gegen Hamas und Djihad?

Sie zeigen sich äußerst verantwortlich, weil sie überzeugt sind, daß Israel versucht, die Palästinenser in einen Bürgerkrieg hineinzuziehen, und sie werden nicht in diese Falle gehen. Zugleich hat Arafats Vorgehen ihn und die Autonomiebehörde viel öffentliche Unterstützung und Popularität gekostet.

Falls Arafat die Bedingungen Israels mehr oder weniger erfüllte – gäbe es dann eine Chance für eine Fortführung des Friedensprozesses?

Das Problem ist doch nicht Arafat, das Problem ist Sharon. Sharon will keinen Friedensvertrag und unternimmt alles, um den Friedensprozeß und alle bestehenden Verträge zu unterlaufen. Er setzt auf extreme Gewalt, Grausamkeit und Militarisierung gegen die als Geiseln genommene palästinensische Zivilbevölkerung und macht dann, wenn es zu entsprechenden Reaktionen kommt, Arafat dafür verantwortlich. Es geht also nicht um die Frage, ob Arafat Frieden will oder nicht. Er hat längst seine historische Entscheidung getroffen. Und die überwältigende Mehrheit der Palästinenser will ebenfalls den Frieden. Das Problem ist doch, daß uns der Partner für diesen Frieden fehlt, und Israels Regierung statt dessen auf Militarisierung, Gewalt und Rassismus basiert. Es ist eine fundamentalistische Regierung, die nichts von Friedenspolitik wissen will.

Sehen Sie irgendeine Möglichkeit für einen Friedensschluß mit der Regierung Sharon?

Nein. Die Sharon-Regierung widersetzt sich existentiell und ideologisch jeder friedlichen Lösung des Konflikts. Sharon verfolgt seinen eigenen Plan, der auf ethnischer Säuberung und auf der Übernahme ganz Palästinas beruht, wobei die Palästinenserfrage in eine Frage isolierter Wohngebiete in den besetzten Gebieten transformiert werden soll, anstatt mit den Palästinensern als Menschen mit dem Recht auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat umzugehen. Sharon will eine »normale Besatzung« haben. Er will eine Besatzung, die den Besatzern angenehm ist. Er will zahme und brave Palästinenser, die sich zurücklehnen und akzeptieren, was immer er auch macht.

Das Interview führte Thomas von der Osten-Sacken

Konkret 02/02, S. 22

Thomas Uwer, Thomas von der Osten-Sacken

Links & Rights

Die Zeiten, als arabische und israelische Hacker sich gegenseitig die Seiten lahmlegten und die Hisbollah nicht wußte, wie die israelische Flagge von ihrer Homepage zu beseitigen war, scheinen vorerst vorbei. Verschwunden sind damit auch flackernde Icons wie brennende Autoreifen und der animierte Randstreifen, aus dem Blut trieft. Die visuelle Zivilisierung hat das inhaltliche Angebot aber nur bedingt bereichert. Im Internet finden sich vor allem Bekenntnisseiten mit der immer wieder neuen Version der »Wahrheit hinter der Wahrheit«.

Die Islamisten-Site www.iap.org hat sich der Aufdeckung der »zionistischen Verschwörung« verschrieben. Als publizistische Gegenprojekte dazu verstehen sich die seriöseren Seiten www.palestinechronicle.com, zu deren Herausgebern Prominente wie Hanan Ashrawi und Noam Chomsky gehören und die sich an die Exilgemeinde richten, und »Palestine Report« (www.jmcc.org/media/reportonline), der vom Ort des Geschehens aus berichtet. Als Teil des »Jerusalem Media and Communications Center« (www.jmcc.org) finden sich hier Umfragen unter Palästinensern und Erhebungen über soziale und ökonomische Entwicklungen. Die Menschenrechtsberichte, die auf allen Seiten zu finden sind, stammen zumeist von Addameer (www.addameer.org) und Miftah (www.miftah.org) oder wurden von der israelischen Menschenrechtsorganisation B´tselem (www.btselem.org) erstellt, die auch auf die Seiten der Arab Human Rights Association (www.arabhra.org) verweist. Die Arab HRA, die sich mit der Situation arabischer Israelis befaßt, gibt einen wöchentlichen Überblick über die arabische Presse in Israel auf Englisch. Die quasi-offizielle Seite der Al-Aksa-Intifada ist www.alaqsaintifada.org; auf www.palestine-info.com findet, wer will, von der Hamas bis zur Arafats Büro alles, was in Palästina Rang und Namen hat.

Spezialisiert auf die antisemitischen Erzeugnisse der palästinensischen Presse hat sich »Palestinian Media Watch« (www.pmw.

org.il). Das hier versammelte Material dient als »Wahrheit hinter der Wahrheit« auf den Siedlerseiten www.yeshanews.org und www.

israelnationalnews.com. Die »National News« gehören zur Nachrichtenagentur der »Arutz 7«, deren Radio von einem Schiff aus senden muß, seit der Betrieb innerhalb Israels untersagt wurde. Die Tageszeitungen »Jerusalem Post« (www.jpost.com) und »Haaretz« (www.haaretzdaily.com) stellen die komplette englische Ausgabe ins Netz und bieten zahlreiche Links zu den verschiedensten israelischen und palästinensischen Organisationen und Behörden an. Besonders empfehlenswert ist die deutsch-jüdische Seite von Hagalil (www.hagalil.com), die auch auf alle israelischen Friedensgruppen verweist. Wer die großartig angekündigte elektronische Intifada dennoch vorzieht, der findet unter www.free-jerusalem.com eine Anleitung zum Djihad und demogerechte Schüttelreime gegen Israel. Im Anschluß kann dann unter www.gamla.org.il ein Aufkleber mit dem Slogan »Don´t give them a state« bestellt werden.

Konkret 02/02, S. 23

Michael Schilling

Das Problem ist Arafat

Fußnote zum Interview mit Hanan Ashrawi

Hanan Ashrawi ist nicht irgendwer. Von 1991 bis 1993 war sie Sprecherin der Palästinenserdelegation bei den Friedensgesprächen in Madrid. Sie war, bis sie aus Protest gegen die Korruption in der Autonomiebehörde zurücktrat, Bildungsministerin in Arafats Regierung. Der liberalen Presse galt die christliche Palästinenserin lange als Trägerin von Friedenshoffnungen. Wenn überhaupt eine Verständigung Israels mit den Palästinensern möglich schien, dann mit Leuten wie ihr.

Tatsächlich ragt Hanan Ashrawi in die neue Zeit völkischer Gotteskrieger wie ein Relikt der guten alten, um soziale Emanzipation kämpfenden PLO – und repräsentiert deren Scheitern. Wie Arafat und sein Botschafter Abdallah Frangi spricht sie für eine Bevölkerung, für die sie politisch schon lange nicht mehr sprechen kann. Wie Arafat darf sie, will sie sich noch ein wenig Respekt im eigenen Lager bewahren, die Mordbrenner der Hamas und des Djihad nicht dem Feind ausliefern, sondern muß, bei aller Distanzierung, auch immer wieder ein gutes Wort für sie finden.

Nicht die verständigungsbereiten Rabin und Barak mit ihren Appellen, sondern erst der brutale Sharon mit seinen Raketeneinsätzen brachte Arafat dazu, wenigstens einige der bekannten Treffpunkte der beiden kriminellen Organisationen zu schließen, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß er ihre Duldung seiner Tat erkaufen mußte. Ob Arafat Baraks Angebot, einen Palästinenserstaat zu gründen, ganz gern angenommen hätte, weiß man nicht; vermutlich aber hätte er es nicht überlebt. Für Barak gilt Ähnliches; auch sein Plan hätte in Israels Gesellschaft und Parlament wenig Chancen gehabt.

Such are the facts, and they're getting sucher and sucher. Das meint: Ohne Zustimmung der palästinensischen Gotteskrieger und der israelischen Rechten gibt es heute keine seriösen politischen Vereinbarungen und morgen kein halbwegs friedfertiges Nebeneinander Israels und eines Palästinenserstaats. Die Israeli haben daraus die böse, aber konsequente Konsequenz gezogen, ihre Rechte an die Regierung zu wählen. Eine Vereinbarung mit den Palästinensern, die Sharon einmal unterschreibt, wird in Israel keinen nennenswerten Widerstand mehr finden. Ein Friedensvertrag, den Arafat unterschriebe, würde morgen von »Märtyrern« der Hamas in einem Dutzend Massaker zerfetzt.

Das Problem ist also Arafat. Es bräuchte einen palästinensischen Sharon, der etwas versprechen *und* halten kann. Nach Lage der Dinge müßte er von der Hamas kommen. Hört sich verrückt an, dürfte sich aber als wahr erweisen.

Konkret 02/02, S. 24

Marco Tullney

Wo die Politik denken läßt

Wo kommen eigentlich die kleinen Strategien her, auf die der Schröder, die Merkel, der Westerwelle, die Roth und der Gysi so stolz sind?

Edmund Stoiber ist Kanzlerkandidat der Union. Angela Merkel gilt als Verliererin. Wenn man es persönlich nimmt, wird es wohl so sein. Politisch sieht die Sache anders aus. Angela Merkel hat wichtige Vorarbeit geleistet, die kohlversiffte CDU wieder kapitalkompatibel zu machen. Sie hatte tüchtige Helfer: die Think tanks des Kapitals selbst. Gemeinsam mit ihnen hat sie die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Edmund Stoiber gute Chancen hat.

Merkels Beitrag dazu bestand in einer gar nicht so dummen Doppelstrategie. Einerseits versuchte sie der Öffentlichkeit zu vermitteln, daß ihre Partei eine Volkspartei, und zwar eine der Mitte sei. (Zur Berliner Wahl begann die CDU eine neue Aktion: »Es gibt nur eine Mitte!«) Mit Bierzeltstimmung und Stammtischparolen allein geht das nicht, zumal Schröder/Schily/Fischer bereits die Lieblingsspielfelder der CDU der neunziger Jahre besetzt haben: Staaten zerlegen, Kriege führen, Grenzen dicht und im Inneren alles unter Kontrolle.

Im Kontrast zu Stoiber, Koch oder Merz ließ Merkel seit ihrer Amtsübernahme ein deutlich weichgezeichnetes Bild von sich – und damit auch ein bißchen von ihrer Partei – erzeugen. Es sollte den Eindruck erwecken, die CDU und ihre Vorsitzende seien irgendwie linker, sozialer, netter als die genannten Herren.

Das ist die eine Seite des Merkel-Modells. Die andere finden wird in der Kampagne für eine *Neue Soziale Marktwirtschaft.* Hier propagierte die Vorsitzende, im Zeitalter der Digitalisierung und Globalisierung müßten die Lehren Ludwig Erhards an die neuen Gegebenheiten angepaßt und so fit für die Zukunft gemacht werden. Erhard hatte sich bekanntlich noch ein wenig Sozialrhetorik geleistet – einerseits um Anschluß an die Volksgemeinschafts-Ideologie und die katholische Soziallehre zu halten, andererseits um dem Kapitalismus in den Zeiten der Systemkonkurrenz die Maske eines menschlichen Antlitzes zu verpassen.

Eine Kommission unter Vorsitz von Merkel hat Erhards Modell in einem 221 Punkte umfassenden Programm modernisiert. Handlungsbedarf gebe es vor allem in den Bereichen Bildung und Soziales. Hochschulen sollen auch als Aktiengesellschaften betrieben werden können, es müßten Studiengebühren erhoben werden und das Abitur solle keine Garantie mehr für den Unizugang sein. Das Arbeitsrecht müsse flexibilisiert, Arbeitslosen- und Sozialhilfe müßten zusammengelegt und die gesetzliche Krankenversicherung auf einen kleinen Kernbereich gestutzt werden.

Das Programm ist freilich nicht Merkels Erfindung. Es ist ein Plagiat. Einen Monat, bevor die CDU-Vorsitzende ihre Idee in der »Frankfurter Allgemeinen« vorstellte, hatte ein Verein namens »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« sein Debut gegeben. Er startete eine Kampagne, die nun allerdings für eine kritische Betrachtung interessanter ist als Merkels Text: Zum einen wird darin ohne Rücksicht auf Sozialpolitiker und Parteiflügel Klartext gesprochen, zum anderen haben wir es hier nicht mehr mit einer politischen Angestellten zu tun, sondern mit den Chefs selbst. Die »überparteiliche Initiative« ist nämlich eine Aktion des Verbandes der Metall- und Elektrounternehmen (»Gesamtmetall«), sie will die Soziale Marktwirtschaft von unnötigem Ballast befreien, um »mehr Wettbewerb und Arbeitsplätze« in Deutschland zu schaffen. Die Promotion der 100 Millionen Mark teuren Kampagne wurde der Agentur Scholz & Friends übertragen, die auch Werbung für die CDU macht.

Der Versuch liberaler und konservativer Kreise, über PR-Agenturen und Medienunternehmen in die Politik einzugreifen, ist so neu nicht. Seit vor Jahrzehnten F. A. Hayek einen Sponsor – den Brathähnchenkönig Anthony Fisher – fand, haben neoliberale Think tanks einen weltweiten Siegeszug angetreten. Doch während die Vertreter marktradikaler Prinzipien im westlichen Ausland offen und selbstbewußt auftraten, kamen sie in Deutschland immer ein bißchen verschämt daher, redeten viel von Gemeinwohl (»Wohlstand für alle«) und der Notwendigkeit effizienter Sozialsysteme. Dennoch etablierte sich die PR-gesteuerte Kampagnen- und Initiativenpolitik auch in der Bundesrepublik als *der* relevante Politikstil. Als Akteure treten »überparteiliche« Initiativen auf, wie zuletzt Anfang dieses Jahres ein Verein mit dem Namen »Deutschland packt's an«, der sich als »eine Initiative der deutschen Medien« vorstellt.

Bereits Anfang der neunziger Jahre hatte die Bertelsmann-Stiftung, Eigentümerin des Bertelsmann-Konzerns, sich erfolgreich an dieser Art der Kampagnenpolitik versucht. Sie beriet die ÖTV, forderte gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung eine Umgestaltung der Mitbestimmung und ist auch als Stichwortgeberin für die Bundesregierung tätig. Nach Abschluß eines Forschungsprogramms (»Weiterentwicklung und Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft«) bündelte sie ihre Politikbeeinflussung ab 1997 in einer »Reformkommission Soziale Marktwirtschaft«. Beteiligt daran waren auch die Heinz-Nixdorf- und die Ludwig-Erhard-Stiftung. Die Kommission trat in der Debatte um die Gesundheitsreform auf und forderte, die gesetzliche Krankenversicherung auf eine Basissicherung zu reduzieren, die Patienten stärker an den Behandlungskosten zu beteiligen und die freie Arztwahl faktisch abzuschaffen. Ihr gehörte neben Wissenschaftlern auch

Personal aus Parteien und Organisationen der Unternehmer an, das sich in ähnlicher Zusammensetzung heute bei der Gesamtmetall-Initiative »Neue Soziale Marktwirtschaft« wiederfindet.

Anders als die Bertelsmann-Stiftung, die stolz auf ihr politisches Engagement ist, versucht Gesamtmetall, als Initiator der »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« kaum in Erscheinung zu treten. So erfährt man auf ihrer Webseite nur an untergeordneter Stelle, wer eigentlich die Aktion gestartet hat. Vor allem ist dort die Rede von zahlreichen engagierten Einzelpersonen, die entweder als Mitglieder des Kuratoriums oder als sogenannte »Botschafter« der Initiative tätig sind und deren Forderungen verbreiten.

Da hat sich allerdings ein Kabinett des Grauens zusammengefunden. Neben zahlreichen Mitgliedern aus Verbänden des Kapitals stehen so bewährte Leute wie Wolfgang Clement, Edmund Stoiber, Hans Tietmeyer, der ehemalige Bundesbankpräsident, Michael Glos (CSU), der grüne Haushaltsexperte Oswald Metzger, Siegmar Mosdorf, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium (SPD), Dagmar Schipanski (CDU) und Cornelia Pieper (Generalsekretärin der FDP) mit ihrem Namen für die liberalen Forderungen ein.

Was lehrt uns das? Daß sich Politiker/innen von Lobbyorganisationen des Kapitals – gelinde gesagt – inspirieren lassen, ist nicht unbekannt. Der Weg, auf dem das organisierte Interesse des Kapitals Eingang in die Politik findet, verändert sich jedoch: Eine immer größere Rolle spielen PR-Agenturen und medienwirksam inszenierte Expertengremien. Sogar der Verteidigungsminister hält sich einen eigenen PR-Unternehmer.

Weniger als früher werben Parteien und Politiker mit eigener Kompetenz, sondern brüsten sich damit, daß sie die Ansichten von »Experten« teilen und zu exekutieren bereit sind. So hatte schon Schröder seine Kandidatur bestritten und war nicht zuletzt von Bertelsmann kräftig gefördert worden. Daß die CDU nach ihrer Wahlniederlage von 1998 in eine schwere innerparteiliche Krise geriet, konnte denen, die sie zur marktradikalen Raison bringen wollten, weil ihnen Kohl und vor allem Blüm noch viel zu sozialstaatlich waren, nur recht sein. In einer ähnlichen Situation hatte der Papst des Neoliberalismus, Friedrich August von Hayek, in den siebziger Jahren den Konservativen in Großbritannien ein durch und durch marktradikales Programm verpaßt, das dann ein paar Jahre später unter Thatcher voll umgesetzt wurde und auch den Regierungswechsel zu Tony Blair unversehrt überstanden hat.

Als Merkel das überparteilich inszenierte Konzept von Gesamtmetall offiziell für die CDU übernahm, bereitete sie den Schöpfern des Originals allerdings keineswegs die reine Freude. Die Zeiten, in denen »das Kapital« sich säuberlich in Fraktionen zerlegen läßt, die ihrerseits unterschiedlichen Parteien zugeordnet werden können, sind vorbei. Mögen die unmittelbaren ökonomischen Interessen noch verschiedenartig sein – immerhin gibt es ja noch die gute alte Konkurrenz – , sorgt schon die Präsentation von Politikmodellen durch PR-Agenturen für eine gewisse Einheitlichkeit, die sich in einer breiter gestreuten politischen »Landschaftspflege« (gern erinnern wir uns an den Lieblingsausdruck des Flick-Managers von Brauchitsch) artikuliert. Man tritt überparteilich auf.

Im hier diskutierten Fall sollten marktradikale Positionen unverdächtig im gesamten Parteienspektrum (plus/minus PDS) verankert werden. Eine Identifizierung ausschließlich mit dem Unternehmensverband Gesamtmetall hätte da nur schaden können. Angesprochen auf die Übereinstimmung seiner Kampagne mit der CDU, sprach Gesamtmetall-Geschäftsführer Vajna von einem »Dilemma, aus dem schwer rauszukommen ist«, und der Scholz & Friends-Chef Heilmann versicherte, für die CDU habe er den Slogan »Neue Soziale Marktwirtschaft« sicherlich nicht gemacht. Andererseits arbeiten die Originalinitiative und die Merkelkampagne in einer Art friedlicher Koexistenz: »Neue Soziale Marktwirtschaft« (CDU) und »Chance für alle« (Gesamtmetall) beschicken wechselseitig ihre Konferenzen zum letztlich ja gemeinsamen Thema.

Merkel hat wirtschaftliche Kompetenz der Union wieder in den Vordergrund gerückt. Dazu mußte manches soziale Feigenblatt der Erhard-Ära entfernt werden. Aus der CSU war zunächst heftige Kritik an ihrem Entwurf zu hören: zu ökonomisch, zu wenig an den alten Werten orientiert, Merkel wolle die CDU zu einer Art FDP machen. Stoiber schwieg und kann jetzt die Vorarbeit genießen.

Marco Tullney ist Mitautor von »Varianten des autoritären Liberalismus«, erschienen in der Zeitschrift »1999«, Heft 2/01

Konkret 02/02, S. 26

Joachim Rohloff

Peter und das Schaf im Wolfspelz

Schon wieder hat eine grüne Friedensfrau ihr Herz an einen Berufssoldaten verloren. Ob es diesmal gutgeht?

Um einer achtköpfigen Familie den Vater zu rauben, braucht es in den meisten Fällen entweder einen Lungenkrebs oder eine der morgendlichen Reifglätte nicht angepaßte Geschwindigkeit oder einen den Frieden erzwingenden Schlag der Nato. Im Fall der Familie Matthiesen, derzeit teilweise wohnhaft in Skopje/Mazedonien, aber hieß das Unglück Angelika Beer. Und es kam so:

Als Angelika Beer (44) Anfang Dezember nicht mehr weiterwußte, bat sie einen hohen Militär um Rat. »Ich habe mich verliebt«, erzählte die Grüne dem Soldaten, »in einen Oberstleutnant.« Der Offizier starrte sie an. Beer: »Zuerst entsetzt. Dann sprachlos. Dann strahlte er. Und klopfte mir auf die Schulter: ›Mensch, Frau Beer: die bei der Bundeswehr haben mit allem gerechnet. Nur damit nicht.‹«

Denn lange Zeit galt sie als Antimilitaristin. *Noch 1996 trat sie für die Abschaffung der Bundeswehr ein.* Hätte man sie damals gefragt, ob sie je der Beteiligung deutscher Soldaten an einem Angriffskrieg oder auch nur einem Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Territoriums der Nato zustimmen werde, so hätte sie gesagt: Quatsch! *»Aber dann habe ich nach und nach gelernt, daß hinter den Uniformen fantastische Menschen stehen.« Sie sprach sich als eine der ersten bei den Grünen für eine deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg aus.* Mensch, Frau Beer! sagten viele*, einige haben sie sogar als »Kriegstreiberin« beschimpft.*

Der *»Welt am Sonntag« schilderte sie, wie sich ihr Leben verändert hat,* seitdem aus der Antimilitaristin eine Militärexpertin, ja schließlich sogar die verteidigungspolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion wurde. *»Ich besuche regelmäßig die Bundeswehr auch im Ausland.«* Von einer ihrer Reisen berichtete sie in einer Pressemitteilung: »Die jahrzehntelange anhaltende Unterdrückung von Minderheiten, die Verantwortung Milosevics für vier Kriege in der Region, die immer wieder aufbrechenden ethnischen Konflikte sind nicht nur verursacht durch das Zerbrechen des ehemaligen Jugoslawiens, sondern werden immer neu genährt durch tiefsitzende Angst vor Verfolgung und Vertreibung, Ermordung und gegenseitigen Haß. SFOR und KFOR, insbesondere auch die Bundeswehr, leisten in der Region einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Region. Ohne diesen wäre der Wiederaufbau und der Aufbau einer demokratischen Gesellschaft unmöglich. Vor dem Hintergrund der begrenzten Zeit müssen die präventiven Mittel der Internationalen Gemeinschaft intensiv genutzt werden und die vollständige Gleichberechtigung der Albaner erreicht werden.«

Während ihrer Truppenbesuche habe sie mehrmals den deutschen Militärattaché in Skopje getroffen. *»Es waren normale Dienstgespräche. Wir haben viel über Bundeswehreinsätze diskutiert. Bis zum 17. September hätte ich auf die Frage, ob ich mich in einen Offizier verlieben würde, gesagt: Quatsch!«*

Aber an jenem Tag *»hat beim Abschied nach einer Besprechung der Blitz aus heiterem Himmel eingeschlagen. Wir wollten ein Bier trinken – das war der Fehler.«* Bei einem Bier wird es allerdings nicht geblieben sein, denn *wie lange sie zusammengesessen haben, daran können sich beide nicht erinnern. Was spielt die Zeit für eine Rolle, wenn man liebt?*

Die Liebe der sympathischen *Single-Politikerin mit der markanten Frisur – dünnes, dreißig Zentimeter langes, geflochtenes Hippie-Zöpfchen am Strubbelkopf –* wird *offensichtlich auch von dem Karrieresoldaten bedingungslos erwidert.* Denn Peter Matthiesen (55), *oberster deutscher Soldat in Mazedonien, zog aus der Wohnung in Skopje aus, in der er mit seiner Frau und drei von insgesamt sieben Kindern lebte. »Ein schwerer Schritt, aber es bringt nichts, sich gegenseitig zu belügen. Nach 27 Ehejahren habe ich Gefühle tief verletzt. Ich hoffe auf eine gütliche Trennung. Wir sind und bleiben darüber im Gespräch.« Er fand eine Wohnung in der Innenstadt, in der beide gemeinsam Weihnachten feierten.*

Ganz Berlin redet von dieser neuen Politikerliebe, der wieder eine Familie zum Opfer fiel. Und wer wirklich alles wissen will, fragt sich nun, ob die erotische Streubombe in der Vergangenheit nicht noch größeren Schaden angerichtet hat. Während des Krieges im Kosovo wurde Angelika Beer vor ihrer Abgeordnetenwohnung von einem Unbekannten mit einem Messer angegriffen. Damals hieß es, es müsse sich um einen radikalen Kriegsgegner gehandelt haben. Aber vielleicht war das politische Attentat in Wirklichkeit ein Eifersuchtsdrama...

Manches spricht dafür.

Freunde beschreiben die Grüne als eine geradezu zerrissene Persönlichkeit: unglaublich zäh und durchsetzungskräftig im Berufsleben, aber scheu und leicht verletzlich im Privaten. Sie arbeitete sich zielstrebig in die Männerdomäne Verteidigungspolitik ein. Ex-Verteidigungsminister Volker Rühe bescheinigte der politischen Gegnerin schon bald hohe Sachkompetenz. Ein verbissener Fleiß und Aktionismus, der möglicherweise private Tragödien in der eigenen Vergangenheit vergessen machen sollte?

Angelika Beer sucht jetzt ein Reisebüro, das billige Flüge nach Skopje anbietet. Und sie sorgt sich um das Auskommen ihres Peter. *Bei einem Wehrsold von 7500 Mark brutto plus steuerfreien Auslandszulagen in Höhe von rund 5500 Mark und einem monatlichen Kindergeld von 2200 Mark bleibt für ihn und sein neues Leben nicht viel übrig. Wieder ein Beispiel dafür, daß Liebe und Leid so oft ganz nah beieinander liegen.*

Wie aber mag ein *Angriff der großen Gefühle* verlaufen? In der Wohnung in der Innenstadt in Skopje? Wenn Peter neben seiner Uniform steht? *»Ich bin Mitglied einer staatstragenden Institution. Da tut man sich mit einer Partei wie den Grünen natürlich schwer«*, wird er sagen. Und Angelika wird antworten: »Ich kritisiere das Junktim von Vertrauensfrage und einer Sachentscheidung, für die gerade in der Frage des Einsatzes militärischer Mittel die grundgesetzlich manifestierte Gewissensentscheidung als Voraussetzung für eine sachgerechte Entscheidung des einzelnen Abgeordneten von wesentlicher Bedeutung ist.«

Dieser Logik wird Peter sich nicht verschließen können: *»Du bist im Frühjahr spontan in den Kosovo gereist, weil du dir ein Bild von der Lage machen wolltest, bevor du deiner Fraktion vorschlägst, das Mandat für die Bundeswehr dort zu verlängern. Von anderen Parteien war keiner da. Die Truppe mag es, wenn sich ein Politiker um sie kümmert.«* Und er wird seine militärischen Mittel einsetzen.

Es gab Gerüchte, daß sie im Herbst nicht mehr für den Bundestag kandidieren will. Quatsch? Nein, *»Unsinn«, sagt sie. »Ich werde nach 25 Jahren aktiver Politik nicht kochen und putzen.« Matthiesen nickt kurz. Überlegt. Und scherzt: »Obwohl ich finde, es hätte was.«*

Nicken, überlegen, scherzen – so hat er es während seiner Grundausbildung gelernt. Wir enthalten uns im Angesicht dieses großen Glücks der Schadenfreude, erinnern aber daran, daß die bisher einzige Verbindung einer prominenten grünen Politikerin mit einem Dienstwaffenträger nicht gut ausging. Und wir wünschen es Angelika Beer, daß Peter Matthiesen von der Wumme im Nachtschrank nie wird Gebrauch machen müssen, auch keinen präventiven Gebrauch zur Sicherung des Friedens. Schon deshalb, weil andernfalls der Kroetz womöglich wieder ein Theaterstück schriebe.

Kursiv gesetzte Passagen zitieren aus der »Welt«, aus »Bild am Sonntag« oder aus der »Bunten«

Joachim Rohloff schrieb in KONKRET 1/02 über das Ströbele-Prinzip

Konkret 02/02, S. 26

Heinz-Jürgen Schneider

Aufstand der Eiständigen

April 2001. Eine kleine, banale Geschichte. Die Polizei eskortiert eine Jungnazidemo durch eine niedersächsische Kleinstadt. Aus den Reihen der Gegendemonstranten fliegt ein Ei. Ohne Treffer zerplatzt es auf deutschem Boden. Der Werfer wird ermittelt. Der Vorgang landet bei der Staatsanwaltschaft Lüneburg. Die Banalität des Blöden beginnt. Die Akte geht zur Weiterermittlung zurück an die Polizei (Auftrag: »Gab es weitere Werfer oder Unruhestifter?«). Später folgt aktenmäßig eine mehrseitige komplexe Erörterung zum Thema »Ein rohes Ei ist keinesfalls ein ungefährlicher Gegenstand«. Es kann trotz seines flüssig-weichen Inhalts Prellungen hervorrufen. Träger von Sehhilfen sind gefährdet, und vielleicht gelangt ein Splitter der Eierschale in den Augapfel. Das Ende der Realsatire war absehbar: eine Anklage wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung (von Polizisten und Nazis) nebst versuchter Sachbeschädigung (Uniformen und Faschoautos) und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz (das Ei als mitgeführte Waffe).

Als die juristische Anti-Antifa letzten Oktober anklagte, lag das Gedränge am Brandenburger Tor beim »Aufstand der Anständigen« 2000 doch schon fast ein Jahr und immerhin 9.131 registrierte rechte Gewalttaten zurück. Seit dem Bundestagsbeschluß »gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt« vom März 2001 war nichts passiert, bloß waren sieben Monate verstrichen. Die Zeiten waren wieder unaufgeregter. Der sächsische Generalstaatsanwalt hatte verkündet, der Ruf »Ruhm und Ehre der Waffen-SS« sei nicht strafbar. Drei vom Rostock-Lichtenhagener Mob von 1992 kamen immerhin schon neun Jahre und 81 Nazimorde später vor Gericht. Die Vorsitzende des Petitionsausschusses des Bundestages und andere wurden bei »Leipzig gegen Rechts« mit Pfefferspraypistolen der Polizei traktiert und zwecks Sitzblockadeauflösung ins Gebüsch geworfen.

Krieg lag in der Luft. Mitinitiatoren von »Wir stehen auf für Menschlichkeit und Toleranz« am 9. November 2000 setzten ihn durch, machten für ihn PR oder kümmerten sich um die Sicherheit der Heimatfront. Deshalb versteht es sich beinahe von selbst, daß das Amtsgericht Uelzen sich mit Ei und Werfer beschäftigen wird. Eine kleine, banale Geschichte aus dem neuesten Deutschland.

Konkret 02/02, S. 28

Klaus Thörner

Souveräne Diplomatie

Die Auswertung des Kosovofeldzuges durch zwei Insider bestätigt die federführende Rolle Berlins

Das Rentnerdasein gibt Zeit und Gelegenheit zum Nachlesen, Nachtreten und unbefangenen Plaudern. Wesley Clark, von 1997 bis 2000 Oberkommandierender General der Nato in Europa, blickt von US-amerikanischer Warte aus zurück. Günter Joetze, 32 Jahre im diplomatischen Dienst der Bundesrepublik und von 1995 bis 1999 Präsident der Bundesakademie für Sicherheitsdienste, konzentriert sich auf die europäische beziehungsweise deutsche Sicht der Ereignisse.

Clark bestätigt die These, daß es der US-Politk im Kosovokrieg nicht um strategische Interessen, sondern um die Absicherung ihrer führenden Rolle innerhalb der Nato und die Verhinderung von Konkurrenzprojekten ging. »There could be no future for Nato as we knew it without success in this mission.« Über andere Kriegsziele habe es in der US-Führung keine Einigkeit gegeben. Die Differenzen zwischen den Schaltstellen der US-Militär- und Außenpolitik hätten ihn als Kommandanten die gesamte Zeit »teuflisch« gequält. Das Weiße Haus und das State Department unter Madeleine Albright seien in erster Linie an einer erfolgreichen Mission interessiert gewesen. Dagegen habe das Pentagon, nachdem eine Involvierung von US-Militärs nicht mehr zu verhindern gewesen sei, beständig auf eine begrenzte und möglichst risikolose Operation gedrungen.

Das Interesse der US-Sicherheitspolitik richtete sich damals in erster Linie auf den Persischen Golf (Irak) und auf Korea. Erst als europäische Politiker – Clark nennt die Außenminister Kinkel und Cook – im Frühjahr 1998 ein militärisches Eingreifen forderten, sei der Augenblick für »American leadership« gekommen. Kinkel hatte, so Clark, hinsichtlich eines gegen Jugoslawien gerichteten Militäreinsatzes auf einem Treffen der Nato-Außenminister im März 1998 in Luxemburg mit außergewöhnlicher Heftigkeit gepoltert: »Eine rote Linie muß gezogen werden.« Im Mai 1998 begann daraufhin das Militärkomitee der Nato mit Planungen für eine Operation im Kosovo – unter Leitung des deutschen Generals Klaus Naumann. Bereits im Sommer 1998 waren sich Naumann und Clark einig, daß ein Eingreifen der Nato in den Kosovokonflikt praktisch unvermeidbar sei.

Auch nach den Ereignissen von Racak im Januar 1999 fand Clark im Pentagon nur »little appetite« für jede ernsthafte Vorbereitung eines Nato-Einsatzes im Kosovo. Währenddessen forderte Naumann bereits, den Einsatz von Bodentruppen auf die Tagesordnung des Nato-Rates zu setzen. Solana lehnte ab. Mit ihren Plänen für Luftattacken konnten sich Clark und Naumann im März 1999 endlich durchsetzen. Doch schon kurz nach Beginn des Krieges stieß Clark erneut auf Widerstände bei Clinton und Verteidigungsminister Cohen. Der US-Präsident sei davon ausgegangen, daß die Operation nach drei Tagen beendet sei. Danach habe die politische Führung der USA nach einem Weg des Rückzugs gesucht. Das Pentagon sah sich mit dem zentralen Problem konfrontiert, einen begrenzten Krieg managen zu müssen, der nicht zur ersten Planungspriorität gehörte und nicht die volle nationale Unterstützung fand. Cohen lehnte während des gesamten Krieges jegliche Planung und Vorbereitung des Einsatzes eigener Bodentruppen entschieden ab.

Anfang Mai 1999 lief die Amtszeit von Naumann als Vorsitzender des Nato-Militärkomitees ab, doch er ersuchte mit Unterstützung von Clark um eine Verlängerung. Erst nachdem eine – nicht genannte – Nato-Regierung mit Rücktritt gedroht hatte, falls Naumann bliebe, trat er ab. Noch an seinem letzten Amtstag setzte er sich bei Clinton für den Einsatz von Bodenkampftruppen der Nato ein. Nach dem Abgang Naumanns blieb mit Dieter Stöckmann, seit 1998 Chef des Generalstabs der Nato in Europa (und seit September 2001 stellvertretender Oberbefehlshaber der Nato in Europa und damit ranghöchster europäischer Offizier), ein weiterer deutscher General an allen Planungen und Entscheidungen der Nato-Kriegsführung beteiligt.

Im Mai 1999 traten die entgegengesetzten transatlantischen Perspektiven nach Angaben Clarks immer deutlicher zutage. Während die US-Amerikaner weiter auf eine strategische Luftkampagne setzten, zeigten sich europäische Militärs bereit für eine Bodenoffensive. Clark versuchte beide Optionen zu vermitteln. Sein Kompromiß: Einsatz der UCK als Bodentruppe der Nato. Der verstärkte Kampf der UCK ab Mai 1999 zwang serbische Einheiten aus der Deckung und machte sie zu sichtbaren Zielen der Nato-Bomber. Ende Mai 1999 wurde die Zusammenarbeit perfektioniert. Als UCK-Einheiten Mühe hatten, den strategisch wichtigen Pastrikberg im Westen des Kosovo gegen eine Offensive der jugoslawischen Armee zu halten, wurden sie durch Nato-Luftangriffe unterstützt.

Joetze hebt ebenso wie Clark die zentrale Rolle von Naumann bei der Planung des Kosovokrieges hervor. Daneben sieht er das deutsche Profil vor allem auf diplomatischer Ebene. So sei die Idee zur Rambouillet-Konferenz auf einer Sitzung der Spitze des Auswärtigen Amtes entstanden. Die militärische Drohung war allerdings auch im deutschen Vorgehen conditio sine qua non. Und: »Ohne Bodentruppen zur Garantie des künftigen Abkommens gehe es nicht. In diesem Punkt waren die Deutschen besonders aktiv.« Nach der Sitzung des Auswärtigen Amtes telefonierte Fischer stundenlang mit anderen Regierungen, um für die Konferenzidee zu werben. Mit anderen Worten: Das Auswärtige Amt entwickelte die

Rambouillet-Idee als Gegenkonzept zum US-amerikanischen Ansinnen, auf Racak »nur« mit kurzen Luftschlägen zu reagieren, und drängte die Clinton-Regierung zur Entsendung von Bodentruppen.

Joetze sieht deutsche Verdienste insbesondere bei der Durchsetzung der Friedensbedingungen. So brachte zunächst US-Außenministerin Albright den ehemaligen finnischen Präsidenten Athisaari als Chefunterhändler gegenüber Jugoslawien und Rußland ins Spiel. Doch als Vertreter der Nato wäre er niemals akzeptiert worden. Da hatte Kanzler Schröder, so Joetze, »die rettende Idee« – Athisaari solle als Vertreter der Europäischen Union, nicht der Nato verhandeln. Sein Erfolg in der Pendeldiplomatie war also ein Erfolg der »in jeder Hinsicht souveränen deutschen Diplomatie« (Joetze), während die Nato ab Mai 1999 von den Verhandlungen mit Belgrad (und Moskau) praktisch ausgeschlossen war. Folgerichtig wurde der Frieden nicht im Rose Garden des Weißen Hauses (wie nach den Dayton-Verhandlungen 1995) verkündet, sondern beim EU-Rat Anfang Juni 1999 in Köln, mit »Stolz und Erleichterung« (Joetze).

Wesley Clark: *Waging Modern War. Bosnia, Kosovo and the Future of Combat.* PublicAffairs, New York 2001, 304 Seiten, 35,72 Euro

Günter Joetze: *Der letzte Krieg in Europa? Das Kosovo und die deutsche Politik.* Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart/München 2001, 224 Seiten, 18,90 Euro

---

Klaus Thörner schrieb in KONKRET 9/01 und 10/01 über Carla del Ponte und das organisierte Verbrechen

Konkret 02/02, S. 29

Konrad Ege

Verbote retten die Freiheit

Die Anti-Terror-Ma nahmen der Bush-Regierung sind einschneidend und finden breite Unterst tzung

Wohl noch nie in jüngster Geschichte hatte es eine amerikanische Regierung so leicht, Krieg zu führen und repressive Gesetze durchzusetzen. Mit den geplanten Militärtribunalen, Hunderten von Festnahmen bei Nacht und Nebel, dem »Büro zur Heimatverteidigung« zum Kampf gegen den inneren Feind und dem 342 Seiten langen Patriotismusgesetz (»Gesetz zur Einigung und Stärkung Amerikas durch Bereitstellung angemessener Mittel zur Verhinderung von Terrorismus«) bestätigt George W. Bush immer mehr die über ihn kursierenden Stereotype: Wild-West-Spiele eines Cowboypräsidenten, eines Outlaws, eines texanischen Henkers.

Rechtlich besonders problematisch sind die Tribunale. Amnesty International hat dagegen protestiert, Human Rights Watch ebenso. Als Chef dieser geheimen Gerichte wäre Bush letztendlich Ankläger und Richter in einer Person. Unklar bleibt, woher der US-Präsident das Recht nimmt, des Terrorismus verdächtigte Ausländer »inner- und außerhalb der USA« festzunehmen und vor Gericht zu stellen, wie es in seiner Anordnung vom 13. November 2001 heißt. In der US-Verfassung jedenfalls gibt es keine entsprechenden Artikel. Zu sowjetischen Zeiten galt den US-Konservativen die UdSSR als Drahtzieher des weltweiten Terrorismus, aber die Realpolitik bremste selbst Präsident Reagan, der – »I am a contra« – die nicaraguanischen Terroristen zu Busenfreunden erklärt hatte. Erst jetzt ermächtigt sich ein US-Staatschef, auch im Ausland Festnahmen vornehmen zu lassen. Bush und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld wollen jeweils schon vor der Festnahme des Beschuldigten entscheiden, ob der Betroffene ein Terrorist ist und vors Tribunal kommt oder vor ein »normales« Gericht. Das Unschuldsprinzip wird außer Kraft gesetzt. Und in dem Geheimverfahren wären der Präsident und der Verteidigungsminister auch die einzige Berufungsinstanz.

Justizminister John Ashcroft, der gleich nach Amtsantritt versprochen hatte, die amerikanische Justiz zum »Modell für die ganze Welt« zu machen, legte nach und erläuterte: Ausländische Terroristen verdienten nicht den Schutz der Verfassung mit der Garantie eines fairen Prozesses. Ari Fleischer, Sprecher des Weißen Hauses, warnte Kritiker, sie sollten vorsichtig sein, und nicht »alles« sagen, was ihnen auf der Zunge liege. Das hat keine Gesetzeskraft, ist keine Zensur. Aber viele Journalisten haben sich nach dem 11. September einen »inneren Fleischer« zugelegt.

Außerdem sieht die neue Sicherheitspolitik der Bush-Administration eine fast schrankenlose Überwachung der Telefon- und Internet-Kommunikation, vereinfachte Ausstellung von Durchsuchungsbefehlen und den vermehrten Einsatz von Undercover-Agenten vor. Bei Terrorismusverdacht und vor allem, wenn es um verdächtige Ausländer geht, haben die Behörden freie Hand. Das FBI darf selbst die Gespräche angeklagter ausländischer »Terroristen« mit ihren Verteidigern abhören. Die verschärften Richtlinien gaukeln vor, daß der Staat seine Bürgerinnen und Bürger doch schützen könne. Die Gemeindienste wünschen sich das schon lange und vertuschen nun ihr totales Desaster am 11. September mit einer Dolchstoßlegende: Bürgerrechtler hätten ihnen mit ihrer penetranten Kritik die Erfüllung ihrer Aufgaben schwer gemacht. Schärfere Sicherheitsgesetze hätten die Anschläge verhindern können.

Der Widerstand ist schwach: Anwaltverbände protestieren, hier und da ein Leitartikelschreiber, ein paar Kongreßabgeordnete, die sich übergangen fühlen, und natürlich die Bürgerrechtler. Kommunitaristen sind bereit, das »Recht des Einzelnen« ein klein wenig aufzugeben, um die Gemeinschaft zu schützen. Terrorgeschockte Amerikaner könnten sich für eine Art »participatory fascism« (Faschismus zum Mitmachen) erwärmen, warnte kürzlich der amerikanische Schriftsteller Lewis Lapham.

Kritik kommt von der äußersten Rechten, den Schußwaffenverbänden und der »Schwarzen Hubschrauber«-Fraktion, die früher Angst hatte, Clinton würde die Demokratie abschaffen. Ashcroft nimmt Rücksicht auf diese Leute, seine Stammwähler: Die noch zu Clintons Zeiten durchgesetze Registrierung von Schußwaffen-Käufern soll beim Antiterrorkampf keine Verwendung finden. Besonders skeptisch sind die Rechten gegenüber gelegentlich ins Gespräch gebrachten Vorschlägen, eine Ausweispflicht einzuführen. Da wittert man Überwachung total, vor allem, wenn auch noch die Meldepflicht hinzukäme.

Bislang hat Ashcrofts Verhaftungskampagne anscheinend nur begrenzt Erfolg. Soweit bekannt, wurde seit dem 11. September nur eine Verdachtsperson festgenommen, die direkt an der Vorbereitung der Anschläge beteiligt gewesen sein soll, der 33jährige Marokkaner Zacarias Moussaoui. Die meisten Verhafteten waren arabisch-amerikanische und muslimische junge Männer mit Visaproblemen. 725 seien wegen Verstoßes gegen Einwanderungsgesetze festgenommen worden, 460 seien noch in Haft, erklärte das US-Justizministerium Mitte Januar auf Drängen von Bürgerrechtlern. 375 der 460, so die Staatsschützer, hätten »möglicherweise« Verbindungen zu Terrorgruppen oder zu Personen mit möglichen Verbindungen zu Terrorgruppen. Namen und Haftanstalten der Gefangenen werden geheim gehalten, denn ihre Veröffentlichung gefährde die Ermittlungsarbeiten und »ebne eventuell den Weg zu weiteren Terroranschlägen«, hieß es aus dem Ministerium.

Angeblich hatte Moussaoui, dem jetzt im US-Bundesstaat Virginia, unweit vom Pentagon und dem CIA-Hauptquartier (das wird eine unvoreingenommene Geschworenenriege geben), der Prozeß gemacht wird, in einer der Todesmaschinen mitfliegen sollen. Dabei war Moussaoui schon vorher aufgefallen: Eine Flugschule in Minnesota hatte das FBI im August 2001 über ihren kauzigen Kunden in Kenntnis gesetzt. Der Möchtegern-Pilot wollte angeblich 8.000 Dollar bar bezahlen, um zu lernen, wie man ein Passagierflugzeug steuert. Das Landen habe Moussaoui aber nicht üben wollen. Das FBI ging der Sache nicht weiter nach, aus, wie es hieß, ermittlungsrechtlichen Gründen.

Aber Bush ist nicht als einziger schuld am Abbau des Rechtsstaates. Alles geschah mit Zustimmung der meisten Demokraten und der Medien, die unisono erst nach der Verabschiedung der Gesetze protestierten. Außerdem ist Bush nicht der erste Präsident, der die Befugnisse des Staates im Anti-Terror-Kampf ausweitet. Nach dem Bombenanschlag von Oklahoma City im April 1995 mit 168 Toten, verübt von Timothy McVeigh, einer Art Osama Bin Laden für Christen, war viel von einer Gefährdung des Staates durch rechte Milizen die Rede. Bei diesen Bedrohungsszenarien waren Experten aus dem eher liberalen Spektrum federführend, die in der Folge nichts gegen Clintons Ausweitung des Polizeistaates und die vermehrte Anwendung der Todesstrafe einzuwenden hatten. Die Milizenbewegung, sofern es sie überhaupt außerhalb der Laptops der Kritiker gab, ist weitgehend vom Erdboden verschwunden. Die Gesetze aber sind geblieben.

Konrad Ege schrieb in KONKRET 3/92 über Oliver Stones Politthriller »JFK«

Konkret 02/02, S. 31

Rolf Surmann

Statt Geld viel Moral

Der Skandal geht weiter. Nach den NS-Zwangsarbeitern führt Berlin jetzt andere Naziopfer vor

Otto Graf Lambsdorff fand bei der abschließenden Bundestagsdebatte über den Stiftungsfonds »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« goldene Worte: Mit der Einrichtung des Entschädigungsfonds ende nur die finanzielle Verpflichtung gegenüber den Opfern der NS-Zwangsarbeit, nicht aber die moralische.

Manche Opfer zeigen sich davon nicht hinreichend beeindruckt. Insbesondere die Kläger aus dem griechischen Dorf Distomo beharren darauf, daß die bestialische Auslöschung einer Dorfbevölkerung nicht einfach als dessen »unfreundliche Übernahme« gesehen werden könne. Bekanntlich wurden ihnen von griechischen Gerichten zirka 55 Millionen Mark Schadensersatz zugesprochen. Es blieb allerdings das Problem, wie bei hochgradig moralischer Kompetenz der Tätergesellschaft und deren ebenso hochgradiger Zahlungsunwilligkeit die Schuld eingetrieben werden könnte. Was zu helfen schien, war die Idee, deutschen Staatsbesitz in Griechenland zu pfänden und zu versteigern. Tatsächlich lehnte ein griechisches Gericht die vorrangige Behandlung eines Eilantrags der Bundesregierung ab, die Versteigerung auszusetzen.

Allerdings verfügt die deutsche Gesellschaft nicht nur über beispielhafte Moral, sondern auch über andere Aktivposten. Der deutsche Botschafter in Athen beriet zum Beispiel die Griechen mit dem Hinweis, daß eine von deutscher Seite als unfreundlich empfundene Haltung in dieser Frage den Tourismus empfindlich stören könne. Auch spielten der Wunsch Griechenlands, in die Euro-Zone aufgenommen zu werden, eine gewisse Rolle. Und darum endete die Geschichte vorläufig so: Das zuständige Gericht eilte dem abgelehnten deutschen Eilantrag hinterher und entschied vor Beginn der Versteigerung, daß die Zustimmung des Justizministers notwendig sei. Der wußte, was einer, der ein Häkchen werden will, zu tun hat.

Doch immer noch befaßt sich ein griechisches Sondergericht, das dem deutschen Verfassungsgericht entspricht, mit der Umsetzung des rechtsgültigen Areopag-Urteils. Im griechischen Parlament ist zudem eine Initiative zugunsten der NS-Opfer gestartet worden, die den innenpolitischen Gegendruck zum außenpolitischen Druck auf die griechische Regierung verstärkt. Auch vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ist mittlerweile eine Klage eingereicht worden, zu der sich die Bundesregierung bis Ende Januar zu äußern hat. Nicht zuletzt erwägen in den USA lebende Griechen eine Sammelklage. Diskussionsbeiträge dieser Provenienz haben bekanntlich schon in der jüngsten Vergangenheit bemerkenswerte Wirkungen entfaltet. So wundert es nicht, daß inzwischen im Bundestag Positionen ventiliert werden, die für den Notfall eine billige Auffanglösung vorbereiten sollen.

Auch an anderen Fronten bleibt die Bundesregierung der Lambsdorff-Linie treu. So verteidigt sie die Rechte italienischer Militärinternierter gegen deren eigene defätistische Haltung. Die Soldaten waren nach dem Sturz Mussolinis als Kampfunwillige von der Wehrmacht in Kriegsgefangenschaft genommen, dann in den Zivilstatus zurückversetzt und zu Zwangsarbeit verpflichtet worden. Da sie als Verräter und Feiglinge galten, wurden sie schlimmsten Schikanen und oft dem Tod durch Verhungern ausgesetzt. Mit Berufung auf ihren Zivilstatus gehen sie nun dagegen an, als Kriegsgefangene unter die Ausschlußklauseln des Stiftungsabkommens zu fallen.

Gegen sie hat die Schröder/Fischer-Regierung ein Gutachten in Auftrag gegeben, das, kurz gesagt, zu dem Schluß kommt, die Rückversetzung habe die Soldaten ihres Schutzes durch die Haager Landkriegsordnung beraubt und sei damit rechtswidrig gewesen. Als Unrechtsmaßnahme habe sie folglich heute keine Gültigkeit, die italienischen Zwangsarbeiter hätten deshalb weiter als Kriegsgefangene zu gelten und folglich keinen Anspruch auf Leistungen.

Über die Berufungsklage gegen den Baukonzern Hochtief in San Francisco wird man allerdings nicht so zynisch hinweggehen können. Denn der Kläger beruft sich auf den »Torture Victims Compensation Act«, der es den Opfern von Menschenrechtsverletzungen in aller Welt erlaubt, vor US-Gerichten Schadensersatz einzufordern. Das Verfahren wurde immer schon als Präzedenzfall betrachtet, zunächst jedoch aufgrund deutschen Drucks ausgesetzt.

Beispiele wie diese geben einen Einblick, wie die Maschinerie der Anerkennungsverweigerung und Zurücksetzung funktioniert. Eine Sprecherin des American Jewish Committee resümierte nach Ablauf der Antragsfrist Anfang Januar, daß allein aufgrund der kurzen Fristen und der Schwierigkeiten bei der Nachweisbeschaffung mehrere Hunderttausend Anspruchsberechtigte wohl keine Zahlungen erhalten werden.

Da wundert es nicht, daß der Stiftungsvorsitzende Michael Jansen die sattsam bekannte Verleumdung der Opfer augenblicklich in jovialer Form formuliert. »Die befürchteten Betrügereien hat es nicht gegeben«, lautet sein erstes Fazit. Gleichzeitig rühmt er sich, daß die Stiftung durch genaue Prüfung »Doppelzahlungen« verhindere. Mit welcher Stringenz die Ausschlußpolitik auch durch die deutschen Kontrolleure bei den jeweiligen Landesstiftungen umgesetzt wird, hat zuletzt eine Mitarbeiterin des Stiftungsfonds in Tschechien beklagt. Statt Kooperationsbereitschaft auf der Basis von

Fachwissen und Empathie mit den Opfern drücken die Kontrolleure die jeweiligen Direktiven aus Berlin gegen die Antragsteller durch.

Daß eine solche Haltung die deutsche Gesellschaft von ihren Anfängen 1945 bis heute durchgängig prägt, hat Klaus Körner in einem Aufriß der Entschädigungsverweigerung gegenüber den NS-Zwangsarbeiterinnen und -Zwangsarbeitern herausgearbeitet. Ausgehend von den Konferenzen in Jalta und London (1947) schildert er die einzelnen Etappen der Rechts- und Ehrabschneidung sowie ihre juristische und ideologische Verbrämung. Sein Fazit: »Die Überhöhung dieser schäbigen Abfindungsleistung der Industrie als humanitäre Geste und Beitrag zur Erinnerungskultur bleibt peinlich. Die an dem Entschädigungsprojekt im Auftrag der Bundesregierung beteiligten Professoren wurden nicht als Bekenner und Aufklärer, sondern als ideologische Verpackungskünstler tätig. Für die NS-Opfer ist ihr später Erfolg ein □bitterer Lorbeer□.« Da war die Verpflichtung, die bis in die fünfziger Jahre hinein u.a. von der FDP und ihren jungen Funktionären wie dem Grafen Lambsdorff gegenüber »verfolgten« Nazis empfunden wurde, doch weitaus ernster gemeint.

Klaus Körner: □ *Der Antrag ist abzulehnen.*□ *14 Vorw*□ *nde gegen die Entsch*□ *digung von Zwangsarbeitern. Eine deutsch Skandalgeschichte von 1945-2000*. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2001, 160 Seiten, 14,50 Euro

---

Rolf Surmann hat vor kurzem das Buch »Das Finkelstein-Alibi. □Holocaust-Industrie□ und Tätergesellschaft« (Papyrossa) veröffentlicht

Konkret 02/02, S. 32

Kurt Pätzold

Eine Allianz fürs Sterben

Jetzt hat auch Deutschlands größter Versicherungskonzern seine braune Geschichte entsorgen lassen. Von einer kundigen Kraft

Wer sich in der Geschichte der faschistischen Diktatur einigermaßen belesen hat, dem könnte der Allianz-Versicherungskonzern zweimal begegnet sein: In Verbindung mit dem Namen Kurt Schmitt, dem zweiten in der Reihe der Reichswirtschaftsminister in der Hitler-Regierung, dem Nachfolger Alfred Hugenbergs also; Schmitt tauschte im Juni 1933 seinen Platz an der Spitze des Unternehmens gegen das Staatsamt. Sodann ließe sich solche Bekanntschaft im Zusammenhang mit der Reichspogromnacht denken, genauer: der auf sie folgenden, von Hermann Göring einberufenen Sitzung, in der ein Mitglied des Aufsichtsrates des Konzerns, Eduard Hilgard, in seiner Eigenschaft als Führer der Reichsgruppe Versicherungen eine denkwürdige Rolle spielte.

Nun wird eine Geschichte der Allianz in den Jahren von 1933 bis 1945 vorgelegt, ein profundes Werk. Es gehört in eine nicht so lange Reihe. Industrie-, Bank- und nun der größte unter den Versicherungskonzernen haben in jüngster Zeit Historiker beauftragt, in Monographien ihre »dunklen« Jahre darzustellen. Mit den bei Jubiläen üblichen Festschriften ließ sich länger nicht auskommen. Sie wurden geschäftsschädigend, verbreiteten sie doch den Geruch der Unaufrichtigkeit. Der Autor dieses Buches bestärkt die Großunternehmer, »historische Archive aufzubauen, deren Bestände verfügbar zu machen und Historikern erhebliche Mittel und Hilfestellungen« zu geben. Das sei ein »Gebot der Klugheit«. Denn: »Von einer nüchternen Bewertung ihrer eigenen Geschichte kann die Wirtschaft nur profitieren.«

Woher der Wandel? Daß die Manager aus den Jahren der Nazidiktatur nicht nur längst pensioniert, sondern inzwischen verstorben sind, mag eine Rolle spielen. Doch das ist es nicht allein. Gerald D. Feldman, Verfasser der Teilgeschichte der Allianz, war schon Mitglied der Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte der Deutschen Bank (mit Lothar Gall, Harold James, Carl L. Holtfrerich und Hans E. Büschgen: Die Deutsche Bank 1870-1995, erschienen 1995) und hat Antriebe und Hintergründe an früherer Stelle genannt. Erst mit »dem Ende des Kalten Krieges entstand eine kritische Masse von Umständen, die es möglich machte, diese Themen auf die Tagesordnung zu setzen«. Denn lange habe dieser Krieg »auch als wirksame Schranke gegen den Versuch« gewirkt, überhaupt an »das Problem der Rolle der Wirtschaftsunternehmen im Nationalsozialismus« zu rühren. Die neue Stellung der Wirtschaftsgroßmächte machte es also möglich, streng gehütete Geheimnisse zu lüften.

Zur Möglichkeit trat Zwang. Die deutschen Unternehmen mußten, so Feldman, nachdem sie in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik und vor allem der USA wegen ihrer Rolle in der Nazizeit in Rede gekommen waren, »befürchten, daß die amerikanischen Aufsichtsbehörden ihnen das Recht entziehen, weiterhin in den Staaten Geschäfte zu machen, daß ihnen aufgrund von Boykott und einem ungünstigen öffentlichen Image Kunden verlorengehen und daß ihre Angestellten demoralisiert werden«. Mehr noch: »Die unter Beschuß geratenen Unternehmer stehen so vor der Wahl, entweder hinzunehmen, daß die Medien Informationen über sie verbreiten, die wie Hammerschläge auf ihre Köpfe niederprasseln, oder darauf zu bestehen, daß ihre Geschichte, wie schrecklich sie auch gewesen sein mag, nüchtern und kontextbezogen dargestellt wird.«

Freilich: Wer mit der Aufgabe betraut wird, nüchtern zu formulieren, entscheidet sich in Manageretagen. Daß man sich dort an bekennende Verfechter der freien Marktwirtschaft hält, zu denen sich Feldmann zählt, ist verständlich. Wer würde auch – anderer Kontrahenten seines Standortes hat sich der Autor nicht erinnert – Anhänger des »bequemen doktrinären Antikapitalismus« anheuern? Feldmann versichert wie früher schon, daß damit keine Situation geschaffen werde, von der das Sprichwort erklärt: »Wes Brot ich ess', des Lied ich sing'«. Zudem: Daß derlei Dienste hoch honoriert würden, besage nur, daß die Historiker mit anderen, etwa den Juristen, gleichzögen.

Feldman hat mit neun Mitarbeitern emsig gearbeitet. Er hat eine immense Dokumentenzahl aufgefunden und verarbeitet, die nahezu vergessen läßt, daß mit dem einstigen Hauptarchiv des Konzerns die Akten der Führungsetage im Bombenhagel verloren gingen.

Die Monographie setzt nach dem ersten Weltkrieg ein. Zwischen 1921 und 1930 entstand der größte Versicherungskonzern Deutschlands. Zu dessen Schöpfern gehörte der spätere Reichsminister Schmitt, Corpsbruder, Dr. jur., Reserveleutnant, 1924 Generaldirektor. Seine Stellung ragte Anfang der dreißiger Jahre in der Wirtschaftselite so weit heraus, daß ihm 1931 Heinrich Brüning und 1932 Franz von Papen einen Kabinettsplatz anboten. Beide Male lehnte er ab. Hitlers Offerte nahm er 1933 an. Da fragt man sich: Hatte er etwa schon? Er hatte, wenn er sich später auch nicht zeitgerecht zu erinnern vermochte.

Die Kontakte mit Göring und Hitler stammten nicht von Ende 1932, als die beiden gleichsam ante portas standen, sondern waren zwei Jahre früher geknüpft, von da an auch unterhalten worden. Mit Göring habe man regelmäßig in einer Nobelgaststätte unter den Linden gespeist und den Dicken freigehalten. Nur: Bevor noch der »Erdrutsch« der

Septemberwahlen 1930 erfolgte, annoncierte die Allianz bereits in der Zentralzeitung der Nazipartei. Ob der sonst Geld zufloß, hat sich nicht klären lassen. Feldman vermerkt, daß damit eine Partei der Antisemiten begünstigt wurde. Daß dies einer antirepublikanischen, die offene Diktatur anstrebenden Partei geschah, erscheint ihm eher selbstverständlich. Schmitt habe den Antidemokratismus als Erblast aus dem Kaiserreich mitgebracht.

Hier liegt der Schritt von den Fakten zur Interpretation. Das führt zum Hauptkennzeichen jener veränderten Geschichtsschreibung, die das Kapital nicht durch Leugnen oder Totschweigen verteidigt, sondern durch die Personifizierung des Geschehens, die aus der sozialen Erscheinung eine Biographische macht, eine individuelle »Verstrickung« in das Naziregime. Dieser Schmitt sei ein ganz unpolitischer Mensch gewesen, in dieser Hinsicht unerfahren, impulsiv, mit nicht durchweg verläßlicher Menschenkenntnis dem Göring so ins Netz geratend. Ja, später ist er vorzugsweise in der schwarzen Uniform des Oberführers der SS herumgelaufen.

Irgendwie sind diese Typen alle Opfer von Zeit und Umständen und vor allem, wie jeder Mensch, Irrende. Ein Engagement, die Republik zur Strecke zu bringen und diese Hitlerleute an das Staatsruder zu lancieren, habe nicht vorgelegen, und sollte es im Einzelfall doch nicht zu leugnen sein, entsprang es in keinem Falle einem durch das Kapitalverhältnis diktierten Interesse. Schon früher war bei Feldman zu lesen: »Die Dichotomie Kapitalismus – Kommunismus ist schlichtweg uninteressant geworden, ... was ... den Vorteil hat, daß man vom alten Ballast, so dem Streit über die Rolle des *big business* bei Hitlers Machtergreifung, ... befreit ist.«

Genug, und nur aus Platzgründen genug über den Allianzchef, Hitlers kurzzeitigen, aber in der wichtigen Konsolidierungsphase wirkenden Minister – und zu jener Sitzung, die am 12. November 1938 im Reichsluftfahrtministerium in Berlin stattfand. Was davon protokolliert wurde, fiel Fahndern in die Hände, lag während des Hauptkriegsverbrecher-Prozesses vor und wurde 1947/48 in der 42bändigen Ausgabe mit den Prozeßmaterialien gedruckt. Hil-gard hatte unter etwa 100 Teilnehmern den Platz zu Görings Seite erhalten. Nicht weil man sich von den früheren Essen her gut kannte, Sachkenntnis wurde gebraucht. So kam er zwischen dem zweiten Mann im Staate und Propagandaminister Goebbels zu sitzen, seine Gegenüber waren die Chefs der Sicherheitspolizei und der Ordnungspolizei Reinhard Heydrich und Kurt Daluege. Feldman glaubt, »man darf unterstellen, daß Hilgard die Situation furchteinflößend fand«. Könnte er sich nicht herausgehoben gefühlt haben?

Göring ging es darum, die jüdischen Unternehmen zu liquidieren und dabei die Staatskasse zu füllen. Hilgard verfocht ein verwandtes Ziel: Er wollte die Juden um die Erfüllung der Ansprüche bringen, die sie aufgrund ihrer Versicherungsverträge geltend machen konnten. Schon kurz vor der Sitzung hatte Hilgard alle Unternehmen der von ihm geleiteten Gruppe aufgefordert, vorerst keine Zahlungen zu leisten, erwartete er doch, »höherer Eingriff« werde das Thema erledigen. Wie dieses Schurkenstück zu einem Ende gebracht worden ist, wird verdienstvoll akribisch dargetan.

Hier nun, da das nackte Kapitalinteresse hervortritt, die schon erprobte Komplizenschaft von nazistischer Ministerial- und Verbandsbürokratie greifbar wird, trifft Feldman mit der auf Personen und deren Biographien fixierten Sicht auf vermehrte Schwierigkeit. Er meistert sie so: Man kann sich »nur darüber wundern, wie einseitig Thees (ein Ministerialrat im Reichsjustizministerium – K. P.) und Hilgard nicht nur 1938, sondern auch noch 1947 ihre eigenen Interessen verfolgen, wie wenig Gedanken sie zu beiden Zeitpunkten an das Los der Juden verschwendeten (? – K. P.) und wie bedenkenlos sie bereit waren, die den Juden auferlegte ›Sühneleistung‹ – ein Wort, das Hilgard immerhin in Anführungszeichen setzte – für eine Inanspruchnahme der Versicherungen zu instrumentalisieren, einen Kampf, den sie unter Berufung auf die ›Gerechtigkeit‹ und das Wohl der ›Versicherungsgemeinschaft‹ führten.« Kann man das wirklich nur? Muß nüchterne Wirtschaftsgeschichtsschreibung beim Wundern enden?

Gerald D. Feldman: *Die Allianz und die deutsche Versicherungswirtschaft 1933-1945.* C. H. Beck, München 2001, 731 Seiten, 39,90 Euro

---

Kurt Pätzold hat zuletzt das Buch »Ihr waret die besten Soldaten. Ursprung und Geschichte einer Legende« (Militzke) veröffentlicht

Konkret 02/02, S. 34

Günther Jacob

Arischer Volkszorn

Die Wiener können jetzt nachlesen, welcher Volksgenosse wo zugegriffen hat, wenn sein jüdischer Nachbar verschwand

Alle lobten später die »sachliche Atmosphäre« der Gespräche. Das war nicht selbstverständlich. Immerhin hatten Ariel Muzicant, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien, und Jörg Haider, Nutzer seines »arisierten« Landsitzes im Bärental, sich gegenübergesessen. Mit Haider verkehrt Muzicant sonst nur auf dem Rechtsweg – wie Anfang letzten Jahres, als Haider sein Publikum mit dem Satz unterhalten hatte: »Ich verstehe nicht, wie einer, der Ariel heißt, so viel Dreck am Stecken haben kann!«

Diesmal jedoch mußte der Nazi mit dem Juden feilschen. Millionen standen auf dem Spiel, und Washington machte Druck. Mit Haider am Tisch saßen neben anderen sein Kollege Erwin Pröll, Landeshauptmann von Niederösterreich, und der Wiener Stadtrat Sepp Rieder, der seinen Bürgermeister vertrat.

Thema war die Forderung der Israelitischen Kultusgemeinde Wien nach Entschädigung für Vermögen, das den jüdischen Gemeinden in den österreichischen Ländern zur Nazizeit »entzogen« worden und später in den Besitz der Länder und Gemeinden übergegangen war. Die Länder und Gemeinden aber seien, so hatte es in Wien geheißen, an die jüngsten Vereinbarungen über Entschädigungen für arisiertes Vermögen nicht gebunden.

Muzicant hatte daraufhin für den Fall, daß seiner Forderung nach einer Entschädigung in Höhe von 200 Millionen Euro entsprochen werde, angekündigt, er werde sich in den USA für eine Zurücknahme entsprechender Sammelklagen einsetzen. Am Ende wurden es zwar nur 18 Millionen Euro, und bis auf Wien war kein Bundesland bereit, die Rückgabe geraubter Kunstwerke zuzusagen. Dennoch erklärte Muzicant den Rechtsstreit um die Restitution von seiner Seite für beendet. Seine Erfahrungen hatten ihn wohl nicht mehr erwarten lassen. Fünfzig Jahre hatte es gedauert, bis die Österreicher schließlich, und auch nur unter massivem Druck der USA, 1995 einen »Nationalfonds für Entschädigungszahlungen« eingerichtet hatten.

Von den 210.000 Juden, die 1938 in Österreich gelebt hatten, haben im Land selbst nur 5.000 überlebt. 60.000 wurden ermordet, 145.000 mußten fliehen. Ihr gesamtes Eigentum wurde ihnen vom Staat und von der Bevölkerung geraubt. Muzicant beziffert den Wert des enteigneten jüdischen Gemeindevermögens in Österreich auf 500 Millionen Euro. 95 Synagogen und Bethäuser, 762 Thorarollen und 46 jüdische Friedhofsanlagen waren zerstört, mehr als 600 Vereine, Stiftungen und Fonds allein in Wien aufgelöst worden. So gut wie nichts davon wurde 1945 zurückgegeben oder ersetzt. Noch bis zum heutigen Tag verweigern die meisten Länder und Gemeinden die Pflege der jüdischen Friedhöfe. Die Kultusgemeinde war deshalb gezwungen, in den Jahren von 1945 bis 1981 zwei Drittel ihres verbliebenen Vermögens zu veräußern, um ihre jährlichen Ausgaben abzudecken.

180 Milliarden Schilling (über 13 Milliarden Euro) hatte der Entschädigungsanwalt Ed Fagan vor zwei Jahren in Sammelklagen einfordern wollen. Der tatsächliche Wert des durch »Arisierung« in Österreich enteigneten jüdischen Vermögens (Betriebsvermögen, Immobilien, Grundbesitz, Wertpapiere, Wohnungen etc.) belief sich nach den akribischen Aufzeichnungen der Nazibeamten auf mehr als 2,5 Milliarden Reichsmark – nach heutigem Wert etwa 12 Milliarden Euro.

Insgesamt hat Österreich sich zu Zahlungen in Höhe von 360 Millionen Dollar verpflichtet – 150 Millionen Entschädigung für entzogene Mietrechte, Hausrat und persönliche Wertgegenstände und 210 Millionen für geraubte und liquidierte Betriebe, Konzessionen, Konten, Aktien, Hypotheken, Policen. Außerdem sollen Gebäude, Grundstücke und Kunstwerke, die heute dem österreichischen Staat (nicht den Ländern und Gemeinden) gehören, an Privatpersonen und Institutionen zurückgegeben werden.

Muzicant hatte die Einigung, die im Januar 2001 in Washington von Österreichs Sonderbotschafter Ernst Sucharipa, dem damaligen US-Vizefinanzminister Stuart Eizenstat und Vertretern der Opferverbände ausgehandelt worden war, mit Skepsis aufgenommen. Er sollte recht behalten. Denn als erstes änderte Österreich die Einigung so ab, daß geraubte Güter, für die weder Eigentümer noch deren Erben gefunden werden können, endgültig an den Staat fallen sollten, und nicht etwa an die jüdische Kultusgemeinde.

Über all diese Auseinandersetzungen ist in dem Buch *Unser Wien. »Arisierung« auf österreichisch* nichts zu erfahren. Sein erster Teil endet nach einer Schilderung der »wilden Arisierungen« irgendwo in den Jahren des »Wirtschaftswunders«, und was dort steht, ist anderswo schon stringenter dargestellt worden (zum Beispiel in Evan Burr Bukeys *Hitlers Österreich*, siehe KONKRET 4/01).

Das eigenartige Ausweichen vor der aktuellen Politik ist durchaus typisch. Zwar arbeiten in Österreich viele Künstler, Kunsthistorikerinnen und Feuilletonisten über NS-Zwangsarbeit oder »Arisierung« jüdischen Eigentums. In der Regel

vermeiden sie aber jeden Bezug zu aktuellen Auseinandersetzungen. Um so mehr überrascht, was Walzer/Templ im zweiten Teil ihrer Publikation bieten: eine »Topographie des Raubes« – endlose Listen von Apotheken, Gastronomiebetrieben, Verlagen, Kinos, Kaufhäusern, Industriebetrieben und sogar von »arisierten« Wohnungen. Eine immense Recherchearbeit, die sie zudem in einem besonderen Leitfaden zur Nachahmung empfehlen. Anders als Frank Bajohr in seiner Untersuchung *»Arisierung« in Hamburg* hat das Wiener Duo auch gleich die meisten der »Ariseure« ermittelt und nennt sie beim Namen.

Die Namen und Adressen der Täter! Das ist bislang einzigartig in Österreich (und hat auch in der BRD nur eine einzige Entsprechung – die Dokumentation *Betrifft: Aktion 3* von Wolfgang Dressen, KONKRET 1/99). Wir lesen da:

17. Bezirk, Schuhmannstr. 67, Schuhfabrik Reich & Söhne. Ehemaliger Eigentümer (E): Ida Reich und Hermann Schermann. Profiteur (P): Ludwig Reiter. Seine Schuhe sind heute Inbegriff Wiener Kultiviertheit. H. Schermann kam im KZ Litzmannstadt um.

Wohnungen: Rathausstr. 20. (E) Bertha Popper, (P) Adolf Mayer-Loos. Mayer-Loos »arisierte« auch das in diesem Haus befindliche Bankunternehmen Rosenfeld & Co.

Der Katalog bietet einige besonders spektakuläre Überraschungen – unter anderem wird der ehemalige SPÖ-Vorsitzende und Bundespräsident Adolf Schärf als »Arisierer« überführt. Dennoch hat das Buch in Wien nur wenig Aufsehen erregt. Auch drei Monate nach seiner Präsentation gibt es nur wenige und meist sehr abgeklärte Besprechungen, in denen kräftig historisiert und kulturalisiert wird. Der Staatsrundfunk ORF nannte es einen »etwas anderen Stadtführer« (ORF). Was für eine Chance für den Fremdenverkehr! So viele berühmte Namen und Adressen! Das Haus von Sigmund Freud (es wurde nie restituiert). Rudolf Kraus, der reiche Bruder von Karl. Ermordet in Auschwitz-Birkenau. Aber das Haus kann besichtigt werden, Nibelungenstraße 13. Profiteur: Siemens. Interessant! Hermann Broch, Erich Fried, Arnold Zweig. Das Riesenrad, das Rothschild-Palais, das »Ronacher«, in dem Josephine Baker getanzt hatte. »Man glaubt gar nicht, wie viele prominente Bauwerke in Wien mit Geschichten von Enteignung, Mord und Vertreibung verbunden sind« (ORF).

Walzer und Templ haben sich auf Prominenz und identitätsstiftende Bauten der Stadt konzentriert. Können jetzt Tausende prominenter Wiener nicht mehr schlafen? Wohl kaum. Die »Arisierung« ist im kollektiven Gedächtnis als Verteilung des »Judenbesitzes« an die »bombengeschädigten Volksgenossen« gespeichert. 70.000 Wiener Wohnungen waren »arisiert« worden. Irgendwie haben die meisten Familien davon profitiert.

Zwar hebt das Adressenverzeichnis die gängige Trennung von Gesellschaft und Tat auf, führt Tat, Täter und konkreten Ort wieder zusammen. Das erschwert es, den gesamten Verfolgungszusammenhang allein auf die »Todesfabriken« im Osten zu projizieren und allein als Werk »der Nazis« darzustellen. Aber heute sieht man alles längst aus größerer historischer Distanz. In den Achtzigern hätte das Verzeichnis vielleicht noch einen Skandal wie den um Kurt Waldheim ausgelöst. Heute wird es als olle Kammelle abgetan: Du meine Güte, das wissen wir doch alles längst!

Nichts wünschen auch die Jungen mehr als rasche, »unbürokratische«, das heißt: pauschale Entschädigung. Und natürlich »Rechtssicherheit«. Sie haben sich gut eingelebt in einem bemerkenswerten Dualismus: staatliche, das heißt verallgemeinerte Zuwendungen an die Opfer (statt konkreter privatrechtlicher Abrechnung mit den Tätern und ihren Erben) und Pflege der Gedenkstätten als der einzig »authentischen« Tatorte des Holocaust.

Der konkrete lokale Bezug, der Schritt zurück an die Heimatorte, ins Viertel, ins Haus, in die Wohnung, würde die Frage nach der Zustimmung der großen Mehrheit und ihrer antisemitischen Motive unabweisbar machen. Und davor schrecken sogar die Autoren dieses Buches zurück. Antisemitismus definieren sie als »Ventil« für den »Zorn der Bevölkerung« über soziale Mißstände, obwohl ihre eigene Liste diese verbreitete Auffassung widerlegt. Wer Betriebe, Häuser, Wohnungen und Wäsche von Deportierten zum »ordnungsgemäßen« Spottpreis erwarb, wußte, was geschah, und genoß es.

Tina Walzer/Stephan Templ: *Unser Wien – »Arisierung« auf österreichisch.* Aufbau-Verlag, Berlin 2001, 292 Seiten, 20,41 Euro

---

Günther Jacob beschrieb in KONKRET 11/01, wie der Kampf gegen den US-Imperialismus die Linke überlebt hat

Konkret 02/02, S. 35

Fritz Tietz

Frau von Stauffenberg

Deutschlands bekannteste Zwangsarbeiterin, die Bergfilmerin Leni Riefenstahl (99), hat einmal mehr Zeugnis über ihr schweres Los während der NS-Zeit abgelegt. Und einmal mehr stellte ihr dazu die »Welt« mit drei Seiten den gebührenden Platz zur Verfügung. Obendrein hatte ihr die Zeitung mit Hilmar Hoffmann, bis vor kurzem der Präsident des Goethe-Instituts, einen ebenso einfühlsamen Zuhörer wie ergebenen Bewunderer zugesellt; auf einem Foto sah man die beiden sich auf einem Sofa eher innig einander bekuscheln, als bloß in »ein entspanntes Gespräch« vertieft, wie es im Interview-Vorspann arg untertrieben hieß. Vor einem knappen Jahr erst hatte übrigens die »Welt« die beiden journalistischen Spitzenkräfte Klaus Bölling und Peter Gauweiler mit der ehrenwerten Aufgabe betraut, vor Frau Riefenstahl niederzuknien. Wer wird ihr als nächstes huldigen dürfen? Bewerbungen nimmt ab sofort der Springer-Verlag entgegen.

Feindseligkeiten, die man vielleicht früher mal gegen die Künstlerin hegte, stellen für eine erfolgreiche Bewerbung keinen Hinderungsgrund mehr dar. Solche »Frontstellungen« können schließlich »respektvoll aufgelöst« werden, wie das die »Welt« bei Hoffmann anerkennend konstatierte. Immerhin hatte der ehemalige Leiter der Oberhausener Kurzfilmtage und langjährige Kulturdezernent Frankfurts vor Jahren vage anzudeuten gewagt, daß sich die Riefenstahl mit ihrer Filmkunst möglicherweise vorsätzlich den Nazis angedient haben könnte. »Es war alles ganz anders«, konnte ihn jetzt jedoch die altersmeise Künstlerin anscheinend restlos davon überzeugen, daß alles ganz anders war.

Denn tatsächlich haben die Nazis sie regelrecht gezwungen, ihnen zu Willen zu sein. Schon vor deren Machtergreifung sah sich Frau Riefenstahl ihren ständigen Verfolgungen ausgesetzt. 1932 bereits zwang Hitler sie, ihm bei einer seiner Reden im Sportpalast beizuwohnen. Anschließend nötigte er sie, ihm einen Brief zu schreiben und zu einem Spaziergang einzuladen, wo er sie dann prompt mit der Bitte bedrohte, für ihn Filme zu drehen, sobald er Reichskanzler sein werde. So kam es dann 1933 auch, worüber Frau Riefenstahl »ziemlich verzweifelt war«. Hitler hingegen war »fast böse«, als sie zunächst noch »die Kraft hatte«, sich seiner Bitte zu widersetzen. Am Ende mußte sie sich dem skrupellosen Wunsch des Diktators fügen: »Ich möchte, daß Sie einen Film über den Parteitag machen.« Danach schien es ihr nicht mehr ratsam, sich länger seinem Willen zu widersetzen.

Auch Hilmar Hoffmann hatte sich damit das Dilemma hinreichend erklärt, in dem Frau Riefenstahl Nazireklamefilme zu machen gezwungen war. Warum ihr dennoch – wie er anmerkte – die Filme »so hervorragend« gelangen, daß ihr daraus »der Vorwurf einer suggestiven Ästhetisierung des Faschismus gemacht wurde«, ist der zwangsverpflichteten Regisseurin allerdings nach wie vor ein Rätsel: »Das verdankt sich schierer Hexerei.« Was stimmig ist, weil ja bekanntlich auch der Hitlerfaschismus bloß ein Spuk war.

Konkret 02/02, S. 36

Brigitte Voykowitsch

□ Bereit für den Zweitschlag□

Islamistische Fundamentalisten betreiben von Pakistan aus die Destabilisierung des Vielvölkerstaates Indien

»Jeder Versuch, die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan zu glätten, das Kaschmirproblem zu bewältigen oder das Verhältnis zwischen Hindus und Muslimen zu harmonisieren, ist zum Scheitern verurteilt, wenn diese Themen isoliert angegangen werden. Es kann keine Teillösungen geben. Wollen wir aufrichtig sein, müssen wir das Gesamtbild betrachten. Srinagar – Neu-Delhi, Indien – Pakistan und Hindu – Muslim sind ein einziger Themenkomplex«, schrieb der indische Muslim Saeed Naqvi.

Das war lange vor dem 11. September und somit auch vor jenem 13. Dezember 2001, an dem mutmaßlich von Pakistan gestützte Islamisten einen Angriff auf das indische Parlament lancierten und damit die beiden Nachbarn erneut an den Rand eines Krieges trieben. Naqvis Worte haben jedoch nichts an Bedeutung verloren, wie die aktuelle Kontroverse um die zwischen den zwei Staaten geteilte Himalayaregion Kaschmir nun wieder belegt. Weder der 13. Dezember, den viele Inder als Attacke auf das Herz ihrer Demokratie sehen, noch die Kargilkrise 1999, als es nach der Invasion pakistanischer Kämpfer in Kaschmir beinahe zum Krieg kam, noch die vorherigen drei Kriege zwischen beiden Staaten lassen sich verstehen, wenn man nicht die historischen Wurzeln des Konfliktes untersucht.

Die vermutlich wichtigste findet sich im Jahr 1947, als der Subkontinent von Großbritannien in die Unabhängigkeit entlassen wurde und sich sogleich in Indien und den neuen, eigens für Muslime geschaffenen Staat Pakistan teilte. Dessen Gründer Muhammed Ali Jinnah hatte sich mit seiner Zwei-Nationen-Theorie durchgesetzt, derzufolge Hindus und Muslime zwei unterschiedliche Nationen darstellten und nicht in einem geeinten Subkontinent zusammenleben könnten. Die Teilung führte zu einem verheerenden Blutbad und einer der größten Völkerwanderungen der Weltgeschichte, bis zu zwei Millionen Menschen kamen gewaltsam zu Tode, zehn, nach manchen Angaben gar bis zu 15 Millionen wurden zu Flüchtlingen, Hindus aus Pakistan zogen nach Indien, Muslime in Richtung Pakistan. Doch Indien konnte und sollte nach dem Verständnis der Kongreßpartei kein Hindustan, kein Land der Hindus, werden. Der Kongreß wies die Zwei-Nationen-Theorie von Anfang an zurück und konzipierte Indien als demokratischen, pluralistischen und säkularen Staat, und die Mehrheit der indischen Muslime zog es vor zu bleiben.

Welche Wahl aber hätten die Kaschmiris getroffen, hätten sie das Recht gehabt, über ihr Schicksal zu bestimmen? Anders als die meisten der unzähligen übrigen autonomen Fürsten, die es noch im Jahre 1947 auf dem Subkontinent gab, hatte sich der Hari Singh, der Maharaja von Kaschmir, bis zum Unabhängigkeitstag weder für Pakistan noch für Indien entscheiden können, und die mehrheitlich muslimischen Untertanen des Hinduherrschers waren nicht gefragt worden. Aufgrund seiner geographischen Lage wären für das Fürstentum beide Optionen möglich gewesen.

Während Singh noch zauderte, marschierten im Oktober 1947 »freiwillige« muslimische Kämpfer aus Pakistan in Kaschmir ein. Neu-Delhi erklärte sich bereit, dem Maharaja zu Hilfe zu kommen und die Hauptstadt Srinagar zu verteidigen, Singh erklärte seinerseits den Beitritt Kaschmirs zur indischen Union. Über Verantwortlichkeiten und genauen Ablauf gibt es einen erbitterten Historikerstreit: Stand der letzte Vertreter des britischen Königs in Indien, Lord Mountbatten, aufgrund seiner engen Freundschaft mit Jawaharlal Nehru, Indiens erstem Premier, nicht stets auf Seiten Indiens? Entsandten Nehru und Mountbatten zunächst Flugzeuge und Truppen nach Kaschmir und unterzeichnete Singh erst danach – und auf wieviel Druck hin? – die Beitrittsurkunde? Oder war es umgekehrt?

Der erste, unerklärte Krieg in Kaschmir dauerte bis Anfang 1949 an, als unter UN-Ägide ein Waffenstillstand vereinbart wurde. Etwa ein Drittel von Kaschmir verblieb bei Pakistan – in dessen Diktion »Azad (Freies) Kashmir«, Indien zufolge »Pakistan Occupied Kashmir (POK)«, das von Pakistan besetzte Kaschmir. Zwei Drittel befinden sich seit 1949 auf der indischen Seite – in Indien mittlerweile als Bundesstaat Jammu und Kaschmir integriert, von Islamabad als »Indian Occupied Kashmir« oder einfach »Occupied Kashmir« bezeichnet.

Nehru hatte 1947 ein »unparteiliches Plebiszit« nach Ende der Feindseligkeiten in Kaschmir zugesagt, doch alle Versuche der Uno, unter internationaler Ägide ein Referendum abzuhalten, wurden in der Folge von Indien zurückgewiesen. Zuerst, hieß es, müsse Pakistan alle seine Truppen aus dem ihm verbliebenen Teil Kaschmirs abziehen. Islamabad lehnte dies ab, solange Delhi nicht seine Streitkräfte aus seinem Teil Kaschmirs zurückhole. 1965 kam es dann zum zweiten Krieg um Kaschmir; den dritten trugen die beiden Staaten anläßlich der Loslösung Bangladeshs von Pakistan aus, die Indien unterstützte.

Auf indischer Seite drängen Falken seit dem 11. September darauf, Neu-Delhi solle gegenüber Pakistan »Amerika spielen«: Wenn die USA sich für einen Terrorangriff auf ihr eigenes Staatsgebeit bei einem zehntausende Kilometer weit entfernten Regime revanchieren könnten, dann, so die Argumentation, habe wohl auch Indien das Recht, sich gegen den vom Nachbarn Pakistan gesponsorten Terrorismus in Kaschmir zur Wehr zu setzen. Solchen Ansinnen erteilte Premier Atal

Bihari Vajpayee bis zum 13. Dezember eine klare Absage. Doch seit dem Anschlag auf das indische Parlament ist die Stimmung umgeschlagen.

Scharfmacher gibt es auch auf pakistanischer Seite. »Ausländer haben uns Pakistanis oft vorgeworfen, zu sehr in der Vergangenheit zu wühlen. Vielleicht haben sie ja recht«, schrieb kürzlich Kommentator Khalid Hasan in der angesehenen Tageszeitung »Dawn« und verteidigte zugleich diese Rückwärtsgewandtheit, weil sie ein Bild von der indischen Unversöhnlichkeit gebe. Hasan zitiert einen Historiker, demzufolge die Kongreßpartei die Teilung des Subkontinents schließlich »mit der Absicht akzeptierte, Pakistan zu zerstückeln und zu einem nicht lebensfähigen Staat zu machen. Die Annexion von Kaschmir wurde als der letzte Nagel im Sarg des neugeborenen Landes gesehen.« Jinnah habe Mountbatten schon Anfang November 1947 »einen Waffenstillstand in Kaschmir angeboten, den Abzug aller, ich wiederhole aller Streitkräfte ... und die Abhaltung eines Plebiszits. ... Dieses großzügige Angebot, das die Kaschmirfrage ein für allemal gelöst hätte, wurde von Indien zurückgewiesen. Das war 1947. Welche Hoffnung gibt es also (heute), daß Indien irgendeine vernünftige Regelung des Konflikts akzeptieren würde?«

Doch es gibt auch andere Stimmen. »Geben wir es doch endlich zu. Nach Afghanistan liegt unser größtes außenpolitisches Versagen in Kaschmir. Von 1947 bis 1965 beknieten wir vergeblich die Uno, uns Kaschmir zu überlassen. Dann versuchten wir, einen Aufstand im Tal anzuzetteln und lösten einen destabilisierenden Krieg mit Indien aus. Nach 1971 begruben wir das Kaschmirthema ... Dann wachten wir in den neunziger Jahren wieder auf, um in Kaschmir für Unruhe zu sorgen, nachdem Neu-Delhi dort in den achtziger Jahren alles vermasselt hatte. In den letzten zehn Jahren haben wir die islamische Revolution nach Kaschmir exportiert und damit die indischen Sicherheitskräfte zu unsagbaren Brutalitäten gegen die Kaschmiris provoziert«, schrieb dieser Tage Najam Sethi, Chefredakteur von »The Friday Times«, der zweifelsohne kritischsten Publikation Pakistans.

Viele Pakistanis würden dieser Version keinesfalls zustimmen, trägt ihrer Ansicht nach doch einzig und allein Indien die Schuld. Sethi aber steht zu seiner Sicht und betont, daß Pakistan für seine Kaschmirpolitik einen viel zu hohen Preis bezahlt habe. Der demokratische Pluralismus sei unterminiert worden, »der politische Raum wurde an die extremistischen Djihad-Organisationen abgetreten«. Das Land habe sich wegen seiner Militärausgaben enorm verschuldet. »Nun werden wir von den gleichen Extremisten, die schon unsere Hoffnungen in Afghanistan zunichte gemacht haben, in einen neuen Konflikt mit Indien getrieben. Ist es nicht an der Zeit, unsere Politik des ewigen Kriegführens mit Indien in eine Politik des dauerhaften Friedens mit unseren Nachbarn zu verwandeln?« fragt Sethi und gibt zu, daß die Hoffnung »ironischerweise« ausgerechnet in Militärmachthaber Musharraf liegen könnte.

Der selbsternannte pakistanische Präsident hat nach dem 11. September eine radikale Wendung in der Außenpolitik seines Landes vollzogen, indem er sich der internationalen Koalition gegen den Terrorismus anschloß. Er hat in Geheimdienst und Militär Umbesetzungen zugunsten gemäßigterer Kräfte vorgenommen, eine große Zahl von Fanatikern festnehmen lassen und diverse islamistische Gruppen verboten, er hat dem Extremismus dem Kampf angesagt und eine strenge Kontrolle über die Madrasas, die Koranschulen, die auch als Wiege der Taliban gelten, angekündigt.

Unsicher war zu Jahresbeginn, wann Musharraf in den Augen Neu-Delhis genug getan und sein Interesse an einer friedlichen Lösung für Kaschmir hinreichend unter Beweis gestellt haben würde. Ebenso in Frage stand, wann Vajpayee, seinerseits Premier einer von Hinduchauvinisten dominierten Regierungskoalition, des Generals Angebot zum Dialog annehmen würde. Indiens Armeechef Padmanabhan drohte unverhohlen: »Ich bin ein Mann des Friedens, aber sollte es zum Krieg kommen, werden sie feststellen, daß dieser Mann beißen kann.« Er warnte Pakistan vor einem Atomschlag. Indien habe sich dazu bekannt, nicht den Erstschlag zu führen, aber »wir sind bereit für den Zweitschlag. Glauben Sie mir, wir haben genug«, erklärte Padmanabhan Mitte Januar.

Brigitte Voykowitsch schreibt u.a. für den Wiener »Standard« und für die Dritte-Welt-Zeitschrift »Südwind«

Konkret 02/02, S. 39

Rayk Wieland

Die Logik der Fernbedienung

Kultur-Kolumne

»Schon die Planung der Tat verrät, daß man es hier nicht mit einem zurückgebliebenen Barbaren, sondern mit einem Zeitgenossen zu tun hat, dem *die Logik der Fernbedienung* längst in Fleisch und Blut übergegangen ist. Denn jenes zweite Flugzeug, das in den zweiten Tower raste, fungierte als dramaturgisches *replay*, das den Augenblick des Schreckens wiederholte und bestätigte in einem; und auch die Staffelung der Angriffsziele verrät, daß man auf das Muster der Konferenzschaltung und des *zapping* gesetzt hat: *Hallo Washington, sind Sie noch da?* Damit aber liefert diese Tat den sowohl ästhetischen als auch politischen Maßstab, an dem sich künftige Terrortaten werden messen lassen.«

Martin Burckhardt: Wie war der Himmel so blau, in »Lettre«, Heft 4, 2001)

»Wir sind glücklich, zurück zu sein. Der Champagner brennt in den Augen, wie wenn dir eine Fliege ins Auge geflogen ist. Wir«

»kochen jetzt die grünen Bohnen. Wir haben zur Studienzeit in einem Wohnheim gewohnt, und es gab da so Multikulti. Da haben die Jungs immer Hammel, Bohnen, Tomaten, Zwiebeln in einen großen Topf getan und haben es kochen lassen, zwei, drei Stunden. Abends, wenn die Arbeit zu Ende«

»Schluß ist danach noch lange nicht. Mal ein Wohlfühlprogramm, das man sich mal gönnen sollte. Nur ein paar Schritte sind es in die großzügige Badelandschaft. Hier gibt es verschiedene Pools und Ba«

»zu besuchen. Ich weiß bereits, daß Sie ihm gedroht haben, wenn er sich nicht freiwillig von mir trennt, würden Sie dafür sorgen. Aber es ist aus zwischen Ihnen beiden. Wir haben vor, nächsten Monat zu heiraten und«

»wie ein Zeitungsabonnement wird das am Anfang finanziert. Da sind wir mit den Socken schon bei unseren Kunden, liefern das, und nach Ablauf des Geschäftsjahrs erneuert sich das automatisch, so daß die Leute wirklich keine Sockensorgen mehr haben. Bei uns kommt immer«

»nein, nein, nein, nein, es lag nicht daran, die Hose hatte vielleicht von der Fabrik einen kleinen Fehler, eine Naht war ein bißchen durch Bügeln oder durch Reinigung, was weiß ich, durch, ich schwitze sehr viel, da schicke ich immer meinen Smoking in die Reinigung, und ich tanze, ich bewege mich sehr stark, dann ist sie auseinander gegangen. Hinten. Die Leute haben gelacht, ich habe gesagt: ›Meine Damen und Herren, das gehört nicht zur Show‹, und dann habe ich, ich hatte eine weiße Unterhose, meine Smokingjacke zum«

»Fettabsaugen. Lippen vergrößern oder verkleinern? – Ja, Lippen vergrößern. – Lid – , also Lidfalten wegmachen, oder wie das heißt – Richtig: Augenliderkorrektur. – Nase vergrößern oder verkleinern? – Nasenkorrektur. – Zähne weiß, weißer machen? – Nein. – Kiefer kleiner oder größer? – Nein, nein, das ist alles Fettabsaugmethode. Haben wir schon. – Die Nase ...? – Haben wir, haben wir. – Ohren anlegen? – Ja! Ohren anlegen. Das ist«

»auch nicht kalt heute hier, sechs oder sieben Grad. Das Dortmunder Geläuf ist in einwandfreier Verfassung. Ist das Geläuf heute schwer, zieht es oder isses«

»Blase und Prostata. Granufink Prosta. Mit Arzneikürbis plus Sabal. Zu Risiken«

»bei Gleichaltrigen. Der trägt nicht irgendwelche Klamotten, der kauft sich nur welche mit dem richtigen Logo. Für ein besonderes Label macht jetzt die katholische Landjugend Reklame. T-Shirts, die den jugendlichen Geschmack treffen und dabei noch ökofair sind. T-Shirts, Jeans, Turnschuhe, auf das«

»Blätterdach der Bäume. Feucht und heiß ist die Luft. Nebelschwaden schweben über dem Boden. Dann bunte Paradiesvögel beim Fruchtbarkeitstanz. Ein Stück wie aus einem exotischen Traum. Intensive grüne Lichtspiele brechen sich im Nebel und lassen die Frankfurter Festhalle für einige Minuten«

»Meine Damen und Herren. Gleich geht’s darum, bei dieser Frage hier, uns eine ganze Menge Geld – bei welcher Insel versinkt die rote Sonne im Meer? – aus der Tasche zu ziehen. Wenn Sie anrufen, in dieser Sekunde – bei welcher Insel versinkt die rote Sonne im Meer? – , wunderschöne Insel, hat fünf Buchstaben, fängt mit dem C an und«

»Greenmob, herzlichen Glückwunsch. Und wir haben für Sie noch den Eimer, den können Sie noch dazubestellen, mit den Ersatzschwämmen, mit dem Ersatzschwamm, Entschuldigung, 823600 die Artikelnummer, und noch mal zwei Ersatzschwämme, 823735, ich würde Ihnen empfehlen, nehmen Sie«

»20 Prozent weniger Verbrauch, 50 Prozent weniger Verschleiß, 70 Prozent weniger Umweltbelastung, aber trotzdem 30 Prozent mehr Leistung. Die Beispiele, die da vorne liegen, die sprechen auch Bände, ob das jetzt Zylinderköpfe sind«

»die ich innerhalb von 14 Monaten zurückkommen gesehen habe. Die Lebenserwartung war nicht hoch. Wir haben bis zu 80, ja manchmal 90 Flugzeuge pro Nacht verloren. Es gab keine Möglichkeit, unsere Bomber«

»mit den grünen Bohnen«

»denen in den Gärbottichen dann der Farbstoff entzogen wird und alle anderen Inhaltsstoffe. Vor allem die Tannine«

»damit muß man leben, das muß man aushalten, und als Bürgermeister braucht man auch ein Quentchen Humor, und das muß man aushalten, und wenn man das nicht aushalten würde, dann ist man«

»nur 1,76 Meter groß. Und wir schauen uns noch einmal den Kardinalfehler des«

»Jugendverbands. Sehr, aus meiner Sicht, immer sehr fortschrittliche Jugendorganisation, der wir beide beigetreten sind und in der wir wichtige Prägungen bis heute hinein, glaube ich, würde ich behaupten, erfahren haben«

»als ursprüngliches Ausdehnungsrecht. Das Ausdehnungsrecht ist das eigentliche Weltrecht. Und unsere Arbeitslosen sind eigentlich diejenigen, die dieses Weltunrecht in sich selber erleiden, diese Unfähigkeit, sich auszudehnen«

»der eigentliche Skandal liegt darin, daß man diesen Skandal als solchen gar nicht mehr erkennt. Weil wir offenbar«

»aus Angst vor der Freiheit geraten wir zielstrebig in den nächsten Schritt, der wiederum falsch ist, nämlich in eine falsche Überausdehnung, in eine falsche Raumbesetzung, in einen Gigantismus, in einen Kontrollwahn. Letzten Endes sind das die psychologischen Grundlagen des Imperialismus. Immerhin hat schon Cicero über die Römer gesagt, sie hätten«

»unser Land, und hier rede ich von Deutschland, hat den Bauern nicht nur eine gesunde Nahrungsmittelproduktion zu verdanken, sondern unser Land, und ich sage unser Land, lebt auch davon, daß unsere Bauern unsere Agrarkultur, unser Land gestaltet haben«

»man will schließlich heil bleiben, heil und auf zwei Beinen. Sie wollen wissen, wie das ist? Manchmal ist es fast unmöglich. Es gibt ein Bedürfnis, allein zu sein, für einen kreativen Menschen, für eine Schauspielerin. Das können die wenigsten«

»Themen. In unserem Firmenporträt: Otto, ein weltweites Unternehmen mit interessanten Karrieremöglichkeiten, gerade jetzt. Wenn die Karriere stockt, wir zeigen Ihnen Wege aus der Krise. Und: Unsere *dos and don'ts*, Kavaliersregeln in«

»meinem Buch wie sie eigentlich gar nicht nur zu einem Negativergebnis, ich habe auch versucht, dem Gefühl, den Figuren so ein Gefühl von irrsinniger Hoffnung noch beizugeben, mitzugeben, so etwas, was so zwischen den Zeilen steht und was irgendwie verhindert, daß man jetzt nur so eine ganz fatalistische Geschichte mit so Weltuntergang oder dann«

»gehe ich los und setze mich aus. Ich setze mich aus. Ich steige aus dieser Welt aus, aus dieser Welt mit dieser Sicherheit, Pseudosicherheit, mit dieser Enge, mit diesem Wunsch von Millionen und Milliarden, irgendwo eingebunden und sicher zu sein im großen Haufen, und bin ganz weg, in einer eigenen Welt, in einer Welt für sich. Und«

»warum das so ist und wieso das, woher das kommt, das, da habe ich auch keine Ahnung. Was habt ihr herausgefunden?«

Alles aus ARD, ZDF, RTL, SAT.1, VOX, PRO 7 ... am Sonntag, 20. Januar, 19 bis 23 Uhr

Konkret 02/02, S. 40

Marit Hofmann

Kunst & Gewerbe

Die Pisa-Pleite

Daß Deutschlands Schüler nur wenig klüger sein würden als ihre Lehrer, war vorauszusehen. Der eigentliche »Pisa-Schock« (»Hamburger Morgenpost«) stellte sich ein, als bekannt wurde, daß sie im internationalen Leistungsvergleich auf derselben Stufe wie Schulkinder aus Mexiko und Brasilien rangieren. Wobei in keinem anderen Industriestaat der Schulerfolg so stark wie in Deutschland vom Einkommen der Eltern abhängt. Doch mittlerweile gibt es schon jede Menge Gegenmaßnahmen, die dem Nachwuchs auf die Sprünge helfen sollen. Ein Nachhilfeservice von KONKRET in neun Lektionen.

Lektion 1: Disziplin

Womit alles anfängt, weiß der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber: »Ordnung und Disziplin müßten auch in der Schule wieder einen höheren Stellenwert erhalten. Fleiß, Leistung und Anstrengungsbereitschaft dürften nicht als Sekundärtugenden verteufelt werden.«

Lektion 2: Genügsamkeit

Um Kopflänge hinter dem K-Kandidaten kommt die K-Gattin Doris Schröder-Köpf, Herausgeberin des Lehrbuchs *Der Kanzler wohnt im Swimmingpool oder Wie Politik gemacht wird* (Campus). Von Gerhards Doris erfahren die Schüler – sofern des Lesens mächtig – , daß die DDR eine genauso schlimme Diktatur war wie der Nationalsozialismus und daß sie unterging, weil sie »sich mit hohen Mauern und tiefem Niemandsland« umgab, »um zu verhindern, daß ihre Bürger Reißaus nahmen« – bis »nach vier Jahrzehnten Mißwirtschaft ... selbst die höchsten Staatsbeamten« erkannten, »daß es so nicht weitergehen könne, und ... still abtraten«. Und er erfährt etwas vom heroischen Charakter der freiheitlichen Demokraten: »Als mein Mann 1998 zum Bundeskanzler gewählt wurde, bewohnten wir eine 90 Quadratmeter große Dachgeschoß-Wohnung in einem Mehrfamilienhaus in der Mitte Hannovers. Der kieselfarbene Außenputz erinnerte an Vorkriegszeiten, der Bodenbelag im Treppenaufgang zu unserer Wohnung (fünftes Stockwerk ohne Aufzug!) bestand aus jahrzehntealtem linoleumartigen Material, und danach roch es auch. Man gewöhnt sich daran.« Aber wißt ihr auch, daß bei Kanzlers (im fünften Stockwerk ohne Aufzug!) »der Platz in der Küche ... nicht mal ausgereicht« hätte, um »Vor- und Nachspeise frisch zu halten«?

Spenden erbeten, Kennwort: Kanzler-Obdach.

Lektion 3: Toleranz

Toleranz lernt man beim Sport. Das wissen wir von den Vereinen und ihrer Kampagne »gegen Extremismus und Gewalt«. Der Deutsche Fußballbund (DFB) war so tolerant, der Ausstellung »Tatort Stadion – Rassismus und Diskriminierung im Fußball« (bis 8. Februar im Hamburger DGB-Haus, Besenbinderhof, danach auf Reisen durch die Republik) finanzielle Unterstützung zuzusichern. Leider mußte er diese Zusage wieder zurückziehen, weil bekannt wurde, daß in der Ausstellung auch Äußerungen des DFB-Präsidenten Gerhard Mayer-Vorfelder dokumentiert sind wie die, daß deutsche Schüler die drei Strophen des Deutschlandliedes beherrschen sollen, weil schließlich der Franzose auch seine Marseillaise komplett singt, trotz der »Geschichte des Dritten Reiches, die in Frankreich gar nicht viel einfacher war als ... bei uns«. Oder sein Wort: »Die Chaoten in Berlin, in der Hafenstraße in Hamburg und Wackersdorf springen schlimmer rum als die SA damals.« Mayer-Vorfelder weiß auch, daß der »südamerikanische und der afrikanische Fußball ... andere genetische Voraussetzungen« haben, und daß, wenn »beim Spiel Bayern gegen Cottbus nur zwei Germanen in den Anfangsformationen stehen, ... irgendwas nicht stimmen« kann. »Was«, fragte der Mann, den der NS-Marinerichter Filbinger in Stuttgart zum Landesminister gemacht hatte, »wird aus der Bundesliga, wenn die Blonden über die Alpen ziehen und statt dessen die Polen, diese Furtoks und Lesniaks, spielen?« Sowas konnte der DFB nicht tolerieren. Das heißt: die rassistischen Sprüche seines Vorsitzenden schon, nicht aber, daß man sie so nennt. Wir lernen: Toleranz mit Minderwertigen ist zuerst die Toleranz mit Mayer-Vorfelder.

Lektion 4: Deutschstunde

Unterrichtseinheit beim ehemaligen Deutsch- und amtierenden Volksmusiklehrer Heinz Rudolf Kunze im Sender MTV, betreffend Maxim Billers Essay *Der Joint* (erschienen in dem von Georg Diez herausgegebenen Band *Das war die BRD*):

Kunze: Eins möchte ich noch loswerden: Maxim Biller ...

Stuckrad-Barre: Ja?

Kunze: Ich finde, er benimmt sich wie ein Quotenjude. Er ist arrogant, er hat kein Verständnis für das Land, in dem er beheimatet ist. Er macht uns runter ohne Mitleid, und ich empfinde ihn – ich zitiere das jetzt, was ich mir hier aufgeschrieben habe – als Schmarotzer des deutschen Selbsthasses.

Stuckrad-Barre: Hmm ... jetzt möchte ich mit Barbara Sichtermann darüber sprechen, ob man bei Maxim Biller mit dem Wort »Schmarotzer« vielleicht ...

Sichtermann: ... des deutschen Selbsthasses ... ich finde das eine sehr gute, kluge, witzige Formulierung.

Kunze: Kennen Sie den Aufsatz? Sie würden sich auch ärgern. Ich finde es undankbar, wie dieser Mensch hier lebt ...

So spricht man richtig deutsch, als Arischgesichtermann.

Lektion 5: Die richtige Aussprache

Zur Einführung des Euro bittet der Dortmunder »Verein Deutsche Sprache« die Nachrichtensprecher »des deutschen Rundfunks und Fernsehens, die neuen Zehntel-Euro-Münzen auf deutsche Weise auszusprechen«. »Es reicht, wenn wir die DM aufgeben«, sagt der Vereinsvorsitzende Walter Krämer. »Dann sollen wenigsten die Namen der Münzen deutsch gesprochen werden. Wir sehen in der etwa im ZDF verordneten amerikanischen Aussprache der neuen Cent-Münzen eine würdelose Anbiederung an eine fremde Sprache und Kultur.« Schließlich wurzele der Cent »im deutschen Zehnten« und sollte deshalb »Zent statt Ssent gesprochen werden ... Gegen diese Amerikanisierung unserer Kultur müssen wir uns wehren.«

Die »Gesellschaft für deutsche Sprache« sieht das »ähnlich, aber man soll ja keine Glaubensfrage draus machen«, meint deren Funktionär Gerhard Müller. Immerhin ließen die Namen der Münzen genügend »Raum für nationale Färbung – genauso wie die Münzen auf der Rückseite nationale Symbole tragen«.

Übungsaufgabe: Prüfe, ob sich auch in diesem Aussagesatz noch Fremdwörter durch deutsche Synonyme (Padong bzw. ’tschuldigung) ersetzen lassen, z. B. »Nation« durch »Lebensgemeinschaft von Menschen mit Bewußtsein gleicher politisch-kultureller Vergangenheit und dem Willen zum Staat« (Duden).

Lektion 6: Antikommunismus

Auch der große Daniel Cohn-Bendit war einmal klein und mußte noch viel lernen: »Politisch prägte mich mein Bruder«, gesteht er in der »Zeit« in der Rubrik »Meine Lehrjahre«. »Schlüsselerlebnis war der Einmarsch der Russen in Ungarn 1956. Mein Bruder, der sich den Kommunisten angeschlossen hatte, kam zu Besuch und klagte, den Tränen nahe, meiner Mutter über seine Enttäuschung über die Zerschlagung der ungarischen Revolution.« Da hörte Klein-Dany »mit spitzen Ohren zu und wollte ihn unbedingt auf eine Demonstration begleiten, bei der er gegen die kommunistische Politik und damit gegen eigene Parteigänger agitierte. Die aufgeheizte Stimmung dort erschreckte und faszinierte mich ... An diesem Tag wurde ich, schon als Elfjähriger, emotional zum Antikommunisten.« Viele Jahre später bekam er dann »den Beinamen Danton, Sinnbild für einen hedonistischen Rebellen. Das gefällt mir noch heute – und ist allemal besser, als ein Robespierre zu sein.«

Lektion 7: Europäische Kultur

Wären die Kinder in Afghanistan stets brav zur Schule gegangen und hätten sie Erich Weinerts Gedicht von 1928 auf dem Lehrplan gehabt, das sich auf den reaktionären Aufstand der Schinwaris vom 20.11.1928 gegen Reformen des afghanischen Königs Amanullah bezieht – womöglich wäre ihnen Ende 2001 einiges erspart geblieben:

Amanullah hat was gelernt!

Der große König der Afghanen,
Der sprach zu seinen Untertanen:
Ich hab das Abendland bereist,
Und bin ganz voll vom
neuen Geist!

Wir müssen uns modernisieren,
Um mit der Welt zu konkurrieren!
Doch letzten Endes fehlt uns nur
Die europäische Kultur!

Und plötzlich war ihm nichts mehr heilig.
Er europäisierte eilig,
Und predigte von seinem Thron
Das Heil der Zivilisation.

Doch Amanullahs Bergbewohner
Verhauten die Kulturdragoner,
Die ringsherum Afghanistan
Mit Zivilisation versahn.

Da wurde Amanullah wütig:
Die Bande wird zu übermütig!
Ich hab's im Abendland studiert,
Wie man das Volk zivilisiert!

Drauf schickte er ein Heer Soldaten,
Und schoß mit Bomben und Granaten
Die Bergbewohner kurz und klein.
Nun werden sie wohl artig sein!

Er trieb sie in die Felsenriffe
Und machte Fliegergasangriffe.
(So brach man auch im Abendland
Den kolonialen Widerstand.)

So sind doch seine Reisespesen
Auf keinen Fall umsonst gewesen.
Europa hat ihn was gelehrt,
Wie man in solchem Fall verfährt.

Die armen Hirten dahingegen,
Die wissen jetzt: Der Bombensegen,
Der da in ihre Hütten fuhr,
War europäische Kultur.

Wir danken dem Leser Klaus Hildebrandt aus Bremen für den Hinweis auf das Gedicht.

Ihr kennt Weinert nicht? Ein bekannter Literaturkritiker schrieb über ihn:
Erich Weinert – Ein Dichter des deutschen Volkes

Der diesjährige Nationalpreis der Deutschen Demokratischen Republik wurde einem der hervorragendsten deutschen Dichter des letzten Vierteljahrhunderts, Erich Weinert, zugesprochen ... Zum Unterschied von Becher oder Brecht, Toller oder Wolf hat Weinert es nämlich verstanden, sich der Versuchung des Expressionismus zu widersetzen, der in den ersten Nachkriegsjahren so fatal auf die damals entstehende deutsche revolutionäre Dichtung einwirkte, die mehr oder weniger mit der Ideologie des kämpfenden Proletariats verbunden war ... Weinerts Gedichte aus der ersten Schaffensperiode sind vor allem satirische, treffend gegen das deutsche Kleinbürgertum gerichtete Werke, sind Werke, die die Verlogenheit der Bourgeoisie entlarven und anprangern. Mit elementarem Haß entkleidet er das wahre Antlitz des internationalen Kapitals. ... Mit dem Beitritt zur Kommunistischen Partei Deutschlands – 1924 – erweitert sich der thematische Inhalt der Gedichte Weinerts, gewinnt sein Wort an agitatorischem Schwung und mobilisierender Kraft. Der Dichter wird zum unermüdlichen Chronisten des Kampfes und der Leiden der deutschen Arbeiterklasse, zum glühenden Volkstribun ... Im Jahre 1946 kehrte Weinert aus dem gastfreundlichen Sowjetland in die befreite Heimat zurück ... Sein Schaffen wird im Bewußtsein der deutschen Werktätigen, in der Geschichte der fortschrittlichen deutschen Literatur verankert bleiben. Es wird im vollsten Sinne des Wortes als eine wundervolle Seite der deutschen revolutionären Dichtkunst, der deutschen Parteidichtkunst fortbestehen.

Der Kritiker, der diese Weinert-Laudatio 1953 in »Sinn und Form« ablieferte, ist seitdem zu Recht in Vergessenheit geraten. Er hieß Marcel Reich-Ranicki.

Lektion 8: Pünktlichkeit

Wer lernen will, wie man reich und erfolgreich wird, für den gilt seit jeher: Jürgen (»Sprenge deine Grenzen«) Höller fragen – den Verfasser von Werken wie *Sag ja zum Erfolg – Der Weg zu Reichtum und persönlicher Freiheit* und renommiertesten deutschen Motivationstrainer, bei dessen »Power-Days« Führungskräfte der wichtigsten Unternehmen und Prominente wie Christoph Daum begeistert über Scherben laufen. Das heißt: liefen. Denn Höllers Firma Inline AG ist pleite. Wie die »Süddeutsche Zeitung« melden mußte, »rückte im Dezember gar die Kripo an: wegen Verdachts auf Insolvenz-Straftaten«. Und alles nur, weil Höller ein paarmal vergessen hat, das Mantra »Ich bin stark, ich kann alles, was ich will« zu sprechen.

Lektion 9: Freiheit

Geld ist gar nicht so wichtig. Davon kann Gunter Gabriel, Schlagersänger (»Hey, Boss, ich brauch mehr Geld«) und Truppenbetreuer (»Es steht ein Haus in Kosovo«), ein Lied singen. Nachdem er 13 Millionen Mark durchgebracht hat, lebt er heute in bescheideneren Verhältnissen, aber er vermißt »Nichts! Denn nur durch die Scheiße bin ich auf einen Lebensstil gekommen, von dem ich immer geträumt habe. Ich lebe auf einem Hausboot mit Sonnendeck zwischen lauter tollen Outsidern und fahre morgens mit meinem 600er-Benz im Bademantel zur Tankstelle, um die ›Bildzeitung‹ zu kaufen. Wenn das keine Freiheit ist, was dann?«

Ja, was dann, Doris Schröder-Köpf?

Konkret 02/02, S. 42

Ludwig Seyfarth

Anonyme Absichten

Fotoserien, Fotobücher, Künstler, Täter und Fahnder

Als er 1833 am Comer See weilte, beabsichtigte William Henry Fox Talbot, ein dem Landadel entstammender englischer Gentleman, einige Ansichten der beeindruckenden Landschaft zeichnerisch festzuhalten. Keine Absicht war, daß ihm das vollständig mißlang, weil er auf diesem Gebiet schlichtweg unbegabt war. Auch damals übliche technische Hilfsmittel, bei denen man das gewünschte Motiv einfach nur abzupausen brauchte, überstiegen Talbots manuelles Geschick. Er fragte sich, ob sich Bilder nicht von selbst, ohne Zutun seiner Hand, auf dem Papier abbilden könnten. Über gewisse naturwissenschaftliche Kenntnisse verfügte er, und so gelang es ihm durch chemische Experimente, das fotografische Negativverfahren zu entwickeln. Seine Fotografien waren, im Gegensatz zu seinen stümperhaften Zeichnungen, hervorragende Bilder.

Bevor Fox Talbot durch England und Frankreich reiste und zahlreiche Stadtansichten aufnahm, widmete er sich unscheinbaren Motiven aus seiner nächsten Umgebung. Er fotografierte ein Bücherregal, eine Kutsche im Hof, ländliche Arbeitsgeräte wie Spaten und Besen oder Gutsarbeiter und Wildhüter bei der Verrichtung alltäglicher Tätigkeiten. Eine Auswahl seiner Fotos veröffentlichte er 1844 unter dem Titel *The pencil of nature*. Nicht die Hand des Zeichners, sondern die Natur selbst führt den Stift. So schlagend der Titel des weltweit ersten Fotobuches heute noch klingt, er ist im Grunde sachlich falsch. Schließlich hat nicht die Natur, sondern ein Apparat, eine Maschine, die Bilder hergestellt. Genau das hat lange Zeit viele Menschen gestört, und Talbot offensichtlich auch ein wenig. So stolz er seine Bilder präsentierte, wäre es ihm am Ende wohl doch lieber gewesen, er hätte sie mit eigener Hand zeichnen können.

Das Umgehen der Künstlerhand hat der Fotografie lange ihre Anerkennung im Bereich der Kunst verwehrt. In anderen gesellschaftlichen Bereichen lief sie der Malerei und Zeichnung schnell den Rang ab. Gerade weil es automatisch zustande kommt, läßt das Foto in Hinblick auf wissenschaftliche oder juristische Beweiskraft alle herkömmliche Bildmedien im Sinne des Wortes alt aussehen.

Die Künstler reagierten in unterschiedlicher Weise. Einmal versuchten sie, die »Wahrheit« der Kunst gegen die Fotografie aufzubieten. In seinen Gesprächen mit Paul Gsell verkündete der Bildhauer Auguste Rodin, die Fotografie könne das Leben nicht wirklich darstellen, weil sie aus seinem organischen Fluß nur einen Moment herausgreife. Dieses Urteil hielt Rodin allerdings nicht davon ab, sich selbst und seine Skulpturen durch den Fotografen Edward Steichen eindrucksvoll inszenieren zu lassen.

Einen »mittleren« Weg wählten die Impressionisten, die sich auf Wirkungen von Farbe und Licht konzentrierten, wie sie die Fotografie damals nicht wiedergeben konnte. Die dritte Tendenz bestand darin, es mit der Beweiskraft der Fotografie aufzunehmen. Daß die Kamera als Maschine direkt »im Realen« operieren konnte, die Kunst »nur« im symbolischen Ausdruck, empfand man hier als Mangel, den man überwinden wollte.

Die Sehnsucht nach der Unbeirrbarkeit der Maschine sollte sich durch die gesamte Kunst des 20. Jahrhunderts ziehen. Auch die *Écriture automatique* der Surrealisten oder Zeichnungen unter Drogeneinfluß sind, wenn auch relativ hilflose, Versuche geblieben, der Kunst das Bewußtsein ihrer Urheber auszutreiben.

»Man merkt die Absicht und ist verstimmt«, könnte ein generelles Verdikt lauten, das die Kunst gegenüber dem technischen Bild diskreditiert. Vielleicht ist die »wahre« Geschichte der Kunst im Zeitalter der Fotografie noch gar nicht zusammenfassend geschrieben worden. Es wäre nicht mehr die geläufige Erzählung der Vertreibung der Kunst vom Feld des naturalistischen Abbilds. Eine andere Kränkung ging viel tiefer. Die Fotografie raubte der Kunst nämlich nicht nur die Zeugenschaft für das Abbild, sondern verdrängte sie auch aus ihren Verschwisterungen mit der Wissenschaft. Die Kunst konnte nichts mehr »beweisen«. Sie hatte nichts Faktisches mehr über die Welt zu sagen, ihre Gültigkeit betraf nur noch sie selbst.

Allerdings konnte die Fotografie nur die Oberfläche der Dinge wiedergeben. Vielleicht war es ja gar nicht die Aufgabe der Kunst, das Sichtbare wiederzugeben, sondern sichtbar zu machen, wie Paul Klee es ausdrückte. Beim von ihm proklamierten Schaffen »parallel zur Natur« würden tiefere Gesetzmäßigkeiten sichtbar. Einer seiner Kollegen in den zwanziger Jahren am Bauhaus machte Klee ganz beklommen. Laszlo Moholy-Nagy hielt nämlich vom naturanalogen Schaffen wenig und sah die tieferen Gesetzmäßigkeiten in der modernen Technik und die Fotografie als ihr adäquates Medium. In seinem Bauhaus-Buch *Malerei – Fotografie – Film* führt Moholy-Nagy didaktisch vor, wie die Fotografie sich von romantischen Landschaften und Weichzeichnereien befreien und, wie er meinte, zu sich selbst finden müsse.

»Die Wiederholung als raum-zeitliches Gliederungsmotiv, das in diesem Reichtum und dieser Exaktheit nur durch die für unsere Zeit charakteristische technisch-industrielle Vervielfältigung entstehen konnte«, demonstriert Moholy-Nagy mit dem Foto einer Flugzeugstaffel über dem nördlichen Eismeer. Es handelt sich nicht um ein eigenes, sondern um ein

Agenturfoto. Die Autorschaft ist nicht entscheidend, denn der Fotograf soll sich nicht selbst ausdrücken, sondern er ist Agent eines »Neuen Sehens«. Er muß nur bereit sein, die Kamera so zu verwenden, daß sich das Technisch-Industrielle ebenso von selbst zeichnet wie die Natur bei Talbot.

Nach Walter Benjamin schärft die Fotografie den »Sinn fürs Gleichartige«. So etwas wie gleichartige Strukturen treten beispielsweise in den Blick, wenn Fotos und auf Fotos beruhende Abbildungen aus unterschiedlichen Quellen in relativ gleicher Größe nebeneinandergestellt werden. Darauf beruht beispielsweise der berühmte »Bilderatlas«, den der Hamburger Kulturwissenschaftler Aby Warburg bei seinem Tod 1929 unvollendet hinterließ. Als »raum-zeitliches Gliederungsmotiv« dienten Warburg zahlreiche thematische Tableaus, auf denen er bestimmte gegenständliche Motive, Gesten oder Details wie die bewegte Linienführung bei auf Gemälden dargestellter Kleidung als eine Art soziales Gedächtnis über Epochen und Kulturen hinweg zu verfolgen versuchte. Wenn ein gleiches Motiv an ganz unterschiedlichen Orten auftaucht, stellen sich unerwartete Verwandtschaften zwischen Gleichartigkeiten her.

Andererseits wandeln sich Motive, kann die gleiche Geste ihre Bedeutung im Laufe der Zeit bis hin zur vollständigen »Inversion« verändern. So schärft sich, auch in Fortsetzung der pittoresken Ästhetik, ebenfalls der Sinn für das Ungleichartige, indem im scheinbar Identischen auch immer wieder Differenzen sichtbar werden.

Warburg selbst sah sich als Wissenschaftler und nicht als Künstler, auch wenn ihn die kunsthistorische Forschung manchmal dahingehend interpretiert. Ähnlichkeiten seiner Tableaus zur zeitgenössischen Kunst der zwanziger Jahre, etwa zur Collageästhetik, sind unübersehbar, aber auch zu künstlerischen Präsentationsformen aus jüngerer Zeit. Hier rückt Warburgs Atlas, gegen seine eigene Absicht als Kunst interpretiert, in die Nähe dessen, was Künstler tun, wenn sie ihr Vorgehen »objektiven« wissenschaftlichen Verfahren annähern.

Ende der fünfziger Jahre begannen Bernd und Hilla Becher systematisch Industriebauten zu fotografieren, oft Bestandteile bereits stillgelegter Anlagen, deren erstaunliche formale Vielfalt durch die Zusammenstellung der Fotos zu Tableaus deutlich hervortritt. Da viele der Bauten bald darauf abgerissen wurden, sind die Fotos auch bewahrende Dokumente einer »anonymen Geschichte« des Industriezeitalters, wie sie der Kunst- und Architekturhistoriker Siegfried Giedion in seiner 1948 erschienenen *Herrschaft der Mechanisierung* verfolgte.

In der immer eingehaltenen frontalen Sicht und dem gleichmäßigen, nie direkten Licht sind die Bilder der Bechers am Vorbild der Fotografie der Neuen Sachlichkeit der zwanziger Jahre orientiert, die in ähnlicher Weise wie Moholy-Nagy nach einem ästhetisch adäquaten Ausdruck für ein von »sachlicher« Maschinenästhetik geprägtes Zeitalter suchte. Die angestrebte »Objektivität« ist letztlich eine Objekt-Haftigkeit, die in konturiertem Schwarzweiß die Plastizität des Dargestellten deutlich hervortreten läßt.

Aus ihrer Umgebung herausgelöst, erscheinen die Gebäude als »anonyme Skulpturen«, so der Titel einer Buchveröffentlichung von 1970. Es handelt sich um »Kraftwerke, Hochspannungsmasten, Radioteleskope, Ölpumpen, Bohrtürme, Raffinerien, Mühlenwerke, Fabrikhallen und Aufbereitungsanlagen«, wie sie in ihrem eigenem Nachwort hier schreiben. Ein anderes Motiv, dem sich die Bechers immer wieder widmen sollten, sind Ein- und Mehrfamilienhäuser in deutschen Klein- und Vorstädten. Die immer wiederkehende Grundform, meist zwei Etagen und darüber ein Giebeldach, wird einerseits in einer Art Typologie facettenartig aufgefächert, andererseits begegnet uns in der immer gleichen frontalen Sicht wiederum Moholy-Nagys Wiederholung als strukturelle Gliederung, die am Motiv seine abstrakte, fast zeichenhafte Grundqualität hervortreten läßt.

Das ist ein ähnliches Einübungsprogramm wie das »Neue Sehen« von Moholy-Nagy. Dabei geben sich die Bechers viel Mühe, ihre Bilder so neutral erscheinen zu lassen, als ob ein Automat, den man richtig programmiert hätte, sie ohne menschliche Beteiligung genauso machen könnte. Auch wenn vierzig Jahre dazwischenliegen, scheint für die Bechers noch genauso wie für Moholy-Nagy die Fotografie ein Medium zu sein, das aufgrund seiner technischen Exaktheit und seiner Zeitgenossenschaft automatisch in der Lage wäre, objektive Strukturen der Wirklichkeit adäquat abzubilden.

Die Künstler tun so, als wären sie ebenso anonym wie die von der Architekturgeschichtsschreibung nicht berücksichtigten Gebäude. Deren Anonymität beruht jedoch auch darauf, daß die Fotos sie aus ihrem Kontext isolieren. So mag es sein, daß auch jemand, der den betreffenden Ort gut kennt, das Haus auf dem Foto nicht auf Anhieb identifiziert, weil er es »so« nie sieht. Damit treten aber auch regionale Besonderheiten in den Hintergrund. Als ich vor einigen Monaten zur Eröffnung des Museums für moderne Kunst in Siegen war und dort einige Fotoserien der Bechers gesehen hatte, kam es mir bei der Fahrt durch das Siegener Land so vor, als ob alle Häuser aussähen wie auf den Fotos. Haben die Bechers, obwohl »ihre« Häuser allgemein typisch für deutsche Kleinstädte wirken, doch eine regionale architektonische Eigenart porträtiert? Oder hat der Eindruck ihrer Fotos nur meine Wahrnehmung speziell konditioniert?

Bei Bernd und Hilla Becher verbindet sich die Technosachlichkeit der zwanziger Jahre mit einer systematischen Ausführung gesetzter Regeln, wie sie für die frühe Concept Art typisch ist. Der in Los Angeles lebende Ed Ruscha, dem das Kunstmuseum Wolfsburg derzeit eine große Retrospektive widmet, veröffentlichte zwischen 1963 und 1978 nicht weniger als 17 Bücher mit Fotoserien.

Es begann mit den »Twentysix Gasoline Stations«, für die er 26 Tankstellen entlang der Route 66 mit einer einfachen Amateurkamera so kunstlos und nüchtern wie möglich fotografierte. Schon die Auswahl der Bilder enthielt ihm jedoch letztlich zu viel gestalterische Absicht. So montierte er zwei motorbetriebene Kameras auf einem Autodach, um jedes Gebäude an einem der langen Boulevards in Hollywood zu fotografieren. »Every Building at Sunset Strip« erschien 1966 in Form eines Leporellos.

Der nächste Schritt war, auch die Bilder nicht mehr selbst zu machen. Für die »Parking Lots« beauftragte Ruscha 1967 einen Fotografen, 34 Parkplätze von einem Hubschrauber aus aufzunehmen. Ruscha sagte selbst, »er wisse nicht, ob ihm bei diesem Projekt die regelmäßigen Linien der Parkbuchten oder nicht doch die Muster der Ölflecken mehr interessiert hätten« (Katalog »Monets Vermächtnis«, Hamburger Kunsthalle 2001).

Diese Bemerkung macht deutlich, welchen Vorteil der Künstler aus dem Verzicht auf gestalterische Kontrolle zieht. Er wird selbst von dem Resultat überrascht und kann ebenso wie ein anderer Betrachter bis dato ungesehene Muster und Strukturen entdecken; unter Umständen aber auch Dinge, die völlig unbeachtet mit aufs Bild gelangt sind. Wäre zufällig auf einem der Parkplätze genau zu dem Zeitpunkt ein Mord geschehen, als der Fotograf auf den Auslöser drückte, dann hätte diese unabsichtliche Zeugenschaft aus dem Bild ein juristisches Beweisstück machen können.

Als John F. Kennedy in Dallas erschossen wurde, stand der angebliche Täter bald fest. Da aber stets erhebliche Zweifel daran blieben, ob wirklich Lee Harvey Oswald die tödlichen Schüsse abgegeben hatte, untersuchte man im Laufe der Zeit unzählige Fotos, die von Reportern, Touristen oder diversen Amateuren kurz vor oder während des Attentats geknipst wurden. Aus diffusen Schatten wurden vermeintliche Heckenschützen. Drei Jahre nach dem Kennedy-Attentat hat Antonionis Film »Blow up« dem zufällig Mitfotografierten und kriminologisch Relevanten ein berühmtes Denkmal gesetzt. Wenn eine fotografierte Örtlichkeit, wie schon Walter Benjamin bemerkte, zum potentiellen Tatort wird, ist auch der Fotograf ein »Täter«, jedenfalls jemand, der sich besser nicht zu erkennen gibt. Die Anonymität zu wahren, fällt ihm desto leichter, je versteckter oder entfernter vom Motiv er auf den Auslöser drückt.

Das Verbergen der gestalterischen Absicht macht den Künstler generell zum potentiellen Täter, ob er nun fotografiert oder nicht. Vielleicht ist der Täterkünstler eine Erfindung Giovanni Morellis. Dieser revolutionierte nämlich Ende des 19. Jahrhunderts die kunsthistorische Materialforschung, indem er Zuschreibungen nicht mehr stilkritisch vornahm, sondern die Echtheitsfrage über den Fingerabdruck des Künstlers – beziehungsweise des Fälschers oder Nachahmers – ermittelte. Der Künstler wurde am sichersten wie ein Täter anhand der Spuren überführt, die er unabsichtlich hinterlassen hatte.

Ruschas Interesse galt den stereotypen Strukturen der kalifornischen urbanen Umwelt, der er per Zufallsprinzip überraschende Details entlocken wollte. An Verbrechen jenseits der architektonischen hat er wahrscheinlich gar nicht gedacht. Aber er hat den Weg vom Täterkünstler zum Ermittler- oder Fahnderkünstler gewiesen, indem er die strukturierenden Kriterien für eine fotografische Serie immer weiter vom eigenen gestalterischen Eingriff entfernt hat.

Die Parkplatzfotos stammen nicht von Ruscha, aber er erteilte den Auftrag. Unterschiedliche Künstler wie Christian Boltanski, Hans-Peter Feldmann oder Guillaume Bijl haben dann auch dies nicht mehr getan und ihren Umgang mit Fotografien darauf konzentriert, vorgefundene Bilder zu sammeln und in systematischen Tableaus zusammenzustellen.

Sammeln, Entdecken, Ermitteln

Der Hamburger Künstler Peter Piller begann vor einigen Jahren damit, in Regionalzeitungen abgedruckte Fotos zu sammeln und zu Serien zusammenzustellen. Unter Kategorien wie *Mensch&Tier, Bauerwartungsflächen, durchschnittene Einweihungbänder, Stein des Anstoßes, Rätselgewinner präsentieren Geldscheine, Müll als Skulptur* oder *Auto berühren* ist Pillers Archiv auch im Internet unter www.peterpiller.de zugänglich. Die Auswahl und die Benennung der einzelnen Bildgruppen nimmt Piller zwar selbst vor, doch sucht er nach Stereotypen, wiederkehrenden Grundmotiven, Gleichartigkeiten, die nicht unbedingt auf der Intention der Fotografen oder der Redaktionen beruhen. Das gilt vor allem für die Beobachtung von Details, die zum Teil erst hervortreten, wenn Piller die Bilder digital vergrößert.

Einer von zwei nun erschienenen Bildbänden aus dem Archiv Peter Piller führt unter dem Titel *Durchsucht und versiegelt* zahlreiche »Tatorthäuser« vor. Die auf den Fotos abgebildeten Ein- und Mehrfamilienhäuser erwecken nebeneinander fast den Eindruck einer Becherschen Typologie. Die architektonische Anonymität ist hier weniger das Thema als die soziale, die in den Bildern sowie in den meist mit übernommenen redaktionellen Bildunterschriften zum Ausdruck kommt.

Die Häuser sehen nur anonym aus, sind es aber nicht. Zum Beispiel: Günterod, Denkmalstraße 14. Hier hat der eigene Sohn eine 80jährige Frau getötet. Er »ist nach Einschätzung der Polizei psychisch krank«. Eine andere Bildunterschrift besagt, Hartmut H. sei in der abgebildeten Doppelhaushälfte »ermordet« worden. Auch hier mag der Redakteur die Meinung der Polizei wiedergeben, die dann streng juristisch eigentlich unzulässig wäre. Ob es sich wirklich um Mord handelt, hätte nämlich erst ein Gericht zu klären. Wenn keine Absicht vorlag, würde es sich um Totschlag handeln. Unter Umständen klärt sich der Fall dadurch, daß ein Nachbar oder ein Passant die Tat unbeabsichtigt fotografiert hat.

Archiv Peter Piller: Band 1, Durchsucht und versiegelt, Tatorthäuser. Revolver-Verlag, 25 Euro

Archiv Peter Piller: Band 2, Diese Unbekannten, Täter. Revolver-Verlag, 25 Euro

Ausstellung bei Wiens Laden, Verlag und Galerie, Linienstraße 158, Berlin, Eröffnung 2. Februar, 19 Uhr, www.barbarawien.de

Ed Ruscha, Kunstmuseum Wolfsburg, bis 28. April

Ludwig Seyfarth schrieb in KONKRET 12/01 über den Zusammenhang von Serienmord und Kunst

Konkret 02/02, S. 45

Hermann Peter Piwitt

Hagere Männer mit schwarzem Bart

Hochverrat, sagt Talleyrand, ist eine Frage des Datums. Terrorismus ist eine Frage der Legalität

Der Cheruskerfürst Arminius nutzte bekanntlich, was er als Sohn aus »erstem Haus« bei den Römern kriegstechnisch und geheimdienstlich gelernt hatte. Er wurde sogar in den römischen Ritterstand erhoben, bevor er »plötzlich aus des Waldes Duster« über seine bisherigen Förderer herfiel.

Von den Piraten der Karibik heißt es in einem aktuellen Sachbuch, aller Piraterie ginge eine tiefe, oft tatsächliche Kränkung voraus. Gewalttaten von Vorgesetzten und Folter waren auf den Kriegs- und Handelsschiffen an der Tagesordnung und trieben viele Seeleute in die Illegalität. Legalistisch, nach dem Gesetz, war, wie zu allen Zeiten, nur der Staatsterrorismus. Die Weltmächte Spanien, England und Frankreich plündern die überseeischen Kolonien aus und jagen auf dem Ozean einander die Beute ab. Piraten mischen sich mit hinein. Mit Glück, wenn sie dabei mit der richtigen Seite paktieren. Mit Pech, wenn sie es sich mit ihr verderben.

Globalisierer ihrerseits sind nicht pingelig in der Wahl ihrer Freelancer. Bauchaufschlitzer erster Güte kommen zu Ehren und tauchen als Erroll Flynn, alias John Thorpe, »Herr der sieben Meere«, später wieder auf. Zum Vizegouverneur von Jamaika und steinreichen Plantagenbesitzer avanciert der grausame Henry Morgan. Von Elisabeth I. wird der Pirat Francis Drake zum Ritter geschlagen, nachdem er jenen spanischen Goldschatz aufgebracht hat, der ausreicht, um die Ostindien-Company auszurüsten; für John Maynard Keynes die Initialzündung des imperialen britischen Kapitalismus. Blackbeard dagegen, ein »hagerer Mann mit langem schwarzen Bart« vergreift sich an englischem Raubgut. Und zahlt mit dem Leben.

Von Itri aus, einem Nest südlich von Rom, führt der Räuberhauptmann Michele Pezza seit Ende des 18. Jahrhunderts einen privaten Rachefeldzug gegen die napoleonischen Besatzer. Jahrelang erblickt man, laut Aubers Oper, »Fra Diavolo« allenfalls »auf Felsenhöhen«. Die mit Österreich verbündeten Bourbonen ernennen ihn zum Herzog von Cassano. Am 11.November 1806 hängt der einunddreißigjährige Herzog in Neapel am Galgen.

Wo hängt Osama Bin Laden derzeit (herum)? Genießt er als Ehrengast der USA wohlverborgen die Früchte seiner Tat? Die Bush-Administration hat dank seiner alle innen- und außenpolitischen Ziele erreicht, deretwegen man sie wählen ließ. Paranoia riskieren oder wieder einmal auf die Öffnung der Archive warten: Wir haben keine andere Wahl.

Was waren die Untaten der Piraten gegen den Staatsterorismus der herrschenden Mächte? Peanuts. Was war die Zerstörung der Twin-Türme gemessen am legalistischen Bombenerror gegen Vietnam, Kambodscha, Bagdad, Belgrad und Afghanistan? Eine Episode. Nichts war anders danach, als es vorher war.

Ich mag den hageren Mann mit dem langen schwaren Bart trotzdem nicht besonders. Soziales Aufbegehren, einmal gründlich abgeblockt, sucht im Wahnsinn seinen Ausweg. In der Regel im religiösen. Es ist die Stunde der Sun-Dance-Bewegung, der Wiedertäufer, der Taliban. Auf einmal soll es noch einmal ein Zurück geben hinter die Greuel kapitalistischer Rationalität. Der militante Islam, der nicht minder greuliche politische Hinduismus sollen es richten. So wie es einmal die Kirchen gerichtet haben. Daß Religiosität kraft politischer Machtvollkommenheit noch einmal Angst und Schrecken verbreitet: bei Gott, nein. Mögen sie glauben an sonstwas Überirdisches, solange sie es ein bißchen mitleidsvoller und barmherziger macht; mögen sie in Rauch aufgehen, wenn nicht.

Abwechselnd lese und blättere ich in diesen Nächten in zwei Büchern: Das eine ist ein Fotoband und heißt *Die Erde von oben*. Seit die Erde, seit Natur aus der Nähe nicht mehr zum Anschaun ist, gehen Fotografen gern auf Abstand, in die Luft. Und plötzlich sehen die von Urangranaten verschmorten und verseuchten Panzer im Irak wieder nach Natur, nach rostroten Flechten aus. Das andere Buch ist das *Kommunistische Manifest*. Ich kenne kein weiseres; wenigstens was das erste Kapitel angeht. Wie die Fotografen sich über den Raum wegbeugen, beugt es sich über die Zeit in die (verlorengegangene) Zukunft der Geschichte. Es preist die Leistungen der Bourgeoisie, vor denen es selbst für die »barbarischsten Nationen« kein Entrinnen gebe. Und wenn es von den »wohlfeilen Waren« spricht als von der »schweren Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund« schösse, verschweigt es Kanonenboote, die immer mitbomben geradeso wie heute die B-52. »Wie sie (die Bourgeoisie) das Land von der Stadt, so hat sie die barbarischen und halbbarbarischen Länder von den zivilisierten, die Bauernvölker von den Bourgeoisievölkern, den Orient vom Okzident abhängig gemacht.« *Den* Satz lasse ich hier einfach so mal stehen.

Schöner war nie einer be-denklich; denn inzwischen haben wir sie wieder einmal: die Barbaren in Zivil; am Hals. Und das alles soll ein Proletariat am Ende noch einmal richten? Ich fürchte, eh *dem* dazu die Chance dämmert, hat sich das »Reich des Guten« durchgesetzt; als Zuchthaus. Und alle werden frei sein. Außer Kuba, mit Glück. Und Fra Diavolo.

Hermann Peter Piwitt antwortete in KONKRET 6/01 auf die Frage, ob es eine linke Kunst gibt

Konkret 02/02, S. 46

Margret Gsella

FilmTheater

Unterwegs in die nächste Dimension

Regie: Clemens Kuby; mit Schamanen und anderen Spinnern; BRD 2001 (Ottfilm); 89 Minuten; seit 24. Januar im Kino

»Erst wenn man oben ist, sieht man alle Wege, die zur Spitze führen« – so kommentiert Cle-mens Kuby seinen neuen Film. Oder auch so: »Die Erde ist rund. Jeder (Stand-)Punkt darf sich als Zentrum fühlen.« Oder: »Nachts ist es kälter als draußen.« Okay, der letzte Satz ist von mir. Hätte es jemand gemerkt?

Wer das Verlangen hat, anderthalb Stunden zuckenden und schreienden Menschen zuzuschauen, sich aber nicht ins Pornokino traut, möge sich diesen Film anschauen. Alle anderen sollten trinken, rauchen, ungesunde Sachen essen und sich von der »nächsten Dimension« fernhalten.

Der neue Wurf des Tibetpropheten (»Living Buddha«) fängt an mit dem Satz: »Die Suche nach sich selbst beginnt mit einem Abführmittel.« Das nämlich müssen die Gesundheitstouristen im Dschungel Perus als erstes schlucken, verabreicht vom »Schamanen« Don Agostino. Der beschränkt sich abgesehen von sehr kurzen Vorträgen über »Pflanzenseelen« auf Kettenrauchen und Räkeln im Liegestuhl, während die bekloppten Touristen sich gegenseitig mit Schlamm einschmieren.

Und so geht es weiter: Eine Oma, die sich unter lautem Gejaule in eine lokale Gottheit verwandelt und mit einer Art Pusterohr Krankheiten absaugt und ausspuckt; ein unverständlicher Versuch mit einem Computer in einer russischen Datscha, der Gehirnaktivitäten messen sollte – diese Episode läßt allerdings doch noch ein wenig Hoffnung aufkommen, daß der Sozialismus nicht ganz umsonst stattgefunden hat: Die Mutter des Gehirnstromakrobaten stellt klar, daß sie alle Atheisten seien und bei ihrem Sohn irgendwas vor sich gehe, das man eben nur noch nicht genügend erforscht habe. Wie schön.

Mehr möchte ich nicht erzählen müssen. Vielleicht noch soviel: Der Regisseur ist immer mittendrin, läßt tapfer (fast) alles an sich selbst ausprobieren und fühlt sich hinterher sogar meist besser. Wie auch viele der anderen Patienten mit Krebs bis Aids, die keine andere Hoffnung mehr hatten. Darüber, was diesen Effekt hervorruft, hätte vielleicht jemand forschen sollen. Am besten mit dem Geld, das die Filmförderungsanstalt Berlin und der Bayerische Rundfunk für diese 89 Minuten zum Fenster hinausgeworfen haben.

Konkret 02/02, S. 46

Marit Hofmann

FilmTheater

Heiko R. Blum: Meine zweite Heimat Hollywood. Deutschsprachige Filmkünstler in den USA. Henschel, Berlin 2001, 164 Seiten, 19,90 Euro
Was tun, wenn's brennt

Heiko R. Blum: Meine zweite Heimat Hollywood. Deutschsprachige Filmkünstler in den USA. Henschel, Berlin 2001, 164 Seiten, 19,90 Euro

Auf nach Hollywood? Die meisten deutschen »Filmstars« haben das nicht nötig: »Wir wären doch die, die die Nazis spielen und im Hintergrund erschossen werden«, beschwert sich Jürgen Vogel. »Wir sind Deutsche. Da muß man stolz drauf sein.«

Andererseits antwortet Vogel auf die Frage, warum in seinem Film »Sass« die gleichnamigen Meisterdiebe nicht wie im authentischen Fall im KZ ermordet werden: »Die deutschen Filme sind da oft zu wenig unterhaltsam. Man muß sich entscheiden, ob man einen Film über KZs drehen möchte oder über dieses Brüderpaar und die Zeit, die von der Spannung zwischen Armut und völliger Sex-, Spaß- und Genußsucht geprägt war.«

Zweifellos verkörpern er und sein Schauspielkollege Becker genau das Bild vom Deutschen, das in den Köpfen einiger US-Produzenten noch herumspuken mag. Becker hat nicht nur »die Nase voll von den Nazi-Uniformen und -Symbolen, mit denen man im Kino penetriert wird«, er kann »es nicht mehr sehen, daß Nazis auf Blockwarte reduziert werden. Man muß doch auch die Menschen dahinter entdecken«.

Obwohl sich auch Til Schweiger weigert, Nazis zu spielen, durfte er in Hollywood ein bißchen mitspielen. Da er seinen Akzent nicht ablegen kann, blamiert er sich in Nebenrollen als »guter Deutscher« (zuletzt in dem Rennfahrernonsens »Driven«) oder wird sowieso gleich erschossen.

Dies alles wäre zum Thema »Deutsche in Hollywood« zu sagen gewesen, doch Heiko R. Blums Buch begnügt sich mit peinlichen Porträts von Wenders, Petersen, Emmerich und diversen unbekannten Alibi-Exildeutschen aus der »Bravo«-Fanperspektive. So bittet Katharina Blum in ihrer Schweiger-Hommage um Nachsicht, nicht nur für dessen Akzent: »Eine gelernte Sprache ist eben nie dasselbe wie die Sprache ..., die man sozusagen mit der Muttermilch aufgesogen hat. Das hat auch nichts damit zu tun, ob man ein guter Schauspieler ist oder nicht.« Und sie glaubt dem auf Presse und Verleihe schimpfenden Schweiger auch, daß er mit so mancher Rolle »richtig Pech gehabt hat«.

Wenn die Blums sich wünschen, daß Til, Wim, Franka und ihre Spießgesellen sich auf ihre Wurzeln besinnen und sich wieder in einem vaterländischen Filmprojekt ohne Ausländer zusammenschließen, ist das ihr Problem – sie in die Nachfolge von Exilanten wie Fritz Lang und Douglas Sirk zu stellen, ist Frevel.

Was tun, wenn's brennt

Regie: Gregor Schnitzler; mit Til Schweiger, Klaus Löwitsch; BRD 2001 (Columbia Tristar); 102 Minuten; seit 31. Januar im Kino

Weil Til Schweiger angeblich nicht jedes x-beliebige Angebot aus Hollywood annimmt, hat er jetzt wieder einen deutschen Film gedreht. »Til Schweiger spielt linken Chaot«, frohlockt die »Bildzeitung«. Denn nach der RAF wartet ein weiteres Thema darauf, filmisch erledigt zu werden, und sei es auch nur die Berliner Hausbesetzerszene. Die Deutung des Machwerks können wir dann auch getrost den Kollegen von Springer überlassen: »Tim (Schweiger) hält sich für einen der letzten aufrechten Kämpfer. Obwohl fast all seine Freunde von früher längst bürgerliche Existenzen aufgebaut haben, klammert sich der Hausbesetzer immer noch an seine alten Träume und Ideale. Daß Veränderung ein wesentlicher Bestandteil des Lebens ist, will er nicht wahrhaben.«

Bleibt nur noch hinzuzufügen, daß Tim und sein Freund Hotte, nachdem sie ein letztes Mal die Polizei ausgetrickst und sogar deren Sympathie gewonnen haben, sich ein Beispiel nehmen an ihren Kumpels, die inzwischen Werbeagenturen leiten oder als Staatsanwalt Karriere machen, und endlich vernünftig werden. Hotte will in die Computerbranche.

Konkret 02/02, S. 46

Ren Martens

FilmTheater

Hehler f r Hitler

Regie: Ingolf Gritschneder/Werner Rügemer; BRD 2001; 45 Minuten; im WDR-Fernsehen am 25. Februar, 22.30 Uhr

Als Otto Wolff von Amerongen im letzten Jahr mit dem Bundesverdienstkreuz behängt wurde, lobten die Laudatoren, für ihn sei »wirtschaftliche Zusammenarbeit« ein »Grundpfeiler der Verständigung«. Was der Dekorierte während der NS-Zeit unter »wirtschaftlicher Zusammenarbeit« verstand, zeigen Ingolf Gritschneder und Werner Rügemer: Der in Köln ansässige Wolff-Konzern verkaufte – unter anderem an Banken in der Schweiz und in Frankreich – von Gold bis zu Wertpapieren praktisch alles, was die Nazis in den okkupierten Ländern erbeutet hatten. Die Firma wurde belohnt mit erklecklichen Provisionen, und Otto Wolff von Amerongen persönlich avancierte zu einer Schlüsselfigur der nationalsozialistischen Wirtschaft, zumal er von Portugal aus operierte, woher die Nazis den für den Panzerbau notwendigen Rohstoff Wolfram bezogen.

Die Autoren – Rügemer arbeitet jetzt auch an einem Buch über das lange vernachlässigte Thema Aktienraub – haben für ihre Dokumentation unter anderem Nachkommen der Bestohlenen interviewt. Der 83jährige Wolff von Amerongen, heute Ehrenpräsident des Deutschen Industrie- und Handelstages und auch sonst ein umtriebiger Funktionär, hat dagegen vier Anfragen abgelehnt - und statt dessen mit einem Brief an den WDR die Sendung zu verhindern versucht. Nachdem im November erstmals eine gekürzte Fassung des Films ausgestrahlt worden war, hat der Exhehler gar nicht mehr reagiert – so etwas gilt heute als geschickte PR.

Konkret 02/02, S. 47

Margret Gsella

Film des Monats

Paragraph 175

Regie: Rob Ebstein und Jeffrey Friedman; USA 1999 (Salzgeber); 81 Minuten; ab 7. Februar im Kino

»Ich wußte nicht, was ›meine Großväter‹ erlebt hatten. Ich hatte keine Vergangenheit. Und dann dachte ich, daß doch noch ein paar von ihnen am Leben sein müßten, und beschloß, sie nach ihren Erlebnissen zu fragen«, sagt der Berliner Historikers Klaus Müller, der die Idee zu diesem Film hatte. 1997 konnte er die beiden amerikanischen Regisseure Ebstein und Friedman dafür gewinnen.

Der Film beginnt mit vielen Rückblenden – ins Berlin der zwanziger und dreißiger Jahre und in die Lebensläufe der Interviewten. Eine Stimme aus dem Off (Rupert Everett) erzählt die Geschichte der Schwulenverfolgung unter der Nazis. 100.000 Homosexuelle wurden inhaftiert und gefoltert. Heute leben keine zehn von ihnen mehr.

Der titelgebende Paragraph 175, um ganz vorn anzufangen, stammt aus dem Allgemeinen Landrecht von 1794 und stellte Homosexualität auf eine Stufe mit »Sodomiterei« – »unnatürliche Sünden« waren in den Augen der Preußen beides, und so wurde der Paragraph 1871 auch in das einheitliche deutsche Reichsstrafgesetz übernommen. Wurde vor 1794 noch die Todesstrafe verhängt, so hatten Homosexuelle nach Einführung des Paragraphen »nur« noch mit Zuchthaus zu rechnen. Der Nachweis von »beischlafähnlichen Handlungen« war freilich schwer zu erbringen, und so diente der Paragraph lange mehr dazu, Exempel zur Festigung der öffentlichen Moral zu statuieren als zur tatsächlichen systematischen Verfolgung.

Das änderte sich mit der Machtübernahme der Nazis. Fast sofort war es vorbei mit den Jugendorganisationen, in denen sich auch schwule Jungs trafen und die ihnen ein gewisses Maß an Freiheit boten. Daß diese jungen Männer nicht in die Hitlerjugend eintreten konnten, verstand sich von selbst. 1935 wurde der Paragraph 175 verschärft; alles, was auch nur entfernt unter »Unzucht mit Männern« fiel, konnte verfolgt und mit weit höheren Stra-fen belegt werden. Also: entwe-der perfekte Tarnung oder Konzentrationslager. Die, die »Glück hatten«, wie einer der Überlebenden im Interview zynisch sagt, kamen nur ins Gefängnis. Übrigens betraf die Verfolgung beinahe ausschließlich Männer; von Lesben nahmen die Nazis wohl an, daß sie unter einer momentanen Verirrung litten – und Kinder gebären konnten sie ja trotzdem, notfalls zwangsweise. So beschränkte sich die Zahl der ins KZ eingewiesenen lesbischen Frauen nach heutigem Forschungsstand auf zwei.

Im Mittelpunkt des Films stehen nun fünf sehr alte Männer, die teils erstaunt, teils gerührt, teils zornig feststellen, daß endlich einmal jemand hören will, was ihnen angetan wurde. Eins haben zumindest vier von ihnen gemeinsam – sie beginnen die Interviews, die in ihren Wohnungen geführt werden, mit Humor, schwärmen vom »Schwulenparadies« Berlin in den zwanziger Jahren, doch je länger sie erzählen, vom Aufstieg Hitlers und seinen Konsequenzen für sie, desto schrecklicher werden die Erinnerungen. Und genau das macht den Film so schwer erträglich.

Man sieht keine grausamen Bilder aus den KZs – bis auf ein einziges – , aber man sieht den Schmerz in den Gesichtern, hört, wie die Stimmen rauh werden, muß mit ansehen, wie ein alter würdevoller Mann zu weinen beginnt, als er vom Tod seiner Freunde in Mauthausen spricht und darüber, daß sich nie jemand für seine Geschichte interessierte. Er hätte sich gewünscht, wenigstens einmal mit seinem Vater darüber zu sprechen, sagt er noch, bevor er nichts mehr sagen kann.

Ein weiterer Überlebender kann wegen seines hohen Alters nur noch gebückt gehen, sitzt die meiste Zeit im Rollstuhl, seine Hände zittern. Auf die erste Frage der Interviewer antwortet er nur bruchstückhaft und langsam, und man denkt: Von dem werden sie wohl nicht mehr viel erfahren. Bald darauf schämt man sich dieses Gedankens. Er erinnert sich gut, zu gut. Seine Sprache ist druckreif, seine Augen erschrecken den Betrachter, denn sie sind durchdringend und hellwach. Einmal sagt er nur »der singende Wald ...« und dann lange nichts, starrt nur in die Kamera und doch an ihr vorbei, wird erst durch eine Nachfrage wieder zurückgeholt. Was er dann erzählt – eine Folterszene – , will ich nicht wiederholen und könnte es auch nicht.

Bleibt zu erwähnen, daß derselbe Mann in den fünfziger und sechziger Jahren, aufgrund des gleichen Paragraphen, wieder einige Zeit im Gefängnis verbringen mußte. Irgendeine Form der Entschädigung hat er selbstverständlich niemals bekommen, noch nicht einmal eine Entschuldigung. Darin gleichen sich alle, die in diesem Film ihre Geschichte erzählen.

»Nie wieder einem Deutschen die Hand zu schütteln« hatte sich der nächste einst geschworen, »und jetzt sitzt du hier. Das ist schrecklich!« Der Gesprächspartner lebt im Elsaß und erlebte den Einmarsch der Deutschen. »Ich sage nicht: die Nazis. Ich sage: die Deutschen.« Obwohl er perfekt deutsch spricht, vermeidet er die Benutzung dieser Sprache, kann aber manchmal einfach nicht anders – etwa wenn er beschreibt, was er im Lager, in das ihn die Deutschen brachten, erlebt hat. Er hat gesehen, wie sein Freund »von deutschen Schäferhunden aufgefressen« wurde. Er wurde fürchterlich gefoltert. Am Ende schreit er den Interviewer an: »Ich kann das nicht erzählen, Klaus! Das machen meine Nerven nicht mehr mit!«

Wie ging es für diese Menschen nach dem Krieg weiter? Einer wanderte nach Israel aus, denn er war auch noch Jude, kehrte aber viele Jahre später nach Berlin zurück. Ein anderer heiratete sogar und gründete eine Familie. Ein dritter ging einfach in sein Heimatdorf zurück und lebte dort mit denen, die alle wußten, was passiert war, und ihm unmißverständlich zu verstehen gaben: Schweig!

Man kann dem Film an einigen Stellen Ungenauigkeiten vorhalten, zum Beispiel hätte schon geklärt werden müssen, welche der »politischen Gegner« denn alle Nazis – wegen Röhm – als Schwule bezeichneten und ob die Kommunisten tatsächlich verbreiteten, ein Liebhaber Röhms habe den Reichstag angezündet; das nämlich wird in einer der Rückblenden behauptet. Auch einige Haltungen der Befragten mögen einem nicht gefallen, so etwa, wenn einer von ihnen, kaum aus dem Gefängnis entlassen, freiwillig zur Wehrmacht geht, um »unter Männern zu sein«, und durchaus »ein bißchen stolz« aufs Militär war.

Gerade bei der Kriegsgeneration schwingt noch immer ein zustimmender Unterton mit, wenn von der Verfolgung der Schwulen die Rede ist, denn »die« hatten ja schließlich, wie die »Berufsverbrecher«, »was gemacht« und es also auch nicht anders verdient. Und wie oft werden heute noch Schwule als »175er« bezeichnet? Natürlich werden sich die, die es am nötigsten hätten, den Film nicht ansehen. Aber das kann man dem Film nun wirklich nicht ankreiden.

Konkret 02/02, S. 48

Jan Pehrke

»Im Arsch der Dinge«

Im Kino grassiert ein neuer Primitivismus. Immer mehr Regisseure bekennen sich zum Authentizitätssiegel »Nur echt mit Wackelkamera«

Eine bewegliche Kamera, eine, die sich nach den filmischen Objekten ausrichtet, statt sie herrisch vor eine gewaltige Studioapparatur zu zitieren – mit immer neuen ästhetischen und technischen Erfindungen versuchte das Kino seit seinen Anfangstagen, diese Vorstellung zu realisieren, ohne sich je ganz mit dem Erreichten zufriedenzugeben. Von der Entwicklung eines Vorläufers des Dolly-Kamerawagens 1912 über die Konstruktion leichterer Kameras und der Steadicam bis zu den digitalen Videokameras unserer Tage reicht die Geschichte der Innovationen. Und fast immer waren sie in eine Theorie der Befreiung eingebunden. Murnaus »Der letzte Mann« begründete die Rede von der »entfesselten Kamera«, im Autorenfilm der sechziger Jahre war die Handkamera ein bevorzugtes Ausbruchswerkzeug, um die Studiomauern hinter sich lassen zu können, und in der Kunsttheorie der vorerst letzten Kinorebellion, »Dogma 95«, fällt ihr ebenfalls eine große Bedeutung zu. Während jedoch in der Vergangenheit alle Ingenieurskunst darauf verwendet wurde, die gewonnene Bewegungsfreiheit nicht zu Lasten der Bildqualität gehen zu lassen, stellen die Regisseure heutzutage die Mängel des Verfahrens offensiv heraus. Verwackelte Bilder sowie Unschärfen und Überbelichtungen bei Schwenks sind ihnen untrügliche Zeichen dafür, Authentizität zu vermitteln. So lassen sie zwar einige Zwänge hinter sich, wiederholen aber performativ immer nur den regelverletzenden Akt der Befreiung, statt eine »Erzählung der Freiheit« zu präsentieren – woraus sollte sich heutzutage auch schon ein »wahrhaftiger« Diskurs der Freiheit speisen?

Einen präzise bestimmbaren Ausgangspunkt hat die neue Ästhetik nicht. Der Hongkonger Regisseur Wong Kar-wai läßt seine new-wavigen Großstadtmärchen seit Ende der achtziger Jahre aus der Hand filmen. Oliver Stone begann 1991 in den dokumentarisch wirken sollenden Sequenzen von »JFK« mit der Fuchtelei und trieb es in »Natural Born Killer« noch doller. Im US-amerikanischen Fernsehen setzten die beiden Krimireihen »NYPD Blue« und »Homicide« auf den Look. Das von Barry Levinson produzierte »Homicide« war wiederum Lars von Trier eine Inspirationsquelle für das visuelle Konzept seiner Krankenhausgroteske »Geister«. Als wesentlicher Bestandteil des Dogma-Programms von 1995 erreichte die Wackelästhetik dann endgültig den Durchbruch. Im vergangenen Jahr schwörten unter anderem »Traffic«, »Intimacy«, »Rosetta«, »Die Polizistin«, »Bamboozled«, »Too much Flesh«, »Suzhou River«, »Bread and Roses«, »Uneasy Rider« und die auf Video erschienene Arbeit des US-Dogmatikers Harmony Korine, »Julien Donkey-Boy«, auf diese Aufnahmetechnik. Demnächst folgt »Italienisch für Anfänger«, ein weiterer Dogma-Film.

So wie »JFK« manisch um den Super-8-Amateurfilm von der Ermordung Kennedys kreist, so stellen Hobbyfilmer-Aufnahmen von Katastrophen auch grundsätzlich die Blaupause für den neuen optischen Stil dar. Überwältigt vom Ereignis, technisch nicht den Standards entsprechend und zumeist noch dilettantisch aufgenommen, gelten die Filmchen neuerdings als *das* cinematographische Zeichen für das Reale. Wenn etwas wirklich wichtig ist, kann es davon keine aufgeräumten Bilder mehr geben, lautet die Lektion, die die ausgebufften Regisseure von ihren Amateurkollegen gelernt haben.

Steven Spielberg hat seine ästhetische Kapitulation vor der Wirklichkeit in der Anfangssequenz von »Saving Private Ryan« realisiert. Die Landung der Alliierten in der Normandie filmt er mit einer fiebrig entfesselten Kamera. Sie sitzt mit dem zitternden Tom Hanks im schaukelnden Boot und kippt mit ihm über Bord, so daß ihr schwarz vor Augen wird. Als sie unter Wasser wieder klar sieht, nimmt sie die Blutstöße auf, die aus von Kugeln getroffenen Soldatenleibern hervorquellen. Festen Küstenboden unter den Füßen habend, taumelt sie besinnungslos über das Schlachtfeld. Dabei geraten ihr »Mama« schreiende Rekruten, von Explosionen durch die Luft gewirbelte Leiber, ein Soldat, der seinen abgeschossenen Arm in der Hand hält und verzweifelt betende GIs vor die Linse. In diesem Schlamassel kann auch die Kamera nicht sauber bleiben: Als Authentizitäts-I-Tüpfelchen spritzen ihr Blutstropfen aufs Objektiv.

Krieg ist ein Horrortrip, sagen diese Bilder, vor dem Grauen versagen alle Ordnungsmuster. Auch die von Gut und Böse: In einer Szene erschießt ein GI kaltblütig einen Wehrmachtssoldaten, obwohl dieser mit erhobenen Händen aus einem Schützengraben emporgekommen ist. Nach einer halben Stunde endet dieser Alptraum. Die Kamera kommt zur Ruhe und der Regisseur greift beherzt zum sedierenden dramaturgischen Allheilmittel »Familienroman«.

Was Spielberg der Zweite Weltkrieg, ist den meisten anderen Handkameraden die »private hell«. Mit den Mitteln der Kriegsberichterstattung rücken die Dogma-Jünger den intimen Dramen zu Leibe, schreibt Georg Seeßlen in seinem Beitrag für das Buch *Dogma 95*. Die Betreffenden stimmen seiner Analyse zu. »Das ist Krieg oder ein Schachspiel«, sagt Regisseur Thomas Vinterberg über »Das Fest«. »Zimmerschlachten« wie in diesem Film stellen das bevorzugte Terrain der Handkamera-Adepten dar, weil die Welt da draußen, sofern sie nicht gerade untergeht, sich – wie im Falle Wong Kar-wais oder »Suzhou Rivers« – als bloße Projektionsfläche eines hemmungslosen Subjektivismus eignet oder wie bei »Traffic« zumindest einen kleinen Drogenkrieg bereithält, dem Bewegungsdrang der Kameraoperateure nur wenig entgegenkommt.

Die soziale Welt schon gar nicht. Um dieser gewahr zu werden, bedürfte es nämlich keines visuellen Hyperaktivismus, sondern einer Perspektive, einer Auffassung vom Raum, kurz: eines Standpunktes.

Bleibt also nur »Intimacy«: der Mensch, das Schauspiel seines von unzähligen feinen Muskelsträngen bewegten Gesichts, seine Gesten, seine impulsiven Handlungen und seine Interaktionsturbulenzen. Während dem Handkamera-Pionier John Cassavetes das Menschlich-Allzumenschliche noch völlig ausreichte, kommen seine Nachfolger erst so richtig in Fahrt, wenn es »Psycho« wird. Unterhalb einer veritablen Obsession spielt sich da zumeist gar nichts ab. Die depravierte »Rosetta« hat die fixe Idee, sich ein »normales« Leben zu erobern und setzt zu einem Amoklauf in die Gesellschaft an. Die Selma aus »Dancer in the Dark« läßt sich um nichts in der Welt davon abbringen, sich für ihren kleinen Sohn zu opfern. Die Außenseiterbande aus von Triers vorletztem Film macht sich auf die Suche nach ihren jeweiligen »inneren Idioten«, Harmony Korines »Julien Donkey Boy« ist schizophren, und im »Fest« schließlich herrscht König Ödipus unumschränkt.

All diese Figuren haben ihren Weltbezug verloren und sich in sich selbst verfangen. In »Donkey Boy«, »Rosetta«, »Chungking Express« und »Breaking the Waves« sind Selbstgespräche die bevorzugte Kommunikationsform der Hauptfiguren. Und die Filme haben in der Regel nichts Besseres zu tun, als diese pathologischen Zustände zu glorifizieren und ihr Personal zu romantischen Helden zu stilisieren. »Selig sind die geistig Armen«, heißt es einmal in »Geister«. Mit solchen geistig Armen vor dem Objektiv gelangt der Kamerastil dann auch erst so richtig zu sich selbst, denn diese kommen dem krampfhaften Bemühen der Kameraleute entgegen, selbst geistig arm zu werden. Trier habe von ihm verlangt, alles zu vergessen, was er gelernt habe, und sich wieder den naiv-unschuldigen Kinderblick zu erschließen, berichtet »Breaking the Waves«-Kameramann Robby Müller in dem Buch *Kamerastile*. Und so guckt es halt genauso in die Kamera herein, wie es aus ihr herausschaut.

Es liegt in der Natur der Sache, daß Filme, die durch das Pathos ihres Stils jeden Quadratzentimeter Realität mit Bedeutung aufladen und ihr atemlos hinterherhecheln, bald an die Grenzen der Immanenz stoßen und ein Bedürfnis nach Transzendenz entwickeln: letzte Ausfahrt Religion. Trier ist – nur halbironisch gebrochen – besessen von Schuld, Selbstgeißelung, Opferkult und Dogmen und tischt den Zuschauern am Ende von »Breaking the Waves« mit den vom Himmel hoch ins Bild bimmelnden Riesenglocken ein wahrhaftes Wunder auf. Wenn Rosetta in ihrer Raserei einmal zur Ruhe kommt, etwa als sie sich einen Job als Waffelverkäuferin verschafft hat und ein wenig durchatmen, den Blick heben und einfach nur schauen kann, dann erscheint dieser Augenblick wie ein erleuchteter Moment, ein göttlicher Gnadenakt. Und ihre wundersame Rettung vor dem Suizid am Ende ist ebenfalls wie »nicht von dieser Welt« inszeniert.

Diesseits des Jenseits – in der Hölle der Immanenz – kann’s nur böse enden. Es gibt bloß einen Handkamera-Film mit Happy End, »Italienisch für Anfänger«, und der hätte, wie der Kritiker Andreas Kilb richtig schrieb, auch die ganz »undogmatischen« Ingredienzien Kunstlicht, Rollkamera und Studioton vertragen. Ansonsten handelt es sich um Dokudramen mit tragischem Ausgang. Wo sollte eine Rettung auch herkommen? Auf sich und ihresgleichen zurückgeworfen, ohne ein den eigenen engen Horizont überwindendes Weltbewußtsein, bleibt den Figuren nichts anderes übrig, als an sich selbst zugrunde zu gehen. Pasolini hat seine frontalen Handkamera-Großaufnahmen vom menschlichen Gesicht in »Das erste Evangelium – Matthäus« denn auch als Ausdruck der Hoffungslosigkeit bezeichnet, als ästhetische Trauerarbeit nach dem Scheitern der im Neorealismus mit seinem weiten, von Halbtotalen und Totalen geprägten Blickfeld künstlerisch umgesetzten Hoffnung der Nachkriegsjahre auf eine gesellschaftliche Veränderung.

Oft animiert der bei der Bildersuche entfaltete Aktivismus die Regisseure auch dazu, sich auf anderen Gebieten voll auszutoben. »Das Phänomen ›Handkamera‹ habe ich später auf andere Prinzipien übertragen, die mit anderen Teilen der Filmtechnik, mit Ton, Ausstattung, Requisiten, Musik usw. zusammenhängen«, erklärt Trier in *Dogma 95* die Entstehung der Dogma-Ästhetik. In »Breaking the Waves« setzt er sich über die konventionellen Schnittregeln hinweg, schert sich nicht um ein einheitliches Licht, akzeptiert Unschärfen und läßt seine Hauptdarstellerin neckisch in die Kamera schauen. In der Nachbearbeitung entzieht Trier dem Material schließlich bestimmte Farben. Wong Kar-wai wechselt in seinem Werk nach Belieben zwischen Farbe und Schwarzweiß, beschleunigt oder verlangsamt bestimmte Sequenzen, taucht Szenen unvermittelt in ein monochromes Blau und wählt schräge Bildachsen. Soderbergh schließlich entwickelt in »Traffic« eine eigene Farbenlehre für die einzelnen Handlungsstränge.

Dieser Ausdruckswut steht paradoxerweise eine große Passivität gegenüber – *Zwischen Kontrolle und Chaos* lautet passenderweise der Untertitel des *Dogma-95*-Buches. Der Regisseur ist zwar überall und nirgends, aber nicht mehr allwissend. Im »Blair Witch Project« ist er sogar nur nirgends: Er gibt das Produkt als Film ohne Autor, als »Found Footage«-Material aus. In anderen Werken werden die Filmemacher eins mit dem Kameraauge, weshalb Trier in »Idioten« und Soderbergh in »Traffic« das Aufnahmegerät konsequenterweise gleich selbst bedienen. Dabei reicht ihr Horizont meistens nicht über das Aufgenommene hinaus. Völlig distanzlos identifizieren sie sich mit ihren Figuren. »Wir nehmen keinen Standpunkt ein zu dem, was wir machen. Wir sind drinnen«, sagen die »Rosetta«-Regisseure Jean-Pierre und Luc Dardenne und nehmen eine noch präzisere Ortsbestimmung vor: »Man muß im Arsch der Dinge sein.« Wenn die Handkameraden aber nicht gerade absent sind oder bis zum Hals in der Scheiße stecken, vervielfältigen sie sich. Gern frönen sie einem Multiperspektivismus, um die Welt der Immanenz wenigstens von allen Seiten zu betrachten, wenn sie

auch von überallher gleich ausschaut. »Dancer in the Dark« hat Trier mit Dutzenden Kameras aufgenommen, und in »Geister« läßt er seine Schauspieler eine Sequenz in fünf verschiedenen Versionen spielen und setzt die Endfassung dann aus diesen disparaten Teilen zusammen.

So können die Handkamera-User zugleich niemand, ein anderer oder aber ganz viele sein. Nie aber ein Ich. Deshalb zerfällt ihnen auch die Welt. Sie ist in chaotisch umhertreibende Atome aufgelöst und bevölkert von Kindsköpfen, Psychotikern und/oder multiplen Persönlichkeiten. Psychologen würden bei den ständig zwischen Zurückgenommenheit und Megalomanie schwankenden Regisseuren vermutlich eine narzißtische Charakterstörung diagnostizieren, die sie darin hindert, solide Objektbeziehungen aufzubauen und die Welt filmisch in Augenschein zu nehmen.

Italienisch für Anfänger

Regie: Lone Scherfig; mit Anders W. Berthelsen, Annette Stovelbaek; Dänemark 2001; 118 Minuten; seit 17.1.02 im Kino

Literatur:

Jana Hallberg u. Alexander Wewerka (Hg.): *Dogma 95*. Alexander-Verlag, Berlin 2001, 453 Seiten, 15,50 Euro

Karl Prümm u. a. (Hg.): *Kamerastile*. Schüren-Verlag, Marburg 1999, 176 Seiten

---

Jan Pehrke schrieb in KONKRET 5/01 über den Film »Zusammen«

Konkret 02/02, S. 50

Connie Uschtrin

Geschlecht? Keins

Ein Film über Intersexuelle kritisiert medizinische und juristische Praktiken, Geschlechter herzustellen

Die meisten Denk- und Verhaltensweisen sind geschlechtlich konnotiert: männlich oder weiblich. Die Annahme, es gebe ein über die binäre Geschlechterordnung hinausgehendes Geschlecht oder Geschlecht sei gar gemacht und nicht »natürlich« gegeben, rührt nach wie vor an ein Tabu. Personen, die ohne eindeutiges Geschlecht geboren sind, im Volksmund Zwitter, werden zumeist bedauert. Schon die allererste Frage – »Was ist's denn?« – kann nicht befriedigend beantwortet werden. Sie werden pathologisiert. Alle medizinischen und psychologischen Therapiemaßnahmen zielen darauf, ihr Geschlecht im Sinne einer »gelungenen« Anpassung an die Normalität operativ zu vereindeutigen. Daß der menschliche Körper immer in Abhängigkeit zur geschlechtlichen Norm wahrgenommen wird, bedeutet auch, daß anders Geborene oder anders Empfindende immer nur als Abweichung von dieser Norm gelten.

Die feministische Geschlechterforschung hat die Dichotomie der Geschlechter im Grundsatz kritisiert und das Geschlechterraster sowohl für die Hegemonie einer »männlichen« Norm verantwortlich gemacht als auch für das hierarchische Geschlechterverhältnis. Selten jedoch gab es unter Feministinnen eine Rekurs auf Intersexuelle, die von Geburt an nicht in dieses Raster passen wollen. Eine Annäherung kam erst Mitte der neunziger Jahre in Gang. Das klinische Wörterbuch *Pschyrembel* nennt unter dem Stichwort Intersexuelle eine Geburtenhäufigkeit von 1:500; andere sprechen von einer Geburt auf 2.000. Ist ein Penis bei Geburt kürzer als 2,5 cm oder die Klitoris länger als 1 cm, schreibt die herrschende medizinische Praxis eine operative Korrektur vor. Zweifelnde Eltern werden von der Notwendigkeit einer Operation überzeugt, mit Verweis darauf, daß nur dann eine intakte psychische Entwicklung des Kindes zu erwarten sei.

Die Norm ist willkürlich festgelegt, bestimmt durch vier Kriterien: Keimdrüsen (Hoden/Eierstöcke), äußere Geschlechtsteile, genetische Bestimmung (XX oder XY) und den Phänotyp, das Erscheinungsbild. Zwischen den Kategorien sind unterschiedlichste Kombinationen möglich. Es gibt Mischformen, die keine Entscheidung zwischen männlich und weiblich zulassen, aber auch nicht in einer dritten Gruppe zusammengefaßt werden können, weil ihre Gemeinsamkeit nur darin besteht, anders als die Norm zu sein. Ärztinnen und Ärzte verfahren freilich pragmatisch, im Zweifelsfall gilt der Grundsatz »It's easier to make a hole than to build a pole«, zumal die Länge eines Penis zufriedenstellende Penetrationsfähigkeit versprechen sollte. Also entscheidet sich der Chirurg häufiger für das weibliche Modell.

Die ersten operativen Geschlechtszuweisungen, seit Ende der 50er Jahre routinemäßig vorgenommen, werden bereits im Alter von ein bis zwei Jahren durchgeführt, damit eine geordnete Sozialisierung des Kindes gewährleistet sei. Sie stellen für die Ärzteschaft nicht zuletzt eine einträgliche Beschäftigung dar, da bis zur Pubertät zumeist eine große Anzahl von Eingriffen folgt. Außerdem müssen Hormone verabreicht und die physische und psychische Entwicklung regelmäßig kontrolliert werden. Von besonders schmerzhafter und traumatisierender Wirkung ist die sogenannte Bougierung: Dabei wird die künstlich hergestellte Vagina mit Hilfe von penisartigen Werkzeugen gedehnt und geweitet, damit der verweiblichte Körper »kopulationsfähig« wird. Viele Menschen mit uneindeutigem Geschlecht scheitern an der Bewältigung der zugefügten Traumata und nehmen sich das Leben.

Von solch demütigenden gynäkologischen, häufig als Vergewaltigung empfundenen Prozeduren berichtet in eisiger Mediziner-Fachsprache die Krankenakte von Michel Reiter, einem intersexuell Geborenen, der als Kind zum Mädchen operiert wurde, aber keineswegs die gewünschte Entwicklung nahm. Er lebt mittlerweile offen als Zwitter. Reiter hat die Arbeitsgemeinschaft gegen Gewalt in der Pädiatrie und Gynäkologie (AGGPG) gegründet und sich dem Kampf gegen den medizinischen und gesellschaftlichen Irrglauben der heilsamen Wirkung von Normierung verschrieben.

In der Dokumentation »Das verordnete Geschlecht« von Oliver Tolmein und Bertram Rotermund erzählen Michel Reiter und Elisabeth Müller, eine XY-Frau, von dem, was sie in der Familie, bei Ärzten und mit Behörden durchgemacht haben. Reiters Krankenakte berichtet von »schmerzhaften Kohabitationsversuchen«, auf die hin eine Prothesenbehandlung verordnet wird:_»Wenn auch unter Protest, so ließ sich doch recht mühelos eine Prothese von 3 cm Durchmesser einlegen. Das anatomische Ergebnis dürfte nicht bei der Kohabitation hinderlich sein, eher eine fehlerhafte psychosexuelle Einstellung.« Auch Müller, der im Kindesalter die Hoden wegoperiert wurden, begreift sich heute nicht unbedingt als Frau. Immerhin hat sie sich aber mit ihrem Körper angefreundet. Stolz spricht sie davon, daß sie in ihrem Beruf als Sängerin mit ihrem Hodenzug-Muskel arbeitet.

Die Filmemacher kontrastieren die intimen Berichte der Betroffenen sehr wirkungsvoll mit den schulmeisterlichen Belehrungen der Mediziner, deren mechanistisches Menschenbild gleichermaßen ihr Verständnis von Sexualität entlarvt. Bisweilen erzielen die eifrige Reden der Chirurgen über die plastischen Möglichkeiten, Geschlechter herzustellen, tragikomische Effekte. Dazwischen geschaltete OP-Szenen, die plump mit klingenschleifenden Geräuschen unterlegt sind, hätte der Film allerdings nicht nötig gehabt.

Reiters verwaltungsrechtliche Auseinandersetzung um den von ihm gewünschten Eintrag »Zwitter« in seinen Paß zieht sich wie ein roter Faden durch den Film und steht gerade am Ende so sehr im Vordergrund, daß man glauben könnte, alles wäre gut, wenn er den Eintrag bekäme. Der Streit überdeckt die radikale Kritik an der Geschlechterordnung, die Reiter in der Mitte des Films formuliert. Sie impliziert, daß prinzipiell an der Abschaffung der Geschlechterkategorien zu arbeiten wäre. Mit der beabsichtigten Änderung des Paßeintrags, die mittlerweile abgelehnt wurde, war die Hoffnung verbunden, den Mißhandlungen an intersexuellen Kindern die Legitimation zu entziehen. Das Leiden der Intersexuellen ist aber darüber hinaus das besonders drastische Symptom einer Gesellschaft, die den Zwang zur Erfüllung einer eindeutigen, am besten heterosexuellen Norm ausübt und Abweichungen hart sanktioniert.

Bislang wurde der Film nur in kleinerem Rahmen gezeigt. Es ist zu hoffen, daß die sehenswerte Dokumentation nicht lange auf einen Verleih oder einen guten TV-Sendeplatz warten muß.

Filminfos und Kontakt:

www.das-verordnete-geschlecht.de

Filmvorführung am 20. Februar im Kino 46, Waller Heerstraße 46, Bremen, 20.30 Uhr, anschließend Diskussion und Vortrag von/mit Michel Reiter. Kartenreservierung unter Tel. 0421/387 67 31

AGGPG Arbeitsgemeinschaft gegen Gewalt in der Pädiatrie und Gynäkologie: www.aggpg.de

---

Connie Uschtrin schrieb in KONKRET 1/02 über die Funktion der Frauenbefreiung für den Kriegseinsatz in Afghanistan

Konkret 02/02, S. 51

Christoph Hesse

Der Jargon der Eingeweihten

Eine medienwissenschaftliche Untersuchung der Simpsons soll verboten werden, obwohl sie den kommerziellen Erfolg der auch bei Linken beliebten TV-Serie alles andere als gefährdet

Die »Simpsons« kennt jeder. Die amerikanische Zeichentrickserie, die Anfang der neunziger Jahre im ZDF auftauchte und heute täglich auf Pro 7 zu sehen ist, hat auch hierzulande längst ein Publikum, das über behäbige mediensoziologische Kategorien hinwegsehen kann. Bemerkenswert vor allem, daß nicht nur überproportional viele Erwachsene, sondern überproportional viele Linke das Seriengeschehen leidenschaftlich verfolgen.

Man könnte einwenden, das seien die üblichen Anzeichen von Regression bei Leuten, die sonst nichts zu lachen haben. Doch entgegen der zeitgemäßen medientheoretischen Auffassung, die besagt, daß wir Serien des Formats wegen sehen, dagegen den »Inhalt« eher beiläufig mitnehmen, erinnern ausgerechnet die »Simpsons« an ein Stück traditionelle Ästhetik. Viel- und Uneindeutigkeit hin oder her – in Springfield besteht für den aufmerksamen Zuschauer keine Sekunde Zweifel, a) um welche Gesellschaft es sich handelt, und b) daß sie nichts taugt.

Daß die »Simpsons« als »subversiv« – was immer das heißen mag – gelten, hat ihre kommerzielle Eigentümerin, die 20th Century Fox, nicht davon abgehalten, ein gigantisches Merchandise-Unternehmen um die weltweit erfolgreiche Fernsehserie herum aufzubauen. Leute, die sich die »Simpsons« als politische Satire zu eigen machen, haben das Geschäft bisher nicht gestört, sondern im Gegenteil selber den mit der Simpson-Familie bedruckten Krimskrams als Ausweis der Zugehörigkeit gekauft. Um so erstaunlicher, daß die mächtige Fox plötzlich die Justiz bemüht, um ein in Deutschland mit 2.000 Exemplaren aufgelegtes Buch vom Markt zu klagen.

Dem kürzlich beim Schüren Verlag erschienenen Band *Die Simpsons Subversion ur Prime Time*, deren Herausgeber selbst den Anspruch anmelden, sich wissenschaftlich mit der Serie auseinanderzusetzen und nicht dem ohnehin unüberschaubaren Fandiskurs weiteres Futter zu geben, droht das Aus per Gerichtsbeschluß. Und nicht nur das: Sollte die Klage bis zur letzten Konsequenz Erfolg haben, wäre der Verlag wohl gleich mit ruiniert. Der Streitwert soll sich auf etwa 500.000 Mark belaufen. Trotzig plant der Verlag für dieses Frühjahr eine zweite Auflage mit neuem Umschlagmotiv und geändertem Titel (voraussichtlich der bisherige Untertitel), die Fox keinen weiteren Anlaß zur Klage geben soll. Unterdessen läuft der Rechtsstreit um die bereits ausverkaufte Erstauflage weiter. Gegenstand der Verhandlung ist, ganz formal, der Vorwurf einer Urheberrechtsverletzung durch Verwendung von Bildmaterial und Serientitel in dem inkriminierten Band. Nach Meinung der Kläger eignen sich die Autoren »ein fremdes Arbeitsergebnis an, das sie für ihre geschäftlichen Zwecke ausnutzen«, um sich damit auf »sittenwidrige und unlautere Weise ... bewußt und wissentlich« zu bereichern.

Juristisch mag das durchgehen, nach vernünftigen Urteilsmaßstäben ist das freilich Unsinn. Denn weder handelt es sich bei dem Buch um einen zu erwartenden Verkaufsschlager, der auf den Erfolg der Serie aufspringen kann oder will, noch scheint es möglich, ohne Bilddokumente und dergleichen über eine Fernsehserie zu schreiben. Daß vor Gericht manche gleicher als andere sind, auf jeden Fall aber Argumente gegen die Macht des Klägers hier wenig ins Gewicht fallen, wissen die Angeklagten, und entsprechend vorsichtig klingt, was sie zu ihrer Verteidigung vorbringen: Man wolle lediglich für Medienkompetenz im Umgang mit solchen Serien werben. Am Ende soll das Buch dem TV-Angebot der 20th Century Fox sogar kostenlose PR verschaffen.

Fraglich ist, ob dem Fox-Konzern ernsthaft daran gelegen ist, eine leise kritische Stimme abzuwürgen, oder ob er – wahrscheinlicher – bloß aus Prinzip sämtliche Zweit- und Drittverwertungen seines Produkts kontrollieren und daran beteiligt werden möchte. Eine andere Frage ist die nach dem Buch selbst: Ob es nicht nur zufälliges Opfer von Medienmacht und Copyright geworden ist, sondern auch den eigenen Anspruch einlöst. Und ob nicht die »Simpsons« im Fernsehen, einem Medium, das sonst wenig aufklärerische Traditionen vorzuweisen hat, immer schon radikaler sind als eine Wissenschaft, die das Phänomen in umständliche Begriffe kleidet?

Gegen die ausdrückliche Absicht der Herausgeber bewegen sich die meisten Beiträge im Bereich gut informierter Fanliteratur. Zitate, Verweise, Kontexte werden akribisch zusammengetragen und im Stil zeitgenössischer Kulturforschung präsentiert, das heißt: viel new speech und anekdotisches Drum und Dran. Wie zur Bestätigung des Verdachts, daß der angemessene Diskurs über die »Simpsons« das unverbindliche Gespräch vor dem Bildschirm ist, will einem die Wissenschaft hier bedeuten: Es funktioniert nicht. Nicht nur erscheint es über weite Strecken erstaunlich reizlos, »an einem *cultural studies* betreibenden Gegenstand selbst *cultural studies* zu betreiben«, wie die Herausgeber es im Vorwort ankündigen. Auch die polemische, hier und da utopische Qualität der Zeichentrickserie scheint durch derart »seriöse« Bearbeitung eher verharmlost und verquast zu werden. Diedrich Diederichsen etwa, der bekannteste der beteiligten Autoren, kommt über den etwas hilflosen Befund »postmoderne Aufklärung« nicht hinaus.

Die »Simpsons«, obwohl Populärkultur im drastischen Sinne, sind über die Möglichkeiten und Gewohnheiten des Fernsehens längst hinausgewachsen, als dessen praktisch immanente Kritik sie darum unter anderem funktionieren. Das macht sie in gewisser Hinsicht unbeschreibbar. Was sie in ihrem Medium können, läßt sich nicht in einem anderen nacherzählen. Vielleicht liegt auch hierin das eigenartig Postmoderne der »Simpsons«, auf das deren geläufige Beschreibung als postmodern nicht kommt. Der Versuch, die Welt der »Simpsons« begrifflich zu ordnen, Zusammenhänge herzustellen und politisch zu interpretieren, hat stets etwas Komisches. Der Witz der Serie gerinnt, nachgeahmt als Seminartext, zum Jargon der Eingeweihten.

Näherliegend ist die Frage nach dem ökonomischen und kulturellen Kontext. Emanuel Ernst und Sven Werkmeister, deren »Little Shop of Homers« als der beste Aufsatz des Bandes gelten kann, gehen diesem Phänomen nach: dem widersprüchlichen Ineinander von Kulturindustrie und vielfältigen Aneignungsweisen, das noch die unversöhnliche Satire auf die Gesellschaft als eine ihrer harmlosen Vergnügungen erscheinen läßt. Daran könnte auch die Frage anschließen, warum die aktuellen Staffeln gerade dieses satirische Moment zugunsten des unverbindlich klamaukhaften zurückstellen; warum die »Simpsons« in einer Medienwelt aus Moden und Marotten vielleicht doch nur beschränkt lebensfähig sind und irgendwann als eine weitere Etappe des kulturindustriellen Hokuspokus in den Archiven der Fox verschwinden werden.

Michael Gruteser/Thomas Klein/Andreas Rauscher (Hg.): *Die Simpsons □ Subversion □ur Prime Time*, Marburg 2001, Schüren, 224 Seiten, 14,80 EUR

Christoph Hesse promoviert am Institut für Film- und Fernsehwissenschaft Bochum und ist Mitglied des Arbeitskreises Rote Ruhr Uni

Konkret 02/02, S. 52

Verena Sarah Diehl

Buch & Deckel

Renate Bit□ an: Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antise□ ismus und v□ lkischem Denken. Edition Diskord, T□ bingen 200(544 Seiten, 24 Euro

Die erste Erkenntnis beim Lesen des Buches ist, daß falschen Fragen falsche Antworten folgen. In der Soziologie, Politikwissenschaft und meist ganz allgemein wird Rechtsextremismus als Männerproblem behandelt, da Gewaltbereitschaft sowie politisches Interesse vor allem Männern zugeschrieben wird. Dabei sind es aber auch gerade Alltagserfahrungen von Frauen, wie die Beschränkung auf die Familie, Aufwertung reproduktiver Tätigkeiten, Ideologie von Mütterlichkeit, Diskriminierung u. a. in der Arbeitsteilung sowie sexuelle Gewalt, aus denen sich rechtsextreme Ansichten speisen können.

Die Politikwissenschaftlerin Renate Bitzan, die bereits 1997 das Buch *Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen* herausgab, untersucht in *Selbstbilder rechter Frauen* zahlreiche Artikel von Autorinnen der rechtsextremen Presse, von »Mut« bis »Kampfgefährtin«. Bitzan präsentiert die Positionen rechter Frauen zu Themen wie Bevölkerungspolitik, Berufstätigkeit, Sexismuskritik oder Behinderung. Gleichzeitig gibt sie eine Einführung in den Themenkomplex Frauen und Rechtsextremismus: vom Wahlverhalten und von der Parteiarbeit bis zu alltäglichen Politik- und Gewaltformen.

Das Buch zeigt, auf welch widersprüchliche Weise Frauenbilder instrumentalisiert werden bzw. Frauen ihr Selbstbild instrumentalisieren, um Vorstellungen von Körper, Kraft und Nation, Reinheit und Natürlichkeit zu unterfüttern. Die 540 Seiten des Buches werden der Komplexität des Themas gerecht, allerdings ist es eher als Nachschlagewerk aufgebaut. Die theoretische Analyse ist meist kurz gefaßt, und hier liegt der einzige Schwachpunkt der Arbeit: Denn auch wenn sich Bitzan bei ihrer Begriffsklärung von Geschlechtsstereotypen abgrenzt, gelingt ihr diese Abgrenzung bei den Zuschreibungen von Gewalt und Friedfertigkeit nicht immer.

Konkret 02/02, S. 52

Gerd Fittkau

Buch & Deckel

Ga□ i Caglar: Der M□ thos vom Krieg der Zivilisationen. Der Westen gegen den Rest der Welt. Eine Replik auf Samuel P. Huntingtons □ Kampf der Kulturen□ . Unrast, M□ nster 2001, 190 Seiten, 14 Euro

Dieses Buch ist in diesen Zeiten ein überlebenswichtiges Antidot wie zu seiner Zeit *Die Deutsche Ideologie* von Marx. Bis in die »Jungle World« hinein finden sich ideologische Versatzstücke der neuen Kampfkultur. Kein Kampf der Nationen, Völker oder Rassen ist der Brandsatz zur Anstiftung zum Mord, sondern ein anscheinend gerne konsumiertes griffiges Konstrukt: der Krieg der Zivilisationen oder, falls man dem geographischen Raum keine ordentliche Zivilisation zugesteht, der Krieg der Kulturen. Hauptsache Krieg.

Gazi Caglar geht den streng wissenschaftlichen Weg. Er referiert die Thesen Huntingtons und Bassam Tibis (*Krieg der Zivilisationen*) und nimmt sie dann auseinander. Er überführt sie als Erben von Oswald Spengler und Norbert Elias, die beide den »Untergang des Abendlandes« verhindern wollten. Stark ist Caglars These, daß die Moderne das Traditionelle nicht aufgelöst habe, sondern in Kontinuität transformierte. So bricht das Gegensatzpaar Moderne vs. Tradition zusammen, auf dem die Zivilisationstheoreme gründen. Das Zivilisationsparadigma erweist sich als ein »phantastisch-heroisches Geschichtskonstrukt, dessen Hauptfunktion die Beschaffung eines Feindbildes zur Definition des nach dem Ende des Kalten Krieges brüchig gewordenen Selbstbildes des □Westens□ ist«. Der Weltgeschichte werde ein Sinn unterstellt, der darin bestehen soll, daß »Zivilisationen« die biologische Biographie eines Lebewesens wiederholen.

Die Bestsellerlisten hat Huntington seit dem 11. September erneut erobert. Seine antiislamistische Polemik bedient punktgenau das bürgerliche Feuilleton und rotgrüne Politiker. Wir sind in einer weltpolitischen Phase, in der die These vom Kampf der Kulturen über größtmögliche Erklärungskraft zu verfügen scheint, wenn Huntington, die Angriffe auf New York als Attentat »gemeiner Barbaren gegen die Zivilisation« interpretierend, die »zivilisierten Gesellschaften« auffordert, einen unerbittlichen Kampf gegen die »Kräfte des Bösen« zu führen. Man kann mit Caglar befürchten, daß diese These in der internationalen Politik zunehmend zum bestimmenden »wissenschaftlichen« Schema der Erklärung von Konflikten aufsteigen wird, denn sie eignet sich auch vorzüglich als ideologischer Kitt für Staatensysteme, wie EU-Europa eines sein wird.

Konkret 02/02, S. 52

Stephan Grigat

Buch & Deckel

Klaus Werner/Hans Weiss: Schwarzbuch Markenfirmen. Die Machenschaften der Weltkonzerne. Deuticke, Wien/ Frankfurt a. M. 2001, 350 Seiten, 21,15 Euro

Seitdem der Kapitalismus existiert, gibt es Leute, die an der Zurichtung der Individuen zu kapitalproduktiven und staatsloyalen Subjekten nichts auszusetzen haben, sich aber gerne ein gutes Gewissen verschaffen, indem sie mit großen Worten gegen einige der schlimmsten Folgeerscheinungen kapitaler Vergesellschaftung angehen. Klaus Werner und Hans Weiss wollen die Praktiken der Global Players von Adidas bis Wal Mart enttarnen. Sie haben ausdrücklich nichts gegen die Marktwirtschaft einzuwenden, echauffieren sich aber über »menschenfeindliches Profitdenken«. Die beiden Aufdecker kritisieren keine Zustände, sondern »Mißstände«. Der Begriff der Ausbeutung wird ausschließlich im moralischen, nie aber im politik- und ökonomiekritischen Sinne verwendet.

Dementsprechend wartet das *Schwarzbuch* mit fast dem gesamten idealistischen, politizistischen und staatsfetischistischen Repertoire des reformistischen Teils der Globalisierungskritiker auf: Konsumentenmacht, Schuldenstreichungen und Tobin-Tax. Zur Legitimation ihrer Forderungen greifen sie in die Mottenkiste des Juristensozialismus und verweisen auf die Allgemeinwohlverpflichtung für Eigentum im Grundgesetz, die schon von Generationen deutscher Linker als sozialistisches Element in der deutschen Verfassung verklärt wurde, anstatt sie als Erbe des nationalsozialistischen Volksgemeinschaftsdenkens zu kritisieren.

Wie schnell eine Kritik, die nur bestimmte Auswüchse des Kapitalismus, aber nicht das Wesen des Kapitalverhältnisses ins Visier nimmt, in sozialpolitisch begründeten Nationalismus abgleiten kann, dokumentieren Werner und Weiss, wenn sie einen Sozialarbeiter aus New York begeistert zitieren, der seine Kids unter anderem mit dem Hinweis auf den nationalen Nihilismus von Konzernen zu Protesten gegen Nike aufstacheln konnte.

Für Leser, die noch nicht wußten, daß Unternehmen sich an ihrem Profit und nicht an den Bedürfnissen von Menschen orientieren, mag das *Schwarzbuch* informativ sein. Allerdings sind die Angaben zu den einzelnen Firmen sehr selektiv. So wird zwar auf den Antisemitismus Henry Fords und die Verbindungen seines Konzerns zu den Nazis hingewiesen, aber bei deutschen Firmen wie Bayer, Daimler und Deutsche Bank ist vom Nationalsozialismus mit keinem Wort die Rede. Kein Wunder, daß solch ein Buch in Deutschland und Österreich ein Bestseller ist.

Konkret 02/02, S. 53

Jan Pehrke

Buch des Monats

Yehuda Bauer: Die dunkle Seite der Geschichte. Jüdischer Verlag, Frankfurt a. M. 2001, 383 Seiten, 32,80 Euro

Allzuoft stellen Historiker nicht die bedeutenden Fragen, sondern nur solche, die sich nach Quellenlage oder gemäß den wissenschaftlichen Maßstäben der Disziplin beantworten lassen. Der Holocaustforscher Raul Hilberg gestand einmal ganz offenherzig, die großen Fragen aus Angst, nur kleine Antworten geben zu können, lieber zu umgehen. Yehuda Bauer, der diese Äußerung zitiert, kennt diese Angst nicht. Der ehemalige Leiter des Holocaust-Research-Instituts von Yad Vashem und emeritierte Professor für Holocauststudien an der Universität Jerusalem widmet sich in seinem Buch *Die dunkle Seite der Geschichte* (Originaltitel *Rethinking the Holocaust*) den letzten Fragen zur Shoah. Ist der Holocaust ein singuläres Ereignis? Ist er erklärbar? Wie ist er auf den Begriff zu bringen? Warum haben sich so viele Deutsche bereitwillig an den Morden beteiligt? Hätten die Alliierten die Möglichkeit gehabt, mehr Juden vor dem KZ-Tod zu bewahren? – Auf all das versucht Bauer auf knapp 330 Textseiten Antworten zu geben.

Schienen Yehuda Bauers didaktische Absichten nicht immer durch, wäre die nüchterne Akribie, mit der er in die Differenzierungshölle hinabsteigt und das Beispiellose der Shoah im Vergleich mit anderen Menschheitsverbrechen bestimmt, auch nur schwer zu ertragen. Nicht durch seine Grausamkeit oder die Modernität der eingesetzten Mittel unterscheidet sich der Holocaust für Bauer etwa vom Völkermord der Türken an den Armeniern, sondern durch sein Motiv. Während der von den Türken verübte Genozid ein politisches Ziel verfolgte und deshalb nicht bis zum Letzten ging, sondern regional begrenzt blieb, lag dem Judenmord keine einhegende rationale Intention zugrunde. Er basierte auf reiner Ideologie und war in seinem Ausmaß daher schrankenlos. Nicht einmal ökonomische Nachteile oder die bevorstehende Niederlage konnten die Nazis von ihrer Mission abbringen.

Die Spezifität des Holocaust verleitet Bauer jedoch nicht dazu, ihn als ein singuläres Ereignis zu betrachten. Er nennt ihn »präzedenzlos«, ein Wort, das zwar die Besonderheit der Shoah faßt, aber den geschichtlichen Horizont nicht abschließt und die Gefahr einer Wiederholung einkalkuliert. Was Menschen in einer bestimmten historischen Konstellation getan haben, können sie jederzeit wieder tun. »Das Grauen der Shoah besteht nicht darin, daß sie von menschlichen Normen abwich, sondern gerade darin, daß dies nicht der Fall war«, schreibt er. Diejenigen, die den Holocaust zu einem Mysterium verdunkeln und ihn damit aus der Geschichte eskamotieren, schrecken nach Bauers Ansicht gerade vor diesem menschlichen Antlitz des Grauens zurück.

Mit einigen Autoren, die das nicht tun und statt dessen Ursachenforschung betreiben, beschäftigt sich der israelische Historiker genauer, am detailliertesten mit Zygmunt Bauman, Götz Aly und Daniel J. Goldhagen.

Baumans Standpunkt, der Holocaust sei ein Produkt der Moderne gewesen, teilt er nicht. Die Analyse der abstrakten Rationalität der arbeitsteilig organisierten Gesellschaft mit ihrer immanenten Logik, die den einzelnen die Konsequenzen seines Handelns nicht überblicken läßt, vermag seiner Ansicht nach nicht zu erklären, warum der Holocaust gerade in Deutschland und nicht in einem anderen »hochentwickelten« Land stattfand.

Alys These, die Shoah sei für die Nazis ein Ausweg aus der Sackgasse gewesen, in die ihre Bevölkerungspolitik im Osten geraten sei, lehnt Bauer ebenfalls ab. Für ihn gibt dieser funktionalistische Ansatz keine Antwort darauf, warum die Faschisten ihre erbarmungslose Jagd auf die Juden auch über Osteuropa hinaus auf so entlegene Regionen wie das ab 1937 in japanischer Hand befindliche Schanghai ausdehnen wollten. Eine solche Besessenheit geht seiner Meinung nach über den Horizont eines politisch klar definierten Ziels, sei es die Besiedelung des Ostens mit Deutschen oder ein anderes, hinaus. Nur ein unbedingter Glaube an eine Ideologie ist dazu in der Lage, destruktive Energien dieser Dimension freizusetzen.

Deshalb stimmt der Geschichtswissenschaftler mit Goldhagen darin überein, daß die Nationalsozialisten Überzeugungstäter gewesen seien und der Antisemitismus ihre ideologische Triebfeder darstellte. Goldhagens These, in Deutschland habe es einen fest in der Geschichte verwurzelten eliminatorischen, also immer schon auf Vernichtung abzielenden Antisemitismus gegeben, bestreitet er allerdings vehement.

Einen mordbereiten Antisemitismus konstatiert der Autor lediglich bei den NS-Eliten. Er nennt ihn jedoch nicht »eliminatorisch«, sondern mit Saul Friedländer »Erlösungsantisemitismus«, worunter er die pseudoreligiöse Utopie versteht, durch die Tötung der Juden eine neue Menschheit zu schaffen. Diese Art des Antisemitismus verband sich mit dem »ganz normalen« Antisemitismus der »ganz normalen« Deutschen und erschloss sich so eine Massenbasis für den Massenmord. Mit seinem Erklärungsansatz liegt Bauer nahe bei Goldhagen, der im Vorwort zur deutschen Ausgabe von *Hitlers willige Vollstrecker* schrieb: »Der wildeste Haß ... wird nur dann zum systematischen Mord führen, wenn eine politische Führung die Hassenden mobilisiert und für die Durchführung des Mordprogramms organisiert.« Aber der israelische Holocaustforscher abstrahiert dann von der (deutschen) Empirie und leitet aus seiner Analyse der Bedeutung der

Ideologie für den Mord an den Juden ein allgemeines Prinzip ab. Es lautet: »Utopien mit einer universalen Botschaft sind ein sicherer Weg zum Massenmord.«

Sein historisch-anthropologischer Skeptizismus, der den Menschen als fähig zu allem ansieht, verleitet Bauer zu solchen Universaldefinitionen. Voraussetzungen für den Holocaust, die in der deutschen Vergangenheit begründet sind, ignoriert er. Auch den deutschen Nationalismus, der, anders als etwa der französische, sich nicht auf konkrete Werte bezog, sondern völkisch verstand und damit erst die Voraussetzung dafür bot, daß die im 19. Jahrhundert aufkommenden Rassetheorien die Juden als eine organische Störung am Volkskörper begreifen konnten, die es »wegzuoperieren« gelte. Der »über alles«-Chauvinismus und der Glaube an eine spezielle Berufung taten ein übriges, um das geistige Fundament zu legen, auf dem der Nationalsozialismus dann aufbauen sollte.

Einwände wie dieser können aufgrund des umfassenden Anspruchs des Buches nicht ausbleiben. Lesenswert bleibt es trotzdem, vor allem weil es sich nicht – wie Bauer seinen bundesdeutschen Kollegen vorwirft – daran abarbeitet, wer von den Mördern wann welche Entscheidung traf, sondern die Perspektive der Opfer einnimmt.

Konkret 02/02, S. 54

Martin Büsser

»Türken-Tüv«

Über Feridun Zaimoglus »Kanak-Kultur-Kompendium«

Thomas Kapielski, inzwischen eine Art Alterspräsident der nachträglich zu Popliteraten erklärten Autoren, läßt in seinem neuen Buch *Sozialmanierismus* (Merve) kaum eine Gelegenheit aus, die Political Correctnes mit Füßen zu treten. Weil diese jedoch schmutzig sind, bleibt auf so mancher Seite Dreck hängen, etwa dort, wo er zu einer Generalabrechnung mit dem »in Überzahl auftrumpfenden Türkenwurf« anhebt und jenem attestiert: »Ehre, Rache und die Wahrung des Gesichtes gehen vor Toleranz und Rechtmäßigkeit. Homosexualität gilt für Abschaum, Krüppel gelten nichts. Unglauben (Christentum, Agnostizismus usw.) gilt es zu verachten und zu missionieren oder gar zu bekämpfen (Islam (arab.) = Ergebung, Unterwerfung, Gehorsam). Legitim ist es, den hiesigen Sozialstaat, welcher für schwächlich, verachtenswert und gottlos erachtet wird, bedenkenlos auszunützen.«

Ein so düster verzerrtes Bild, demgegenüber sich selbst noch Karl May wie ein weltoffener Humanist liest, wurde bislang höchstens auf den Leserbriefseiten der »Bildzeitung« oder in den Leitartikeln der »Deutschen National-Zeitung« gezeichnet. Im Schnodderstil wird hier auch noch das vermutlich Gutgemeinte – etwa die Kritik an der Homophobie vieler türkischer Jugendlicher – so überspannt, daß der Ton am Ende nach deutschem Stammtisch klingt.

Angenehmer als solches Gezeter deutscher Moral- und Sittenwächter, die glauben, Witz entstünde bereits beim stilistischen Kopieren des frühen Arno Schmidt, liest sich die Prosa von Feridun Zaimoglu – nicht zuletzt, weil ihm tatsächlich gelungen ist, einen eigenen Stil zu prägen. Unabhängig davon, ob sie von Deutschen oder Türken handeln, gehen seine kurzen Texte in *Kopf und Kragen*, dem soeben erschienenen *Kanak-Kultur-Kompendium*, auf Tuchfühlung mit dem tristen Alltag zwischen Trainingsanzug und Discount-Restpostenlager, mit jenen Gefilden also, die bislang selten einen Platz in der Literatur gefunden haben. Daß sich seine Geschichten lokal wie mental von der Neuen Mitte fernhalten und – unter anderem – in den Vorstadtsiedlungen von Kiel spielen, schafft Platz für einen Blick auf jenen sozialen Alltag in Deutschland, der ebenso trist ist, wie er auf der anderen Seite menschlich sein kann. Gleichwohl lassen die Texte keine Sentimentalität aufkommen, spielen nicht etwa mit falschen Trugbildern vom kleinbürgerlichen Deutschen, der sich ja »in Wirklichkeit« ganz ohne rassistische Stereotype mit seinen türkischen Mitbürgern zu »arrangieren« weiß. Hier wird im Gegenteil sowohl an Deutschen wie an in Deutschland lebenden Türken gezeigt, auf welche Weise Identität entsteht und wie sie sich schließlich in alle Verhaltensmuster einschriebt: Der aalglatte deutsche Bankangestellte, der einem Türken den Kredit verwehrt, ist davon so wenig ausgenommen wie der türkische Jugendliche, der sich nicht traut, in einer Drogerie Vaseline zu kaufen, weil dadurch das Gerücht aufkommen könnte, daß er schwul sei. Die kurze Vaseline-Story »Eine Frage der Ehre« geht mit der Homophobie vieler junger türkischer Männer wesentlich humorvoller, umsichtiger und damit am Ende entlarvender um als der protzig chauvinistische Kapielski, der sich in seinem Buch auch über »Tunten« und »Schwuchteln« lustig macht.

Zaimoglus genaue Blicke in die Mentalität jener, für die Deutschland nichts weiter als die Kampfzone des täglichen Überlebens darstellt, werden nie eindimensional, weil sie ständig die Perspektive wechseln und dabei ironisch zeigen, daß Identität stets nur ein weltanschaulicher Notbehelf ist, sich mittels Familie, Wohnviertel und schließlich Nation in den sozialen Verhältnissen einzurichten. In der Einleitung macht Zaimoglu deshalb noch einmal deutlich, daß es ihm unmöglich ist, aus der Perspektive einer bestimmten Identität zu sprechen: »Menschen haben es an sich, daß sie die angestammten Schollen verlassen und neue Siedlungen aufsuchen.« Wenige Seiten später wird der Text etwas deutlicher: »In der medialen Inszenierung wird ›der Türke‹ als eine Mischung aus Negerkalle und Wohnsilomucker imaginiert. Er hockt auf seinem Holzschemel, zieht an seiner Gebetskette oder geht vor einem blutrünstigen Wüstengott in die Knie.« Um solche Sätze schreiben zu können, war nicht erst die Berichterstattung seit den US-Anschlägen notwendig; dieses Bild ist auch schon Jahre zuvor Standard gewesen, hat jene Stimmung mit vorbereitet, von der Otto Schily nur allzu billig profitiert. »Wie ist es sonst zu erklären«, resümiert Zaimoglu, »daß man sich hierzulande gegenüber seinen Türken verhält wie der Tüv zu ausländischen Fabrikaten. Immer wieder wird nämlich die scheinheilige Frage gestellt, ob der Türke ›unseren‹ Sicherheitsstandards entspräche.«

Einer der so schreibt, muß aber aufpassen, nicht von den Falschen vereinnahmt zu werden. Von »Freibeuter-Attitude« ist im Klappentext seines Buches zu lesen und von »gewitzten Kanakiaden«. Humanistisches Selbstverständnis ist allerdings keine Freibeuterei und »Kanakiade« eine inzwischen abgeschmackte Bezeichnung, die am Kern der absichtsvoll identitätkritischen Texte von Zaimoglu vorbeigeht.

So viel zur Verteidigung eines Autors, dessen *Kompendium* mit Sicherheit nicht zu seinen stärksten Arbeiten gehört. In fast allen Fällen handelt es sich um die Zweitverwertung von Zeitschriftentexten. Mißglückt sind die »Radio Galaxy«-Gespräche, fiktive Radiodialoge mit schrulligen Studiogästen, zu denen nicht nur Iglaf Borste (Humorist) oder Tassilo von Talkau-Marl (Popliterat) gehören, sondern auch ein Konsument, der sich für das bedingungslose Geldausgeben ausspricht,

und ein Dauersingle, der noch nie eine Freundin hatte, obwohl er gerne mal eine mit den Lippentatoos auf seinen Oberschenkeln faszinieren würde. Auf der gleichnamigen Doppel-CD, von Schauspielern und professionellen Sprechern affektiert vorgetragen, werden diese Dialoge desto blasser, je komischer sie wirken sollen.

Bei solchen Schnellschüssen gewinnt man den Eindruck, daß Zaimoglu das Etikett »Popliteratur«, das ihm aus anderen Gründen als dem preußisch polternden Kapielski verliehen wurde, in den Kopf gestiegen ist. Das Ergebnis ist literarisches Fast Food aus kurzweilig-kurzatmigen, auf meist bloß einer Idee aufgebauten Texten. Aus diesem Grund wirkt *Kopf und Kragen* etwas verzettelt, präsentiert starke Short Storys neben Auftragsarbeiten, die zwischen zwei Buchdeckeln noch lange nicht dadurch angemessen aufgehoben sind, daß dem Umschlag der Name S. Fischer aufgeprägt ist. Und doch ist auch in diesem Buch etwas von der Ausnahmeerscheinung Zaimoglu enthalten, von einem Autor, der sich davor hüten sollte, den Verführungen der Pop-, Style- und Witzigkeitsprosa zu verfallen. Aber einer, der genau weiß, daß Pop und Style ebenfalls nur Wege sind, Identität zu konstruieren, dürfte da bald wieder die Kurve kriegen.

Feridun Zaimoglu: *Kopf und Kragen. Kanak-Kultur-Kompendium*. Collection S. Fischer, 192 Seiten, 12 Euro

Ders.: Kopf und Kragen. Doppel-CD mit Aglaia Szyskowitz, Stephan Benson, Stefan Kurt, Oliver Reinhard, Feridun Zaimoglu u.a. Hoffmann und Campe Hörbücher, 22,96 Euro

---

Von Martin Büsser ist gerade das Buch »Wie klingt die Neue Mitte? Rechte und reaktionäre Tendenzen in der Popmusik« (Ventil) erschienen

Konkret 02/02, S. 55

Volker Weiß

Kehrt das Imperium zurück?

Nichts kehrt als das wieder, was es war. Der Staatsstreich Napoleons III. jährt sich zum 150. Mal. Und mit ihm das Erscheinen des »Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte« von Karl Marx

Die Opposition schien ernsthaft erbost. Die Armee war 1849 einer befreundeten Macht, dem Vatikan, zu Hilfe geeilt. Ihr Einsatz stellte einen doppelten Verfassungsbruch dar. Die Streitkräfte der Nation hätten nicht gegen »die Freiheit eines anderen Volkes« eingesetzt werden dürfen, und der Präsident hätte die Zustimmung des Parlaments einholen müssen. Die Opposition ließ sich gar zu der Drohung hinreißen, die Verfassung notfalls »mit der Waffe« zu verteidigen. Das 19. Jahrhundert kannte noch Emphase.

Doch die Reaktionen auf den Befehl Louis Bonapartes, Rom zu bombardieren, blieben kontrollierbar. Der Präsident obsiegte ganz legal: Die Nationalversammlung verwarf die Anklagen seiner Gegner, die zwar tatsächlich durch Paris marschierten – unbewaffnet. Karl Marx ließ keinen Zweifel daran, daß er die Opposition für eine Ansammlungen von Operettenrevolutionären hielt: »Die schmetternde Ouvertüre, die den Kampf verkündete, verliert sich in ein kleinlautes Knurren, sobald er beginnen soll, die Schauspieler hören auf, sich au sérieux zu nehmen, und die Handlung fällt platt zusammen wie ein luftgefüllter Ballon.«

Mehr als den Putsch von oben fürchtete das Parlament den Aufstand von unten. Im Namen der inneren Sicherheit sollte es während der folgenden Monate alles für die eigene Auflösung tun: Belagerungszustände, Pressezensur und ein Wahlgesetz, das drei Millionen proletarischer Stimmen von den Wählerlisten strich. Das »rote Gespenst« der Junirevolution von 1848 vor Augen, setzten die bürgerlichen Fraktionen das Primat der Ordnung gegen die städtischen Unterschichten durch. Marx schlug vor, die Republik möge das Parlament auflösen und »ihre Aufschrift: liberté, égalité, fraternité ersetzen durch die unzweideutigen Worte: Infanterie, Kavallerie, Artillerie!«

Am 2. Dezember 1851 wurde das Parlament durch den Präsidenten aufgelöst, ohne Widerstand. Frankreichs Bourgeoisie hatte die Ruhe bekommen, nach der sie verlangt hatte – und mußte nun selber still sein. Sie sollte weder die »Zertrümmerung der Staatsmaschine« durch Louis Bonaparte, noch dessen Selbsterhebung zum »Kaiser der Franzosen durch die Gnade Gottes und der Willen der Nation«, ernsthaft stören.

Tatsächlich hatte die französische Bourgeoisie das Spiel Louis Bonapartes nicht durchschauen wollen. Fraglich ist, ob er es selbst tat, als er sich anschickte, mit dem klangvollen Namen seines Onkels Napoleon, einer Halbweltvergangenheit und 10.000 in der »Gesellschaft vom 10. Dezember« konspirativ organisierten »Lumpenkerls« die zweite Republik zu zerschlagen. Er hatte allen den Bonaparte gegeben, dem Volk und der Armee den siegreichen Revolutionär und der Bourgeoisie den Bezwinger der Revolution und Gründer eines Imperiums, um sich in der Rolle zu verlieren:

»In einem Augenblick, wo die Bourgeoisie selbst die vollständigste Komödie spielte, aber in der ernsthaftesten Weise von der Welt, ... mußte der Abenteurer siegen, der die Komödie platt als Komödie nahm. Erst wenn er seinen feierlichen Gegner besiegt hat, wenn er nun selbst seine kaiserliche Rolle im Ernste nimmt und mit der napoleonischen Maske den wirklichen Napoleon vorzustellen meint, wird er das Opfer seiner eignen Weltanschauung, der ernsthafte Hanswurst, der nicht mehr die Weltgeschichte als eine Komödie, sondern seine Komödie als Weltgeschichte nimmt.«

Zwischen Weltgeschichte und Komödie besteht Verwechslungsgefahr und mancher, der sich in der einen wähnt, ist längst in der anderen. Marx erblickte in den historischen Kostümen, mit denen seine Zeitgenossen Politik trieben, nur Überbietungsgesten »dramatischer Effekte«. Anstelle des einstigen revolutionären Geistes, mit dem die feudalen Köpfe abgemäht worden waren, trat in der bürgerlichen Republik seine gespenstische Parodie. Konsequent sicherte er sich zur Beobachtung der Dinge gleich eine Theaterloge: »Die bürgerliche Republik«, schrieb er, werde »aufgeführt«. In ihr war nichts mehr, wie es schien und ähnlich dem Proletariat 1848 sollte bald die Verfassung »frühen Todes abgehen«.

So erlag die Republik in dieser »lumpigen Farce« der bloßen Berührung mit einem Kostüm; allerdings, wie Marx hinzufügt, war es »ein dreieckiger Napoleonshut«. Die Schmierendarsteller der Opposition waren seiner Symbolkraft nicht gewachsen. Marx' Anliegen war es, die »Totenbeschwörungen« des 19. Jahrhunderts im Sinne eines materialistischen historischen Bewußtseins zu entschleiern. Denn einerseits begegnet den Subjekten die Gegenwart unter der Erbschaft der »unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umstände«, lastet die Vergangenheit »wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden«. Andererseits müssen sie doch ihre »eigene Geschichte« machen.

Walter Benjamin, in dessen Werk der »Achtzehnte Brumaire« eine zentrale Position einnimmt, schrieb daher, dem historischen Materialismus gehe es darum, »ein Bild der Vergangenheit festzuhalten, wie es sich im Augenblick der Gefahr dem Subjekt unversehens einstellt«. Der Gedanke der Befreiung speist sich aus der Erfahrung der Vergangenheit.

Marx' Text sperrt sich gegen voreilige historisierende Analogiebildungen. Das ist auch an seiner leitmotivischen Metapher, dem »Drama der Geschichte«, zu erkennen. Marx führt bereits in seiner Inventio die zentralen Topoi, Wiederholung und

Drama, ein: »Hegel bemerkt irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen, das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.« Die dramatische Konzeption der Weltgeschichte hat in Hegels »Ästhetik« allerdings ihren Raum. Marx wußte, daß Hegel wußte, daß der ästhetische und historische Ort der Komödie hinter der Tragödie liegt, und Hegels »vergessen« eher die Unterlassung einer selbstverständlichen Bemerkung war. Marx hob sie wohl aus erzähltaktischen Gründen hervor. Wenn der Putsch Louis Napoleons die Komödie war, was war dann die Tragödie?

Das Junimassaker von 1848

In den »Klassenkämpfen in Frankreich« hatte Marx diese »Tragödie von Lohnarbeit und Kapital« beschrieben. Tragisch, da die Nation mit dem Proletariat einen Helden hervorbrachte, der – seiner Zeit voraus – scheitern mußte. Dies war das Bild der Vergangenheit, von dem er hoffte es habe sich »im Augenblick der Gefahr« eingeschrieben. Das Bild der fortwährenden Knechtung ist der »Alp«, dessen »Last« es abzuwerfen gilt. Es ist der historische Auftrag der Unterdrückten, die – bei Marx und Benjamin – durch ihr Erinnern die Geschichte zu durchbrechen vermögen. Die historische Kostümierung des Politischen dürfe nicht davon abhalten, dieses Bild zu erinnern. Der Impuls zur Handlung kann ohnehin kein historischer sein. Es müssen die Verhältnisse selbst sein, die rufen: »Hic Rhodus, hic salta!«

Für die Inszenierung der historischen Komödie ist die Tragödie notwendig, und für eine Analogie muß diese Struktur beibehalten werden. Komödien gibt es heute allerorten, wer aber ist der tragische Held dieser Tage?

Marx hatte die Arbeit am »Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte« auf Drängen Engels in Folge des Staatsstreiches von Napoleon III. begonnen und im Februar 1852 fertiggestellt. Doch ähnlich dem Gegenstand seiner Betrachtung wurde der Essay erst bei seiner Wiederkehr signifikant. Von der ersten Auflage, erschienen im Frühjahr 1852 in der New Yorker Zeitschrift »Die Revolution«, konnte der Herausgeber Weydemeyer wegen Geldmangels kaum Exemplare aus der Druckerei auslösen. So konnte 1869 der alte Marx ein zweites Vorwort schreiben und darauf verweisen, daß man in Frankreich »mit den Waffen der Geschichtsschreibung, der Kritik, der Satire und des Witzes der Napoleon-Legende den Garaus gemacht« habe.

Marx hoffte, daß seine Schrift zur Beseitigung der »landläufigen Schulphrase vom Cäsarismus« beitragen könne. Doch eher war das Gegenteil der Fall. Sein Text, eine bissige Analyse historischer Analogien, wurde selbst zum Gegenstand einer solchen: In Form der Bonapartismustheorie kehrte er im 20. Jahrhundert zurück in die Faschismusdebatten der Linken. Marcuse bemerkte 1965, den Anachronismus aufgreifend, die Farce sei »furchtbarer als die Tragödie, auf die sie folgt«.

Ganz ohne Analogiebildung ist der Text aber bis heute aktuell. Baupolitische Maßnahmen zur inneren Sicherheit, wie sie vom Pariser Bürgermeister Haussmann unter Napoleon III. eingeleitet und in Benjamins »Passagenwerk« beschrieben worden sind, stellen eine frühe Form der Gentrifikation dar. Der von Marx brillant geschilderte Hang der bürgerlichen Gesellschaft zum permanenten Ausnahmezustand, der Einfall von »Kaserne und Komißrock«, ein für allemal »die bürgerliche Gesellschaft von der Sorge zu befreien, sich selbst zu regieren«, muß nicht erst auf den Nationalsozialismus abgebildet werden, um plausibel zu sein.

Es reicht auch eine rechtsstaatliche Antiterror-Offensive, um an dieses Moment zu erinnern. Gegen das Umfeld eines Amtsrichters Schill erscheint noch die »Gesellschaft vom 10. Dezember« honorig, zumindest waren in ihr öffentlich bekannte Gauner organisiert. Und die Kostümierung des Kosovokriegs als verspätete Befreiung von Auschwitz setzt den ohnehin zaghaften Protest von Brechts Cäsar-Biographen, man könne doch nicht »historische Erinnerungen wie Tafelgeräte kaufen«, ins Unrecht. Man konnte, und die Schröder/Fischer-Administration richtete binnen weniger Wochen mehr vergangenheitspolitischen Schaden an, als es alle Holocaustleugner der letzten Jahrzehnte vermochten.

Engels schrieb 1885 über den »Achtzehnten Brumaire«, daß »das Schriftchen auch heute noch nichts von seinem Wert verloren hat«. Er hat recht behalten. Der Reiz des Textes ist, abgesehen von seiner literarischen Brillanz, die Aktualität bei gleichzeitiger Kritik jeder historischen Analogiebildung.

Und Napoleon III.? Er verließ die historische Bühne in dem Augenblick, als das von ihm erhobene Prinzip durch massenhafte Imitation zum allgemeinen wurde, er starb im Jahr des Wiener Börsenkrachs. Maurice Joly, Pariser Bohemien und Beamter seiner Majestät, schrieb rückblickend: »In der Politik macht sich ein überlegenes Talent darin bemerkbar, daß man selbst den Zufall steuern kann und ihm nicht unterworfen ist. Im Geschäftsleben gibt es ebenfalls Leute, die den Zufall steuern, man nannte sie früher Gauner.« Das bürgerliche Zeitalter war vollkommen geworden.

Volker Weiß ist Mitglied der Redaktion Drei im Freien Sender Kombinat (FSK)

Konkret 02/02, S. 56

Rayk Wieland

Springers Springer

Die Berufung von Dr. phil. Mathias Döpfner zum Vorstandsvorsitzenden vulgo »Großwesir« (Horst Tomayer) des Springerkonzerns verheißt nur Gutes. Erstmals in seiner Geschichte hatte Europas größtes Verlagshaus das letzte Geschäftsjahr mit Verlusten abgeschlossen. Und Döpfner an der Spitze, der den Konzern sanieren, fusionieren und womöglich neu frisieren soll, wird die Verluste garantiert sturheil weiter forcieren. Das schnelle Ende Springers muß das nicht bedeuten. Aber auf ein längeres Siechtum wird man sich freuen können.

Sein Faible für rote Zahlen konnte Döpfner in den vergangenen zehn Jahren wasserdicht unter Beweis stellen. Als Chefredakteur der Gruner + Jahr-Zeitungen »Wochenpost« und »Hamburger Morgenpost« gelang ihm das Kunststück, Auflagenschwund und Kostenexplosion zu verzahnen. Auch seine Zeit als Chefredakteur der »Welt« war geprägt von fulminanten Geldverpuffungskapriolen. Sollte ihm jetzt das gleiche Kunststück bei »Bild«, »Welt«, »Welt am Sonntag«, »Berliner Morgenpost«, »Hörzu« usw. gelingen, dann würde Springer zum Übernahmekandidaten für die »WAZ«-Gruppe oder Murdoch avancieren und Döpfner zum späten Vollstrecker der »Enteignet Springer!«-Parole von 1968 ff.

Als frei flottierender Pleitier ist Döpfner in nur fünfzehn Jahren vom Schallplattenredakteur zum Spitzenmanger eines Weltkonzerns aufgestiegen, ohne dabei je anderes unter Beweis zu stellen als sein Talent zu nichts. »Er zitiert«, schreibt die »Berliner Zeitung«, »Goethe und parliert über Puccini, er spielt Baß und trägt feine Anzüge« – tut also genau das, was andere Versager auch tun, wenn sie den Schöngeist geben wollen. Aber wer oder was treibt diesen Mann von einem Geldhahn zum anderen? Auf welcher Strecke bleibt dabei die Betriebswirtschaft? Und warum können nicht alle »Wirtschaftsführer«, wie sie sich jetzt wieder nennen, derart spendabel agieren? Oder, warum nicht, cui bono Döpfner? Quo vadis, Rendite? Fragen, die sich stellen.

Das Unterbewußtsein des Kapitals scheint wenig erforscht. Schallplattenbesprechungen aufsetzen und sonst nichts können viele. Der Mann muß etwas wert sein, was mehr Wert ist als der Mehrwert, der seinen Arbeitgebern über alles geht.

Konkret 02/02, S. 57

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Gegen die Gewalt kämpfen Zeit ihres Lebens

Selbst die Götter sowie vergebens

(Volksmund)

Nur zu gern verbirgt der Mensch sich hinter diesem feilen Unspruch, läßt er der Gewalt ihre Fünfe grade sein und macht er sichs in der »Sasse der Fatalität« (Rigobert von Trajun) lieber (sic!) schmerzhaft kommod. Aber wie das auf der Straße liegende Geld lediglich aufgehoben zu werden braucht und wie es kein schlechtes Wetter giebt, sondern bloß die falsche Kluft, soo ist auch der Gewalt mehr oder weniger mit einfachsten Mitteln, ja praktisch ohne weiteres beizukommen, verträgt das Luder doch das gegen sie leidenschaftlich ausgestoßene Widerwort weniger als das Dorfteicheis den glühenden Schlittschuh und fürchtet sie doch den sich in längeren, argumentativ gut abgehangnen Lesestrecken manifestierenden Liebesentzug mehr als der Ajatolla die Hostie. Nun ist der Kampf gegen das Massenphänomen Gewalt freilich nicht seinerseits ein Massenphänomen, jeder der Handvoll braven Charaktere, die ihr Leben nicht im dumpfen Rausch der Sinne und auf der Treibjagd nach Geld verdaddeln, sondern dem Kampf gegen die Gewalt in Anführungsstrichelchen geweiht haben, weiß das. Um so zufriedener ist einem zumute, wenn man beim Belesen der »Süddeutschen Zeitung« auf jemand stößt, der sich gleichgesinntermaßen Gedanken um die Gewalt und die Fasson des Vorgehens dagegen macht: Unverzüglich fragte ich am 8. Jänner als Leiter des interkonfessionell überparteilichen Contragewaltarbeitskreises »SI VIS PACEM_PARA_AMOREM e. V.« beim Öffentlichkeitsvorarbeiter des »Volksbundes« an, wie wir uns seiner Aktion akkomodieren könnten. Er schrieb:

Am 16. Jänner faxte ich Gewaltgegnerschaftskamerad Kroll: »Wir hier bei SI_VIS_PACEM_PARA_AMOREM waren seit Ihrem Fax nicht faul. Im Gegenteil: Ein gutes Dutzend unserer Mitglieder hat sich an Ihrer Vorgabe (auf meine Anregung hin:) reimend abgearbeitet, und zwar auf erfrischend eingängige, ja ein Stück weit stupende Art und Weise, die meines Erachtens zureichen sollte, daß die Sentenzen in der von Ihnen geplanten Broschüre zum Abdruck kommen können. Auf unserem heutigen außerordentlichen Meeting diskutieren wir die Gewaltfrage im Zusammenhang mit den Outofareaeinsätzen der Bundeswehr (Jugoslawien, jetzt Afghanistan). Hierzu würden wir gerne von Ihnen wissen, wie der »Volksbund« zu dieser Gewaltfrage steht. Bei unserer nächsten Openairaktion in der Hamburger Einkaufszone Mönckebergstraße würden wir gerne den von Ihnen produzierten Aufkleber der Maße 6x6 cm und des Textes »Ich bin GEGEN GEWALT« einsetzen. Haben Sie noch welche, und wie viele? Für Ihre Faxantwort bis 18 Uhr im voraus herzlich dankend verbleibe ich (für SI VIS PACEM PARA AMOREM) als Ihr H. T.«

Am Nachmittag Selbigens faxte ich Freund Detlef unsere Gewaltverneinungsbegründungsreime und reklamierte die Kriegsgräberfürsorgehaltung zur Bundeswehrgewaltfrage. Ein zweites Memento gieng am 21. Jänner raus. Bis dato Fehlanzeige. Aber ich bleibe dran.

*

Ich bin gegen / die Gewalt / Weil sie die Unschuld mit Ach / Sowie Krach beschallt

(Jürgen Elsässer, 43, Dressman)

Ich bin gegen / die Gewalt / Weil sie stets nur verknallt ist / In die Gegengewalt

(Georg Fülberth, 59, Unternehmensberater)

Ich bin gegen / die Gewalt / Weil mit ihr wird die Menschheit / Nicht froh und nicht alt

(Hermann L. Gremliza, 61, Gärtner)

Ich bin gegen / die Gewalt / Weil sie ihre Gemälde / Mit Menschenblut malt

(Gerhard Henschel, 41, Wachmann)

Ich bin gegen / die Gewalt / Weil sie der Menschheit Migräne ist / Statt Aspirin oder Spalt

(Marit Hofmann, 29, MTA)

Wir sind gegen / die Gewalt / Weil sie selbst Frischvermählte / Zu Tiermehl zermahlt
(Eva Mugg, 30, Ernst Kahl, 42, Ayurveda-Berater)

Ich bin gegen / die Gewalt / Weil wie sie in den Wald ruft / So raus es auch schallt
(Wolfgang Pohrt, 43, Logopäde)

Ich bin gegen / die Gewalt / Weil sie macht vorm Überleichen / Gehen nicht halt
(M. E. Riess-Scharang, 50, Cafetier)

Ich bin gegen / die Gewalt / Weil sie ist von intransi / Genter Gestalt
(Jürgen Roth, 29, Im- und Export)

Ich bin gegen / die Gewalt / Weil sie mit ihren Untaten / Auch noch frech prahlt
(Michael Rudolf, 39, Fungologe)

Ich bin gegen / die Gewalt / Weil sie ist wie der Kuß des / Todes so kalt
(Willy Schmid, 60, Tennislehrer)

Ich bin gegen / die Gewalt / Weil sie entsprang unerlaubt / Einer Unheilanstalt
(Wolfgang Schneider, 41, Spediteur)

Ich bin gegen / die Gewalt / Weil schon Buddha sie als /_Nicht sympathisch schalt
(Kay Sokolowsky, 38, Reetdachdecker)

Ich bin gegen / die Gewalt / Weil sie sich wie der Hecht / Im Karpfenteich aalt
(Horst Tomayer, 61, Hauswirt und Therapeut)

Ich bin gegen / die Gewalt / Weil sie betrunken den Panzer fährt / Un!angeschnallt
(Hans-Georg Ulrich, 57, Optiker)

Ich bin gegen / die Gewalt / Weil durch sie sich die Friedhand / Zur Faustwaffe ballt
(Rayk Wieland, 36, Elektriker)

Konkret 02/02, S. 58

Gerhard Scheit

Eine deutsche Rechtslehre

Ein neues Buch zeigt zum ersten Mal das ganze Ausmaß des Antisemitismus im politischen Denken des Staatsrechtlers Carl Schmitt

Es geht um den Kern der deutschen Rechtslehre. Die Studie von Raphael Gross über *Carl Schmitt und die Juden* widerlegt die apologetische Schmitt-Rezeption, die immer behauptete, es habe sich bei den antisemitischen Äußerungen des Staatsrechtlers »lediglich« um eine partielle Anpassung an den NS-Staat gehandelt. Vor 1933 ist der antisemitische Kern seiner Einlassungen allerdings durchaus noch verborgen: Souveränität, Entscheidung und Ausnahmezustand – so lautet die »wertfreie« Terminologie, die später in »deutsches Blut«, »dämonische Entartung« und »volkhafte Großraumordnung« übersetzt werden sollte. Aber ähnlich wie bei Heidegger ist es die Bezugnahme auf »Volk« und »Opfer«, die von Anfang an diese Substantialisierung impliziert: »Die politische Einheit muß gegebenenfalls das Opfer des Lebens verlangen«, heißt es 1932.

Auf welche Weise, durch welches Opfer das Volk »sich auf sich selber und seinesgleichen« besinnen könne, wird bald nach 1933 deutlich. Es ist, so Schmitt, »eine erkenntnistheoretische Wahrheit, daß nur derjenige imstande ist, Tatsachen richtig zu sehen, Aussagen richtig zu hören, Worte richtig zu verstehen und Eindrücke von Menschen und Dingen richtig zu bewerten, der in einer seinsmäßigen, artbestimmten Weise an der rechtschöpferischen Gemeinschaft teilhat und existentiell ihr zugehört«. Die Gleichartigen erkennen sich nur durch Andersartige, die Gemeinschaft schließt sich nur durch deren Ausschluß zusammen.

Die »Dezision«, der persönliche Befehl, war bereits früher Schmitts Antwort auf das allgemein geltende, »entpersonalisierte« Gesetz gewesen. Nun aber, da die Entscheidung in Deutschland wirklich gefallen ist, stellt er das konkrete wahre Recht des deutschen Volks als »Nomos« dem falschen abstrakten Gesetz der Juden entgegen. Denn das jüdische Gesetz sei aufgrund des Fehlens von konkreter persönlicher Autorität und Opferbereitschaft nicht in der Lage, eine politische Form zu schaffen.

»Nomos« ist also nur eine bildungsbürgerliche Umschreibung der »Nürnberger Gesetze«: Das jüdische Gesetz der abstrakten Gleichheit aller Staatsbürger (dessen Gesetzgeber sich in einer für immer unerreichbaren Sphäre befindet und auf ewig abwesend bleiben wird) sei durch ein konkretes »Rassengesetz« der Ungleichheit zu ersetzen (das vom Führer gebracht und geschützt wird). Es geht darum, dem abstrakten jüdischen Universalismus und der Herrschaft des Gesetzes einen konkret erscheinenden Gott und die »Herrschaft des Menschen« entgegenzustellen – und der Katholik Schmitt fühlt sich berufen, die Wiederkehr von Gottes Sohn in der Gestalt des Führers zu kodifizieren. Sehr schlüssig macht Raphael Gross hier an der Entwicklung der nationalsozialistischen Rechtsprechung deutlich, wie fließend die Übergänge zwischen religiösem Antijudaismus und rassistischem Antisemitismus sind, wie sehr beide in Theorie und Praxis der Verfolgung sich wechselseitig ergänzen.

Nachdem Schmitt 1935 die »Nürnberger Gesetze« als »Die Verfassung der Freiheit« kommentiert hatte, wobei die »Stimme des deutschen Blutes« endgültig das entscheidende Kriterium der Rechtslehre geworden ist, erreicht das antisemitische Engagement seinen Höhepunkt in der von ihm organisierten Tagung der »Reichsgruppe Hochschullehrer des Nationalsozialistischen Rechtswahrerverbundes« im Oktober 1936. Hier wird eine geistige Rampe errichtet, an der etwa genau entschieden werden soll, wer nur fremd ist, also einer fremden »Rasse« angehört – und wer darüber hinaus schlechthin anders, die Gegenrasse, ist. »Wenn wir dabei von Juden und Judentum sprechen, so meinen wir wirklich den Juden und nichts anderes ... Machen wir hier aus den Fremden einen Allgemeinbegriff, der unterschiedslos Artverwandte und Artfremde umfaßt, so kann die spezifisch jüdische Beeinflussung nicht mehr wissenschaftlich erkannt werden. Dann erscheint der Einfluß, den z.B. die italienische Musik auf unsere großen Musiker Händel, Bach und Mozart gehabt hat, in einer Reihe mit der jüdischen Infektion, die von Marx und Heine ausging.« In der »Judenfrage« geht es immer ums Ganze: Hier gibt es »überhaupt keine nebensächlichen Angelegenheiten mehr«. Denn die Juden könnten sich überall verbergen: Der »Maskenwechsel von dämonischer Hintergründigkeit« gehört zu ihrem Wesen; diese »Virtuosität der Mimikry« ist »durch lange Übung noch gefördert« worden.

Spätere Schriften wie der *Leviathan*, die oftmals analog zu den *Marmorklippen* von Ernst Jünger oder Heideggers späten Vorlesungen als ein Werk des Rückzugs vom NS-Staat und seiner Ideologie interpretiert wurden, sind demgegenüber als bloße Neuorientierungen ganz im Sinne dieses Staats und seiner augenblicklichen Lage zu verstehen – und zwar in Richtung auf die »nationalsozialistische Großraumtheorie«, die nun der abstrakten, universellen, bodenlosen Ordnung der Alliierten entgegengesetzt wird.

Nachdem diese »volkhafte Großraumordnung« zunächst einmal von den Alliierten verhindert worden ist, war für den »Kronjuristen des Dritten Reichs« an eine Rückkehr an die Universität nicht zu denken. In seinen Geburtsort Plettenberg sich zurückziehend, betrachtete er die Welt hinfort wie Heidegger von Todtnauberg aus – im insgeheimen Vertrauen darauf,

daß letztlich doch die im Augenblick Besiegten gesiegt hätten, aber begleitet von unerträglichem Selbstmitleid: »Mir geschieht immer nur Unrecht ... Sie werfen uns den Emigranten zum Fraße hin ... Die Emigranten ... führen den gerechten Krieg, das Schauerlichste, was menschliche Rechthaberei erfunden hat ...« Der Verfolgungswahn, der hier dem Tagebuch anvertraut wird, geht nach wie vor mit der Identitätsbildung der deutschen Gesellschaft konform und erscheint heute aktueller denn je: »Als wir uns uneins wurden, haben die Juden sich subintroduziert. Solange das nicht begriffen ist, gibt es kein Heil ... Heute erleben diese Subintroduzierten eine Restauration mit kolossalen Entschädigungsansprüchen und Rückzahlungen.«

Im Tagebuch auch vollendet sich unter den Bedingungen des Kalten Kriegs die christliche Identifikation: »Die meisten wahrhaft Armen sind nicht Volkskommissare geworden; sie wurden von den Ausbeutern des Volkes gehenkt, unter dem Applaus der Armen. So geschah es mit Jesus Christus, und ich hoffe, daß dies auch mich erwartet.«

Die Banalität des Staates

Raphael Gross führt den Nachweis, daß eine Herauslösung der politischen Theorie Carl Schmitts aus ihrem rassistischen und antisemitischen Kontext nicht möglich ist, und schließt daraus, daß auch berühmte Begriffe der frühen Schriften wie jener der Souveränität nur »provozierende Scheinklarheit« vermitteln. Das Buch liest sich in dieser Hinsicht wie eine notwendige Ergänzung zu Wolfgang Pohrts Artikel anläßlich des 100. Geburtstags von Schmitt, worin von der »Banalität« dieses politischen Denkers die Rede ist (KONKRET 8/88). In der (nicht zuletzt von ehemaligen deutschen Maoisten) vielbewunderten Prägnanz der Schmittschen Schriften konnte Pohrt nichts als einen »agitatorischen Trick« sehen, »eine durch Banalität überzeugende Behauptung wie eine messerscharfe Schlußfolgerung aussehen zu lassen ... Denkschrott als erlesene Kostbarkeit zu präsentieren, die Kapitulation des Verstandes als Produkt tieferer Einsicht ...«

Aber es handelt sich hier um die Banalität des Staates selber, die darum so originell erscheinen konnte, weil sie in Vergessenheit geraten war. Die »Brillanz« der frühen Schriften Schmitts, die Intellektuelle wie Walter Benjamin, Otto Kirchheimer und Franz Neumann so sehr beeindruckte, konnte sich nur ausbilden im Kontext einer in sozialdemokratischer und liberalistischer Tradition hartnäckig und nachhaltig eingeübten Verdrängung dessen, was den Staat ausmacht. »Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.« So lautet der erste Satz der Schmittschen *Politischen Theologie* von 1922 – geschrieben also, nachdem in Deutschland ebenso wie in Rußland über den Ausnahmezustand fürs erste entschieden worden war. Im Unterschied zu Lenin, der hierüber jederzeit Klarheit besaß, wehrten die Demokraten in Deutschland und Deutschösterreich diese Fragestellung ab. »Einer muß den Bluthund machen« – ein anderer aber das Schoßhündchen: Es ist Aufgabe der demokratischen Ideologie, die konstituierende Bedeutung der Gewalt in der Demokratie, die Noske ausplauderte, wieder auszublenden.

Am konsequentesten unter ihnen erscheint Hans Kelsen, der doch selbst als persönlicher Referent des habsburgischen Kriegsministers im Ersten Weltkrieg dem Bluthund in Aktion eine Zeitlang zur Seite gestanden hatte; er sagt offen: »Der Souveränitätsbegriff muß radikal verdrängt werden.« Raphael Gross rekonstruiert die Kontroverse dieses prominentesten Verfechters einer strikt antimetaphysischen Staatslehre mit dem politischen Theologen Schmitt. Kelsen, der von Schmitt schließlich als Hauptvertreter, ja als Inkarnation des abstrakten jüdischen Gesetzes angegriffen wurde, wollte nicht wie Marx den Staat abschaffen, sondern wegdenken: Er behandelt ihn wie Religion, wie die Gottesvorstellung – das heißt, er sieht vom Gewaltmonopol einfach ab. Die Omnipotenz Gottes findet in der Souveränität des Staates ihre Entsprechung; daraus folgert Kelsen: Die Souveränität existiert nur, wenn man an sie glaubt. Die Hypostasierungen Gottes und des Staates wären also bloß in ihre individualpsychologischen Elemente aufzulösen, und schon wäre der Staat zur Vernunft geworden, Herrschaft rationalisiert, die Welt zu ihrem Besten vollständig entzaubert.

Mit einem erstaunlichen Gespür dafür, daß der nächste Ausnahmezustand naht, erkennt Carl Schmitt sofort die Schwächen von Kelsens »reiner Rechtslehre«, die die Metaphysik bloß abwehrt. Darin ist Schmitt als Theoretiker von Anfang an Hitler ähnlich, der im Praktischen die verwundbaren Stellen der Weimarer Ordnung schlagartig erfaßte. Mit Hobbes *Leviathan* hält Schmitt Kelsen entgegen: »Autoritas, non veritas facit legem«; die Autorität beweise, »daß sie, um Recht zu schaffen, nicht Recht zu haben braucht«; die Rechtsidee könne sich »nicht aus sich selbst umsetzen«. Denn in der entscheidenden Situation gehe es nicht um Begriffe, sondern um die »konkrete Anwendung«; darum, »wer im Konfliktfall entscheidet, worin das öffentliche oder staatliche Interesse, die öffentliche Sicherheit und Ordnung, le salut public usw. besteht. Der Ausnahmefall, der in der geltenden Rechtsordnung nicht umschriebene Fall, kann höchstens als Fall äußerster Not, Gefährdung der Existenz des Staates oder dergleichen bezeichnet, nicht aber tatbestandsmäßig umschrieben werden.« Der Souverän aber »entscheidet sowohl darüber, ob der extreme Notfall vorliegt, als auch darüber, was geschehen soll, um ihn zu beseitigen. Er steht außerhalb der normal geltenden Rechtsordnung und gehört doch zu ihr, denn er ist zuständig für die Entscheidung, ob die Verfassung in toto suspendiert werden kann.« Die Tendenzen der modernen rechtsstaatlichen Entwicklung scheinen aber diesen Souverän beseitigen, ihn mit der normal geltenden Rechtsordnung selbst vollkommen identisch machen zu wollen, so daß er völlig in ihr aufgeht. »Aber ob der extreme Ausnahmefall wirklich aus der Welt geschafft werden kann oder nicht, das ist keine juristische Frage.«

Genau hier – wo die Form der Gesellschaft zur Debatte steht – bricht Schmitt die Reflexion ganz bewußt ab, um sie weltanschaulich zu revozieren: Ob man das Vertrauen und die Hoffnung hat, der Ausnahmezustand lasse sich tatsächlich beseitigen, hänge »von philosophischen, insbesondere geschichtsphilosophischen oder metaphysischen Überzeugungen ab«. Und was diese Überzeugungen betrifft, hat Schmitt sich längst entschieden – indem er dieselben nämlich nicht auf ihren gesellschaftlichen Charakter durchsichtig machen möchte.

Demokratie und Volksgemeinschaft

Durch die minutiöse Darstellung von Raphael Gross wird vor allem klar, daß Schmitt nur durch die Weimarer Republik hindurch zum Nationalsozialisten werden konnte; daß er, wie Gross schreibt, »die Idee der Nation und den unumkehrbaren Legitimitätswechsel vom Gottesgnadentum zur Volkssouveränität resp. vom monarchischen zum demokratischen Legitimitätsgedanken akzeptierte« – und darüber erst den Weg zum Nationalsozialismus fand.

Als demokratischer Initiator dieser Entwicklung erscheint Max Weber, der bereits im Ersten Weltkrieg gefordert hatte, die Volksmasse als »Mitherren des Staates in diesen einzugliedern«, und der im Unterschied zu Kelsen auch den Ausnahmezustand und die Frage der Souveränität nicht einfach verdrängen konnte: »Die *wirkliche* Herrschaftsstruktur bestimmt sich nach der Beantwortung der Frage: was geschehen *würde*, *wenn* ein satzungsmäßig unentbehrlicher Kompromiß (z.B. über das Budget) *nicht* zustandekäme.« Schmitt formulierte die Frage dann nicht mehr so »wertfrei«, substantialisierte sie vielmehr schrittweise, wodurch er die »entzauberte Welt« realer Abstraktion schließlich mit den Scheinkonkretheiten der »Rasse« – mit »deutschem Blut« und »dämonischer Entartung« – neu verzaubern konnte.

Wer die Souveränität ausfüllt, das wird auch von Schmitt Anfang der zwanziger Jahre noch offengelassen: ob nun »Gott souverän ist, das heißt derjenige, der in der irdischen Wirklichkeit widerspruchslos als sein Vertreter handelt, oder der Kaiser oder der Landesherr oder das Volk, das heißt diejenigen, die sich widerspruchslos mit dem Volk identifizieren dürfen ...«. Und doch ist der Übergang zum NS-Staat schon mit Händen zu greifen: Die Volksgemeinschaft als Souverän konstituiert sich darin, daß sie diejenigen identifiziert, die sich nicht mit ihr identifizieren dürfen.

Wenn Schmitt die Kelsensche Jurisprudenz »als die Ideologie des bei wechselnden politischen Verhältnissen arbeitenden juristischen Bürokraten« betrachtet, »der unter den verschiedensten Herrschaftsformen, mit relativistischer Überlegenheit über die jeweilige politische Macht, die ihm zugeworfenen positiven Anordnungen und Bestimmungen systematisch zu verarbeiten sucht«, so kann umgekehrt seine eigene politische Theologie als die Ideologie des unter den verschärften Bedingungen der Krise die Entscheidung erwartenden Akademiker-Nachwuchses verstanden werden – eine Ideologie, die es erlaubt, in den Apparat zum Teil gewaltsam einzudringen und die alte Bürokratie zu beseitigen oder zurückzudrängen, um den Staat selbst auf den Vernichtungskrieg umzustellen. Kelsen ist der Apologet des stummen Zwangs der Verhältnisse, Schmitt ist der Apologet der offenen Gewalt.

So ist die Schmittsche »Klarheit« mehr als nur »Scheinklarheit«. Sie ist klar im selben Maß, als sie den nächsten politischen Schritt, der im Sinne der Erhaltung von Staat und Kapital möglich ist, vorzeichnet. Anders die gedankliche Konsequenz in Kelsens »reiner Rechtslehre«. Sie verwischt die drohende Gewalt, je größer die Krise wird. Kelsen phantasiert einen Staat ohne Krise, einen Staat, der nicht auf der Möglichkeit der Krise beruht, recht eigentlich einen Rechtsstaat ohne Staat, analog zu den Phantasien einer »einfachen Warenproduktion«, einer Warenproduktion ohne Kapital. An einer Stelle wird der historische Zusammenhang dieser Ideologie unmittelbar deutlich – und Gross kann solcher Relativierung des Relativismus nicht widersprechen: Eine antimetaphysische Staatslehre könne »nur in Epochen sozialen Gleichgewichts gedeihen«.

Raphael Gross: *Carl Schmitt und die Juden. Eine deutsche Rechtslehre*. Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2000, 442 Seiten, 27,80 Euro

Konkret 02/02, S. 60

Marc Fabian Erdl

Melodie & Rhythmus

Kerstin Rathgeb: Helden wider Willen. Frankfurter Swing-Jugend – Verfolgung und Idealisierung. Westfälisches Dampfboot, Münster 2001, 260 Seiten, 24,80 Euro

Seit ein paar Jahren interessiert sich die Kulturwissenschaft für die im Dritten Reich als kriminell diffamierte Swingjugend und deren vermeintlich politischen Widerstand. Doch die Stilisierung zu Widerstandskämpfern hält einer genaueren Betrachtung oft nicht stand. Kerstin Rathgebs Studie bringt trotz historischer Ungenauigkeiten eine vorläufige Ordnung in die komplexe Angelegenheit. Sie hat am Beispiel Frankfurt die Praktiken staatlicher Repression und Toleranz gegenüber diesen Jugendlichen exemplarisch dargestellt. In gründlichen Interviews mit ehemaligen Swingjugendlichen formuliert Rathgeb ein durchaus begründetes Mißtrauen gegenüber diesen Zeitzeugen.

Val Wilmer: Coltrane und die Jungen Wilden. Die Entstehung des New Jazz. Hannibal, Höfen 2001, 333 Seiten, 25,90 Euro

Oft kommt bei Arbeiten über Musik und Gesellschaft, die weniger wissenschaftlich ambitioniert sind, Substanzielleres herum. *As serious as your life* lautet der Originaltitel eines wunderbaren Buchs, das jetzt nach fast 25 Jahren endlich auch auf deutsch erschienen ist. Val Wilmer hat mit Hingabe und Verstand ein Porträt des »New Jazz« der sechziger und siebziger Jahre entworfen. Früh entdeckte die englische Journalistin ihr Herz für die afroamerikanische Musik, und sie interviewte jeden Musiker des »New Jazz«, der Rang und Namen hatte, und noch Dutzende darüber hinaus. Ihre Musikerporträts (Coltrane, Sun Ra, Albert Ayler etc.) sind grandios, und auch die Kapitel über die Frauen im Jazz und die Schallplattenindustrie lohnen die erneute Lektüre. In kurzen Aufsätzen entstehen ganze Sittenbilder einer für die Musik- wie für die Sozialgeschichte spannenden Umbruchzeit. Bei aller Schwärmerei war Wilmer eine genaue Beobachterin des Musikbetriebs, von dem die meist schwarzen Musiker sich künstlerisch und ökonomisch zu emanzipieren versuchten, und der sie doch immer wieder einholte. Wer sich für das »New Thing« entschied, stand finanziell permanent mit dem Rücken zur Wand. Und die Widersprüche zwischen künstlerischem Wollen und gesellschaftlichem Vermögen haben so manchen zerrissen.

Wilmers teilnehmende Beobachtungen sind mittlerweile ebenso Geschichte wie die von ihr bewunderte Musik. Die Aufbruchsstimmung der Jazzmusiker ist beinahe folgenlos verflogen. Der deutsche Titel des Buchs ist dennoch eine blanke Idiotie. Für die Musiker wie für Wilmer gilt, daß es ihnen mit ihrer Musik so ernst war wie mit ihrem Leben. Einer entfesselten Spaßkultur halten sie damit auch heute noch eine stolze Ernsthaftigkeit entgegen, die das Vergnügen an der Musik natürlich nicht ausschließt.

Jürgen Teipel: Verschwende Deine Jugend. Ein Doku-Roman über den deutschen Punk und New Wave. Suhrkamp, Frankfurt 2001, 375 Seiten, 12,50 Euro

Eine ganz andere Aufbruchsstimmung hat Jürgen Teipel retrospektiv einzufangen versucht: die Musik und den explosivsten Teil der Jugendkultur im Deutschland der späten siebziger und frühen achtziger Jahre, als deren Mitglied Teipel sich begreift. Um so erstaunlicher ist die Distanz, die er als Kompilator schließlich eingenommen hat. Ein kurzes Vorwort genügt ihm, um sich selbst einzuordnen. Den Rest bestreiten die zahlreichen Interviewpartner, deren Rückblicke, Selbstdarstellungen, Fabeln, gegenseitige Lobhudeleien und Diffamierungen er thematisch gegeneinandergeschnitten hat, was durch gegenseitige Bestätigungen und Ergänzungen, aber auch durch die zutage tretenden Widersprüche zwischen den Interviewten Spannung erzeugt.

Die kurzen Jahre zwischen 1976 und 1983 zählten zu den musikalisch muntersten in Deutschland. Die Geschichte des Punk und der New Wave ist aber auch ein Fallbeispiel dafür, wie unbändiges künstlerisches Potential durch die ökonomischen Mechanismen des Kulturbetriebs entweder in lärmendes Nichts verwandelt oder in die Nischen getrieben wird, biographische Katastrophen inklusive. Der Versuch, den Widerspruch zwischen Renitenz und Streben nach Erfolg zu lösen, führte schließlich ins Jammertal der Neuen Deutschen Welle. Ihr Kokettieren mit dem Nationalen, ihr Bekenntnis zum Deutschsingen wollen einige Punks heute zur »politischen Unkorrektheit« gegen den damals linken Hippie-Mainstream umwidmen. Dabei war es nichts als Nationalgetümel, und ist es heute noch.

Punk war darüber hinaus auch eine kurze Chance, der Virtuositätsfalle des Rock- und Kunstgegniedels zu entkommen und einen Musikbetrieb kurzfristig bis an seine Grenzen zu bringen. Die Versuche, diese Chance in Kunst und Alltag zu nutzen, ihre Erfolge und ihr Scheitern dokumentiert dieses vielstimmige Buch.

Thomas Meinecke: Hellblau. Suhrkamp, Frankfurt 2001, 335 Seiten, 29,80 Euro

Wie viele musikalische Anspielungen, wissenschaftliches Gerümpel und Zeitungsmeldungen lassen sich zwischen zwei Buchdeckel zwängen? *Hellblau* könnte Thomas Meineckes Antwort auf diese Frage sein. Angeblich »kreiselt« der Roman um Mythologien und Identitäten, Geschlecht und Hautfarbe, Drittes Reich und Sklaverei, Kunst, Kultur etc. Meineckes »Sprecher« sind wildgewordene Akademiker, und, wer weiß, vielleicht ist dieser Text das letzte Aufbäumen der Postmoderne.

Es drängt sich der Eindruck auf, als habe Meinecke zehn Jahrgänge »Spex« verbrannt und die Asche geschnupft, bevor er sich ans Schreiben gemacht hat. Vom einst inspirierenden Delirieren dieser Zeitschrift bleibt ein lustiges, aber leerlaufendes Assoziieren. Nichts kann den Lesern gleichgültiger sein als seine sterbenslangweiligen Hauptfiguren. Eine Handlung, die den Namen verdient, gibt es nicht. Der Autor läßt seine Knallchargen ununterbrochen Daten und Ideen sammeln, per Brief, Fax und E-Mail austauschen und darüber, nun ja, reflektieren. Das Ganze liest sich wie vier oder fünf aus den Fugen geratene Magisterarbeiten.

Frank Schäfer: Die Welt ist eine Scheibe. Rockroman. Oktober Verlag, Münster 2001, 181 Seiten, 16 Euro

Seit Jahren arbeitet sich meine Alterskohorte an ihrer Kindheit und Jugend ab. Eigentlich kann man es nicht mehr lesen, wie das so war, aufzuwachsen in den Siebzigern und Achtzigern, das ewige Musikhören und der oft mehr ausbleibende als gelingende Geschlechtsverkehr und was sonst noch so alles auf einen einteufelte. Ab und an jedoch ist unter dieser Ramschliteratur eine Perle. Frank Schäfer hat einen ebenso kurzen wie schönen Roman über das Aufwachsen in der Provinz geschrieben. Der Erzähler ist einer der Gitarristen einer aufstrebenden Heavy-Metal-Band aus der Lüneburger Heide. Er verliebt sich im Frühjahr 1984 in ein Mädchen, mit verblüffendem Erfolg, das Abitur wird fertiggebastelt, die musikalische Karriere nimmt langsam Formen an, und so gut wie es jetzt gerade ist, kann es kaum weitergehen. Geht es auch nicht. Das Mädchen vertraut ihm ein Geheimnis an, unser Held schweigt an der falschen Stelle, redet an einer ebenso falschen und fährt mit der Zielsicherheit einer griechischen Tragödie den Karren an die Wand. Der eigenen Dummheit und den Fehlern der Eltern ist auch hier nicht zu entkommen.

Schäfers Ausführungen über Rockmusik, einige erfreulich dämliche zeittypische Witze und Gespräche über Sport (Olympiade 1984) geraten hier nicht zur bloßen Illustration, sondern sie sind Bestandteil einer □ *ducation sentimentale* Auch die Beschreibungen der oft unsäglichen Provinzkonzerte, der Traum vom Plattenvertrag, die Eitelkeiten innerhalb einer Band, all das hat Schäfer mit leichter Hand zusammengenäht. Kurzum, ein Roman, gut, wahr und schön.

Konkret 02/02, S. 61

Tobias Nagl

Platte des Monats

Femi Kuti: Fight to win; Barclay/Universal

Afro-Beat sei die Musik der Zukunft, schrieb Miles Davis in seiner Autobiographie. Vor Augen hatte der seinen Zeitgenossen selbst bisweilen äußerst futuristisch erscheinende Jazztrompeter dabei wohl vor allem den Tenor-Saxophonisten, Bandleader und Sänger Fela Kuti. Als Sohn eines nigeranischen Gymnasiallehrers und einer feministischen Aktivistin 1938 geboren, stand Kuti samt seinem Africa-70-Ensemble in den frühen und mittleren siebziger Jahren maßgeblich für jene hoch eklektizistische Funk-Variante, die direkter als alle revolutionären Manifeste den soziale Kämpfen der gerade dekolonialisierten, westafrikanischen Metropolen Ausdruck verlieh.

»Telegramme aus dem Krisengebiet, Paniksignale des Straßenkampfs in Lagos« nannte der englische Musikjournalist David Toop diesen polyrhythmischen, irgendwo zwischen James Brown und Sun Ra angesiedelten Sound, zu dem Fela Kuti gegen Staat, internationale Konzerne, Polizei und die »Colonial Mentality« seiner Landsleute zu Felde zog. Im Gegenzug votierte er für die »Rückbesinnung« auf »afrikanische Werte«, ökonomische »Gleichberechtigung«, die Legalisierung von Marihuana und kondomfreien Sex. Am liebsten trat er nur in Badehose auf; bei einem Konzert heiratete der Polit-Macho auf der Bühne seine 27 Tänzerinnen. Von diversen nigerianischen Regimen zum Staatsfeind Nr.1 erklärt, versuchte der »Black President« Kuti, so ein Albumtitel, selbst immer wieder für das Amt des Staatsoberhaupts zu kandidieren. Später rief er die von ihm und seinen Mitmusikern gegründete Kommune zur unabhängigen, von Polizei und Militär mehrfach zerstörten »Kalakuta Republic« aus und mußte seine musikalischen Aktivitäten bis zu seinem Aids-Tod 1997 in nahezu jährlichem Turnus für Gefängnisaufenthalte unterbrechen.

Auch wenn Fela Kuti – anders als Bob Marley – sich Zeit seines Lebens weigerte, die bis zu 30minütigen, rhythmisch hochkomplexen Improvisationen seiner 20köpfigen Big Band in ein vermarktbares Popformat zu pressen, nahm er in den siebziger Jahren an die 60 Alben auf und wurde zu einer der wichtigsten Symbolfiguren nicht-westlicher Popmusik. Doch genauso wie der von ihm nahezu im Alleingang entwickelte Afro-Beat US-amerikanische Soul-, Jazz- und Funk-Einflüsse aufgriff, wirkte er im Gegenzug auf die afroamerikanische Musik der Post-Civil-Rights-Ära zurück. Lester Bowie, Bootsy Collins, Roy Ayers – sie alle pilgerten in Kutis Privatclub »The Shrine«, in dem er zweimal wöchentlich seine gottesdienstähnlichen, allein durch ein zorniges Call-and-Response-Schema und den genialen Drummer Tony Allen zusammengehaltenen Jam-Sessions abhielt. Der Jazz-Funk-Vibraphonist Ayers spielte darauf gar in den frühen achtziger Jahren ein wegweisendes Disco-Fusion-Album mit Kuti ein, das gut als Blaupause für jenes neue Interesse am Übervater des Afro-Beat dienen könnte, das sich seit einer Weile unter Nu-House-Produzenten zwischen New York, London und Paris entwickelt hat.

Die Wiederveröffentlichung von rund 40 Fela-Kuti-Alben und die Produktion von unzähligen Compilations (wie die jüngst erschienene, äußerst empfehlenswerte Nigeria 70: »The Definitive Story of 1970s Funky Lagos« (Strut)) entrissen das Afro-Beat-Erbe gerade noch einmal den Authentizitätssuchern der Weltmusik-Workshops, in denen es lange dümpelte – oder machten die Schätze des westafrikanischen Funk westlichen Hörern zum ersten Mal überhaupt erst zugänglich.

Langer Rede kurzer Sinn: Vor diesem Hintergrund ist es alles andere als leicht, Sohn zu sein. Mit anderen berühmten Söhnen der Popgeschichte, denen Lennons, Buckleys oder Marleys etwa, teilt Femi Kuti das Schicksal: Stimmlich gleicht er dem Vater wie ein genetischer Replikant. Sonst eigentlich auch, nur ist alles eben etwas kleiner: das Pathos (Globalisierungskritik statt Befreiungsbewegung), die Stücke (gängiges Popformat statt Endlos-Jams), das Saxophon (Alt statt Tenor), die Familie (Mono- statt Polygamie), die Band.

Nur eins ist größer: die Plattenfirma – ein internationaler Major statt nigerianischer Klein-Labels. Hat man sich damit erst mal abgefunden, muß man aber gestehen: Der 39jährige Femi, der seinen Vater bereits gelegentlich als Bandleader ersetzte, als der sich im Gefängnis befand, macht seine Sache denkbar gut. Nachdem sein erstes Studioalbum, das noch zu Lebzeiten seines Vaters erschien, floppte, gelang ihm vor drei Jahren mit »Shoki Shoki« auch international endgültig der Durchbruch: Mit dem sexuell expliziten »Beng Beng Beng« enthielt das Album sogar so etwas wie einen MTV-kompatiblen Clubhit. Eine komplette Remix-Version der Platte unter Beteiligung von geschichtsbewußten House-Afficinados wie Masters at Work, Kerri Chandler und Ashley Beedle demonstrierte noch einmal den Gegenwartsbezug und das Vermächtnis jener Musik, das Femi Kuti heute als einziger auch im expressiven Sinne – und nicht nur als neue Beat-Ressource – fortschreibt.

Femi gehörte zu den Gründern der Studentenorganisation Mass (Movement Against Second Slavery), die die anhaltende Ausplünderung von Nigerias Ölreserven und das Scheitern der Hoffnung auf »Democrazy« anprangerte. Nach dem Scheitern nationaler Modernisierung sind seine Themen notgedrungen andere, und auch der Ton ist weniger konfrontativ: »Stop Aids« auf seinem neuen Album »Fight to win« rät zum Gebrauch von Kondomen, »Traitors of Africa« warnt vor der

Rückkehr des korrupten Exdiktators Ibrahim Babangiga in die politische Arena, dazwischen allerlei Spirituelles oder Afrozentrisches. Angesichts der Scharia-Einführung im Norden des Landes wirken jedoch selbst Femis liberal-humanistische Statements inzwischen wie das Echo aus einer vergangenen Zeit.

Spektakulärer ist dann doch die Musik. »Fight to win« fährt die Ernte aus all jenen Connections ein, die sich Femi international über die letzten drei Jahre erspielt hat. Mit Mos Def und Common hat er gleich zwei der derzeit besten und intelligentesten US-Rapper mit im Boot; Money Mark von den Beastie Boys bedient durchgehend die Orgel, und mit James Poyser und Pino Palladino aus dem Soulquarians-/The Roots-Produzententeam beteiligen sich zudem zwei Spitzenkräfte, die bereits D'Angelos »Voodoo« einen ganz und gar großartigen retrofuturistischen Neo-Soul-Sound verpaßten.

Anders als Anfang der 80er Jahre, als die ersten Computer-Drums eine ganze Generation afrikanischer Popmusik um ihre rhythmische Sprengkraft brachten, geben sich hier Programmiertes und Gespieltes nun artig und sophisticated die Hand, wie sich das eben heute gehört. Alles funkelt, alles ist state of the art, hat die allerbesten Referenzen. Dennoch: Daß die totale Verzückung angesichts dieser an sich durch und durch soliden Platte nicht aufkommen will, mag vielleicht damit zu tun haben, daß sie eigentlich immer nur auf eine tragische Abwesenheit verweisen kann. Denn wie klänge diese Platte erst, wenn ... Damit müssen Söhne leben.

Konkret 02/02, S. 62

Michael Rudolf

KEIN SCHÖNER LAND - Sprit for fun

Identitätsstiftender Denunziantenfunk, Durchhaltesender, Feuerwehrstammtisch, Frontberichterstattung, Heimatmusik □ das Vogtlandradio und seine Hörer

Bernd Schädlichs Lieblingsbeschäftigung ist »alles was Spaß macht«. Thomas Lämmer trinkt gern »ein gepflegtes Bier (oder auch zwei)«. Claudia Bechert macht es Freude, »wenn Leute auch ohne viel Geschwätz wissen, was los ist«. Jan Meinel fährt für sein Leben gern Auto »ohne Hut auf der Ablage«. Alexander Tauscher stört besonders »die Verdummung der Leute«. Ron Tamme läßt am liebsten »die Füße baumeln« und meint als Allesfresser: »Egal, Hauptsache, es macht satt!« Thomas Kadenbach ist sein »Lieblingsfutter« dito »egal, Hauptsache griechisch«. Ute Menzel ist in allererster Linie »36 – und stolz darauf«. Ronald Borrmann (Borrmi) schätzt sein Alter mit »bivi (bis vierzig)« ein, Thomas Wohlleben dagegen mit »uhu (unter hundert)«, und Ute Böhm behauptet: »kaum hatte ich das Licht der Welt erblickt ... stand die Mauer«. Daniela Striese macht es Freude, »wenn alles so läuft das ich zufrieden bin«. Peter Puchta argumentiert da differenzierter: Sein »Lieblingsfutter« sind »Bananen«, ihn stören »doofe Menschen«, und »im freien rumtollen« erfreut ihn wie nicht gescheit. Andreas Bachmann haßt »endlose Diskussionen«, und Uwe Heinl schätzt »auch kleine Dinge des Lebens«.

Was da so scheinbar unbekümmert und grammatisch wie orthographisch deviant auftritt, als wären es Einträge im Poesiealbum der Klasse 6b an einer x-beliebigen Sonderschule, sind die Psychogramme des »Vogtland Radio Teams«, welches laut Eigenwerbung »Das Beste für die Region« sein will. Da verwundert es kaum, wenn zwei der Befragten sich als »zu gut für diese Welt« beziehungsweise »ich bin zu gut für diese böse Welt« verstehen. Ihre dreizehn Kollegen würden das ohne Wimpernzucken unterschreiben, denn, soviel ist nach wenigen Sendesekunden klar: Die Welt ist schlecht. Vor allem die außerhalb des Vogtlandes. Doch Vogtländer – vor allem die vom »Vogtland Radio« – haben ein großes Herz und definieren ihr Sendegebiet als »Region«. Auch gern als »drei Regionen, ein Radio«. Und diese drei Regionen heißen »Vogtland, Westsachsen und Ostthüringen«.

Das Vogtland ist zivilisationsgeschichtlich weiß Gott ein weißer Fleck, ein abgesprengtes sächsisches Isolat mit reliktären Lebensformen, deren ausschließlicher Wunschberuf Tiermehlproduzent zu sein scheint. Jedenfalls ist dieses Berufsbild mit der ihm immanenten kryptischen Energie das einzige, wovon in vogtländischen Arbeitsämtern »gesprochen« und wonach heftig verlangt wird. Außerdem verlangt das »gesprochene« Wort nach hysterischen Tonlagen. Gebräuchlich ist eine an Hilfsverben und Quetschlauten reiche Diktion – »tun« und »machen«. Obwohl die Vogtländer im uns geläufigen Sinn überhaupt nichts tun. Und machen schon gleich gar nicht. Die Weibchen brennen einander Stefanie Hertel-Frisuren und rühren Tiermehlschwitzen an, die revieranzeigenden Männchen schnüren vor Gebrauchtwagenhändlern, in verfilzlausten Tankstellen oder einfach so herum. Schreien, stinken, lärmen, den Landfrieden brechen, Sachen beschädigen, Besitzverhältnisse in Frage stellen, Körper verletzen, an Tiermehlfladen würgen, das ist ihre Welt. Und Autofahren.

Nie vergessen haben ihre Einwohner den Traum vom Großen Vogtlandreich: Einen Vogtlandkreis um die Erdhöhlenstadt Plauen haben sie bereits installiert und eine Kolonie in Berlin. Fehlt nur noch, das bayerische, böhmische und das thüringische Vogtland heimzuholen. Die Bayern um Hof haben sie um 1989 in extra von der Reichsbahn bereitgestellten Sonderzügen heimgesucht, ihnen den letzten Zonenrandförderungsgeldhahn abgedreht. Seit dort nichts mehr zu holen ist, verwüsten sie Nordwestböhmen in allen nur denkbaren rechtserheblichen Formen, und aus den Thüringern suchen sie die Rezepte für verkohlte Bratwürste und auswurfgraue Klöße herauszufoltern. Was Identität ist, wissen sie nicht. Aber verzweifelt suchen sie danach. »Vogtland Radio« ist hierfür der optimale Durchhaltesender.

Und was macht derweil die vogtländische Sozialdemokratie? Die stellt sich brav auf vogtländische Marktplätze und zündet vogtländische Kerzen gegen die sicher von außen importierte schlimme Ausländerfeindlichkeit und den bösen Rechtsextremismus an. Aber mehr auch nicht. »Massenmorde an Sudetendeutschen« – ist beispielsweise ein anonymer Beitrag im *Vogtland-Jahrbuch 2000* überschrieben. Der »Schreiber dieser Zeilen« springt sofort über das selbst hingehaltene Opferstöckchen, weil die tschechische Zeitung »Mlada Fronta Dnes« mit ihrem Verweis auf völkerrechtliche Verbindlichkeiten ganz schön frech war: »Kein Deutscher hat Tschechen ermordet oder ausgebeutet«, stellt er klar. »Ganz im Gegenteil. Es wurden Industrieanlagen geschaffen wie die Hermann-Göring-Werke in Oberleutensdorf (Litvinov), von denen die Tschechen noch heute profitieren. Sollte der Kommentator allerdings auf Lidice angespielt haben, so muß festgestellt werden, daß dieses Massaker einzig und allein der Exilpräsident Benes zu verantworten hatte, der von England seine Fallschirmagenten nach Prag schickte, um den Reichsprotektor ermorden zu lassen ... Daß er für diese Aktion von Hitler keinen Orden bekommen würde, wußte Benes genau.« Der freche Tscheche. Und haben vielleicht die vogtländischen Buchhändler nur vor lauter Kerzenanzünden vergessen, das *Vogtland-Jahrbuch* aus ihren Regalen zu entfernen? I wo. Nicht gegen, sondern für diese tolle Art Meinungsfreiheit sind sie 1989 doch extra auf die Straße gegangen. Oder wie es ein auf CD gebrannter Werbejingle der Plauener Sternquellbrauerei noch toller formuliert: »Wo du sein kannst, wie du bist, da bist du zu Haus.«

Logisch also, daß im Vogtland Radio auch dicke Werbung für die Veranstaltung »Europa geht weiter« am 1. September 2001 in Plauen gemacht wurde. »Nachbarn treffen – Europa gestalten.« Was keine Landsmannschaft geschafft hat, das geplante Europa der Regionen paßt wie der Deckel auf den Topf vom Slogan »Drei Regionen, ein Radio«. »Deutschland erneuern«, heißt es fröhlich in den Unterlagen der Europaplaner. Europa gestalten, »das schafft auch in Deutschland Wachstum und sichert Arbeitsplätze«. »Denn nur ein starkes Europa ist wirtschaftlich international wettbewerbsfähig« – vor allem bei den Preisen im Kinderpornogeschäft im Sudetengau. Nirgendwo kann man besser Nachbarn treffen als auf dem Babystrich in Cheb. Oder wie es in einem Leserbrief der Familie Reinhard aus D. an die Zeitschrift »Eulenspiegel« heißt: »Wir Deutschen sind eben besser gestellt. Sollen wir uns deswegen vor der ganzen Welt schämen? Sind wir Deutschen daran schuld, daß die Straßenränder an der Grenze voller Prostituierte stehen? Müssen wir uns für unseren höheren Lebensstandard entschuldigen?« Dreimal Ja müßte in zivilisierten Landstrichen die ehrliche Antwort lauten. Aber nicht so beim »Vogtland Radio«. Veröffentlicht das Sächsische Innenministerium die aktuellen Zahlen der Kriminalitätsstatistik, dann ist das der Radioredaktion höchstens eine Meldung wert, weil »der Strom der illegalen ausländischen Zuwanderer scheinbar« nicht abreißt und damit die schöne Statistik vermasselt. Da werden zwei Moldawier »geschnappt« und das »Duo dingfest gemacht« – alles in einem Tonfall, der Räuberpistolen aus dem Ganovenmilieu für den Feuerwehrstammtisch aufbereitet. Denn »Nur wir sind von hier. Bei uns gibt's keine faulen Kompromisse.« Und: »Wir sind von hier. Wir sind nah' dran. Wir wissen Bescheid.«

Zum Beispiel, daß die »Region« am besten zum Durchfahren mit möglichst billigem »Sprit« taugt. Davon legt das »Programm« Zeugnis ab. Daß es am gescheitesten wäre, aus dieser »Region« auf dem schnellsten Weg zu verschwinden oder sie weiträumig zu umfahren, darauf kämen die Moderatoren nie. Das Beste für die »Region« kann demzufolge von null bis vier nur mit der »Radio Nachtschicht – Musik ganz ohne Unterbrechung« beginnen. Von vier bis sechs heißt es wie in der Seniorenresidenz: »Wir helfen Ihnen beim Aufstehen.« Dann bricht »der ganz normale Wahnsinn« über das Sendegebiet herein: »Nachrichten zur vollen und halben Stunde, Verkehrsmeldungen, Wetter im 1/4 Stundentakt, ausführliche Sportmeldungen, Damals war's – wir schauen für Sie in die Vergangenheit, Tankstop – die aktuellen Spritpreise, Horoskop sowie Infos aus der Region und aller Welt«. Von zehn bis zwei werden Tankstop und Horoskop durch die »Vogtlandradio Jobbörse« – die beiden »aktuellen freien Stellen im Vogtland, Westsachsen und Ostthüringen« substituiert. Wer nach viertausend Wettermeldungen noch immer nicht dement geworden ist, erfährt »kurz nach halb 5« die »Vogtland Radio-Veranstaltungstips«. Ab sechs schauen sie noch einmal bei der »Jobbörse« vorbei und »in die Vergangenheit«, und dann wird's ja auch langsam Zeit für den Vogtländer, die Nachtruhe einzunehmen. Daher gibt es von acht bis zehn nur zur vollen Stunde Wetter, Nachrichten und Verkehrsmeldungen und ab zehn bis ultimo »Die Radio Nachtschicht« vom Autopiloten.

Das Vogtland – ein klassisches Auswanderungsland und Seniorenstift. Und wo kein Geschlechtsverkehr mehr droht, da bleibt nur der Straßenverkehr. Beliebtester Gesprächsstoff des ganz ordinären Modernisierungsverlierers sind und bleiben demzufolge das Wetter und die schönsten Verkehrsunfälle, eherne Synonyme für »das Unabänderliche« (H. Böll) einerseits und für das, was jeder, natürlich, besser gemacht hätte, andererseits. Deshalb erfährt er über das »Vogtland Radio« viertelstündlich, wie das Wetter war, und selbst die »Nachrichten« entpuppen sich beim Hinhören als aktuelle Unfallmeldungen (leider ohne deutsche Untertitel). Die völkischen Beobachter im »Vogtland Radio« werfen dann ihr kognitives Notstromaggregat an. Immer mit einem Augenzwinkern für die Truppe vor den Vogtlandempfängern, hören sie sich an wie Frontberichterstatter vom schier aussichtslosen Kampf der Autofahrer gegen die Unbilden der schlechten Welt. Ihr ganz persönlicher dritter Weltkrieg – die Apologie des Automobils – wird vor allem gegen den Verstand geführt. Immer und überall im Betrachtungszeitraum werden »teure Fotos« geblitzt (auch mit Laserpistole), gibt es böswillige Umleitungen, kommt einem die Straßenreinigung in die Quere oder störender neuer Rollsplitt, gibt es Unfälle (bei denen in erster Linie die beteiligten Automarken und der entstandene Sachschaden in DM von Belang sind), werden von Fünfzehnjährigen reihenweise Autospiegel verbogen, beschädigen umstürzende Bäume zahlreiche Autos oder macht die Kriminalpolizei in Hof »verdächtige Wahrnehmungen«. Die Vogtländer müssen zusammenhalten! kumpelt der identitätsstiftende Denunziantenfunk: »Blitzer, Baustellen oder Staus – wenn Sie mehr wissen, rufen Sie uns an!« Wo die billigste Tanke der Region lockt (»Damit Sie beim Zapfen keinen Zapfen bekommen«) und welche Gartenmärkte am besten die massive Vergeltung an der umgebenden Natur offerieren (»Hilfe gegen herannahenden Urwald«) gibt es als Belohnung. Und in den Sommerlochverlosungen wird die Truppe generös mit den Waffen aufgerüstet, mit denen sie sich nonverbal verständlich machen kann: Grillsets und Handys.

»Wir befinden uns mitten im Donnerstagmorgen«, aber das Radio, »wo du zu Hause bist«, besteht ja nicht nur aus Wortbeiträgen. Wenn bis jetzt der Eindruck entstanden sein sollte, das wertorientierte »Vogtland Radio« sei ein wortorientierter Sender, dann täuscht das gewaltig. Denn am Anfang und am Ende ist die Musik, »Deutsche Musik«, »Musik, die Sie hören wollen« sowie »Musik für das Vogtland, für Westsachsen und Ostthüringen«, vornehmlich aus der Rumpelrabattkiste mit Achtzigerjahreretrogedöns und RTL2-Hits. Und selbst wenn man die Musik außer acht ließe, wären die antizivilisatorischen Reflexionen in den seltensten Fällen als Wortbeitrag zu erkennen. Dazu müßten die Moderatoren mit ihrem abstrusen Geheimsprachenmix aus Gebrauchtwagenhändlerlexik, Zuhälterwitzchen und CB-Funker-

Kakophonien semantisch und phonetisch auf der Höhe unserer Zeit sein. Doch das sind sie nicht. Und strenggenommen müssen sie das in ihrer »Region« auch gar nicht. Denn die Leute wissen hier sowieso »ohne viel Geschwätz« und »endlose Diskussionen«, »was los ist«. Wie auch das Onlinegästebuch vom »Vogtland Radio« fehlerreich dokumentiert, bei dessen Einträgen man automatisch hinter jedem Satz noch zehn Ausrufe-/Fragezeichen und gekringelte Unterstreichungen auf Blümchenpapier mitdenken muß. »Vielleicht könnt Ihr euch zum mehr Deutsch-Rock durchringen«, fordert Enzo Wirt. Gero aus Limbach-Oberfrohna gefällt »die besondere Musikgestaltung, wie z.B. am Männertag oder zum Fasching. Hier merkt man noch, daß es besondere Tage im Jahr sind.« Uwe sekundiert mit »endlich mal ein deutscher Song unter dem englischen Einheitsbrei ... Kein sinnloses Gelache am Morgen, sondern kurze prägnante Infos und natürlich eine geniale Musikmischung«. Jürgen Schink verlangt: »mehr ostrock- bzw. ostrockklassiker spielen« und sagt, was auch endlich mal gesagt werden muß: »Ist, oder war nicht alles schlecht.« Damals. Thomas und Anja kommen daher folgerichtig zu dem Schluß: »Ist wirklich der innovativste Radiosender weit und breit.« Und Webmaster.Rodau.de resümiert kurz bevor unser Rechtschreibprogramm endgültig kollabiert: »Es ist schön auch hier Zu Hause zu sein.« Man glaubt es ihnen aufs Wort.

Lesen Sie in der n□ chsten Folge Peter K□ hlers Portr□ t Daniel D□ sentriebs in Leipzig

---

Michael Rudolf hat gerade das Buch »Trost und Unrat« (Ventil) mit trostspendenden Polemiken, Abrechnungen und Grobheiten veröffentlicht

Konkret 02/02, S. 64

Chris Wahl

Deutsches Reich

Es heißt, das Deutsche Reich sei untergegangen. Das stimmt nicht. Es ist bloß verzogen an den Stadtrand von Bochum

Man nehme am Bochumer Hauptbahnhof den Bus 345 Richtung Knappschaftskrankenhaus, setze sich und genieße die Fahrt entlang der Wittenerstraße durch die Vororte Altenbochum und Laer. Nach zirka 15 Minuten – Höhe Werner Straße – stelle man dann seinem Sitznachbarn ganz unschuldig die Frage: »War das Deutsche Reich eigentlich schon, oder kommt es noch?« Die Antwort wird aller Wahrscheinlichkeit nach ungefähr so lauten: »Kommt noch, is' die nächste.« Pling! Da erscheint schon die Anzeige: »Nächster Halt – Deutsches Reich«. Next Exit – Germania. Wäre dieser Bus ein Streetcar, er trüge den Namen »Desire«.

»Die siegreichen Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 brachten dem Ruhrgebiet eine Belebung der industriellen Tätigkeit. Die Förderung der Zechen stieg an«, erklärt uns Helmut Brämer in seiner Jahrhundertstudie »*D-Zug*«, »*12 Apostel*«, »*Deutsches Reich*« *– Geschichte und Geschichten der Zechenkolonien in Bochum-Werne*, erschienen bei Peter Kracht, einem Verlag, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, »Abschnitte aus der Ortsgeschichte von Bochum-Werne themenorientiert darzustellen«.

Infolge des Kriegsbooms – so ungefähr sagt es Brämer – kam es bei der 1856 gegründeten Harpener Bergbau AG zu Grundstücksankäufen und einer verstärkten Bautätigkeit im Bereich Arbeiterkolonien. Eine dieser Kolonien wurde 1875 vollendet: 32 Doppelhäuser an zwei parallelen Siedlungsstraßen, in Hufeisenform. Jedes dieser Doppelhäuser wurde durch eine »von unten bis zum Dach durchgehende Wand« getrennt, jede der Haushälften bekam einen eigenen Eingang, einen Garten drum herum sowie einen Stall und den obligatorischen Donnerbalken.

Warum aber heißt diese Siedlung »Deutsches Reich«? Helmut Brämer schweigt dazu. Das Verzeichnis *Bochumer Straßennamen – Herkunft und Deutung*, das sich wiederum auf einen anderen Wälzer aus dem Kracht-Verlag bezieht, hilft weiter: Als die verantwortlichen Beamten im Jahre 1903 den beiden parallelen Siedlungsstraßen den offiziellen Straßennamen Deutsches Reich verpaßten, bezogen sie sich eindeutig auf den schon bestehenden Namen für die Kolonie. »Der Name Deutsches Reich«, so das Verzeichnis, »deutet vielleicht auf die Schaffung des Deutschen Reiches durch Bismarck im Jahre 1871 hin. Vielleicht wurde aber auch der Name gewählt, weil in der Kolonie Menschen wohnten, die aus vielen Gebieten des Deutschen Reiches stammten.« Aha. Wie müßten dann solche Kolonien heute heißen? Berliner Republik? Protektorat Südosteuropa?

Was man um 1900 nicht nur in der Siedlung von Leuten hielt, die aus einem Gebiet stammten, welches in seiner Geschichte auch schon diversen Deutschen Reichen angehört hat, liest man dann doch wieder bei Brämer nach: »Unter den Koloniebewerbern befanden sich nun viele Auswärtige, teilweise auch Polen. Wenn sie auch betrieblich als gute Arbeiter galten, waren sie im Privatleben doch zu sehr mit ihren alten Gewohnheiten verbunden.« Was klar ist wie Borschtschbrühe: Die haben schon Autos geklaut, als es noch gar keine gab.

Aus irgendwelchen Gründen wurde eine Bochumer Bergbauarbeiter-Kolonie nach der Reichsgründung Deutsches Reich genannt, ab 1903 auch die dazugehörenden Straßenzüge, und nachdem ein weiteres und sogar ein Drittes Reich vergangen und auch sonst allerlei passiert ist, heißen sie also noch immer so. Die Straße, gebildet aus zwei Straßenzügen, ist – laut Kundenservice der Deutschen Post (0180/23333) – die einzige in der gesamten Republik, die diesen klingenden Namen trägt.

Eine einzige zuviel, wie im Laufe der Jahre so mancher unverbesserliche Chaot fand. Herr Ulrich Böhm, Schalke-Fan und Abteilungsleiter Verwaltung im Vermessungs- und Katasteramt der Stadt Bochum, war so freundlich, die dolchstoßmäßig gezogene Spur nachzuzeichnen: Auf eine lockere Beschwerde auf der Durchreise sich befindender Personen aus Sundern im Jahre 1981 folgte nur ein Jahr später der offizielle Bürgerantrag einer Einzelperson nach Paragraph 6 Absatz 10 der Gemeindeordnung, das Deutsche Reich in Carl-von-Ossietzky-Straße umzubenennen. (Warum nicht? Warum nicht die Bundesrepublik Deutschland in Lindenstraße umbenennen?)

Die Zuständigen lehnten den Antrag ab: Aufwand und Kosten und Bürgerbelastung seien zu hoch. Lumpen lassen wollte sich aber auch niemand, weshalb der Amtsplatz (früherer Kaiserplatz) von Bochum-Langendreer seit 1982 Carl-von-Ossietzky-Platz heißt.

Ein paar Jahre verstreichen, eine Mauer fällt, da geht am 5. Dezember 1989 im Katasteramt der Anruf einer besorgten Bewohnerin des Deutschen Reiches ein, »ob die Umbenennung denn offiziell sei«. Der brave Amtmann macht sich natürlich umgehend auf die Socken, um zu erkunden, was die Frau mit Umbenennung eigentlich meint. Er findet folgende Situation vor: Sämtliche Straßenschilder des Deutschen Reiches sind mit blauer Farbe übermalt. Auf die nun blaue Fläche hat jemand in weiser Voraussicht und weißer Farbe »Mandelastraße« geschrieben. In weiser Voraussicht, weil Nelson

Mandela kurz darauf aus der Haft entlassen wird. Das kratzte die Bochumer aber nicht. Böhm konnte der Anwohnerin versichern, daß es sich bei dem gemeldeten Vorgang nicht um eine behördliche Maßnahme, sondern um eine Straftat handelte.

1993 schließlich beginnt ein Bochumer Bürger einen Briefwechsel mit dem Amt. Er hält den Namen Deutsches Reich für veraltet und ist der Meinung, gerade jetzt sei falscher Patriotismus gefährlich. Es wurde behördlicherseits erwogen, den Straßenschildern Erklärungsschildchen beizugeben, vermutlich mit einer Warnung vor falschem Patriotismus. Irgendwie muß diese Idee dann aber wieder eingeschlafen sein, und der Briefeschreiber auch.

Am 23. September 1944 wurde das kleine Deutsche Reich während eines Angriffs im Rahmen des seit 1943 praktizierten »Bombenterrors« beschädigt, lehrt uns Helmut Brämer. So etwas lehrt man im Geschichtsunterricht auch. Auch, daß kurz darauf das Großdeutsche Reich unterging. Aber stimmt das? Die beiden ersten Reiche sind jedenfalls noch da: Der Volksmund nennt den ersten Straßenzug des Deutschen Reiches, von der Bäckerei Kamps bis zu den Häusern 45 und 46, Erstes Deutsches Reich, seinen parallelen Nachfolger von der Dresdner Bank bis zu den Häusern 96 und 117, Zweites Deutsches Reich. Wo ist das Dritte?

Wie seinerzeit Sherlock Holmes und all die anderen schnappe ich mir meine Lupe und mache mich in der Siedlung auf die Suche. Tagein, tagaus. Und dann sehe ich es. Unserem Zeitalter gemäß ist es kein Objektindiz, sondern im Gegenteil eine Lücke, eine Auslassung, eine Leerstelle, ein semantisches Loch: die Hausnummer 33 im Deutschen Reich existiert nicht. Wo ist sie hin? Das ehemalige Doppelhaus mit den Eingängen 31 und 33 wurde 1987 abgerissen und mit nur noch einem Eingang wieder aufgebaut, wie der Anwohner Potetzki zu berichten weiß. Warum? »Datenschutz« sagt Frau Braun vom Bauordnungsamt. Und wer hat entschieden, daß das neue Haus die Nummer 31 und nicht die 33 bekommt? Das muß der Hausbesitzer gewesen sein, sagt Frau Braun. Und wer ist der Hausbesitzer? »Datenschutz« sagt der zuständige Beamte vom Vermessungs- und Katasteramt.

Vor einiger Zeit soll ein gewisser Björn S. aus dem Deutschen Reich dem Briefträger Most hinterhergehumpelt sein mit dem Ruf: »Haltet ihn! Er ist der Führer! Ich habe ihn erkannt!« Der Mann wurde abgeführt und eingewiesen. Ein anderer Anwohner ist angeblich an einem 20. April geboren. Als er einmal telefonisch bei einem Versand bestellen wollte, soll sein Gesprächspartner aufgelegt haben. Wollte er den Anfängen wehren?

In Bochum wurde am ersten Juliwochenende dieses Jahres das 125. Jubiläum des Stadtparks gefeiert. Die fällige 125-Jahrfeier des Deutschen Reiches ist dagegen ausgeblieben. Als ich einer Lokalzeitung das Angebot mache, über meine Entdeckungen zu berichten, bekomme ich zur Antwort, das sei nun wirklich nicht spektakulär genug, aber falls ich irgendwann einmal in Bochum auf eine Adolf-Hitler-Straße stieße, könne ich gern wiederkommen.

Chris Wahl promoviert an der Ruhr-Uni Bochum über Mehrsprachigkeit im Film

Konkret 02/02, S. 65

Michael Rudolf

Im Dissidentenstadl

In der Heldenstadt Leipzig haben sie sich das Staunen und Stöhnen vor der bösen Welt bewahrt. Sie unterhalten demzufolge mehrere Heldenkabaretts und, natürlich, einen Dissidentenstadl in der Neuen Szene des Schauspielhauses. Dort wird kräftig geschunkelt. Die fesche Musi dazu fehlt leider. Noch.

Manfred Böhme (1944 – 1999), der sich später Ibrahim nennen ließ, war einer, der mit einem Fingerschnipsen jedes Umhängebartspektakel verblassen ließ, eine Figur, mit der man zu DDR-Zeiten jeden nebenpommerschen Wanderzirkus zum Publikumsmagneten hätte machen können, ein Hochstapler und Schauspieler mit progressiv verschwimmenden Kriterien für Wahrheit und Lüge. Eine der schönsten Blamagen der deutschen Sozialdemokratie wäre es geworden, hätte sie ihn um 1990 gewähren lassen. Der Ministerpräsident der Zone: ein Spitzel. Stoff für Legenden satt. Bücher und Filme über ihn gibt es bereits, fehlen noch Computerspiele und Schreihalstheater. Schwierig, schwierig. Im Dissidentenstadl Neue Szene versuchen sie wenigstens Letzteres: in Form des Kasperletheaters »Akte Böhme« auf der Basis zweier hochuninteressanter Texte eines Eugen Ruge, die der Regisseur Andreas Dresen fast in den Comedyorkus drucksen läßt. Ähnlich verdruckst hocken die bürgerrechtlernden Rummelboxer im Publikum und beschunkeln ihre Vergangenheit. Oho, damals waren wir wichtig, denken sie. Heute lacht man über uns. Eine erbärmliche Diktatur, die von dieser Handvoll jazzender Keramiker oder Lyriker in die Knie gegangen sein soll. Und ein komischer Sozialismus obendrein.

So ist er, der kleine Mann in Gestalt des Polittöpfers oder Gebärdensprachdichters, der seine Feinde nachträglich zurecht- und großreden muß und nicht eher Ruhe gibt, bis alle ihm recht geben, um nur endlich Ruhe zu haben. Die Entrüstung und auch die Enttäuschung darüber, daß ein in den Augen der Halbgebildeten Talentierter doppeltes Spiel treibt, ist nichts Neues. Das war schon immer so. Oder so ähnlich. Aber woher sollen sie es denn wissen? Neu ist seit 1990, daß es eine staatliche Behörde gibt, die uns diesen Umstand großzügig mit Rauken und Raketen rege ins Gedächtnis ruft, als seien wir alle so naiv und blöde wie die Berufsopfer, die sich darüber nicht lassen können. Dabei ist ihnen Opportunismus nicht gleich Opportunismus. Über »Hmmm!« und »Bäh!« richten sie höchst eigenwillig. Gorbatschow rechnen sie seine Fußabtretereigenschaften hoch an, Kasperle Böhme werfen sie sie vor. Man möchte lieber in einem Meer aus Mayonnaise baden.

Konkret 02/02, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Ärzte der Hamburger Universitätsklinik haben im Auftrag des Senats einen neunzehnjährigen Afrikaner durch die gewaltsame Einflößung eines Brechmittels umgebracht. Doch wenn die Gefahr am größten, ist Maria Jepsen, die religiöse Führerin der Hanseaten, am nächsten:

Bischöfin mahnt: »Brechmittel dürfen Leben nicht gefährden! Wir brauchen ein Moratorium, um den tragischen Verlauf des Einsatzes bei Archidi J. zu prüfen und um neue Erkenntnisse in die Behandlung einzubeziehen.«

Leicht gesagt. Leichter getan: Ich empfehle, dem nächsten verdächtigen Jugendlichen statt einer Magensonde durch die Nase die Frau Jepsen durch die Zellentür zu schieben, zwecks Prüfung des tragischen Verlaufs und Einbeziehung neuer Erkenntnisse. Wetten, der kotzt?

Während Springers Presse dem toten Archidi die Vermutung seiner Unschuld nimmt, indem sie ihn unentwegt »den Dealer« nennt, hält der Westdeutsche Rundfunk den guten Sitten des Rechtsstaats Treue bis in den Tod. In Israel, meldet die Anstalt,

sprengte sich ein mutmaßlicher Selbstmordattentäter in die Luft.

Mutmaßlich. In die mutmaßliche. Bis er mutmaßlich nicht mehr piep bzw. Allah akbar sagen konnte.

Auch das »Hamburger Abendblatt« findet mal ein Korn:

Deutsche Soldaten sind wieder gefragt

Wieder. Endlich wieder. Deutsche Journalisten wissen nicht, was sie schreiben. Drum ist’s manchmal die Wahrheit.

Inserenten trauern in der »Ostsee-Zeitung« um einen Andreas B.:

Sein ganzes berufliches Wirken galt unserem Unternehmen. Wir werden sein Werk fortsetzen. Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie.
Geschäftsleitung, Betriebsrat und Belegschaft der Fleischwarenfabrik »Die Rostocker«

Worte, wie mit dem Wurstfinger gemeißelt. Andreas B. aber, der teure Verblichene, muß »Die Rostocker« mächtig reingelegt haben. Denn gleich nebenan ist zu lesen:

Sein ganzes berufliches Wirken galt unserem Unternehmen. Wir werden sein Werk fortsetzen. Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie.
Geschäftsleitung und Belegschaft der Scala convenience GmbH, Laage-Kronskamp.

Das Stück heißt: Tod eines handlungsreisenden Schwarzarbeiters.

Es sei, haben alle gesagt, nach dem 11. September nichts mehr, wie es war. Brandneu auch die Anzeige des Malik-Verlags:

Der Tag, an dem die Welt den Atem anhielt. Richard Picciotto: »Unter Einsatz meines Lebens – Ein New Yorker Feuerwehrmann im World Trade Center«. Ein sehr persönlicher Rückblick von einem der Männer, der die Evakuierung der Zwillingstürme in die Hand genommen und Hunderte von Menschenleben gerettet hat.

Alles hat sich geändert? Ein Dreck hat sich geändert! Und der schon gar nicht.

Was ich den Attentätern vom 11. September nie verzeihen werde, ist die Gelegenheit, die sie unseren Dichtern und Denkern verschafft haben, ihres Geistes kreischende Kleinkinder atta zu führen – quer durch alle Feuilletons:

Wir haben es mit narzißtischen – technisch perfekt ausgeführten und luziden – Wahnsinnstaten zu tun. Der Versuch, sie nachträglich durch die Zuweisung von nachvollziehbaren Ursachen zu erklären, läuft auf eine groteske Verharmlosung hinaus.

Zu behaupten, die Taten hätten keine erklärbaren Ursachen gehabt, fehlt dem Peter Schneider die Traute. Andererseits sollte der Leser genau dies verstehen. Weshalb Schneider die gegebene Erklärung, der er nicht ins Gesicht sagen konnte, sie sei falsch, hintenrum dreifach dementiert: erstens als *Versuch*, zweitens als *nachträglich* (weil ja tatsächlich keiner außer mir – und gewiß kein Goetheinstitutsdichter – die Erklärung der Tat schon vor ihrer Begehung geliefert hat), und drittens als eine *Zuweisung von Ursachen*, die nicht aus der Tat zu lesen seien, sondern ihr erst zugewiesen beziehungsweise angedichtet werden müßten. Doch Schneider, auch nach alledem immer noch zu feige, die nur *nachträglich durch Zuweisung von Ursachen versuchte Erklärung*, wie er wollte, *eine groteske Verharmlosung* zu nennen, verharmlost die Verharmlosung zu einer ungewollten, auf die es nur hinauslaufe, nämlich als eine Art intellektueller Kollateralschaden. Was für ein Würstchen! Aber mit Senf satt:

Folgte man dieser Logik, so hätte man der RAF in Deutschland und den Brigate Rosse (Rote Brigaden) in Italien mit einer Diskussion über die faschistoiden Strukturen des »militärisch-industriellen Komplexes« und mit der Auslieferung seiner Führungseliten begegnen müssen – statt mit Polizeigewalt.

Eine späte, aber klasse Idee, die sich allerdings erübrigt hätte, wäre man der RAF und den Roten Brigaden mit der Zerschlagung der faschistischen Strukturen und der Entfernung der Nazis aus den Führungseliten zuvorgekommen. Aber da war wieder Schneiders Vati nicht für.

Die Zeitschrift »Literaturen« nennt den Abgeordneten Cohn-Bendit:

Dany le Rouge, ein Narziß mit Goldmund

»Narziß mit Goldmund« stand, vor dreißig Jahren, im »Spiegel«, über einer Rezension der Memoiren von Theodor Heuß. Doch erst jetzt, angesichts seiner Reprise, entfaltet der Kalauer sein aufklärerisches Potential. Indem er Dany dem Grünen so angemessen sitzt wie Theodor dem Gelben, offenbart er eine Seelenverwandtschaft: zweier mitunter amüsanter Schwätzer, die stets zu einem frechen Spruch aufgelegt sind und doch zuverlässig zur Stelle, wenn das Vaterland ruft, sei es zu einem seiner Kriege, sei es zu einem seiner Ermächtigungsgesetze.

In der »Welt am Sonntag« singt eine Dagmar von Taube das Lied der Gräfin Pilati-Borggreve:

Die 53jährige gilt als elegante Frau, wohnt im feinen Westend Frankfurts, fährt einen alten, schwarzen Jaguar, liebt Antiquitäten, trägt Designermode von Jil Sander und Chanel. Eine Frau mit eigenem Kopf. Rotwein, selbst einen Chateau Lafitte, trinkt sie auch mal gern gespritzt mit Tafelwasser.

Wenn die Gräfin den Chateau Lafitte mit Tafelwasser spritzt, spricht das nur insofern für ihren eigenen Kopf, als sie ihm den Kater ersparen will, den der unverdünnte Genuß dieses Weins aus dem Aldi-Regal verursacht. Den Chateau Lafite aus dem Keller des Barons Rothschild, mit dem die Freifrau von Springers das Getränk verwechselt hat, würde allenfalls der morganatische Graf Rudolf von Taube-Nuß als Schorle rot trinken.

Die »Allgemeine Jüdische Wochenzeitung« beschäftigt einen Rezensenten, der zugleich für den vormaligen »Arbeiterkampf« schafft und demgemäß mit schwieliger Proletenfaust in die Tasten haut:

Yoram Kanjuk erweist sich mit seinem neuen Roman erneut als ein brillanter Erzähler, dessen besonderes Talent es ist, dem Leser unter die Haut zu gehen.

Bei den kleinbürgerlichen Schmöcken sind es immer bloß die Geschichten, die unter die Haut gehen. Der proletarische Lumpi spickt den Leser mit dem ganzen Erzähler.

Zur Verleihung eines Förderpreises »Junge Presse Osteuropas« der Bucerius-Stiftung an die Zeitungen »Brestski Kurjer«, »Kommersant Daily« und »Königsberger Express« wurde auch die sozialdemokratische Kulturbetriebsnudel Freimut Duve zitiert, sein Verslein aufzusagen (wozu füttert man solche Leute sonst durch?):

Bei uns ist es erlaubt, seine Meinung frei zu äußern. In den Heimatländern dieser Journalisten nicht. Sie tun es dennoch. Denn sie sind tapfer und engagiert.

Tapfer und engagiert ist der Duve natürlich auch, obwohl er es gar nicht sein müßte, weil sein Heimatland ihm doch erlaubt, seine Meinung, nämlich die des Heimatlandes, frei zu äußern. Nach mir, da hat er recht, geht es dabei freilich nicht.

Manche Achtundsechziger sind Medienbeauftragte oder gar Minister geworden, bei andern hat es nur zum Kulturschaffenden gereicht:

Pierre-Marc de Biasi ist Forscher am Centre National de Recherche Scientifique und zugleich Maler und Bildhauer. Für die Weltausstellung in Sevilla dekorierte er den französischen Pavillon. Seit vier Jahren forscht de Biasi zum Papier und gestaltete hierzu einen Themenabend auf Arte.

Mit Napoleon zu sprechen: Voilà, un homme à papier. (Zu deutsch etwa: Sieh da, ein Pappkopf.)

Der britische Regierungskasper Tony Blair hat sich kurz nachdem er den britischen Bomberpiloten über Afghanistan Feuer frei! gegeben hatte, zum Tod von George Harrison kondoliert:

Meine Generation ist mit dem Lebensgefühl der Beatles aufgewachsen.

All we are saying / is give piss a chance.